

V. Die Desintegration des tschechoslowakischen Staates und die weitere außenpolitische Entwicklung bis Sommer 1939

1. Umsetzung und Folgen des Münchener Abkommens

Die Umsetzung des Abkommens und die Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete

Das Münchener Abkommen legitimierte und regelte die deutsche Besetzung des Sudetenlandes. Dazu waren im Vertragstext vier Zonen festgelegt worden, in die deutsche Truppen etappenweise zwischen 1. und 7. Oktober 1938 einrücken durften. Ein Internationaler Ausschuß, bestehend aus den vier Signatarmächten und der Tschechoslowakei, sollte festlegen, welche weiteren überwiegend deutschsprachigen Gebiete von der Wehrmacht bis zum 10. Oktober zu besetzen wären.¹ In diesen sollten internationale Truppen stationiert werden und eine Volksabstimmung über die Staatszugehörigkeit bis spätestens Ende November 1938 stattfinden. Außerdem sollte der Internationale Ausschuß den Verlauf der endgültigen Staatsgrenzen festlegen. Dies hatte Goebbels korrekt im Tagebuch beschrieben.² Zum beginnenden Einmarsch am 1. Oktober 1938 notierte er Äußerungen der Freude („Welch ein Tag! Welch ein glücklicher Tag!“, TG, 2.10.1938), das Vorrücken deutscher Truppen „bis zur Moldau“ (TG, 3.10.1938) und die Feststellung, daß die Besetzung „planmäßig“ (TG, 3.10.1938) und „programmgemäß“ (TG, 4.10.1938) verlaufen sei und sich „keinerlei Zwischenfälle“ (TG, 4.10.1938) ereignet hätten.³ Hitler hatte dem OKW die Weisung erteilt, den Einmarsch „derart vorzusehen, daß aus ihm jederzeit in die Operation ‚Grün‘ übergegangen wer-

¹ Zu den weiteren Gebieten außerhalb der vier Zonen gehörte beispielsweise das Hultschiner Ländchen, das „bis zum 10. Oktober“ (TG, 2.10.1938) zu besetzen war. Vgl. auch Aufzeichnung Stechows über Gespräch mit drei Vertretern des Hultschiner Ländchens am 4.10.1938, PA/AA, R 29769, Fiche 1183, Bl. 75668.

² „Die Modalitäten werden noch einem internationalen Ausschuß überantwortet. Internationale Formationen in den noch strittigen Gebieten. Abstimmung bis Ende November. Festlegung der Grenzen durch alle Mächte“, TG, 30.9.1938.

³ Am Tag des Einmarsches teilte das OKW dem A.A. gegen 23.00 Uhr mit, „daß das Tagesziel des Einmarsches in die I. Zone ohne Zwischenfall erreicht wurde“; Aufzeichnung des Attachés Dr. Halter, 1.10.1938, PA/AA, R 29769, Fiche 1183, Bl. 75646. Der Generalquartiermeister des Heeres berichtete seiner Frau in mehreren Briefen, die Besetzung verlaufe „friedlich“, „sehr friedlich“ und „reibungslös“; Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S. 579–581. Kleinere unbedeutende Zwischenfälle im Bereich der Demarkationslinie und nach Abschluß der Besetzung gab es jedoch; vgl. PA/AA, R 101.357, sowie Procházka, Second Republic, S. 16. Der damalige Verbindungsoffizier des OKW bei Reichskommissar Henlein, Helmuth Groscurth (Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 139), berichtete, einer seiner Männer sei von Tschechen erschossen worden.

den kann“.⁴ Aber davon schrieb Goebbels nichts, vielleicht war es ihm nicht bekannt. Ihn interessierte vor allem, ob und wo Volksabstimmungen abgehalten würden, da die propagandistische Vorbereitung von seinem Ministerium zu leisten gewesen wäre.

Die Frage der Volksabstimmung wurde auch in den Sitzungen des Internationalen Ausschusses debattiert, der sich noch am 30. September unter Vorsitz von Staatssekretär Ernst von Weizsäcker konstituiert hatte und drei Unterausschüsse einsetzte.⁵ Goebbels notierte hierzu im Tagebuch, es machten „sich Bestrebungen geltend, das Gebiet ohne Wahl aufzuteilen“, was er für „das Allerbeste“ hielt, vorausgesetzt, die deutsche Seite würde dabei „nicht zu kurz kommen“ (TG, 5. 10. 1938). Diese Bestrebungen gingen auf eine Entscheidung Hitlers zurück, der bei unsicherem Ausgang keine Abstimmungen durchführen wollte.⁶ Weizsäcker versuchte daraufhin, das Thema der Plebiszite möglichst zurückzustellen. Strittig war noch, auf welcher Grundlage die deutsche Bevölkerungsmehrheit festzustellen war und ab welchem Prozentsatz Sudetendeutscher ein Gebiet als „vorwiegend deutschen Charakters“, wie im Münchener Abkommen vereinbart, gelten sollte. Am Abend des 5. Oktober sprach Goebbels mit Hitler darüber und notierte: „Er will das Gebiet über 50% deutsch bis zum 10. Oktober besetzen. Die Botschafter Englands und Frankreichs haben sich nun nach Rücksprache mit London und Paris bereitgefunden dazu. Und zwar nach dem Stande von 1918. Die neue Grenze wird nun gezogen“ (TG, 6. 10. 1938). Wenige Stunden vor diesem Gespräch waren die Botschafter Großbritanniens, Frankreichs und Italiens mit Ribbentrop übereingekommen, daß das fragliche Gebiet, in dem „nach dem Bevölkerungsstande von 1918“ „mehr als 50 Prozent Sudetendeutsche[r]“ lebten, „bis zum 10. Oktober 1938 durch deutsche Truppen zu besetzen“ sei.⁷ Der Vertreter der Tschechoslowakei, der Gesandte Mastný, erhob in der sich anschließenden Botschafterkonferenz der beteiligten Mächte Einwände, doch die deutsche Delegation verlangte ultimativ die Annahme bis zum nächsten Mittag, die Mastný bei der Ausschlußsitzung am folgenden Tag bekanntgab.⁸ Die Vertreter der Westmächte leisteten der tschechoslowakischen Regierung keine Unterstützung und lehnten Gespräche mit ihr ab.⁹ In der Sitzung am 6. Oktober 1938 schlug der britische Botschafter Hender-

⁴ Weisung 1 des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht, 30.9.1938, in: IMG 25, Dok. 388-PS, S. 492.

⁵ Aufzeichnungen über die 1. u. 2. Sitzung des Internationalen Ausschusses, 30.9., 1. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 2, 10. Zu den Anweisungen von Staatspräsident Beneš an den Gesandten Mastný vor Beginn der Verhandlungen siehe Král, Abkommen, Dok. 248. Zur Tätigkeit der Unterausschüsse siehe Singbartl, S. 40–42, 57–63.

⁶ Anonyme Aufzeichnung, A.A., 3. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 17; siehe auch Aufzeichnung E. Kordts, 2. 10. 1938, in: Ebenda, Dok. 12.

⁷ Protokoll der vier Münchener Signatarmächte, 5. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 30.

⁸ Niederschrift über Botschafter-Besprechung, 5. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 31; DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 128; Aufzeichnung über die 7. Sitzung des Internationalen Ausschusses, 6. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 41, S. 40–42; Aufzeichnung Mastnýs, in: Král, Abkommen, Dok. 276, S. 310–312; DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 140.

⁹ Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 39–41.

son vor, die Frage der Volksabstimmung in bilateralen deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen zu klären.¹⁰

Tags darauf hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Das von uns zu besetzende Gebiet ist nun abgezeichnet, eine Wahl damit wahrscheinlich überflüssig. Wir wollen auch zwischen uns und den Tschechen keine internationale Truppe einschwenken lassen. Wir müssen Auge in Auge gegenüber stehen. Das erhöht die Freundschaft. [...] Die letzte Zone, die wir besetzen, ist nun festgelegt. Also ad acta das Problem“ (TG, 7. 10. 1938). Zwei Tage später schrieb Goebbels in sein Tagebuch: „Die Kommission hat nun ihre Grenzziehung fertiggemacht. Ihre Annahme hängt nun vom Führer und von Prag ab. Prag möchte gerne Frieden und Ruhe. An einer Abstimmung hat keiner Gefallen“ (TG, 9. 10. 1938). Am 10. Oktober 1938 teilte der französische Botschafter François-Poncet Staatssekretär Weizsäcker mit, er „neige nun doch der Meinung zu, daß es besser wäre, ganz ohne Abstimmung auszukommen“.¹¹ Im gleichen Sinne sprach am selben Tag auch der britische Botschafter Henderson mit Weizsäcker.¹² Vor allem Henderson befürchtete, daß das NS-Regime versuchen könnte, durch Abstimmungen die Abtretung weiterer Gebiete des tschecho-slowakischen Staates zu erzwingen. Goebbels war diese Überlegung bekannt, mehrmals bezeichnete er Volksabstimmungen als mögliches „Druckmittel“ (TG, 8. 10. 1938, 9. 10. 1938). Angesichts des von den Westmächten befürworteten Verzichts auf Plebiszite notierte Goebbels, die Abstimmung falle „wahrscheinlich aus“ (TG, 11. 10. 1938). Zugleich hielt Goebbels für diesen 10. Oktober den Abschluß der Besetzung der sudetendeutschen Gebiete fest (TG, 11. 10. 1938). Tags darauf notierte er: „die Besetzung des sudetendeutschen Gebietes ist fertig. Wir haben dabei ausgezeichnet abgeschnitten und mehr erhalten, als man eigentlich erwarten konnte.“¹³ Es ist nun die Frage, ob doch noch abgestimmt werden soll. Ich halte das für überflüssig“ (TG, 12. 10. 1938).

Hitler entschied einer Telefonnotiz des Auswärtigen Amtes zufolge am 11. Oktober, daß von deutscher Seite „keine weiteren Gebiete der Tschechoslowakei für eine Volksabstimmung gefordert“ werden sollten.¹⁴ Als Ziel erklärte er, die inter-

¹⁰ Aufzeichnung über die 7. Sitzung des Internationalen Ausschusses, 6. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 41, S. 40–42.

¹¹ Aufzeichnung Weizsäckers, 10. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 52.

¹² Telegramme Hendersons an Halifax, 10./11. 10. 1938, in: DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 177, 179.

¹³ Das Deutsche Reich erhielt nicht nur die in München vereinbarten vier nicht zusammenhängenden Zonen (vgl. Karte zum Münchener Abkommen, in: ADAP, D 2, Karte 2, nach S. 866; Celovsky, Münchener Abkommen, Karte 2; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil II, Karte 2; Procházka, Second Republic, S. IX), sondern einen fast geschlossenen Gürtel rings um den tschechischen Teil der Tschecho-Slowakei (vgl. Osterloh, Judenverfolgung, S. 574; Procházka, Second Republic, S. IX; Celovsky, Münchener Abkommen, Karte 3; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil II, Karte 3), in etwa so, wie Hitler es in seinem Godesberger Memorandum gefordert hatte (vgl. ADAP, D 2, Karte 1, nach S. 866; Celovsky, Münchener Abkommen, Karte 1; Rönnefarth, Sudetenkrise, Teil II, Karte 1). Siehe auch Procházka, Second Republic, S. 29. Der deutsche Gebietszuwachs betrug 28 942,66 km²; die Bevölkerung des Deutschen Reiches erhöhte sich um 3 405 168 Personen; vgl. Gebel, „Heim ins Reich!“, S. 63f.

¹⁴ Anonyme Aufzeichnung, A.A., 12. 10. 1938, über Gespräch Hitler-Ribbentrop am 11. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 53.

nationale Kommission „so rasch wie möglich zum Verschwinden zu bringen“ und statt dessen „direkte zweiseitige Verhandlungen mit der Tschechoslowakei“ zu führen. In einer vorläufig letzten Sitzung des Internationalen Ausschusses am 13. Oktober 1938 erkannte der tschecho-slowakische Vertreter die vorgeschlagene Grenzziehung an und lehnte Volksabstimmungen ebenfalls ab, da sie die deutsch-tschecho-slowakischen Beziehungen beeinträchtigen könnten.¹⁵ Dies war Goebbels bekannt, wie sein folgender Tagebucheintrag zeigt: „Die Tschechen haben sich mit unserer Grenzziehung einverstanden erklärt. Eine Volksabstimmung wird demgemäß nicht mehr stattfinden. Das ist auch für beide Teile das Beste“ (TG, 14. 10. 1938). Einen Tag später, als Goebbels die Resultate des Ausschusses noch einmal wiederholte, schrieb er: „Wir sind vollkommen zu unserem Recht gekommen. Prag hat in allem nachgegeben“ (TG, 15. 10. 1938).

Bis zur endgültigen Grenzziehung wurde zwischen beiden Seiten noch um einige Gebiete gerungen, zum einen aus verkehrstechnischen Gründen, zum anderen, weil Hitler die Anweisung gegeben hatte, kein Gebiet, das bereits von der Wehrmacht besetzt worden war, wieder abzutreten.¹⁶ Für den Fall einer tschecho-slowakischen Ablehnung ließ Hitler den Tschecho-Slowaken drohen, daß er sich dann gegebenenfalls „persönlich mit der Angelegenheit befassen würde und sie dann weit schlechter davon kämen“.¹⁷ Nach „stundenlangen schwierigen und erregten Debatten“ im tschecho-slowakischen Kabinett wurde die vom NS-Regime geforderte Grenzlinie am 11. November 1938 schließlich akzeptiert.¹⁸ Am 20. November legten Vertreter des NS-Regimes und der tschecho-slowakischen Regierung die Staatsgrenze gemeinsam schriftlich fest. Am folgenden Tag stimmten die Diplomaten Großbritanniens, Italiens und Frankreichs dieser Übereinkunft in der neunten und letzten Sitzung des Internationalen Ausschusses zu.¹⁹ London und Paris hatten nichts unternommen, um die Grenzziehung zugunsten der Tschecho-Slowakei zu ändern.²⁰ Damit war die „Sudetenfrage“ gelöst und als internationale Angelegenheit nicht mehr von Belang.

Die verwaltungstechnische Eingliederung der zunächst unter Militärverwaltung²¹ stehenden Sudetengebiete behandelte Goebbels in seinem Tagebuch kaum, er erwähnte lediglich einige wichtige Vorgänge wie die Ernennung Konrad Hen-

¹⁵ Aufzeichnung über die 8. Sitzung des Internationalen Ausschusses, 13. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 56, S. 60; siehe hierzu Singbartl, S. 60–63; Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 45.

¹⁶ Vgl. ADAP, D 4, Dok. 88, 100–102, 108, 110, 113–116, 125. Siehe auch Procházka, *Second Republic*, S. 22–28. Wie aus einer Aufzeichnung des A.A. hervorgeht, habe – nach tschechoslowakischen Angaben – „deutsches Militär die Demarkationslinie an über 100 Stellen überschritten“. Vgl. anonyme Aufzeichnung, o. D., in: ADAP, D 4, Dok. 101.

¹⁷ Aufzeichnung Walther Hewels, 8. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 108.

¹⁸ Telegramme Henckes, 11., 12. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 114, 115.

¹⁹ ADAP, D 4, Dok. 135, Anlage, S. 145–147. Vgl. auch Bericht Mastnýs über die Besprechungen am 20./21. 11. 1938, in: Král, *Abkommen*, Dok. 280, S. 327–329.

²⁰ Vgl. Procházka, *Second Republic*, S. 29.

²¹ Vgl. Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete, 1. 10. 1938, Art. 2, RGBI. 1938, Teil I, S. 1331f.; zur Militärverwaltung des Sudetenlandes vgl. Umbreit, *Deutsche Militärverwaltungen*, S. 32–48.

leins zum Reichskommissar (TG, 3.10.1938),²² die Erhebung Reichenbergs zur „Hauptstadt“ des Reichskommissariats (TG, 9.10.1938)²³ und den Übergang des Sudetenlandes in die „zivile Verwaltung“ (TG, 22.10.1938).²⁴ Das von Goebbels bereits am 5. November erwähnte „Gesetz zur endgültigen Einverleibung des Sudetenlandes“ (TG, 5.11.1938) trat am 21. November in Kraft,²⁵ einen Tag nach der endgültigen Festlegung der „Grenze mit Prag“ (TG, 23.11.1938).²⁶ Im Gegensatz zum „Anschluß“ Österreichs hielt Goebbels diesmal keine weiteren Details des „Anschluß“-Vollzugs wie die Einführung der Reichsmark oder der Reichsgesetze in den Sudetengebieten fest.²⁷ Auch die Vollmachten Görings und Himmlers für das Sudetenland erwähnte er nicht.²⁸ Nicht einmal die Gründung des Reichspropagandaamts in Reichenberg Ende November 1938 vermerkte Goebbels im Tagebuch.²⁹ Das relativ geringe Interesse für derartige Fragen ist in diesem Fall nicht ausschließlich mit der mangelnden Zuständigkeit – die Eingliederung des Sudetenlandes in das Reich war, wie schon diejenige Österreichs, eine Angelegenheit des Reichsinnenministeriums – oder den zahlreichen Aufgaben des Propagandaministers zu erklären, sondern vor allem mit dessen privaten Sorgen zu dieser Zeit, wie aus unzähligen Tagebuchstellen hervorgeht.³⁰

Nach Goebbels' Trennung von der tschechischen Schauspielerin Lida Baarova, die Hitler Mitte August 1938 befohlen hatte (TG, 16.8.1938), ruhte die Angelegenheit auf Anweisung Hitlers wegen der Sudetenkrise bis Ende September

²² Vgl. Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete, 1.10.1938, Art. 6, RGBl. 1938, Teil I, S. 1331f.

²³ Vgl. Zweite Verordnung zum Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete, 8.10.1938, Art. 1, RGBl. 1938, Teil I, S. 1348.

²⁴ Dies geschah weder durch Gesetz, Erlaß oder Verordnung, sondern durch ein Schreiben Hitlers an den Oberbefehlshaber des Heeres v. Brauchitsch, in dem er die „Besetzung des sudetendeutschen Gebietes“ als „vollendet“ erklärte und Brauchitsch „von der Befugnis zur Ausübung der vollziehenden Gewalt“ befreite. Vgl. VB, Süddeutsche Ausgabe, 21.10.1938, S. 1.

²⁵ Gesetz über die Wiedervereinigung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich, 21.11.1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1641. Zur verfassungsrechtlichen Eingliederung siehe Singbartl, S. 90–102.

²⁶ ADAP, D 4, Dok. 135, Anlage, S. 145–147.

²⁷ Zur Einführung der Reichsmark siehe: Verordnung und 2. Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung in den sudetendeutschen Gebieten, 10./15.10.1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1393/1430f.; zur Rechtsangleichung siehe: Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete, 1.10.1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1331f.; 1. Verordnung zum Erlaß über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete, 8.10.1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1345.

²⁸ Vgl. Verordnung über die Einführung des Vierjahresplans in den sudetendeutschen Gebieten, 10.10.1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1392; 3. Verordnung zum Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete, 22.10.1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1453.

²⁹ Verordnung über die Errichtung eines Reichspropagandaamts in Reichenberg, 28.11.1938, RGBl. 1938, Teil I, S. 1675.

³⁰ Beispielsweise hielt Goebbels im Tagebuch fest, daß seine Arbeit bei ihm „nur wenig Interesse“ wecke (TG, 14.10.1938), daß er „keine rechte Lust“ zum Arbeiten habe (TG, 24.10.1938) oder sogar, daß „Politik“ ihn nicht „interessiere“ (TG, 30.12.1938). Die privaten Sorgen des Propagandaministers lassen sich ab Anfang Oktober 1938 bis Januar 1939 in fast jedem Tagebucheintrag erkennen.

(TG, 21.8.1938). Somit stand auch in Goebbels' Privatleben nach dem Münchener Abkommen eine Entscheidung an. Im Auftrag Goebbels' sprach sein Staatssekretär Karl Hanke Anfang Oktober 1938 „alle drei Beteiligten“, d. h. das Ehepaar Goebbels und Lida Baarova, um dann Hitler Bericht zu erstatten, der über das weitere Schicksal von Goebbels und Baarova entscheiden sollte (TG, 11.10.1938).³¹ Am Tag, als Goebbels den Übergang des Sudetenlandes in die Zivilverwaltung des Reiches erwähnte, besprach er mit Göring in der Schorfheide seinen „Fall“ und notierte, daß Hitler ihn zur „Aussprache“ auf den Obersalzberg bestellt habe (TG, 22.10.1938). Goebbels faßte „den festen Entschluß, zu kämpfen“, bevor er zu Hitler nach Berchtesgaden aufbrach (TG, 22.10.1938). Diese Eintragung läßt genau wie die weiteren Notate darauf schließen, daß Goebbels eine Wiederaufnahme seiner Affäre mit Baarova beabsichtigte.³² Vor Hitler verfocht er seinen Standpunkt, wie er selbst schrieb, „bis der Führer an Solidarität, Staat und gemeinsame große Sache appelliert[e]“ (TG, 24.10.1938). „Diesem Appell kann und will ich mich nicht versagen“, notierte Goebbels weiter in sein Tagebuch. Hitler vertagte die Angelegenheit erneut auf drei Monate und vertraute Goebbels an, daß er in der weiteren Zukunft „einen ganz schweren Konflikt“ erwarte, für den er Goebbels brauche (TG, 24.10.1938).³³ Goebbels gehorchte, wie sein Tagebuch ausweist, unter großen persönlichen Qualen und in der Hoffnung, daß sich die Lage eines Tages doch noch ändern könnte.³⁴ Lida Baarova erhielt im Reich ein Berufs- und zugleich ein Ausreiseverbot.³⁵ Erst in der zweiten Januarhälfte 1939 besserte sich Goebbels' per-

³¹ Goebbels hielt hierzu im Tagebuch fest: „Von seinem [Hitlers, d.V.] Entscheid hängt dann alles weitere ab. Ich will nicht klagen und nicht jammern, ich habe keinen Grund zu Haß und Empörung, ich warte auf die Entscheidung des Führers und werde mich ihr, sie falle wie auch immer, gehorsam fügen. Ich durchlebe in diesen Tagen Stunden, die kaum noch erträglich sind. Ich muß aus dieser Nervenmarter wieder herauskommen und einen Weg nach oben finden. Wie, das weiß ich noch nicht. Jedenfalls so, wie es augenblicklich ist, kann und wird es nicht weiterbestehen können. Sonst gehe ich daran zugrunde und vielleicht noch der eine oder der andere dazu. Ich würde alles das gerne ohne den Führer erledigen, da er sowieso viel und übergenu am Halse hat. Aber da die Sache doch sehr stark ins Politische und Öffentliche hineinschlägt, muß er ein entscheidendes Wort sprechen“, TG, 11.10.1938.

³² Dies bestätigte auch Lida Baarova in ihren Memoiren: Kettermann, Baarova, S. 143–145. Ähnlich Longeric, Goebbels, S. 390–393. Reuth, Goebbels. Biographie, S. 389, der das Gegenteil behauptete, irrt hier.

³³ „Er [Hitler, d.V.] sieht für die weitere Zukunft einen ganz schweren Konflikt voraus. Wahrscheinlich mit England, das sich konsequent darauf vorbereitet. Dem müssen wir uns stellen, und dabei wird dann die europäische Hegemonie entschieden. Dafür muß alles vorbereitet und in Schuß gebracht werden. Und demgegenüber haben auch alle persönlichen Wünsche und Hoffnungen zu schweigen. Was sind wir Einzelnen dem großen Staats- und Volksschicksal gegenüber? Ich beuge mich und ordne mein persönliches Wohl und Glück dem Volke und dem Staate unter“, TG, 24.10.1938.

³⁴ „Schauerhaft! Man möchte sich am liebsten aufhängen“, schrieb Goebbels anlässlich des Jahreswechsels 1938/39, TG, 1.1.1939. Über den sechsten Jahrestag der „Machtergreifung“ notierte Goebbels: „Ich denke an die Zeit vor 6 Jahren zurück. Da war es noch schön. Jetzt ist alles furchtbar und schrecklich“, TG, 31.1.1939. Vgl. beispielsweise auch TG, 30.12.1938; Kettermann, Baarova, S. 143–145.

³⁵ Kettermann, Baarova, S. 144f.; Reuth, Goebbels. Biographie, S. 390 und Anm. 325 auf S. 692.

sönliche Situation wieder, als er mit seiner Frau Magda unter Mitwirkung Hitlers einen „Vertrag“ über seine Ehe unterzeichnete (TG, 23. 1., 25. 1. 1939).³⁶

Kaum größeres Interesse als für den Verwaltungsakt des „Anschlusses“ brachte Goebbels in dieser Phase der Eingliederung der Sudetendeutschen Partei in die NSDAP entgegen. Zur Frage der Gaueinteilung der annektierten sudetendeutschen Gebiete hielt Goebbels fest: „Der Führer will die schmalen Randgebiete zu den Reichsgauen schlagen und von dem größeren Rest mit etwa 2 Millionen Einwohnern den Gau Sudetenland bilden mit Henlein als Gauleiter und Reichsstathalter. Dieser Gau muß dann allerdings sehr bald nationalsozialistisch erzogen und ausgerichtet werden“ (TG, 3. 10. 1938). So geschah es auch: Das Hultschiner Ländchen wurde dem Gau Schlesien eingegliedert, das südwestböhmisches Gebiet dem Gau Bayerische Ostmark, der südböhmische Gebietsstreifen wurde zum Gau Oberdonau geschlagen und der südmährische Teil zum Gau Niederdonau. Der Gau Sudetenland bestand aus dem westlichen und nördlichen Teil Böhmens und Mährens. Dies verfügte der Stellvertreter des Führers am 30. Oktober 1938.³⁷ Am 2. November verzeichnete Goebbels die Gaugründung im häufig bei ihm zu findenden Telegrammstil: „Gau Sudetenland gebildet. Henlein zum Gauleiter ernannt“ (TG, 2. 11. 1938). Die Berufung K. H. Franks zum stellvertretenden Gauleiter und Vize-Reichskommissar erwähnte Goebbels nicht. Über die Überführung der SdP in die NSDAP am 5. November schrieb Goebbels lediglich: „Heß hat in Reichenberg die Sudetendeutschen in die Partei überführt. Mit einer zweckentsprechenden Predigt“ (TG, 7. 11. 1938).

Mehr Bedeutung besaß für Goebbels die Reise Hitlers in die sudetendeutschen Gebiete, die ihn von Berufs wegen interessieren mußte und die er mit einer gewissen Freude angesichts der Begeisterung vieler Sudetendeutscher aufnahm.³⁸ Die große Freude der Sudetendeutschen galt nicht allein dem „Anschluß“ an das Deutsche Reich und dem Ausscheiden aus dem tschechoslowakischen Staat, sondern sie resultierte ebenso aus der Hoffnung auf eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und aus der Erleichterung über die Abwendung des befürchteten Krieges.³⁹ Am 2. Oktober 1938 fuhr Hitler „ins befreite Gebiet“, wie Goebbels das Sudetenland nannte (TG, 3. 10. 1938).⁴⁰ Am nächsten Tag traf Hitler „unter grenzenlosem Jubel“ (TG, 5. 10. 1938) im Egerland ein,⁴¹ doch zum Ärger des Propagandaministers „klappt[e] die Übertragung einer Führerrede nicht“ (TG, 4. 10. 1938). Anschließend reiste Hitler in die „Notstandsgebiete“ (TG, 5. 10. 1938), wie

³⁶ Vgl. Reuth, Goebbels. Biographie, S. 404f.; Longerich, Goebbels, S. 401.

³⁷ Verfügung Hitlers, 30. 10. 1938, in: Dokumente zur Sudetendeutschen Frage, Dok. 166; Osterloh, Judenverfolgung, S. 240f. sowie Karte auf S. 574; DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 378f.

³⁸ „Die Begeisterung der Bevölkerung war ungeheuer“, schrieb Helmuth Groscurth Anfang Oktober 1938 über seine Eindrücke aus dem Sudetenland; Persönlicher Reisebericht über die Reise in die befreiten Sudetendeutschen Gebiete v. 1.–7. Oktober 1938, in: Krausnick/Deutsch, Groscurth, S. 131.

³⁹ Gebel, „Heim ins Reich!“, S. 66–68.

⁴⁰ Vgl. Minutenprogramm von Hitlers Besuch in Asch, Franzensbad, Eger und Kaiserburg am 3. 10. 1938, das dem Propagandaministerium wie üblich vorab zugeleitet worden war. BArch, NS 10/45, Bl. 136–138.

⁴¹ Vgl. auch Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 169.

die nationalsozialistische Propaganda sudetendeutsche Gebiete bezeichnete, in denen besonders große Armut herrschte. Den weiteren Verlauf von Hitlers erster Rundreise durch die neuen Regionen, die dieser wegen der Arbeit des Internationalen Ausschusses und einer Veranstaltung am Abend des 5. Oktober unterbrach, verzeichnete Goebbels nicht im Tagebuch. Am 9. Oktober trafen sich beide in Saarbrücken, wo Hitler übermüdet, aber „ganz voll von Eindrücken aus dem Sudetenland“ eintraf (TG, 10. 10. 1938). Vor allem hatte Hitler „die tschechischen Bunker gesehen“ und war nun anscheinend „auch der Überzeugung, daß eine militärische Niederrennung der Tschechei viel Blut gekostet hätte“ (TG, 10. 10. 1938).⁴² Goebbels bemerkte hierzu im Tagebuch: „Es ist also so am besten, wie es ist“ (TG, 10. 10. 1938). Goebbels hielt fest, die sudetendeutsche Bevölkerung habe Hitler „ganz verschüchtert“ empfangen und ihrer „Freude“ durch „Tränen“ Ausdruck verliehen.⁴³ Hitler wurde mit zahllosen Blumen überschüttet. Der Stellvertreter des Führers sah sich daher veranlaßt, „das Werfen von Blumen“ in Hitlers Wagen strengstens zu untersagen.⁴⁴ In Saarbrücken hielt Hitler am 9. Oktober 1938 eine Rede, die eine kurzzeitige Verstimmung bei den Westmächten bewirkte, wofür Goebbels wenig Verständnis besaß, weil er diese Rede „doch garnicht [!] so scharf“ fand, zudem sei sie, wie er argumentierte, „größtenteils vollkommen improvisiert“ gewesen (TG, 11. 10. 1938). In dieser Rede hatte Hitler unter anderem gesagt:

„Es würde gut sein, wenn man in Großbritannien allmählich gewisse Allüren der Versailler Epoche ablegen würde. Gouvernantenhafte Bevormundung vertragen wir nicht mehr! Erkundigungen britischer Politiker über das Schicksal von Deutschen oder von Reichsangehörigen innerhalb der Grenzen des Reiches sind nicht am Platze. Wir kümmern uns auch nicht um ähnliche Dinge in England. Die übrige Welt hätte manches Mal Grund genug, sich eher um ihre eigenen nationalen Vorgänge zu bekümmern oder zum Beispiel um die Vorgänge in Palästina. [...] Wir möchten all diesen Herren den Rat geben, sich mit ihren eigenen Problemen zu beschäftigen und uns in Ruhe zu lassen! Auch das gehört zur Sicherung des Weltfriedens.“⁴⁵

Hitler hatte in dieser Saarbrücker Rede zudem unterstellt, „das Ziel“ von Duff Cooper, Eden oder Churchill sei, „sofort einen neuen Weltkrieg zu beginnen“. Er verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß hinter dieser Absicht „jener jüdisch-internationale Feind lauert, der im Bolschewismus seine staatliche Fundierung und Ausprägung erfahren hat“.⁴⁶

Nach einer längeren Unterbrechung seiner Reise begab sich Hitler in der zweiten Oktoberhälfte ins „Moldaugebiet“, wo er mit „ungeheurer Begeisterung emp-

⁴² Dies überliefert auch Below, Hitlers Adjutant, S. 130. Goebbels hatte schon zwei Tage zuvor ein Blick auf eine Karte mit den Festungsanlagen genügt, um zur selben Ansicht zu gelangen: „Ich schaue mir die Karte mit den tschechischen Bunkern an. Da hatte Prag doch ganz was Anständiges hingebaut. Gut, daß wir jetzt dahinter stehen“ (TG, 8. 10. 1938).

⁴³ Vgl. Gebel, „Heim ins Reich!“, S. 65.

⁴⁴ Anordnung des Stellvertreters des Führers Nr. 150/38, 8. 10. 1938, Österreichisches Staatsarchiv, AdR, 04: Inneres/Justiz, Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Bürckel/Materie, Mappe 4210, Karton 193.

⁴⁵ Rede Hitlers, 9. 10. 1938, in: Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd. 12, Dok. 2734a, S. 506; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 175.

⁴⁶ Rede Hitlers, 9. 10. 1938, in: Ebenda.

fangen“ worden sei (TG, 21.10.1938), und auf eine triumphale Fahrt „durch den Böhmerwald“ (TG, 22.10.1938). Wenige Tage später fuhr Hitler nach Engerau und hatte somit „das neugewonnene Gebiet durch“, wie Goebbels konstatierte (TG, 26.10.1938). Goebbels reiste erstmals am 19. November 1938 ins Sudetenland, um in Reichenberg zur „Eröffnung des sudetendeutschen Wahlkampfes“ eine Rede zu halten (TG, 19.11.1938). In dieser Rede in Reichenberg verglich Goebbels die riskante Außenpolitik des NS-Regimes mit einer Lotterie, bei der man auch nur „etwas gewinnen“ könne, wenn man etwas einsetze. Indem die Nationalsozialisten, wie Goebbels offen erklärte, „mit Krieg gedroht haben“, hätten sie „den Krieg vermieden“ und das Sudetenland gewonnen. Die Zuhörer quittierten diese Rede Helmut Heiber zufolge mit „Gelächter“, „Heiterkeit“, „Heilrufe[n]“ und „Beifall“, also Äußerungen der Zustimmung. Ganz ähnlich lautet Goebbels' eigene Beschreibung der Rede im Tagebuch: „Ich spreche in großen Zusammenhängen. Mit Stürmen des Beifalls. Das tobt nur so. Ich bin in bester Form“ (TG, 20.11.1938).⁴⁷

Goebbels' Hauptaufgabe Ende des Jahres 1938 lag in der Propaganda für die sudetendeutsche Ergänzungswahl zum Reichstag am 4. Dezember, dem letzten Scheinplebiszit des Dritten Reiches.⁴⁸ Er wollte diese Reichstagswahl „nicht zu leicht nehmen“, da sie seines Erachtens „auch international von großer Bedeutung“ war (TG, 8.10.1938), schließlich waren die Volksabstimmungen in den Sudetengebieten entfallen. Aus wahltaktischen Gründen, wie er selbst überliefert, ließ er „ein Sofortprogramm für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau im Sudetengau ausarbeiten“ (TG, 15.10.1938). Auch wollte er „für 1/2 Million“ Reichsmark „Rundfunkgeräte an Sudetendeutsche verteilen lassen“ (TG, 5.10.1938). Seinem Tagebuch zufolge verwandte sich der Propagandaminister persönlich für die Änderung der Wahlliste, die zum Ärger Henleins vom Reichsinnenministerium aufgestellt worden war.⁴⁹

Auch um die Wahlzettel machte er sich Gedanken. Goebbels schlug Hitler vor, daß die im Sudetenland verbliebenen Tschechen „auf besonderem Wahlzettel und in besonderen Lokalen wählen“ sollten, womit Hitler „einverstanden“ war (TG, 24.11.1938). Zudem beauftragte Hitler Goebbels, „Frick entsprechend zu instruieren“ (TG, 24.11.1938). Grund dafür war zum einen, daß Goebbels glaubte, die Tschechen könnten den Text des entworfenen Wahlzettels „kaum unterschreiben. Und wir legen doch Wert auf ihre Stimmen“, vermerkte Goebbels weiter (TG, 25.11.1938). Damit hatte Goebbels zweifelsohne recht, denn in dem Text der

⁴⁷ Rede Goebbels', 19.11.1938, in: Heiber, Goebbels-Reden, Bd. 1, S. 309–331, Zitat S. 312.

⁴⁸ Daneben war Goebbels in den ersten Tagen und Wochen nach dem Abkommen von München mit der Koordinierung der Propagandakompagnien (TG, 1.10.1938, 3.10.1938) und mit der Organisation des Kulturlebens und des Medienwesens in den Sudetengebieten befaßt (TG, 5.10.1938, 7.10.1938).

⁴⁹ Hierzu notierte Goebbels: „Noch lange mit Henlein verhandelt. Er ist erbost darüber, daß Frick ihm Krebs und Jung ohne sein Wissen auf die Wahlliste gesetzt hat. [...]. Das ist auch eine grobe Ungerechtigkeit. Ich verspreche, ihm zu helfen“, TG, 20.11.1938. „Henleins Liste ist nun durch mein Eingreifen umgeändert worden. Jetzt hat sie ihre Richtigkeit. Das freut mich für Henlein“, TG, 21.11.1938.

Abstimmungsfrage wurde Hitler als „Befreier des Sudetenlandes“ bezeichnet.⁵⁰ Zum anderen ließ sich durch separate Wahlzettel das Abstimmungsverhalten des tschechischen Volkes besser erkennen, was sicherlich nicht wenige Tschechen zu einem „Ja“ bewog. Dieses zweite Ziel von Goebbels' Strategie geht aus seinem folgenden Notat hervor: „Die Tschechen haben nun die Wahl, ob sie zu uns in ein positives Verhältnis kommen wollen“ (TG, 24.11.1938). Das Innenministerium scheint den Vorschlag Goebbels' jedoch nicht in seinem Sinne umgesetzt zu haben, da Goebbels, wie er im Tagebuch festhielt, in seinem Ministerium einen neuen Text eigens für die Tschechen ausarbeiten und „nochmal beim Führer anfragen“ ließ, „ob man nicht doch bei der sudetendeutschen Wahl für die Tschechen einen neuen Wahltext entwirft“ (TG, 25.11.1938). Hitler erklärte sich Goebbels zufolge schließlich „mit dem von uns“, das heißt vom Propagandaministerium, „entworfenen eigenen Wahlzettel für die Tschechen einverstanden“ (TG, 25.11.1938). Einen Tag nach diesem Tagebucheintrag erging ein Erlaß des Reichsinnenministeriums, daß der tschechischen Bevölkerung ein anderer Text auf andersfarbigen Wahlzetteln vorzulegen sei. Auch sollten tschechische Stimmzettel in separaten Urnen gesammelt und möglichst in getrennten Räumen gekennzeichnet werden.⁵¹ Vor Kenntnis der Tagebücher war nicht bekannt, daß dieses Vorgehen auf eine Idee Goebbels' zurückging.⁵²

Neben der erwähnten Wahlkampfreden am 19. November in Reichenberg (TG, 20.11.1938) hielt Goebbels noch zwei weitere Reden in den sudetendeutschen Gebieten, am 30. November in Jägerndorf und am 1. Dezember in Aussig (TG, 2.12.1938). Hitler sprach aus Anlaß der Wahl am 2. Dezember in Reichenberg (TG, 4.12.1938). Ob die nationalsozialistische Propaganda, die der Bevölkerung der sudetendeutschen Gebiete eine Besserung ihrer Lebensverhältnisse versprach,⁵³ eine große Wirkung erzielte oder ob andere Faktoren mehr Bedeutung besaßen, ist bisher nicht näher untersucht worden. Für Goebbels war die Wahl jedenfalls ein „triumphaler Sieg“ (TG, 5.12.1938). Im Tagebuch schrieb er: „Bei der Wahl bringen wir es auf 99% aller abgegebenen Stimmen. Das hätte niemand gedacht“ (TG, 5.12.1938).⁵⁴ Tatsächlich scheint Goebbels selbst überrascht gewesen zu sein, da auch er wußte, daß noch etwa „5–600 000“ Tschechen „im

⁵⁰ Der Text der Abstimmungsfrage lautet: „Bekennst Du Dich zu unserem Führer Adolf Hitler, dem Befreier des Sudetenlandes, und gibst Du Deine Stimme dem Wahlvorschlag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei?“ Zit. nach: Zimmermann, *Die Sudetendeutschen*, S. 113; Gebel, „Heim ins Reich!“, S. 137, Anm. 413.

⁵¹ Gebel, „Heim ins Reich!“, S. 139 und ebenda, Anm. 430. Die Abstimmungsfrage, die den Tschechen vorgelegt wurde, lautete: „Willst auch Du ein loyaler Staatsbürger des neuen Staates sein und Deine Pflichten gewissenhaft erfüllen, und gibst auch Du deshalb dem Wahlvorschlag des Führers und Reichskanzlers Deine Stimme?“ Ebenda; ähnlich bei Zimmermann, *Die Sudetendeutschen*, S. 113.

⁵² Zimmermann, *Die Sudetendeutschen*, S. 113, machte erstmals auf dieses Vorgehen aufmerksam, aber er wies nicht auf die Hauptmotivation des Propagandaministers hin, den Tschechen einen Text zu präsentieren, der ihre Zustimmung ermöglichte.

⁵³ Vgl. ebenda, S. 110–112; Gebel, „Heim ins Reich!“, S. 137f.

⁵⁴ Das amtliche Endergebnis bezifferte den Prozentsatz der „Ja“-Stimmen mit 98,90%; vgl. DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 393; Gebel, „Heim ins Reich!“, S. 140; Zimmermann, *Die Sudetendeutschen*, S. 113.

deutschen Gebiet verblieben“ waren (TG, 20. 11. 1938).⁵⁵ 93% aller Nein-Stimmen und 68% aller ungültigen Stimmen wurden von Tschechen abgegeben, allerdings erteilten 81% der Tschechen der NSDAP-Liste ihre Zustimmung.

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die Wähler im Sudetenland massiv eingeschüchtert wurden und mögliche Gegner zuvor geflohen waren oder verhaftet wurden. Nachdem mehrere Tschechen angekündigt hatten, gegen die NSDAP-Reichstagsliste stimmen zu wollen, drohte Henlein ihnen in einer Erklärung in der Zeitung „Die Zeit“: „Ich erkläre mit aller Deutlichkeit: *Die Wahl in den Deutschen Reichstag ist kein Plebiszit*, die Grenzen des Reiches stehen *unabhängig* von dem Ergebnis der Wahl *unerschütterlich fest*. Uns kann es gleichgültig sein, wie die Tschechen ihre Gesinnung dem Deutschen Staate gegenüber erklären. Sie müssen sich aber darüber klar sein, daß sich nach ihrem Verhalten unsere Stellungnahme ihnen gegenüber bestimmen wird. Wer uns hier nicht versteht und gegen uns handelt, *hat uns zum Feind*.“⁵⁶ Goebbels reagierte relativ gelassen auf die erwähnte Ankündigung einiger Tschechen, von der er durch seine Mitarbeiter Leopold Gutterer und Hugo Fischer von der Reichspropagandaleitung erfuhr. Goebbels notierte darüber: Die „Tschechen sind unentwegt frech. Sie wollen mit Nein stimmen, um eine neue Grenzziehung zu erzwingen“. Aber zugleich tat er dieses Ansinnen mit dem Kommentar „Harmlose Irre!“ ab (TG, 20. 11. 1938).

Zudem wird man auch bei dieser Volksabstimmung und Reichstagsergänzungswahl, wie im Falle der Wahl im April 1938 in Österreich, mit lokalen Manipulationen rechnen müssen. Hinweise auf verschwundene oder zerrissene Stimmzettel in einzelnen Gemeinden liegen vor.⁵⁷ Dennoch wird die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Einheitsliste der NSDAP gewählt haben. Selbst die Exil-SPD nahm an, „daß sich auch bei freien Wahlen nach einmal vollzogener Besetzung mehr als 90% der Bevölkerung für den „Anschluß“ des Sudetengebiets an Deutschland ausgesprochen hätten“.⁵⁸

Die Tschechoslowakei nach dem Münchener Abkommen

Das Münchener Viermächteabkommen, das sogar vom Völkerbund nachträglich gebilligt wurde,⁵⁹ bedeutete für den tschechoslowakischen Staat nicht nur einen territorialen Verlust in Höhe von 20%⁶⁰ des Staatsgebietes, sondern auch die

⁵⁵ Das A.A. errechnete 676 478 Tschechen und Slowaken in den abgetretenen sudetendeutschen Gebieten; vgl. ADAP, D 4, Dok. 121. Siehe hierzu auch Zimmermann, *Die Sudetendeutschen*, S. 279f. und Anm. 8, sowie Gebel, „Heim ins Reich!“, S. 275f. Der Generalquartiermeister des Heeres, der mit der Zivilverwaltung in den ersten Wochen nach dem Münchener Abkommen betraut war, schrieb in einem Privatbrief, das Reich habe „rund 500 000 Tschechen mit geschluckt“; Wagner, *Besetzung der Tschechoslowakei*, S. 581.

⁵⁶ Erklärung Henleins, in: Zimmermann, *Die Sudetendeutschen*, S. 111f. (Hervorhebungen im Original). Weitere Belege für die Einschüchterung des tschechischen Volkes bei Gebel, „Heim ins Reich!“, S. 139, 141f.; Zimmermann, *Die Sudetendeutschen*, S. 112, 114.

⁵⁷ Vgl. Gebel, „Heim ins Reich!“, S. 141.

⁵⁸ *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade)*, Bd. 6, Januar 1939, S. 16.

⁵⁹ Vgl. Celovsky, *Münchener Abkommen*, S. 470.

⁶⁰ Vgl. Benz, *Geschichte des Dritten Reiches*, S. 161.

Preisgabe seines Festungsgürtels, was eine Verteidigung bei einem Angriff aussichtslos machte. Auch Goebbels war bewußt, daß eine „Verteidigung aufgrund der neuen Grenze [...] nun ausgeschlossen“ war, daß Prag „strategisch ans Messer geliefert“ (TG, 8. 10. 1938) war.⁶¹ Die Bündnispartner Frankreich und UdSSR⁶² sowie die Kleine Entente⁶³ hatten die Tschechoslowakei im Stich gelassen und gewährten ihr auch künftig keine substantielle Unterstützung, nicht einmal finanziell.⁶⁴ Der tschechoslowakische Staat war nun dem Dritten Reich ausgeliefert, nachdem er von seinen „Freunden“ dem Deutschen Reich „quasi serviert worden“ war, wie Hitler wenig später sagte.⁶⁵ Prag mußte nun zwangsläufig eine Politik „der Anlehnung und der Zusammenarbeit mit Deutschland“ betreiben, wie es zwei tschechoslowakische Minister gegenüber Staatssekretär von Weizsäcker ausdrückten.⁶⁶ Bereits am 1. Oktober 1938 wurden Gerüchte bekannt, denen zufolge Staatspräsident Beneš zurückgetreten war, was sich jedoch erst am 5. Oktober bestätigte.⁶⁷ Beneš schrieb in seinen Memoiren, Göring habe dem Gesandten Mastný am 1. Oktober 1938 mitgeteilt, daß das Deutsche Reich Beneš nicht länger akzeptieren würde, ähnlich habe sich auch Weizsäcker geäußert.⁶⁸ Goebbels vermerkte am 6. Oktober im Tagebuch, daß Beneš „nun endgültig zurückgetreten“ sei, was er „großartig“ fand, da er ihn für einen der „erbittertsten Gegner“ hielt, der nun

⁶¹ Der Generalquartiermeister des Heeres schrieb in einem Brief an seine Frau am 3. 10. 1938: „die Tschechei existiert militärisch nicht mehr für uns“. Abgedr. in: Wagner, *Besetzung der Tschechoslowakei*, S. 580. Siehe auch Michaelis, 1938. *Krieg*, S. 174.

⁶² „Moskau hat in der Tschechenkrise sein ganzes Prestige eingebüßt“, schrieb Goebbels im Tagebuch (TG, 10. 11. 1938). Botschaftsrat v. Tippelskirch, Moskau, sah im Münchener Abkommen einen „Mißerfolg der Sowjetpolitik“; Schreiben Werner von Tippelskirchs, 3. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 476, S. 529.

⁶³ Dieser Beistandspakt war gegen Ungarn gerichtet und sah keine Bündnispflicht bei einer Bedrohung durch das Deutsche Reich vor.

⁶⁴ „Daladier hat schon abgelehnt, den Tschechen Geld für neue Festungsanlagen zu pumpen“, notierte Goebbels (TG, 2. 10. 1938). Frankreich begründete seine wiederholte Ablehnung größerer finanzieller Hilfen mit der zunehmenden Anlehnung Prags an das Deutsche Reich. Die britische Regierung, obgleich nicht formaler Bundesgenosse, sagte zwar eine Anleihe in Höhe von 10 Mio. britischen Pfund zu, doch verlangte sie, daß die Gelder vorwiegend für die deutschen und jüdischen Emigranten verwendet würden; vgl. ADAP, D 4, Dok. 158, S. 170; Dok. 159, S. 174; Král, *Abkommen*, Dok. 284. Bis zum 15. 3. 1939, als die Zahlungen eingestellt wurden, waren 3,25 Mio. Pfund ausbezahlt worden (Rede v. Halifax im House of Commons, 15. 3. 1939, *The Times*, 16. 3. 1939, S. 7). Auch die französische Regierung stellte für diesen Zweck ca. 700 Mio. Francs (4 Mio. britische Pfund) zur Verfügung. Der Tschecho-Slowakei, die nach den Gebietsabtretungen an das Deutsche Reich, Polen und Ungarn etwa 40% ihrer Wirtschaftskapazität eingebüßt hatte und eine Verdoppelung der Arbeitslosigkeit zu verfrachten hatte, nützte dies wenig. Vgl. Procházka, *Second Republic*, S. 53–56; vgl. auch Feierabend, *Prag-London*, Bd. 1, S. 64f.; Celovsky, *Münchener Abkommen*, S. 468–470, 472f.

⁶⁵ Aufzeichnung Walther Hewels über Gespräch Hitlers mit Graf Istvan Csáky, dem damaligen ungarischen Außenminister, am 16. 1. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 272, S. 304.

⁶⁶ Aufzeichnung Weizsäckers, 6. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 36.

⁶⁷ Aufzeichnung Detlev-Henning v. Stechows über Gespräch mit Legationssekretär Helversen von der tschecho-slowakischen Gesandtschaft Berlin, 1. 10. 1938, PA/AA, R 29769, Fiche 1182, Bl. 75625; Telegramm Henckes, 5. 10. 1938, PA/AA, R 29769, Fiche 1183, Bl. 75687.

⁶⁸ Beneš, *Memoirs*, S. 50f.

„weg vom Schachbrett“ (TG, 6. 10. 1938) sei. „Beneschs Rücktritt wird in der ganzen Welt begrüßt.⁶⁹ Seine früheren Freunde versetzen ihm Fußtritte. So ist das nun mal im Leben“ (TG, 7. 10. 1938), kommentierte Goebbels tags darauf. Beneš verließ Prag sofort und emigrierte wenig später, was auch Goebbels bekannt war.⁷⁰ Bis zur Neuwahl eines Präsidenten übernahm Regierungschef Jan Syrový, der am 4. Oktober 1938 ein Übergangskabinett gebildet hatte, dessen Amtsgeschäfte.⁷¹ Am Tag vor und am Tag seines Rücktritts hatte Beneš die „neue Regierung installiert“ (TG, 6. 10. 1938),⁷² was für Goebbels Grund zur Skepsis war, denn er fährt fort: „Man sucht damit offenbar neuen Kontakt mit dem Reich. Aber wir müssen da sehr vorsichtig sein. Der alte, verschlagene Fuchs Benesch ist noch am Werke“ (TG, 6. 10. 1938). Beispielsweise wurde Außenminister Kamil Krofta, der wie Beneš nach dem Münchener Abkommen „völlig gebrochen gewesen“⁷³ sei, durch den bisherigen Gesandten in Rom, František Chvalkovský, ersetzt. Regierungschef blieb Jan Syrový.

Weitere Folgen des Viermächteabkommens waren die Autonomieerklärungen der Slowakei und der Karpatho-Ukraine. Goebbels erwähnte im Tagebuch „ein kurzbefristetes Ultimatum auf Autonomie“ (TG, 5. 10. 1938), das der slowakische Regierungsvertreter Matuš Černák am 3. Oktober 1938 in Prag gestellt hatte.⁷⁴ Am nächsten Tag vermerkte Goebbels, daß die Slowaken „nun auch mehr und mehr Krach“ schlugen (TG, 6. 10. 1938).⁷⁵ Auch die Gesandtschaft in Prag verzeichnete eine starke Zunahme der Unabhängigkeitsbewegung in der Slowakei.⁷⁶ Am 6. Oktober 1938 hatten Vertreter mehrerer slowakischer Parteien in Sillein

⁶⁹ Vgl. beispielsweise den Leitartikel „President Benesh Resigns“ in der Times (6. 10. 1938, S. 13), in der Beneš vorgeworfen wurde, daß er zu stark mit der durch das Versailler Vertragssystem geschaffenen Tschechoslowakei identifiziert werde, um künftig diesen Staat gut repräsentieren zu können; auch sei er zu wenig kompromißbereit gewesen. Siehe auch Hencke, Augenzeuge, S. 201f.; Ladislav Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 37f.; Procházká, Second Republic, S. 12–14.

⁷⁰ „Benesch hat Prag mit unbekanntem Ziel verlassen. Eine geborstene Säule“ (TG, 8. 10. 1938), notierte Goebbels. Edvard Beneš begab sich, wie er in seinen Memoiren (Memoirs, S. 51) schrieb, am 6. 10. 1938 von Prag nach Sezimovo Ustí (deutsch: Alttabor) in Südböhmen und von dort am 22. 10. 1938 nach London. Zu Beneš' Aufnahme in London vermerkte Goebbels: „Er wird in London auf der Straße geohrfeigt“ (TG, 30. 11. 1938). Dies läßt sich den Memoiren Beneš' nicht entnehmen, aber es erscheint auch nicht unwahrscheinlich, galt er doch nach München als der Hauptschuldige an der unglücklichen Lage der Tschecho-Slowakei, was Beneš (Memoirs, S. 53) in seinen Erinnerungen bestätigt, und beispielsweise auch Feierabend (Prag-London, S. 53) beschrieb.

⁷¹ Vgl. Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 245; Bodensieck, Die Politik der Zweiten Republik, S. 58f.

⁷² Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 36–38.

⁷³ Hencke erfuhr dies vom italienischen Gesandten in Prag, Francesco Franson; Telegramm Henckes, 30. 9. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 3. „Wholly exhausted mentally and physically, with indescribable feelings in my heart and with heavy thoughts“, so Beneš in seinen Memoiren (Memoirs, S. 51), habe er am 6. 10. Prag verlassen. Siehe auch Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 36.

⁷⁴ Siehe hierzu Hoensch, Die Slowakei, S. 103f.

⁷⁵ Zu den Aktivitäten der Slowakischen Volkspartei Anfang Oktober 1938 siehe Hoensch, Die Slowakei, S. 101–108.

⁷⁶ Telegramm Henckes, 4. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 29.

(Žilina) in einem Abkommen und einem Manifest ultimativ eine autonome Slowakei innerhalb der Tschechoslowakei gefordert und sogleich eine slowakische Regierung unter Ministerpräsident Jozef Tiso gebildet.⁷⁷ Goebbels hielt hierzu fest: „Im Übrigen haben die Slowaken einfach ihre Autonomie erklärt, und Prag macht gute Miene zum bösen Spiel. Es bleibt ihm auch nichts anderes übrig“ (TG, 8.10.1938). Die neugebildete tschecho-slowakische Regierung unter Jan Syrový gestand der Slowakei diese Autonomie am 7. Oktober „im Rahmen des Prager Reststaates“ (TG, 9.10.1938) zu, wie Goebbels korrekt und despektierlich zugleich notierte.⁷⁸ Die Außen-, Militär- und Finanzpolitik wurde weiterhin von der gemeinsamen tschecho-slowakischen Regierung bestimmt.⁷⁹ Die erste Republik der Tschechoslowakei, die 1918 infolge des für die Mittelmächte verlorenen Ersten Weltkrieges gegründet worden war, hörte nun auf zu existieren;⁸⁰ die zweite, nun tschecho-slowakische Republik, begann.

Zwei Tage nach der Autonomieerklärung der Slowakei nominierte der tschecho-slowakische Regierungschef Syrový die erste autonome Regierung der Karpatho-Ukraine (Podkarpatská Rus) unter Premierminister Andrij Brodyi in Užhorod, was Goebbels jedoch nicht im Tagebuch vermerkte.⁸¹ Auch die Ersetzung Brodyis, der von Polen wie Ungarn bestochen wurde, durch Avhustyn Vološyn am 26. Oktober 1938⁸² hielt Goebbels im Tagebuch nicht fest. Zu unbedeutend war ihm wohl dieses kleine, dünn besiedelte Land, das im Jahre 1930 725 000 Einwohner hatte, die überwiegend in der Landwirtschaft tätig und nicht alphabetisiert waren.⁸³ Für ihn war lediglich von Bedeutung, worauf noch zurückzukommen sein wird, daß Ungarn und Polen möglichst keine gemeinsame Grenze bekämen, was bei einer polnischen oder ungarischen Annexion der Karpatho-Ukraine der Fall wäre.

Hitler hatte von Anfang an die Okkupation des gesamten tschechischen Raumes anvisiert und mußte sich in München mit der sogenannten kleinen Lösung, also dem Sudetenland, begnügen; „die große Lösung bleibt noch offen“ (TG, 29.9.1938), notierte Goebbels am Morgen vor der Konferenz von München. Nur drei Tage nach Abschluß des Abkommens teilte Hitler Goebbels mit, daß er nach wie

⁷⁷ Texte des Abkommens und des Manifests bei Hoensch, Dokumente, Dok.54f. Zu den Verhandlungen in Sillein siehe Hoensch, Die Slowakei, S. 106–111. Siehe auch Telegramm des deutschen Konsulats Preßburg an das A.A., 6.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok.40. Zur Ministerliste siehe Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 43.

⁷⁸ Hoensch, Die Slowakei, S. 111f.

⁷⁹ Vgl. „Verfassungsgesetz vom 22.11.1938 über die Autonomie des Landes Slowakei“, das von der tschecho-slowakischen Nationalversammlung beschlossen wurde. In folgenden Bereichen blieb die Gesetzgebungskompetenz bei der tschecho-slowakischen Nationalversammlung: Verfassung, Außenpolitik, Kriegserklärung, Friedensschluß, Verteidigung, Staatsbürgerschaft, Ein- und Auswanderung, Paßwesen, Währung, Zoll, Verkehr, Post, Telekommunikation, Staatsschuld, Steuern, Abgaben, Gebühren. S. d. G. u. V. Nr. 299/1938, Ausgabe 99, ausgegeben am 23. 11. 1938, S. 1031–1035.

⁸⁰ Ádám, Richtung Selbstvernichtung, S. 143.

⁸¹ Vgl. „Verfassungsgesetz vom 22.11.1938 über die Autonomie der Podkarpatská Rus“, S. d. G. u. V. Nr. 328 und 329/1938, Ausgabe 109, ausgegeben am 16.12.1938, S. 1079–1085. Siehe auch Kotowski, „Ukrainisches Piemont“?, S. 72f.

⁸² Kotowski, „Ukrainisches Piemont“?, S. 73.

⁸³ Ebenda, S. 68f.; Procházka, Second Republic, S. 64; ADAP, D 5, Dok. 81.

vor die Zerschlagung des tschecho-slowakischen Staates beabsichtige: „Abends beim Führer. Er spricht nochmal die politische Lage durch. Sein Entschluß, einmal die Tschechei zu vernichten, ist unerschütterlich. Und er wird ihn auch verwirklichen. Dieses tote und amorphe Staatsgebilde muß weg“ (TG, 3.10.1938). Dieser Entschluß stand fest, wie auch andere Quellen belegen,⁸⁴ der Zeitpunkt der Umsetzung war abhängig von einer günstigen Gelegenheit und dem Verhalten der tschecho-slowakischen Regierung. Ministerpräsident Syrový und die übrigen Kabinettsmitglieder waren sich dieser Gefahr bewußt und bemühten sich um eine Verständigung mit dem NS-Regime. Goebbels verzeichnete befriedigt, daß Prag nun „Anschluß“ an das NS-Regime suchte, doch war er nicht sicher, ob dies nur eine vorübergehende Taktik sei, und plädierte dafür, „zuerst einmal die weitere Entwicklung ab[zu]warten“ (TG, 7.10.1938). Goebbels erwähnte im Tagebuch das Ziel, „die Tschechei zum Vasallenstaat“ zu machen (TG, 8.10.1938). „Prag sucht in steigendem Maße Verständigung mit uns“, hielt er einen Tag später fest (TG, 9.10.1938). Er war auch darüber informiert, daß der neue tschecho-slowakische Außenminister Chvalkovský „gerne“ nach Berlin kommen wollte (TG, 9.10.1938). Chvalkovský hatte bereits am 5. Oktober 1938 anlässlich seines Abschiedsbesuchs als Gesandter in Rom bei Ciano und bei seinem dortigen deutschen Kollegen Mackensen darum gebeten, in Berlin anzufragen, ob Ribbentrop und eventuell auch Hitler ihn empfangen würden.⁸⁵ Zwei Tage später, kurz nach seinem Eintreffen in Prag, wiederholte Chvalkovský diese Bitte gegenüber dem deutschen Legationssekretär Hamilkar Hofmann, den er, in Vertretung für den erkrankten Geschäftsträger und kommissarischen Leiter der Gesandtschaft, Andor Hencke, als ersten ausländischen Diplomaten empfing.⁸⁶ Er versicherte, so berichtete Hofmann, „daß er alle seine Kräfte daran setzen werde, das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland möglichst zu verbessern“. „Prag möchte gerne Frieden und Ruhe“ (TG, 9.10.1938), hielt Goebbels treffend im Zusammenhang mit dem Verzicht der tschecho-slowakischen Regierung auf Volksabstimmungen entlang der deutsch-tschecho-slowakischen Demarkationslinie fest (TG, 9.10.1938). Goebbels ließ daher, wie er korrekt im Tagebuch beschrieb, „die Polemik der deutschen Presse gegen Prag noch etwas abdämpfen“, weil „die Tschechen mürbe“ seien und

⁸⁴ General von Reichenau berichtete Groscurth am 3.10.1938, wie dieser überliefert, „daß der Führer entschlossen sei, in absehbarer Zeit die Lösung der Gesamt-Tschechei herbeizuführen. Es sei nur das erste Stadium jetzt erreicht worden“; Krausnick/Deutsch, Groscurth, S.133. Hitler selbst erklärte im November 1939 vor seinen höchsten Offizieren, ihm sei „[v]om ersten Augenblick an“ klar gewesen, daß er sich „nicht mit dem sudetendeutschen Gebiet begnügen könnte“, dies sei nur eine „Teil-Lösung“ gewesen, der „Entschluß zum Einmarsch in Böhmen“ sei „gefaßt“ gewesen. Rede Hitlers, 23.11.1939, in: IMG 26, Dok.789-PS, S.329. Die Annahme Hans Schiefers, Deutschland und die Tschechoslowakei, S.53, 55f., Hitler habe dies erst Ende des Jahres 1938, vermutlich „kurz vor Weihnachten“, entschieden, ist nicht mehr haltbar.

⁸⁵ Telegramm Mackensens, Rom, 6.10.1938, 22.25 Uhr, PA/AA, R 29769, Fiche 1183, Bl.75704-705; Telegramm Mackensens, 6.10.1938, 0.20 Uhr, in: ADAP, D 4, Dok.37; Rundtelegramm Bismarcks, 7.10.1938, PA/AA, R 103.627, Bl.D 495317-318.

⁸⁶ Telegramm Hofmanns, Prag, 7.10.1938, PA/AA, R 101.357, Bl.387125-126; Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes. 1871-1945, Bd.2, S.263-265, 342f.

„Frieden“ wollten, und er befürchtete, durch antitschechische Propaganda „rutschen sie evtl. zu Polen ab“ (TG, 8. 10. 1938).

In der folgenden Pressekonferenz wurde darum gebeten, „der Tschecho-Slowakei ihr Nachgeben nicht durch unsachgemäße Berichterstattung zu erschweren“, insbesondere sollte „den Tschechen der Weg zu einer vollständigen Bereinigung ihres Verhältnisses mit Deutschland nicht total verbaut, auch nicht erschwert“ werden.⁸⁷ Zu den ersten Schritten Richtung Verständigung mit dem Deutschen Reich gehörte auch ein Amnestieerlaß vom 7. Oktober 1938 für Personen, die wegen politischer Delikte inhaftiert worden waren,⁸⁸ aber dies verzeichnete Goebbels nicht im Tagebuch. Er freute sich vor allem darüber, daß „bei den Tschechen“ gegenüber den Deutschen, wie ihm berichtet wurde, „eine bessere Stimmung als gegen Engländer und Franzosen“ geherrscht habe, was er darauf zurückführte, daß sich die Tschechen von den Westmächten „mit Recht verraten und verkauft“ gefühlt hätten (TG, 6. 10. 1938), weil die Regierungen beider Westmächte Prag letztlich doch keine Unterstützung gewährt hatten.⁸⁹ Hitler schien der angebliche Stimmungsumschwung gleichgültig gewesen zu sein. Er dachte, wie Goebbels überliefert, kaum daß er ihn nach dessen Reise ins Sudetenland wieder traf, unentwegt an die Vernichtung des tschecho-slowakischen Staates:

„Die Tschechei will der Führer zerschlagen, entweder im Frieden oder im Krieg. Auch die internationalen Garantien nützen ihr dann nichts. Er will das auch demnächst dem neuen tschechischen Außenminister Chvalkowski⁹⁰ sagen. Schon der Neuaufbau einer Befestigungsanlage würde als Grund zum Einschreiten angesehen werden. Das wird den Tschechen in aller Klarheit gesagt werden. Und ich bin der Überzeugung, sie werden das verstehen. / [...] / Überhaupt sind klare und garantierte Grenzen in Mitteleuropa heute nicht in unserem Interesse gelegen. Und diese Tschechei werden wir doch eines Tages schlucken. Der Weg zum Balkan muß freigemacht werden“ (TG, 10. 10. 1938).

Diese Passage ist bemerkenswert, weil sie nicht nur die Aussichtslosigkeit der Politik der tschecho-slowakischen Regierung demonstriert, die günstigstenfalls die Annexion verzögern könnte, sondern auch, weil sie den Balkan als vordringliches Ziel aufzeigt. Bisher hatte Goebbels die Außenpolitik des NS-Regimes zumeist als Befreiung der deutschen Minderheiten, als Kampf gegen unerwünschte politische Systeme und als Revision der Versailler Nachkriegsordnung dargestellt. Der Balkan war in seinen Augen zwar deutsches Interessensgebiet (TG, 3. 4. 1937, 14. 12.

⁸⁷ Aufzeichnung Sängers über die Pressekonferenz am 7. 10. 1938, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2801.

⁸⁸ Vgl. Aufzeichnungen v. Stechows, A.A., 7. 10. 1938 und 8. 10. 1938, PA/AA, R 29769, Fiche 1183, Bl. 75727-731; Schreiben Crohnes, Reichsjustizministerium, an das A.A., 2. 11. 1938, PA/AA, R 101. 361, o.P.

⁸⁹ Andor Hencke schrieb in seinen Memoiren, Augenzeuge, S. 202, daß sich „Wut und Verachtung [...] einhellig gegen die Engländer, Franzosen und Italiener“ gerichtet hätten, „die dem Lande ein Diktat aufgezwungen hatten, wie es bei besiegten Feinden kaum schlimmer hätte sein können“. Gegenüber Deutschen habe die Bevölkerung jedoch eine „disziplinierte Zurückhaltung“ gezeigt. Auch in einem Gespräch Görings mit Vojtěch Mastný Mitte Oktober 1938 kam dies zur Sprache. In der Tschecho-Slowakei sei die „Enttäuschung gegenüber Frankreich, England, besonders Rußland sehr groß“, war im Ergebnisprotokoll festgehalten worden, in: ADAP, D 4, Dok. 67.

⁹⁰ Richtig: Chvalkovský.

1937, 28.5.1938), doch bislang eher „großes Absatzreservoir“ (TG, 29.1.1938) für deutsche Produkte gewesen. Am 22. August 1938 hielt Goebbels nach einem Gespräch mit Hitler erstmals das auf territoriale Expansion und rassistische Neuordnung ausgerichtete Interesse am Balkan fest: „Wir sollen auch die ganzen Balkanstaaten nicht durch deutsches Blut auffrischen. [...] Wir dürfen diese Völker, vor allem die Tschechen u.ä. Gelichter nicht hochpäppeln, wir müssen sie vielmehr einmal herausdrücken. Wir wollen nicht diese Völker, wir wollen ihr Land“ (TG, 22.8.1938). Diese Textstelle belegt das Wissen Goebbels', daß Hitler nicht lediglich eine „Vorherrschaft in Europa“ (TG, 15.11.1936), wie Goebbels noch 1936 konstatiert hatte, sondern die Unterwerfung und Vertreibung der osteuropäischen Völker anstrebte und zu verwirklichen begonnen hatte.

Die tschecho-slowakische Regierung war sich darüber im klaren, daß sie keinesfalls eine Politik betreiben durfte, die dem NS-Regime einen Anlaß zur Kritik und damit letztlich zum gewaltsamen Eingriff geboten hätte. Bereits bei seinem ersten Gespräch mit Geschäftsträger Hencke hatte Chvalkovský am 10. Oktober 1938 erklärt, die „Hauptschuld“ am gespannten Verhältnis der Tschecho-Slowakei zum Deutschen Reich „trüge ein starker jüdischer Einfluß in Prag, insbesondere in [der, d.V.] Presse, den er nach Kräften beseitigen wolle“.⁹¹ Einen Tag darauf erschien im tschecho-slowakischen Gesetzblatt eine Verordnung des Prager Landespräsidenten, die alle, auch die aus den Sudetengebieten, seit 20. Mai 1938, dem Tag vor der Teilmobilisierung, in den tschechoslowakischen Rumpfstaat eingewanderten Personen zur sofortigen Meldung (binnen 24 Stunden) verpflichtete.⁹² Schon am Tag vor dieser Prager Maßnahme hatte der Landespräsident in Brünn eine gleichlautende Verordnung erlassen, somit galt sie für den ganzen böhmisch-mährischen Raum.⁹³ Die deutsche Gesandtschaft ging davon aus, daß diese Verordnungen in erster Linie gegen „Juden, Linkelemente und Emigranten“ gerichtet waren. Die „bisherige Praxis läßt darauf schließen“, so telegraphierte Hencke weiter, „daß diese Personen durch Polizeibehörde binnen 24 Stunden aus [dem, d.V.] Reststaat ausgewiesen“ würden.⁹⁴ Dies scheint Goebbels bekannt geworden zu sein. Er begrüßte diese Maßnahmen und knüpfte daran die Hoffnung auf eine allmählich einsetzende, allgemeine Vertreibung der Juden, wie folgender Tage-

⁹¹ Telegramm Henckes, 10.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 49.

⁹² „Verordnung des Landespräsidenten in Prag vom 9. Oktober 1938, betreffend die Meldung der Personen, die nach dem 20. Mai 1938 aus dem durch reichsdeutsches oder polnisches Militär besetzten čechoslovakischen Staatsgebiete übersiedelt sind. [...] Personen, die nach dem 20. Mai 1938 aus dem durch reichsdeutsches oder polnisches Militär besetzten Gebiete in irgend eine hiesige Gemeinde übersiedelt sind, sind verpflichtet, sich auf einer amtlichen Drucksorte binnen 24 Stunden nach dem Anschlage dieser Verordnung oder, wenn sie später übersiedeln, binnen 24 Stunden nach ihrer Ankunft bei der zuständigen Behörde zu melden. [...] Personen, welche die Meldepflicht betrifft, dürfen ihren Wohnsitz nur mit Zustimmung der oben angeführten Behörde wechseln. [...]“ S. d. G. u. V. Nr. 220/1938, Ausgabe 77, ausgegeben am 11. 10. 1938, S. 874f.

⁹³ „Verordnung des Landespräsidenten in Brünn vom 8. Oktober 1938, betreffend die Meldung der Personen, die nach dem 20. Mai 1938 aus dem durch reichsdeutsches oder polnisches Militär besetzten čechoslovakischen Staatsgebiete übersiedelt sind.“ S. d. G. u. V. Nr. 243/1938, Ausgabe 82, ausgegeben am 20. 10. 1938, S. 909f.

⁹⁴ Telegramm Henckes, 12. 10. 1938, PA/AA, R 29769, Fiche 1184, Bl. 75776f.

bucheintragung belegt, der Goebbels' antisemitische Weltansicht aufzeigt: „Im Übrigen wehrt Prag sich mächtig gegen Juden und Emigranten. Das kann uns nur recht sein. Die Juden werden so von Land zu Land getrieben und ernten damit die Früchte ihrer ewigen Intrigen, Hetzkampagnen und Gemeinheiten“ (TG, 13. 10. 1938).⁹⁵ Am selben Tag, als Goebbels dies schrieb, erklärte der tschecho-slowakische Außenminister Chvalkovský gegenüber Ribbentrop, die Tschecho-Slowakei sei „in ihrer jetzigen Form viel zu klein [...], um derartige Emigrantenmengen beherbergen zu können“.⁹⁶ Zwei Wochen später erloschen generell die Aufenthaltsgenehmigungen für Emigranten aufgrund einer Regierungsverordnung.⁹⁷ Auch in den Tagebuchnotizen der folgenden Tage befaßte sich Goebbels mit der tschecho-slowakischen Politik gegen Juden, Emigranten und Kommunisten.⁹⁸ In Prag herrsche eine „scharfe Kampf Stimmung gegen die Kommunisten“, am „beliebtesten“ seien dort augenblicklich die Deutschen, weil sie, wie Goebbels schrieb, „am ehrlichsten vorgegangen“ seien (TG, 14. 10. 1938). Hierbei meinte er die klar und deutlich erhobenen Gebietsforderungen Hitlers vor dem Münchener Abkommen und spielte auf die nicht eingehaltenen Beistandsverpflichtungen der anderen Regierungen an. Goebbels war angesichts der gezwungenermaßen prodeutschen Stimmung und der Politik im deutschen Sinne der Auffassung, daß es „nun eine Kleinigkeit“ sei, „Prag uns ganz hörig zu machen“ (TG, 14. 10. 1938). „In Prag mehren sich die Stimmen der Versöhnung und des Ausgleichs mit Berlin“, notierte Goebbels einen Tag später, man gehe „scharf gegen Emigranten, Juden und Kommunisten vor“ (TG, 15. 10. 1938), und er kommentierte dies mit den Worten: „Ein Volk beginnt zu erwachen“ (TG, 15. 10. 1938). Am Tag danach notierte Goebbels: „Die Stimmung in Prag ist ganz umgeschlagen. Prodeutsch ist die Parole. Die Prager Presse spricht von einer vollkommenen Umkehr von der bisherigen Politik. Das kommt zwar spät, aber es kommt. Starke Tendenzen gegen Juden, Emigranten, Freimaurer und Kommunisten“ (TG, 16. 10. 1938).⁹⁹ Immer wieder beschrieb Goebbels die Zunahme der „deutschfreundlichen Stimmen“ (TG, 18. 10. 1938) in der Tschecho-Slowakei oder die „prodeutsch[e]“ Haltung (TG, 20. 10. 1938), was

⁹⁵ Diese Verordnungen berücksichtigte Bodensieck, *Das Dritte Reich und die Lage der Juden*, S. 249–261, nicht, der überhaupt die antijüdischen Maßnahmen in der Tschecho-Slowakei nach dem Münchener Abkommen unterschätzt.

⁹⁶ Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský, 13. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 55, S. 59.

⁹⁷ Regierungsverordnung vom 28. 10. 1938 betreffend Aufenthalt von Ausländern. „Art. II. (1) Ausländer, die bisher irgend eine Begünstigung [...] genießen, sind verpflichtet, um die Bewilligung des Aufenthalts [...] binnen 15 Tagen [...] anzusuchen. [...]. (2) Die Aufenthaltsbewilligungen, die Ausländern erteilt wurden, welche Begünstigungen [...] genießen, treten außer Kraft. Solche Ausländer sind verpflichtet, um eine neue Aufenthaltsbewilligung [...] binnen 15 Tagen vom Wirksamkeitsbeginne dieser Verordnung anzusuchen.“ S. d. G. u. V. Nr. 257/1938, Ausgabe 87, ausgegeben am 30. 10. 1938, S. 927.

⁹⁸ Siehe hierzu auch Feierabend, *Prag-London*, S. 52f.

⁹⁹ Die Presse in der Tschecho-Slowakei unterlag nun aus Furcht vor Komplikationen mit dem NS-Regime einer strengen Zensur; vgl. politischer Bericht Henckes, 23. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 85, S. 95. Um antideutsche Proteste zu vermeiden, war selbst der Abdruck von Karten der verlorenen Gebiete in Zeitungen untersagt worden; vgl. Procházka, *Second Republic*, S. 59; Ripka, *Munich*, S. 381.

nicht zuletzt eine Folge des Besuchs von Außenminister František Chvalkovský im Deutschen Reich war.

Über den Beginn der Deutschland-Reise Chvalkovskýs schrieb Goebbels in sein Tagebuch: „Der tschechische Außenminister ist in Berlin eingetroffen. Er bekommt nun von Ribbentrop Aufschluß über das, was zu tun [!] ist. Auch der Führer wird mit ihm reden. Prag muß sich nun entscheiden, ob es mit uns gehen oder auf die Dauer doch vernichtet werden will. Ein Zwischending gibt es jetzt nicht mehr“ (TG, 14. 10. 1938). Nach dem Rücktritt Beneš bot sich Hitler nun doch die Chance, mit der tschecho-slowakischen Regierung so zu verfahren, wie er es im Februar 1938 mit der österreichischen praktiziert hatte. Nachdem Hitler bei Schuschnigg damals mit äußerstem Druck und Androhung eines militärischen Überfalls eine Anlehnung an das Dritte Reich erzwungen hatte, hatte er Goebbels mitgeteilt, „bei kommender günstiger Gelegenheit ähnlich“ mit Prag „verfahren“ zu wollen (TG, 21. 2. 1938).

Über das Gespräch Chvalkovskýs mit Ribbentrop am 13. Oktober 1938, das demjenigen mit Hitler vorausging, war Goebbels anscheinend nicht näher informiert worden, da er sich im Tagebuch hierzu nicht äußerte. Chvalkovský betonte dem vom Auswärtigen Amt angefertigten Protokoll zufolge zunächst, daß „die große Masse des tschechischen Volkes“ nicht deutschfeindlich gesinnt sei, daß die früheren Präsidenten Thomáš Masaryk und Beneš allein für den „antideutschen Kurs“ und die „Katastrophe“ verantwortlich gewesen seien.¹⁰⁰ Ribbentrop kritisierte die frühere Politik der Tschechoslowakei und erklärte, wie es im deutschen Protokoll heißt, die Tschechoslowakei wäre „innerhalb weniger Tage vernichtet worden“, wäre es nicht zur Münchener Konferenz gekommen.¹⁰¹ Auch auf einen Konflikt mit England und Frankreich sei Deutschland vorbereitet gewesen, „wenn sie so töricht gewesen wären, Deutschland anzugreifen“. Chvalkovský führte aus, die Tschecho-Slowakei würde nun „in ihrer Außenpolitik eine Wende um 180 Grad vornehmen“, und er sei schon immer „ein Gegner der Politik von Beneš“ gewesen und habe „immer dem Zusammengehen mit Deutschland das Wort geredet“. Geplant sei nun eine starke Verkleinerung der tschecho-slowakischen Armee, ein Verbot sämtlicher Parteien und die Regelung „der Judenfrage“.¹⁰² Chvalkovský erklärte, vor allem in der Presse, aber auch in seinem Außenministerium sei die

¹⁰⁰ Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský, Berlin, 13. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 55.

¹⁰¹ Ebenda. Ribbentrop „begannt mit einer vernichtenden Kritik der bisherigen Methoden unserer auswärtigen Politik“, notierte Chvalkovský über dieses Gespräch. Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Ribbentrop am 13. 10. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 281.

¹⁰² Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský, Berlin, 13. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 55. Chvalkovský hielt in seiner Aufzeichnung die Äußerung Ribbentrops fest, daß in Prag „Befestigungen [...] schon nicht mehr in Erwägung“ gezogen werden dürften. Auch habe Ribbentrop die Auflösung der kommunistischen Partei als Selbstverständlichkeit bezeichnet. Chvalkovský verzeichnete ebenfalls, daß über die „Judenfrage“ gesprochen worden sei, „die durch den Zustrom von Flüchtlingen aus Österreich, Deutschland und aus unseren deutschen Gegenden verschärft worden“ sei. Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Ribbentrop am 13. 10. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 281.

Anzahl der Juden besonders hoch, und er werde „in dieser Hinsicht für schleunige Abhilfe sorgen“. Wirtschaftlich wolle sich die Tschecho-Slowakei „völlig in das deutsche System [...] eingliedern“.¹⁰³ Die von Ribbentrop angemahnte Betätigungsmöglichkeit in der NSDAP für Deutsche in der Tschecho-Slowakei gestand Chvalkovský zu, wie er sich auch bemühen wollte, „den deutschen Wünschen in jeder Hinsicht nachzukommen“.¹⁰⁴ Goebbels notierte nach dieser Unterredung der beiden Außenminister keine Gesprächsinhalte, sondern lediglich, daß Chvalkovský „nun nach München zum Führer gefahren“ sei, wo er „nochmal die Leviten gelesen“ bekomme (TG, 15. 10. 1938).

Chvalkovský hatte sich für sein Gespräch mit Hitler am 14. Oktober 1938 in München vorgenommen, einen Kontakt zwischen beiden Regierungen herzustellen, Streitpunkte zu klären, möglichst kleinere Grenzkorrekturen durchzusetzen und die Frage der Garantie des tschecho-slowakischen Staates anzusprechen.¹⁰⁵ Dem NS-Regime gab der Besuch Chvalkovskýs bei Hitler willkommene Gelegenheit, wie Goebbels vorab von Hitler mitgeteilt wurde, dem tschecho-slowakischen Außenminister deutlich zu machen, daß eine antideutsche Politik die sofortige Zerschlagung des Staates zur Folge habe (TG, 10. 10., 14. 10. 1938). Genau dies machte Hitler Chvalkovský klar, wie die Aufzeichnung Chvalkovskýs¹⁰⁶ und das deutsche Protokoll dieses Gesprächs dokumentieren.¹⁰⁷ Hitler erklärte dem Protokoll zufolge, es gäbe „für die Tschechoslowakei nur zwei Alternativen“. Sie müsse sich bewußt sein, „daß sie mitten im deutschen Raum liege“ und sich daher „den Bedingungen dieses Raumes“ anzupassen habe.¹⁰⁸ In diesem Fall würde „sich Deutschland völlig an ihr desinteressieren“. Dies war, wie durch das Tagebuch von Goebbels erwiesen ist, eine Lüge, da Hitler bereits am 9. Oktober 1938 Goebbels mitgeteilt hatte, daß er die Tschecho-Slowakei „doch eines Tages schlucken“ wolle, um den „Weg zum Balkan“ freizumachen (TG, 10. 10. 1938). Zur zweiten Alternative führte Hitler, wie Paul Otto Schmidt festhielt, aus: Sollte die Tschecho-Slowakei aber versuchen, „eine Rolle als Feind Deutschlands zu spielen“, würde dies „zu einer Katastrophe für das Land führen“.¹⁰⁹ Denn es sei „für eine Großmacht un-

¹⁰³ Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský, 13. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 55. Chvalkovský notierte, er habe geäußert, daß nach seiner Ansicht im wirtschaftlichen Bereich eine „enge Zusammenarbeit und Anpassung notwendig“ sei. Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Ribbentrop am 13. 10. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 281.

¹⁰⁴ Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský, 13. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 55.

¹⁰⁵ Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Hitler am 14. 10. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 282; siehe auch Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 46f.

¹⁰⁶ Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Hitler am 14. 10. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 282.

¹⁰⁷ Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Hitlers mit Chvalkovský, 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 61.

¹⁰⁸ Ebenda. Chvalkovský hatte diese Äußerung Hitlers folgendermaßen festgehalten: „Ihr seid eingekleidet in den Körper Großdeutschlands und müßt euch einfach darnach richten und verhalten.“ Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Hitler am 14. 10. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 282.

¹⁰⁹ Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Hitlers mit Chvalkovský, 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 61. Chvalkovský hatte notiert: „Er verhehlte durchaus nicht, daß er

erträglich, ein kleines Land an seiner Seite zu dulden, das gewissermaßen eine ständige Flankenbedrohung darstelle“. Dem Protokoll zufolge wiederholte Hitler seine Drohung noch einmal mit anderen Worten: „Wenn auch nur der geringste Versuch von der Tschechoslowakei in dieser Richtung gemacht werden sollte, würde Deutschland sofort energisch eingreifen.“

Wie schon gegenüber Ribbentrop versprach Chvalkovský, „eine 180%ige [sic] Schwenkung in der tschechoslowakischen Politik vornehmen“ zu werden. Für diese neue Politik „erbitte“ die tschecho-slowakische Regierung, so Chvalkovský, „das Wohlwollen des Deutschen Reiches“ und eine „Bewährungsfrist“, denn „man könne von Deutschland nach den mit Prag gemachten Erfahrungen natürlich nicht erwarten, daß es bloßen Zusicherungen und Versprechungen von tschechoslowakischer Seite großen Wert beilege“. ¹¹⁰ Hitler erklärte, „die größte Sicherheit“ für die Tschecho-Slowakei beruhe „in freundschaftlichen Beziehungen mit seinen Nachbarn und vor allen Dingen mit dem größten Nachbarstaat, dem Deutschen Reich“. In bezug auf die Septemberkrise äußerte Hitler, daß „niemand [...] im Konfliktsfalle für die Tschechoslowakei eingetreten“ sei und auch „nicht das Geringste ausrichten“ hätte können angesichts der deutschen Armee, die „die stärkste und bestausgerüstete der ganzen Welt“ sei. ¹¹¹ Daran anschließend bezeichnete Hitler die tschecho-slowakischen Befestigungsanlagen als „minderwertig“ und erklärte, ein „bewaffneter Konflikt wäre für die tschechoslowakische Armee mit ungeheuren und nutzlosen Blutopfern verbunden gewesen“. ¹¹² Die Behauptung der Minderwertigkeit der tschecho-slowakischen Verteidigungslinie entsprach nicht der Realität, wie Hitler auch gegenüber anderen Nationalsozialisten oder Offizieren zugegeben hatte. ¹¹³ Hitler bezweckte damit eine zusätzliche Verunsicherung Chvalkovskýs. Die Tschecho-Slowakei müsse sich bewußt werden, so erklärte Hit-

sich nichts gefallen lasse, und daß die Katastrophe für unseren Staat wie ein Blitz hereinbräche, wann immer wir von neuem wankten und zu den alten Manieren zurückkehrten.“ Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Hitler, 14.10.1938, in: Král, Abkommen, Dok.266, S.282.

¹¹⁰ Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Hitlers mit Chvalkovský, 14.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok.61.

¹¹¹ Ebenda. Dies hatte Chvalkovský ebenfalls festgehalten: „Wenn er [Hitler, d.V.] gewollt hätte, konnte er unseren Widerstand in so kurzer Zeit brechen, daß jede Hilfe wie immer ausgeschlossen gewesen wäre.“ Wenige Zeilen zuvor hatte der tschecho-slowakische Außenminister notiert, Hitler habe zu ihm gesagt, er „vermöge überhaupt nicht zu begreifen, wie wir auf den unglücklichen und unmöglichen Gedanken fremder Hilfe kommen konnten; weder er noch der Duce hätten einen Augenblick gezweifelt, daß Frankreich und England nicht marschieren werden, weil sie nicht können.“ Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Hitler am 14.10.1938, in: Král, Abkommen, Dok.266, S.282.

¹¹² Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Hitlers mit Chvalkovský, 14.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok.61. Auch dies wird durch die Aufzeichnung Chvalkovskýs bestätigt: „Unsere Wehrmaßnahmen erklärte er [Hitler, d.V.] auf Grund der nach der Besetzung durchgeführten Versuche für dilettantisch und sagte, es sei ein Glück gewesen, daß es zu keinem Kampf gekommen ist, bei dem unsere Burschen einfach massakriert worden wären.“ Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Hitler am 14.10.1938, in: Král, Abkommen, Dok.266, S.282.

¹¹³ Vgl. z. B. TG, 10.10.1938; Below, Hitlers Adjutant, S.130.

ler weiter, „daß englische und französische Garantien genau ebenso wertlos seien wie der Bündnisvertrag mit Frankreich oder der Pakt mit Rußland“; „die einzige wirklich wirksame Garantie“ sei „diejenige Deutschlands“.¹¹⁴

Goebbels kannte zunächst wahrscheinlich nur das offizielle Communiqué des Gesprächs, über das er schrieb: „Die Unterredung des Führers mit Chvalkovski [!] bringt ein positives Communiqué zutage: Prag will ein gerades Verhältnis zu Berlin. Wenigstens behaupten die Tschechen das. Nun muß man erst die Taten abwarten“ (TG, 16. 10. 1938).¹¹⁵ Erst mehr als eine Woche später, als Goebbels in seiner erwähnten Privatangelegenheit auf den Obersalzberg fuhr, erzählte ihm Hitler von seinem Zusammentreffen mit dem tschecho-slowakischen Außenminister, der, wie Goebbels die Darstellung Hitlers wiedergibt, „von einer hündischen Devotion“ gewesen sei und sich „in Selbstkasteiungen“ überschlagen habe (TG, 24. 10. 1938). „Er kündigte Kündigung des Paktes mit Moskau und Paris an. Aber der Führer glaubt ihm kein Wort“, berichtet Goebbels weiter. Die zugesagte Aufkündigung der Bündnisverträge mit der UdSSR und Frankreich, die aus dem Protokoll des Gesprächs mit Hitler nicht hervorgeht, ist in der Niederschrift über die Unterredung mit Ribbentrop enthalten.¹¹⁶ Aber sie war bedeutungslos, nicht, weil Hitler Zweifel an der Erfüllung hatte, sondern, weil er die tschechischen Gebiete ohnehin annectieren wollte, wie er Goebbels schon zwei Wochen zuvor mitgeteilt hatte. Genau eine Woche nach dem Besuch Chvalkovskýs erließ Hitler eine Weisung über die „Erledigung der Resttschechei“, die mit den Worten begann: „Es muß möglich sein, die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können, wenn sie etwa eine deutsch-feindliche Politik betreiben würde“.¹¹⁷ Die Verwendung der Partikel „etwa“ ließ erahnen, daß auch in anderen Fällen trotz deutschfreundlicher Politik die sofortige Vernichtung des tschecho-slowakischen Staates möglich war.

Die polnische Annexion des Olsa-Gebietes

Die revisionistischen Forderungen der polnischen und ungarischen Regierung waren im Münchener Abkommen vom 29. September 1938 unberücksichtigt geblieben. Es war lediglich vereinbart worden, „daß das Problem der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei, sofern es nicht innerhalb von drei Monaten durch eine Vereinbarung unter den betreffenden Regierungen gere-

¹¹⁴ Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Hitlers mit Chvalkovský, 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 61. Chvalkovský hatte hierzu notiert, Hitler habe gesagt, „die einzige Garantie, welche Wert hätte“, sei „seine Garantie“. Doch er würde sie nicht geben, „so lange er das nicht für zweckmäßig erkenne“. Aufzeichnung Chvalkovskýs über Gespräch mit Hitler am 14. 10. 1938, in: Král, Abkommen, Dok. 266, S. 282.

¹¹⁵ Im Communiqué über die Besprechung Hitlers mit Chvalkovský am 14. 10. 1938 heißt es: „Der tschecho-slowakische Außenminister gab dem Führer die Versicherung ab, daß die Tschecho-Slowakei eine loyale Haltung Deutschland gegenüber einnehmen werde, wovon der Führer mit Befriedigung Kenntnis nahm.“ IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 14. 10. 1938, Bl. 15.

¹¹⁶ Aufzeichnung Paul Otto Schmidts über die Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský in Berlin, 13. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 55, S. 58.

¹¹⁷ Weisung Hitlers, 21. 10. 1938, in: IMG 34, Dok. 136-C, S. 480.

gelt wird, den Gegenstand einer weiteren Zusammenkunft der hier anwesenden Regierungschefs der vier Mächte bilden wird“.¹¹⁸ Wie erwähnt hatte Polen Ende September 1938 eine Teilmobilisierung vorgenommen, durch Freikorps im Grenzgebiet zur Tschechoslowakei Unruhe stiften lassen und Verhandlungen mit der tschecho-slowakischen Regierung über die Übergabe des Olsa-Gebietes um die Stadt Teschen begonnen, die Prag bereits grundsätzlich zugestanden hatte.¹¹⁹ Da sich die polnische Regierung in München übergangen fühlte, versuchte sie, „mit eigenen Mitteln die Achtung der Staatswürde“ zu sichern, wie in einem Kommuniqué Warschaus vom 30. September 1938 erklärt wurde, und Prag dazu zu bewegen, die für die Tschechoslowakei „selber so verhängnisvolle Taktik des Ausweichens und der Lügen“ zu unterlassen.¹²⁰ Noch am späten Abend des 30. September, um 23.40 Uhr, wenige Stunden nach Unterzeichnung des Viermächteabkommens, stellte Polen trotz britischer Warnungen¹²¹ an die tschechoslowakische Regierung ein auf 24 Stunden befristetes – später um 12 Stunden verlängertes – Ultimatum auf sofortige Übergabe der Region um Teschen.¹²² Goebbels erfuhr davon wahrscheinlich von Hitler, mit dem er am 1. Oktober dreimal zusammentraf: „Polen hat ein Ultimatum an Prag gerichtet“ (TG, 2. 10. 1938), notierte er. Der polnische Außenminister Beck begründete diese Maßnahme mit einem angeblichen „Verschleppungsmanöver“ der tschechoslowakischen Regierung.¹²³ Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs, etwas zaghafter die italienische, unternahmen angesichts dieses Ultimatums diplomatische Schritte und baten auch das NS-Regime, wie Goebbels überliefert, „Warschau den Rat zu geben, die ausgemachten 3 Monate abzuwarten“ (TG, 2. 10. 1938).¹²⁴

¹¹⁸ Zusätzliche Erklärung; Abkommen zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien, 29.9. 1938, in: ADAP, D 2, Dok. 675, S. 814. Goebbels hatte diese Zusatzvereinbarung im Tagebuch korrekt, wenn auch deutlich kürzer vermerkt: „In 3 Monaten muß Ungarn und Polen befriedigt sein. Sonst neue Viererbesprechungen“, TG, 30.9. 1938.

¹¹⁹ Die Verhandlungen werden ersichtlich in: ADAP, D 2, Dok. 606, 652, ADAP D 4, Dok. 5 sowie Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 108–113. Siehe auch Procházka, *Second Republic*, S. 8f.

¹²⁰ Dieses Kommuniqué übermittelte die polnische Botschaft dem A.A. am 30.9. 1938 um 8.20 Uhr, PA/AA, R 29769, Fiche 1182, Bl. 75591f.

¹²¹ Aufzeichnung Kroftas, 1. 10. 1938, in: Král, *Abkommen*, Dok. 250; DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 71, 75–78.

¹²² Telegramm Henckes, Prag, über Telefonat mit Krofta, 1. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 5; Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 115; Text des Ultimatums in: DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 101, Anlage 2. Siehe hierzu auch DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 77, 78, 82–84; Hencke, *Augenzeuge*, S. 199f.

¹²³ Telegramm Moltkes über Gespräch mit Beck, Warschau, 1. 10. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 54.

¹²⁴ Goebbels erwähnte in diesem Zusammenhang nur „London“, doch auch die französische Regierung bat das NS-Regime um Unterstützung gegenüber Warschau; Verbalnote der Britischen Botschaft, 1. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 7; siehe auch DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 92; Aufzeichnung über Telefonat mit François-Poncet, 1. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 6; die britische Note an Warschau ist abgedr. in: DBFP, 3rd Series, Vol. III, Doc. 85. Zu Italien siehe Aufzeichnung Ribbentrops über Telefongespräch mit Ciano und Gespräch mit Lipski, 1. 10. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 55; Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 115.

Als Reaktion Hitlers überliefert Goebbels, wiederum nach einem Gespräch mit dem „Führer“, dessen Idee eines gemeinsamen militärischen Eingreifens: „Der Führer lehnt das kategorisch ab. Die Polen sollen auch zu ihrem Recht kommen. Und wenn sie bewaffnet vorgehen, dann entsteht für uns eine ganz neue Situation. Wir können aus keinem kriegerischen Konflikt in Mitteleuropa herausbleiben. Jedenfalls soll Keitel möglichst schnell in den Besitz der tschechischen Festungsanlagen zu kommen versuchen“ (TG, 2.10.1938). Ribbentrop dagegen äußerte sich in einer Unterredung mit dem polnischen Botschafter Józef Lipski vorsichtiger. Er erwähnte, daß die Reichsregierung „volles Verständnis für den polnischen Standpunkt“ habe, und hoffte, „daß eine militärische Aktion nicht notwendig werden würde“.¹²⁵ Während Goebbels im Falle einer militärischen Lösung durch Polen ein deutsches Eingreifen andeutete, erklärte Ribbentrop gegenüber Lipski, das Reich würde „eine wohlwollende Haltung einnehmen“. Lediglich im Falle eines Einschreitens der Sowjetunion „würde dann für Deutschland eine völlig neue Situation in der gesamten tschechoslowakischen Frage entstehen“. Überraschend ist die von Goebbels wie Ribbentrop benutzte Formulierung „ganz neue Situation“ bzw. „völlig neue Situation“, was darauf hindeutet, daß beide die Worte Hitlers wiedergegeben haben könnten. Denn beide trafen am Vormittag des 1. Oktober 1938 mit Hitler zusammen, als er von München zurückkehrte und in Berlin empfangen wurde.¹²⁶

Interessant ist jedoch, daß Goebbels zufolge ein deutscher Einmarsch in die Tschechoslowakei bei einem polnisch-tschecho-slowakischen Konflikt stattfinden sollte, während Ribbentrop dies nur bei einem sowjetischen Eingreifen erwähnte. Offenbar sollte Warschau nicht offiziell und nicht allzudeutlich zu einem Überfall auf den Nachbarstaat ermutigt werden.

Im Zusammenhang mit einem gemeinsamen Mittagessen bei Hitler, einige Zeit nach dem Empfang, hielt Goebbels die Lösung dieser Krise fest: „Polen hat nochmal auf Prag gedrückt. Dann nimmt Prag das polnische Ultimatum an. Teschen wird heute schon besetzt. [...] Hier scheint es also keine Konfliktmöglichkeit mehr zu geben“ (TG, 2.10.1938).¹²⁷ Eine andere Möglichkeit, doch noch die sofortige Besetzung Böhmens und Mährens durchzuführen, lag in möglichen eklatanten Verstößen der tschechischen Seite gegen das Münchener Abkommen. Für diesen Fall wurde die Presse am 1. Oktober 1938 angewiesen, Nachrichten hierüber groß aufzumachen.¹²⁸ Konfliktmöglichkeiten in den polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen waren durch die Akzeptanz des polnischen Ultimatums am 1. Oktober 1938 ausgeschlossen. Im deutsch-polnischen Verhältnis hingegen waren sie im Entstehen, da beiden Regierungen viel an den Kohle- und Eisenvorkommen im oberschlesisch-polnisch-tschecho-slowakischen Grenzgebiet

¹²⁵ Aufzeichnung Ribbentrops über Telefonat mit Ciano und Gespräch mit Lipski, 1. 10. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 55; Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 115.

¹²⁶ Die Anwesenheit Ribbentrops beim Empfang Hitlers und die Beratung Ribbentrops mit Hitler überliefert Lipski; vgl. Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 115.

¹²⁷ Von diesem gemeinsamen Mittagessen der engsten NS-Entourage mit Hitler erfuhr auch Lipski durch Ribbentrop, der ebenfalls Tischgast war; vgl. Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 115.

¹²⁸ Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 2735, 1. 10. 1938.

lag.¹²⁹ Das Auswärtige Amt machte Hitler auf „den wirtschaftlichen Verlust“ aufmerksam, der sich bei einem Verzicht beispielsweise der Stadt Oderberg ergeben würde. Hitler erklärte diesbezüglich, er „wolle mit den Polen nicht um jede einzelne Stadt feilschen“.¹³⁰ Noch lag polnisches Territorium nicht im aktuellen Interesse der NS-Expansion, zuerst stand Prag auf der Agenda. Goebbels erwähnte diese zweiseitigen Aspirationen auf einzelne Gebietsteile nicht in seinem Tagebuch. Zum polnisch-tschechoslowakischen Konflikt schrieb er abschließend: „Polen besetzt Teschen und das Teschener Land.“¹³¹ Auch da keine Schwierigkeiten“ (TG, 4. 10. 1938).

Ungarische Revisionsbestrebungen und Erster Wiener Schiedsspruch

Die durch das Münchener Abkommen gleichfalls frustrierte,¹³² aber militärisch schwache¹³³ ungarische Regierung bemühte sich, auf dem Verhandlungswege zum Erfolg zu kommen, obgleich es parallel Gespräche mit Warschau über eine gemeinsame militärische Aktion gegen die Karpatho-Ukraine und auch gegen die Slowakei gab, die beide zwischen den Revisionsmächten aufgeteilt werden sollten.¹³⁴ Vor allem Polen hatte ein Interesse an einer Aufteilung der östlichen Tschechoslowakei, um eine mögliche deutsche Besetzung und weitere Einkreisung Polens zu vermeiden.¹³⁵ Vorausgehen sollten dieser Operation Aufstandsversuche, Sabotage- und Terrorakte, die von Soldaten in Zivil zu verüben wären. Zudem verhandelte Budapest mit Mussolini über die Lieferung von Flugzeugen und Waffen.¹³⁶ Doch Vorrang hatten für Budapest direkte Kontakte mit der tschechoslowakischen Regierung, zumal die NS-Diplomatie und die faschistische Regierung¹³⁷ dazu geraten hatten, es zunächst einmal mit Verhandlungen zu versuchen. Am 30. September 1938, noch in München, hatte der dort anwesende Kabinettschef des ungarischen Außenministeriums, Graf István Csáky, bei Weizsäcker angefragt, „welches weitere Vorgehen der ungarischen Regierung zur Sicherung ihrer

¹²⁹ Weizsäcker informierte Lipski über „eine gewisse Überlappung der deutschen und polnischen Interessen“; Aufzeichnung Weizsäckers, 4. 10. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 60.

¹³⁰ Aufzeichnung Hewels, A.A., 5. 10. 1938, über Gespräch mit Hitler, in: ADAP, D 5, Dok. 62. Vgl. auch Jędrzejewicz, Lipski, Dok. 116.

¹³¹ Vgl. Celovsky, Münchener Abkommen, S. 472.

¹³² Vgl. Sakmyster, Horthy, S. 218; Szöllösi-Janze, Pfeilkreuzlerbewegung, S. 122.

¹³³ Vgl. Memorandum der ungarischen Regierung, 10. 12. 1938, in: Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 48, S. 209. Auch Goebbels verzeichnete „die vollkommene militärische Ungerüstetheit Ungarns“ in seinem Tagebuch, TG, 20. 10. 1938. Siehe hierzu Zgórnjak, Europa, S. 328–334.

¹³⁴ Vgl. Telegramm des ungarischen Militärattachés Béla Lengyel an den polnischen Generalstabschef, 10. 10. 1938, in: Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 40; DIMK, Vol. II, Dok. 463, 471, 475, 484, 499, 501, 504, 512, 521, 524, 527, 532, 536, 546, 552, 556, 608; ADAP, D 5, Dok. 81; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 108f.

¹³⁵ Kotowski, „Ukrainisches Piemont“?, S. 83.

¹³⁶ Telegramm Csákys an Kánya, 14. 10. 1938, in: Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 42; vgl. auch DIMK, Vol. II, Dok. 434, 461, 495, 497, 530.

¹³⁷ Telegramm Csákys an Kánya über Gespräch mit Mussolini in München, 29. 9. 1938, in: Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 38, sowie DIMK, Vol. II, Dok. 423.

Ansprüche an die Tschechoslowakei zu empfehlen wäre“.¹³⁸ Weizsäcker hatte empfohlen, in Prag auf eine baldige Erfüllung der ungarischen Forderungen zu drängen und sich bei Weigerung der tschechoslowakischen Regierung an die Großmächte zu wenden. Hitler hatte am 1. Oktober 1938 zu einer bewaffneten Aktion Ungarns geraten.¹³⁹ Inzwischen allerdings, am 30. September, hatte die ungarische Regierung beschlossen, vorerst auf eine gewaltsame Lösung verzichten zu wollen.¹⁴⁰ Über die generelle Haltung Ungarns sowie die Einschätzung Hitlers war Goebbels informiert, da er am 1. Oktober dreimal länger mit Hitler zusammentraf. In sein Tagebuch notierte er jedoch nur: „Die Ungarn benehmen sich maßlos feige. Der Führer äußert darüber auch sehr eindeutige Ansichten“ (TG, 2. 10. 1938).¹⁴¹ Daß Goebbels im Kontext der polnischen Angriffsmöglichkeit diese Option der Ungarn nicht erwähnte, könnte darauf zurückzuführen sein, daß Goebbels keinesfalls mit einer militärischen Operation Ungarns rechnete. Zudem hatte er wahrscheinlich von Hitlers Rat an den ungarischen Gesandten keine Kenntnis, da er an dieser Besprechung mit Sztójay nicht teilgenommen hatte.¹⁴²

Der ungarische Gesandte, Döme Sztójay, präziserte am 1. Oktober gegenüber Ernst Woermann, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, die ungarischen Forderungen hinsichtlich der Tschechoslowakei dahingehend, daß eine „Rückgliederung der durch Ungarn bewohnten Gebiete“ angestrebt sei; Slowaken und Ruthenen sollte das Selbstbestimmungsrecht gewährt werden.¹⁴³ Am 2. und 3. Oktober forderte die ungarische Regierung Prag in zwei Noten zu Verhandlungen auf, was Goebbels folgendermaßen vermerkte: „Auch die Ungarn regen sich. Aber vorläufig nur erst zart und sanft“ (TG, 5. 10. 1938).¹⁴⁴ Einen Tag später notierte Goebbels: „Die Ungarn benehmen sich unentwegt maßlos feige. Sie gehen nicht heran und werden deshalb auch am Ende kaum etwas bekommen“ (TG, 6. 10. 1938). Das NS-Regime unterstützte Ungarn in seinem Bemühen, von der tschechoslowakischen Regierung die Abtretung der mehrheitlich ungarisch besiedelten Gebiete zu erlangen.¹⁴⁵ Noch nicht entschieden war in Berlin, ob auch den nie aufgegebenen und

¹³⁸ Aufzeichnung Weizsäckers über Gespräch mit Csáky am 30. 9. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 8.

¹³⁹ Telegramm Sztójays an Kánya, 1. 10. 1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 439.

¹⁴⁰ Hoensch, *Der ungarische Revisionismus*, S. 109.

¹⁴¹ Auch Lipski erfuhr durch Ribbentrop und Göring am 2./3. 10. 1938 von der Verstimmung Hitlers über die „weiche und unentschlossene Haltung Ungarns“; siehe Hoensch, *Der ungarische Revisionismus*, S. 116.

¹⁴² Goebbels erwähnte dieses Gespräch nicht, und Sztójay nannte ihn im Gegensatz zu Hitler, Göring, Ribbentrop, Lammers und Bodenschatz nicht als Teilnehmer; DIMK, Vol. II, Dok. 439.

¹⁴³ Rundtelegramm Ernst Woermanns, 1. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 9.

¹⁴⁴ Die deutsche Gesandtschaft Prag wurde hierüber vor der tschechoslowakischen Regierung unterrichtet. Die Einschätzung Goebbels' als „zart und sanft“ war zutreffend, denn die erste Note war in freundlichem, diplomatischem Ton gehalten. Telegramm Henckes mit Text der ersten Note, 2. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 13; Telegramm Henckes mit Inhaltsangabe der zweiten Note, 3. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 22. Siehe auch DIMK, Vol. II, Dok. 444, 449; Ádám, *Richtung Selbstvernichtung*, S. 145.

¹⁴⁵ Dies geht aus dem Telegrammwechsel zwischen dem A.A. und der Gesandtschaft Prag hervor; vgl. ADAP, D 4, Dok. 14, 22, 28. Siehe hierzu auch Bericht Sztójays an Kánya, 1. 10. 1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 438, 516.

zunehmend stärker vorgebrachten Wünschen auf eine Eingliederung der Slowakei¹⁴⁶ und der Karpatho-Ukraine in den ungarischen Staat entsprochen werden sollte.¹⁴⁷ Vor allem die Wehrmacht fürchtete eine gemeinsame polnisch-ungarische Grenze, die sich bei einer ungarischen Annexion der Slowakei oder Rutheniens bzw. einem ungarischen Protektorat ergeben hätte.¹⁴⁸ Auch Goebbels hatte Bedenken, wie sein Tagebuch mehrfach ausweist: „Ungarn fordert gemeinsame Grenze mit Polen. Das ist nicht gut und muß nach Möglichkeit verhindert werden“ (TG, 8. 10. 1938). Es ist nicht erkennbar, daß Goebbels durch Militärs zu dieser Auffassung gebracht wurde. Vielmehr dürfte es sich um eine Grundüberzeugung des Propagandaministers gehandelt haben, von der er auch nicht abließ, als Hitler die Bedenken auszuräumen suchte.¹⁴⁹

Auch das Auswärtige Amt empfahl Hitler eine autonome Slowakei oder eine slowakische Autonomie innerhalb des tschecho-slowakischen Staates. Hitler hielt zunächst ein Verbleiben der autonomen Slowakei im tschecho-slowakischen Staatsverband für die beste Lösung.¹⁵⁰ Kurz zuvor, am 6. Oktober 1938, hatte, die Slowakei ihre Unabhängigkeit erklärt und eine eigene Regierung gebildet. Goebbels führte diese Entwicklung auf die mangelnde Aktivität der Ungarn zurück: „Die Ungarn benehmen sich weiterhin maßlos feige. Die Slowaken sind ihnen demgemäß schon aus den Händen gerutscht und haben sich selbst Autonomie im Rahmen des Prager Reststaates geschaffen“ (TG, 9. 10. 1938). Diese Tagebuch-Passage verrät Schadenfreude gegenüber Budapest, keine Erleichterung. Anscheinend war sich Goebbels nicht darüber im klaren, daß Hitler zu dieser Zeit an einer ungarischen Annexion der Slowakei nicht mehr interessiert war.

Nach weiterem Drängen Budapests erklärte sich die tschecho-slowakische Regierung bereit, am 9. Oktober 1938 mit der ungarischen Regierung Verhandlungen über die ungarisch besiedelten Territorien zu beginnen.¹⁵¹ Täglich berichtete Goebbels in seinem Tagebuch über den mangelnden Fortschritt der bilateralen Gespräche in Komorn (Komárno). Über den ersten Verhandlungstag hielt Goebbels fest, es ginge „alles so freundschaftlich, d. h. vonseiten der Ungarn so feige vor sich, daß sie wohl nicht viel dabei erreichen werden“ (TG, 11. 10. 1938). Immerhin erreichten die Ungarn noch am ersten Tag eine sofortige Übergabe zweier Bahnstationen und die Amnestierung ungarischer, politischer Häftlinge.¹⁵² Goebbels war überzeugt, die Ungarn hätten „eine große geschichtliche Chance verpaßt“, womit er nicht die Verhandlungen meinte, sondern den geplanten, aber nicht

¹⁴⁶ Telegramm Henckes, 4. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 29; Aufzeichnung Woermanns, 6. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 38. Vgl. auch Ádám, Richtung Selbstvernichtung, S. 142.

¹⁴⁷ Aufzeichnung Weizsäckers über Telefonat mit Attolico, 4. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 26; Notiz für Hitler, 7. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 45, Anlage.

¹⁴⁸ Schreiben des OKWs an das A.A., 6. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 39.

¹⁴⁹ Vgl. TG, 10., 20., 21., 24. 10. 1938.

¹⁵⁰ Aufzeichnung Erich Kordts, 8. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 46; Rundtelegramm Weizsäckers, 10. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 50; siehe auch DIMK, Vol. II, Dok. 480, 516.

¹⁵¹ Telegramm Otto v. Erdmannsdorffs, Budapest, 6. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 43. Zu diesen Verhandlungen siehe Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 130–142.

¹⁵² DIMK, Vol. II, Dok. 487; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 247; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 132.

durchgeführten deutsch-ungarischen Angriff auf die Tschecho-Slowakei um den 1. Oktober 1938 (TG, 11. 10. 1938). Hitler war derselben Meinung und führte die „gegenwärtige schwierige diplomatische Lage“ der Ungarn auf ihre mangelnde Aktivität nach dem Gespräch auf dem Obersalzberg vom 20. September zurück.¹⁵³ Goebbels notierte zu den Verhandlungen in Komorn weiter, daß die Ungarn „dabei mächtig übers Ohr gehauen“, es aber auch nicht anders „verdienen“ würden (TG, 12. 10. 1938). Damit spielte er auf die Meinungsverschiedenheiten an, welche Volkszählungen als Verhandlungsgrundlage zu gelten hatten und wo Volksabstimmungen stattfinden sollten.¹⁵⁴ Wesentliche Streitpunkte waren auch die einzelnen von Ungarn geforderten Gebiete (vor allem die Stadt Preßburg), die Fristen der Räumung, das nicht demobilisierte tschecho-slowakische Heer an der Grenze zu Ungarn.¹⁵⁵ Den weiteren Fortgang der Verhandlungen empfand Goebbels als lächerlich, was aus seiner folgenden Notiz hervorgeht: „Ungarn und Tschechen verhandeln weiter. ‚Im Geiste der Loyalität‘. Na, denn prost!“ (TG, 13. 10. 1938). Allerdings verhandelten nicht Tschechen mit den Ungarn, sondern Slowaken, aber noch als Beauftragte der Tschecho-Slowakei.¹⁵⁶ Auch am nächsten Tag kamen die Ungarn „zu keinem Ergebnis“, was Goebbels zufolge einerseits an ihrem fehlenden „nationalen Temperament“ lag und andererseits an ihrer Verhandlungsführung. „Auf diese Weise werden sie natürlich immer von den Tschechen übertölpelt werden“ (TG, 14. 10. 1938). Am 13. Oktober ordnete der ungarische Regierungschef Imrédy den Abbruch der Verhandlungen an, den der ungarische Delegationsführer Kánya unter einem Appell an die Signatarmächte von München vollzog, was Goebbels Anlaß zu verächtlichen antiungarischen Tagebucheintragen bot.¹⁵⁷

„Die Verhandlungen in Komorn sind abgebrochen worden. Budapest ist mit seinen weichen und hinhaltenden Methoden nicht zum Ziel gekommen. Auf dem Parkett ist Prag überlegen. Ich bekomme einen Bericht aus Ungarn: dort steht das Volk scharf gegen Imredy und seine nachgiebige Politik. Kanya ist der böse Geist der Budapester Regierung. Was will man schon mit solchen Vertretern erreichen? / [...] / Ungarn appelliert an die Münchner Mächte. Legt sein Schicksal in deren Hände. Das ist das Einfachste und Bequemste. Und es entspricht ganz alter ungarischer Tradition, die darauf hinausläuft, immer nur das Blut der anderen zu verspritzen“ (TG, 15. 10. 1938).

Aufgrund der Ablehnung ihrer Forderungen nahm die ungarische Regierung in der Nacht zum 14. Oktober eine Teilmobilisierung von fünf Jahrgängen vor, betonte jedoch zugleich, daß man dieser Maßnahme „keinen aggressiven Charakter zuschreiben“ könne, da die Tschecho-Slowakei im Grenzgebiet auch nicht demo-

¹⁵³ Aufzeichnung aus dem A.A. über Gespräch Hitlers mit Ribbentrop, 12. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 53, S. 53. Siehe auch Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Darányi am 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 62, S. 69.

¹⁵⁴ Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 132–136.

¹⁵⁵ Telegramme Henckes, 11. 10. 1938, PA/AA, R 29769, Fiche 1184, Bl. 75756–757, 75760; Telegramm Erdmannsdorffs, Budapest, 11. 10. 1938, ebenda, Bl. 75761.

¹⁵⁶ Aufzeichnung Erdmannsdorffs, 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 63; Telegramm Henckes, 17. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 66.

¹⁵⁷ Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 247; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 141.

bilisiert habe.¹⁵⁸ Eine allgemeine Mobilmachung wollte Ungarn am 15. Oktober veranlassen.¹⁵⁹ Der ungarische Appell an die Münchener Mächte, von dem sich Budapest so viel erhofft hatte, führte zu einem Konflikt mit der polnischen Regierung, die nun ein gemeinsames Vorgehen gegen die Karpatho-Ukraine ablehnte.¹⁶⁰ Parallel zu den Verhandlungen mit Polen bemühte sich die ungarische Regierung nach dem Scheitern der Gespräche in Komorn beim NS-Regime wie auch in Rom um Unterstützung für ihre revisionistischen Ziele. Horthy bat Hitler zur Überlegung des weiteren Vorgehens in einem Brief um Empfang des ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Kálmán Darányi, der bereits am 14. Oktober mit Hitler in München zusammentraf.¹⁶¹ Darányi klagte zunächst über das mangelnde Entgegenkommen der tschecho-slowakischen Regierung, ersuchte Hitler um Rat und indirekt um militärische Unterstützung oder wenigstens um Waffenlieferungen.¹⁶² Hitler erklärte mehrmals, der günstige „Zeitpunkt sei verpaßt“ worden, da die ungarische Regierung zu inaktiv gewesen sei, nun stünde sie militärisch „ganz alleine“, und „der Ausgang wäre recht fraglich“. Von einer ungarischen Mobilmachung verspreche sich Hitler nichts, „es sei denn, die Ungarn seien wirklich entschlossen zu kämpfen“. Auch ein ungarischer Erfolg bei einer Viererkonferenz schiene ihm zweifelhaft, da die Franzosen und Engländer nun „ihr Gesicht bei den Tschechen zu retten“ hätten. Von Volksabstimmungen in der Slowakei und in der Karpatho-Ukraine riet Hitler ab, da weder die Slowaken noch die Ruthenen, wie er inzwischen mehrfach vernommen habe, zu Ungarn gehören wollten.

Goebbels erfuhr von diesem Gespräch Hitlers nur auf dem Dienstweg, da er infolge der Affäre mit Lida Baarova ab Mitte Oktober weitgehend isoliert war und seine Mittage nicht mehr in der Reichskanzlei verbrachte.¹⁶³ Immerhin scheint er gewußt zu haben, daß die ungarische Regierung das NS-Regime um Unterstützung bat, wie die folgende Tagebuchpassage zeigt: „Aber die Ungarn möchten am liebsten, daß sie zuschauen könnten, wie wir für sie die Kastanien aus dem Feuer holen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Nun tun sie so, als ob sie mobil mach-

¹⁵⁸ Telegramm Erdmannsdorffs, Budapest, 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 59; Mitteilung Cianos an das A.A., 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 60. Zu den tschecho-slowakischen Gegenmaßnahmen siehe Hoensch, *Der ungarische Revisionismus*, S. 153.

¹⁵⁹ Aufzeichnung Walther Hewels über Gespräch Hitlers mit Darányi am 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 62, S. 69; Brief Horthys an Hitler, 13. 10. 1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 522.

¹⁶⁰ DIMK, Vol. II, Dok. 524, 527, 536.

¹⁶¹ Brief Horthys an Hitler, 13. 10. 1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 522, sowie Szinai/Szűcs, *The Confidential Papers of Admiral Horthy*, Dok. 28.

¹⁶² Aufzeichnung Hewels über Unterredung Hitlers mit Darányi, 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 62. Siehe auch schriftliche Notiz Darányis für Hitler, in der Ungarn die Forderung nach 11 Städten erhebt, in denen es eine „ungarische Mehrheit von mindestens 73,4% gebe. 1910 hätten in dem von Ungarn geforderten Gebiet 845 000 Ungarn (Gesamtbevölkerung 1 081 000 Menschen) gelebt. PA/AA, R 29774, Fiche 1197, Bl. 199156f.

¹⁶³ Am 9. 10. 1938 (TG, 10. 10. 1938) war Goebbels zum vorläufig letzten Mal mit Hitler zusammengetroffen, dann sahen sich beide erst am 23. 10. zu dem erwähnten Gespräch auf dem Obersalzberg wieder (TG, 24. 10. 1938), und danach erst am 4. 11. 1938, als Hitler wieder nach Berlin zurückkehrte (TG, 5. 11. 1938).

ten.¹⁶⁴ Wo alles wieder zur Ruhe zurückkehrt. Und sie machen es so lasch, daß kein Mensch im Ernst daran glaubt. Eine selten dumme und kurzsichtige Politik“ (TG, 16. 10. 1938), kritisierte Goebbels. Eine Beschwerde des ungarischen Gesandten Sztójay wegen der „negative[n] Haltung der deutschen Presse“ führte Goebbels auf die „Wut über die ungarische Feigheit“ zurück, ließ aber dennoch eine derartige Schreibweise „abbremsen“ (TG, 16. 10. 1938). Parallel zu Darányis Besuch bei Hitler sprach der Kabinettschef des ungarischen Außenministeriums mit Mussolini über die Möglichkeit einer Viererkonferenz. Doch aufgrund der ablehnenden Haltung Hitlers verzichtete Budapest wieder auf diesen Plan.¹⁶⁵ Statt dessen wurden noch einmal Verhandlungen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei aufgenommen, nachdem Ribbentrop dem tschecho-slowakischen Außenminister die ungarischen Minimalforderungen übermittelt hatte, und beide Parteien diese als Ausgangsbasis für weitere Verhandlungen nehmen wollten.¹⁶⁶ Bei einem Scheitern wollte sich die ungarische Regierung einem Schiedsspruch der Achsenmächte unterwerfen.¹⁶⁷ Goebbels verfolgte dieses Geschehen nur am Rande, dennoch vermerkte er fast täglich kurz die neuesten Entwicklungen: „Ungarn will wieder mit Prag verhandeln. Die feigen Ungarn“ (TG, 18. 10. 1938). Am nächsten Tag schrieb Goebbels: „Budapest drückt sehr auf Prag. Und Prag scheint nun auch etwas nachgeben zu wollen“ (TG, 19. 10. 1938). Wieder äußerte er seine Auffassung, daß die Ungarn „ihre ganz große Stunde verpaßt“ hätten (TG, 19. 10. 1938).

Als sich mehr und mehr der Gedanke eines deutsch-italienischen Schiedsspruchs durchzusetzen schien, nachdem die ungarische Regierung – und auch die slowakische – ausdrücklich darum gebeten hatte,¹⁶⁸ notierte Goebbels verächtlich: „Die Ungarn berufen sich in ihren Forderungen ausschließlich auf Berlin und Rom. Eine penetrante Gesellschaft, die keine Scham kennt“ (TG, 20. 10. 1938). Auch die Verhandlungen Ribbentrops mit Vertretern der autonomen slowakischen und karpatho-ukrainischen Regierungen am 19. Oktober waren Goebbels bekannt, wenngleich er über den Inhalt nicht detailliert informiert wurde: „Ribbentrop hat die slowakischen und ukrainischen Minister empfangen. Anscheinend ging es da um die gemeinsame polnisch-ungarische Grenze“ (TG, 21. 10. 1938).¹⁶⁹

¹⁶⁴ Nach der Einberufung von fünf Jahrgängen am 13. 10. hatte Ungarn am 16. oder 17. 10. noch einmal sechs weitere Jahrgänge zu den Waffen gerufen; vgl. Aufzeichnung Weizsäcker über Gespräch mit Sztójay, 17. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 65.

¹⁶⁵ DIMK, Vol. II, Dok. 529, 531, 533; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 147–149.

¹⁶⁶ Aufzeichnung Erdmannsdorffs, 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 63. Vgl. auch ADAP, D 4, Dok. 65f., 70–72, 75–80, 82–84, 86; DIMK, Vol. II, Dok. 549, 549a, 554, 561–563, 566, 570–571a, 573–575, 577f., 580.

¹⁶⁷ Telegramm Kányas an Sztójay, 16. 10. 1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 542; Note der ungarischen Regierung an die deutsche Regierung, 17. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 65, Anlage.

¹⁶⁸ Note der ungarischen Regierung an die deutsche Regierung, 21. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 77, Anlage 2; Schreiben Tisos an Ribbentrop, 25. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 89; vgl. auch DIMK, Vol. II, Dok. 526.

¹⁶⁹ Aufzeichnung Hewels über Besprechung Ribbentrops mit dem slowakischen Ministerpräsidenten Jozef Tiso, dem stellvertretenden slowakischen Ministerpräsidenten Ferdi-

Die Westmächte wünschten, das brachte auch die ungarische Regierung in Erfahrung, nicht mit der Angelegenheit der Befriedigung der ungarischen Revisionswünsche befaßt zu werden.¹⁷⁰ Am 23. Oktober, als Goebbels mit Hitler private Fragen klären wollte, sprachen sie auch über Ungarn, was Goebbels folgendermaßen wiedergibt: „Die Ungarn haben sich auch intern ganz feige benommen. Sie möchten gerne, daß wir für sie Krieg führten. Ihre Grenzforderungen sind unverschämt. Sie haben den entscheidenden Punkt zum Eingriff versäumt und fallen nun, wie vorauszusehen war, hinten herunter. Aber der Führer überläßt sie nun ihrem Schicksal“ (TG, 24. 10. 1938). Aufschlußreich an dieser Passage ist zum einen die eindeutige Ablehnung Hitlers, Ungarn zu unterstützen, die sich schon in seinem Gespräch mit Darányi angedeutet hatte. Zum anderen ist die Einschätzung Hitlers, die ungarischen territorialen Forderungen seien überzogen, bemerkenswert, da diese in der Tat einige Schwierigkeiten bereiteten. Durch ein Mißverständnis Ribbentrops war eine falsche Demarkationslinie auf einer Karte verbreitet worden, die zur Akzeptanz der Tschecho-Slowakei, aber zu Protesten der Ungarn geführt hatte.¹⁷¹ Prag nahm nun an, die Ungarn hätten ihre Forderungen erhöht, während Budapest glaubte, Prag habe ein ungenügendes Angebot gemacht. Goebbels war diese Problematik sicherlich nicht bekannt, er erwähnte jedoch die ungarische Unzufriedenheit: „Ungarn ist mit den Prager Vorschlägen nicht einverstanden und richtet sich seinerseits in den seinigen streng nach den ethnographischen [!] Grenzen“ (TG, 25. 10. 1938).¹⁷² „Ungarn feilscht weiter mit Prag herum. Und beruft sich dabei immer auf Berlin und Rom“ (TG, 26. 10. 1938), hielt Goebbels am folgenden Tag fest. Auf nochmalige Bitten der tschecho-slowakischen und der ungarischen Regierung und deren Erklärung, eine deutsch-italienische Arbitrage in jedem Falle zu akzeptieren, willigte das NS-Regime schließlich ein, gemeinsam mit Italien die Rolle eines Schiedsrichters zu übernehmen, was Goebbels vorab wußte.¹⁷³ „Prag ruft Schiedsgericht Rom-Berlin in seinem Streit

and Ďurčanský und dem karpatho-ukrainischen Minister Edmund Bačinskyj am 19. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 72; Aufzeichnung Hewels über eine weitere Besprechung Ribbentrops mit Tiso und Ďurčanský am 19. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 73. Siehe auch Ďurčanský, Mit Tiso, S. 3, der sich in seiner Erinnerung allerdings im Datum irrte.

¹⁷⁰ Telegramm Erdmannsdorffs, 21. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 79. Auch Weizsäcker schrieb in einem Rundtelegramm, daß „bekanntlich“ die britische Regierung in Rom ein „deutsch-italienisches Schiedsrichteramt ohne Hinzuziehung Englischer oder Französischer Regierung empfohlen hat“. Rundtelegramm Weizsäckers, 31. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 98. Zum britischen und französischen Einverständnis mit dem deutsch-italienischen Schiedsgericht siehe Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 173f., 194f.

¹⁷¹ Vgl. Schreiben Erdmannsdorffs an Woermann, 22. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 82. Vgl. auch ADAP, D 4, Dok. 90; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 248. Zu den Details der Verhandlungen siehe: Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 146–181, zu Ribbentrops Irrtum: S. 146, 161f.

¹⁷² Ein slowakisches Angebot zur Gebietsabtretung beantwortete die ungarische Regierung am 24. 10. 1938 mit einem Gegenvorschlag; vgl. Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 167f.

¹⁷³ Vgl. ADAP, D 4, Dok. 93–96, 98; DIMK, Vol. II, Dok. 599, 604–607, 610, 612f., 616f.

mit Ungarn an. Budapest hat viel versäumt“ (TG, 29.10.1938),¹⁷⁴ kommentierte Goebbels in Anspielung auf eine nicht erfolgte militärische Lösung.

Am Tag vor der Tagung des Schiedsgerichts schrieb Goebbels in sein Tagebuch: „Rom und Berlin sollen nun einen Schiedsspruch in der Frage der ungarisch-tschechischen Grenze fällen“ (TG, 1.11.1938). Dieser Satz, den jeder damalige Zeitungsleser mit Details hätte füllen können, läßt erahnen, wie wenig interne Informationen Goebbels zu dieser Zeit besaß und wie gering sein Interesse an dieser Angelegenheit war. Weder hielt er fest, welche Streitpunkte bestanden, noch wann und wo die Konferenz stattfinden, noch wer daran teilnehmen würde. Am Vormittag des 3. November, als der Erste Wiener Schiedsspruch bereits gefällt war, vermerkte Goebbels nur die Tatsache des Außenministertreffens, keine Ergebnisse: „Das Wiener Treffen der Außenminister ist im Gange. Dort soll nun die neue ungarisch-tschechische Grenze festgelegt werden. Damit ist das Problem Prag wenigstens vorläufig auf Eis gelegt“ (TG, 3.11.1938). Mit dem letzten Satz brachte Goebbels zum Ausdruck, daß das eigentliche „Problem“, d.h. die geplante deutsche Okkupation der Tschecho-Slowakei, nicht gelöst war, sondern nur verschoben, da durch die Revisionsmächte Polen und Ungarn kein Anlaß einer gemeinsamen Aktion mehr geschaffen werden würde und im Winter kein Feldzug geführt werden sollte. An anderer Stelle im selben Tagebucheintrag erwähnte Goebbels noch einmal kurz das Wiener Schiedsgericht, das nun seine Arbeit aufgenommen habe, und benannte die Schiedsrichter: „Ribbentrop und Ciano ziehen neue Grenzen“ (TG, 3.11.1938).¹⁷⁵ Erst am Tag nach der Wiener Konferenz kannte Goebbels die dort vereinbarte „neue Grenze zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei“ und vertrat die Ansicht, die Ungarn hätten „dabei mehr bekommen, als sie aufgrund ihrer Tapferkeit verdienten“ (TG, 4.11.1938).

Der „Gebiets- und Bevölkerungszuwachs“ Ungarns war tatsächlich „enorm“ (TG, 4.11.1938), wie Goebbels notierte, denn der von der Tschecho-Slowakei abzutretende breite Gebietsstreifen umfaßte die südliche Slowakei und südliche Karpatho-Ukraine von der Grenze zu Niederösterreich bis nach Rumänien, 12 400 Quadratkilometer und über eine Million Einwohner.¹⁷⁶ Mehrere von Ungarn geforderte Städte wurden Budapest zugesprochen, darunter Košice (Kaschau), Mukačevo (Munkacs), Komárno (Komorn) und Užhorod (Ungvar), wo die einen Monat zuvor konstituierte karpatho-ukrainische Regierung ihren Sitz hatte, den sie daraufhin nach Chust verlegte. Bei der Stadt Bratislava (Preßburg) mit einer komplizierten ethnischen Zusammensetzung konnten sich die Ungarn nicht durchsetzen, sie verblieb bei der Tschecho-Slowakei. Dies hielt Goebbels ebenso im Tagebuch fest

¹⁷⁴ Siehe hierzu Hoensch, *Der ungarische Revisionismus*, S. 174f.

¹⁷⁵ Die Aufzeichnung E. Kordts über die Besprechung der vier Außenminister (Ribbentrop, Ciano, Kánya und Chvalkovský) am 2.11.1938 und der Schiedsspruch sind abgedr. in: ADAP, D 4, Dok. 99, I, S. 106–112 sowie Dok. 99, III, S. 112f. Siehe hierzu auch Hoensch, *Der ungarische Revisionismus*, S. 181–198.

¹⁷⁶ Vgl. Aufzeichnung über die neue Staatsgrenze zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei, in: ADAP, D 4, Dok. 99, IV, S. 114; Révay, *Grenze*, Karte nach S. 72; Procházka, *Second Republic*, Karte auf S. VIII; Leisering, *Putzger*, S. 110f., 113; Schulthess, *Geschichtskalender*. 1938, S. 249f.; Evans, *Das Dritte Reich*, Bd. 2, S. 824; Ádám, *Richtung Selbstvernichtung*, S. 150; Hoensch, *Der ungarische Revisionismus*, S. 189–192.

wie die Tatsache, daß die tschecho-slowakische Regierung keine andere Wahl hatte, als zuzustimmen: „Die Tschechen müssen mit süßsaurer Miene zustimmen“ (TG, 4. 11. 1938), kommentierte er. Zwar erwähnte er noch „Freudenkundgebungen“¹⁷⁷ in Ungarn – nicht ohne hinzuzufügen, daß diese Gebietszugewinne „nicht der ungarischen Tapferkeit zuzuschreiben“ (TG, 4. 11. 1938) und „garnicht [!] verdient“ (TG, 5. 11. 1938) seien – und die Festlegung der „Besetzungstermine“ (TG, 5. 11. 1938), doch für ihn war bereits durch den Schiedsspruch „dieses Problem bereinigt“ (TG, 4. 11. 1938). Den weiteren ungarisch-tschecho-slowakischen Beziehungen und den Auswirkungen auf die ungarische Politik schenkte Goebbels keine Aufmerksamkeit.

In Ungarn wurden durch die Freudenkundgebungen die Forderungen nach einer vollständigen Okkupation der Karpatho-Ukraine immer lauter, so daß sich die ungarische Regierung nun doch zum militärischen Vorgehen entschloß.¹⁷⁸ Am 20. November 1938 sollte der von der italienischen Regierung gebilligte Überfall auf die Karpatho-Ukraine beginnen. Infolge tschecho-slowakischer Gegenmaßnahmen verzögerte er sich jedoch,¹⁷⁹ so daß das NS-Regime gerade noch rechtzeitig intervenieren konnte und ein bewaffnetes Vorgehen untersagte,¹⁸⁰ das nach Auffassung Hitlers „eine Blamage für die Achsenmächte darstellen würde, deren Schiedsspruch Ungarn vor drei Wochen bedingungslos angenommen habe“.¹⁸¹ Aber dies vermerkte Goebbels nicht in seinem Tagebuch, und vielleicht war es ihm auch unbekannt. Lediglich die Stimmung in Ungarn infolge des deutschen Angriff-Verbots notierte Goebbels, aber ohne Hinweis auf den Anlaß und ohne das geringste Verständnis für die ungarische Position, was auf seine Unkenntnis hindeuten könnte: „In Ungarn mosert man gegen uns, besonders gegen den Führer. Die haben's nötig. Armselige, feige Tröpfe, die frech und undankbar sind“ (TG, 23. 11. 1938).

Um die Jahreswende 1938/39 interessierte sich Goebbels kaum für die Politik Ungarns. Lediglich die Regierungsumbildung verzeichnete er in seinem Tagebuch. Am 23. November 1938 kam es im ungarischen Parlament zu einem Mißtrauensvotum gegen Regierungschef Imrédy, dessen zunehmend autoritärer und deutschfreundlicher Kurs kritisiert wurde. Dies war Goebbels bekannt: „Imredy zurückgetreten. Keine Mehrheit mehr. Horthy will noch nicht entscheiden“ (TG, 25. 11. 1938). Wenige Tage später bestätigte Horthy „Imredy in seinem Amt“, wie Goebbels festhielt (TG, 29. 11. 1938).¹⁸² „Aber Kanya scheint gehen zu müssen. Damit wäre der böse Geist der ungarischen Politik weg“, schrieb Goebbels (TG, 29. 11. 1938). Bereits am nächsten Tag vermerkte Goebbels die Ablösung des ungarischen Außenministers, die er positiv kommentierte (TG, 30. 11. 1938). Die Demission

¹⁷⁷ Siehe hierzu Horthy, Ein Leben, S. 207f.

¹⁷⁸ Siehe hierzu: ADAP, D 4, Dok. 118, 122, 127–134, 139; ADAP, D 5, Dok. 252; Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 44–48; Kotowski, „Ukrainisches Piemont“?, S. 86–88; Sakmyster, Horthy, S. 220; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 198, 217–224.

¹⁷⁹ Telegramm Erdmannsdorffs, 24. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 139.

¹⁸⁰ Note der deutschen Regierung an die ungarische Regierung, 20. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 132, Anlage, sowie Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 47. Vgl. ADAP, D 5, Dok. 104, 252.

¹⁸¹ Aufzeichnung Ribbentrops, 20. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 128, S. 139.

¹⁸² Sakmyster, Horthy, S. 220–225.

Kányas war nicht zuletzt eine Folge von Hitlers Unterredung mit Darányi am 14. Oktober 1938, in der Hitler äußerst kritisch über den ungarischen Außenminister gesprochen hatte, und Darányi den Wunsch geäußert hatte, etwaige Mißverständnisse zwischen beiden Regierungen auszuräumen.¹⁸³ Den Nachfolger Kányas als ungarischer Außenminister führte Goebbels in seinem Tagebuch mit folgenden, vorurteilsbeladenen Worten ein: „Csaky Nachfolger Kanyas. Ich kenne ihn nicht. Aber er wird wohl ein richtiger Ungar sein“ (TG, 12.12.1938). Goebbels war in Anlehnung an Hitler der Auffassung, daß der typische Ungar durch zwei Adjektive zu charakterisieren sei: „Feige und habgierig“ (TG, 26.9.1938). Die Vorurteile gegen das ungarische Volk spiegeln sich auch in Goebbels' Tagebuchnotat über den Rücktritt des ungarischen Regierungschefs im Februar 1939 wider: „Imredy zurückgetreten. Er hat entdeckt, daß er jüdische Vorfahren besitzt. Das ist mehr als peinlich. Aber typisch ungarisch“ (TG, 16.2.1939). Horthy hatte Imrédy am 11. Februar 1939 mit Dokumenten über dessen Stammbaum konfrontiert, denen zufolge „eine der Urgroßmütter des Ministerpräsidenten offenbar Jüdin gewesen war“.¹⁸⁴ Imrédy stellte am nächsten Tag sein Amt zur Verfügung, das fortan Pál Teleki übernahm, und nannte öffentlich diesen, auch von Goebbels vermerkten Grund. Die Einschätzung Goebbels', daß dies „mehr als peinlich“ (TG, 16.2.1939) sei, verrät nicht nur seinen Antisemitismus. Sie läßt auch erahnen, daß Goebbels über die ungarische antisemitische Politik informiert war. Denn Imrédy war es, der im Frühjahr 1938 ein erstes und nach dem Münchener Abkommen ein zweites, besonders scharfes antijüdisches Gesetz angeregt und am 22. Dezember 1938 im Parlament eingebracht hatte. Es definierte Juden erstmals rassistisch, erklärte auch „Halbjuden“ zu Juden, verbot die Einbürgerung von Juden und ermöglichte den Widerruf derartiger Urkunden. Es beinhaltete ein Berufsverbot für jüdische Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst und für Journalisten. Es trat am 5. Mai 1939 in Kraft.¹⁸⁵ Auch der sich in Mittel- und Osteuropa in neuen antijüdischen Gesetzen und Verordnungen manifestierende Antisemitismus gehörte also indirekt zu den Folgen des Münchener Abkommens und der dadurch verursachten Anlehnung der Staaten dieser Region an das Deutsche Reich. Besonders deutlich trat er auch in der Slowakei auf, wo im November 1938 ein antijüdischer Boykott verhängt, Tausende Juden enteignet und deportiert und eine Synagoge geschändet worden waren.¹⁸⁶

Zusammenbruch der europäischen Nachkriegsordnung

Das Münchener Abkommen, die polnische Okkupation Teschens und der Erste Wiener Schiedsspruch stellten wesentliche Etappen zum Zusammenbruch der eu-

¹⁸³ Aufzeichnung Hewels über Unterredung Hitlers mit Darányi, 14.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 62. Vgl. auch Hoensch, *Der ungarische Revisionismus*, S. 226f.; Sakmyster, Horthy, S. 219.

¹⁸⁴ Sakmyster, Horthy, S. 227; Szöllösi-Janze, *Pfeilkreuzlerbewegung*, S. 124; Hoensch, *Der ungarische Revisionismus*, S. 244.

¹⁸⁵ Vgl. Szöllösi-Janze, *Judenpolitik*, S. 171f.; Sipos, *Politik*, S. 200f.; Sakmyster, Horthy, S. 222–228.

¹⁸⁶ Vgl. Bodensieck, *Das Dritte Reich und die Lage der Juden*, S. 252–254, 256f.

ropäischen Nachkriegsordnung dar, die durch die Pariser Vorortverträge und die zahlreichen bi- und multilateralen Beistandspakte geschaffen worden war. Durch die massiven Gebietsverluste der Tschecho-Slowakei, die fast ein Drittel¹⁸⁷ ihres Territoriums an das Deutsche Reich, Polen und Ungarn abgetreten hatte und somit verteidigungsunfähig geworden war und immer stärker in die Abhängigkeit des NS-Staates geriet, verlagerte sich das europäische Mächtegefüge. Bereits vor Unterzeichnung des Münchener Abkommens zeichnete sich ab, daß die beiden anderen Staaten der Kleinen Entente, Rumänien und Jugoslawien, die territorialen Verschiebungen zu Lasten der Tschecho-Slowakei akzeptieren würden.¹⁸⁸ Unmittelbar nach dem Abkommen erklärte die rumänische Regierung inoffiziell gegenüber der ungarischen Diplomatie, daß das Bündnis der Kleinen Entente als nicht mehr bestehend zu betrachten sei,¹⁸⁹ obgleich Rumänien eine übermäßige Expansion Ungarns fürchtete und zu verhindern versuchte. Auch der tschecho-slowakischen Regierung teilten die Bundesgenossen aus Belgrad und Bukarest mit, daß sie das Bündnis als aufgehoben ansähen.¹⁹⁰ Beide Staaten suchten nun eine engere Anbindung an Berlin.¹⁹¹ Ende 1938 „hörte die Kleine Entente [...] im wesentlichen auf zu existieren“.¹⁹² Für Goebbels war dies entweder selbstverständlich, von geringem Interesse oder damals nicht sogleich erkennbar, er verzeichnete das Ende dieses unter französischer Patronage errichteten Paktsystems nicht in seinem Tagebuch.

Doch nicht nur die südosteuropäischen Staaten bemühten sich nun um ein besseres Verhältnis zu dem mächtiger gewordenen Deutschen Reich, sondern auch die europäischen Großmächte. Noch in München, am 30. September 1938, hatte Neville Chamberlain Hitler um Unterzeichnung einer deutsch-britischen Freundschaftserklärung gebeten, die, wie auch Goebbels bekannt war, folgenden Inhalt hatte: „Wunsch beider Völker, nie wieder Krieg gegeneinander zu führen und strittige Fragen auf dem Wege der Konsultation zu lösen“ (TG, 1. 10. 1938).¹⁹³ Wie an anderer Stelle nachgewiesen wurde, steht diese Erklärung, was die britische Seite betrifft, nicht in unmittelbarem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Ausgang der sogenannten Sudetenkrise. Chamberlain hatte sich zu diesem Zeitpunkt, noch ohne Kenntnis der Reaktion der tschechoslowakischen Regierung auf das Mün-

¹⁸⁷ Nach Bodensieck, *Die Politik der Zweiten Republik*, S. 55, 30% der Fläche und 33% der Einwohner, absolute Zahlen bei Procházka, *Second Republic*, S. 53.

¹⁸⁸ Vgl. Ádám, *Richtung Selbstvernichtung*, S. 141.

¹⁸⁹ Telegramm des ungarischen Gesandten in Bukarest, László de Bárdossy, an Kánya, 1. 10. 1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 436.

¹⁹⁰ Telegramm des ungarischen Geschäftsträgers in San Sebastian, Wodianer, an Kánya, 5. 10. 1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 458. Vgl. auch DIMK, Vol. II, Dok. 540.

¹⁹¹ Vgl. ADAP, D 5, Dok. 227–229, 231 f., 234–239, 243, 245, 254, 257.

¹⁹² Ádám, *Richtung Selbstvernichtung*, S. 150; ebenso Hoensch, *Der ungarische Revisionismus*, S. 102, der den Bruch des Bundes bereits Ende September 1938 erfolgt sah. Ribbentrop ließ der rumänischen Regierung am 8. 2. 1939 mitteilen, daß die „Kleine Entente“ für das NS-Regime nicht mehr existent sei; vgl. Telegramm Ribbentrops, 8. 2. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 287.

¹⁹³ Deutsch-Englische Erklärung, 30. 9. 1938, in: Michaelis/Schraepfer, *Ursachen*, Bd. 12, Dok. 2725b, S. 479f.; englische Originalfassung in: ADAP, D 2, Dok. 676; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1228, Appendix, S. 640.

chener Abkommen, damit abgefunden, daß das NS-Regime die sudetendeutschen Gebiete bei einer Ablehnung durch Prag mit Waffengewalt annektieren würde. Für ihn war dieses Dokument in erster Linie von innenpolitischer Bedeutung,¹⁹⁴ „um etwas mit nach Hause zu bringen“ (TG, 2. 10. 1938), wie Goebbels schrieb. Nach der Unterzeichnung betonte der britische Premier gegenüber Hitler, wie im Gesprächsprotokoll festgehalten wurde, „die große psychologische Wirkung“, die er sich davon verspreche.¹⁹⁵ Er hoffte in Verkenntung¹⁹⁶ von Hitlers Charakter und Persönlichkeit darauf, sich mit der neuen Großmacht Deutschland künftig arrangieren zu können, dadurch, daß die Interessenssphären beider Regierungen in Absprachen geklärt und abgegrenzt würden. Obgleich in Großbritannien die Aufrüstung intensiv weiterverfolgt wurde, was auch Goebbels bekannt war,¹⁹⁷ hielt Chamberlain noch bis Ende Juli 1939 einen Krieg mit dem Deutschen Reich, wie seine Briefe an seine Schwester beweisen, für unwahrscheinlich.¹⁹⁸ Jedenfalls war er nach Unterzeichnung des Münchener Abkommens sicher, nun den Frieden, „peace for our time“, wie er damals sagte, gerettet zu haben.¹⁹⁹ Für ihn hatte es sich bei den Gebietsverlusten der Tschecho-Slowakei lediglich um Korrekturen zweifelhafter Vereinbarungen infolge des Ersten Weltkrieges gehandelt.²⁰⁰ Für Großbritannien, das der Regierung in Prag durch kein Bündnis verpflichtet war, hatte damals das Empire und sein Außenhandel eindeutig Priorität vor kleineren Grenzrevisionen in Ostmitteleuropa.

Anders verhielt es sich bei der französischen Regierung, dem Bundesgenossen der Tschechoslowakei, die Prag bis Ende September militärische Unterstützung in Aussicht gestellt hatte. Für sie bedeutete das Münchener Abkommen, das den ver-

¹⁹⁴ Wenige Tage später bat Chamberlain Hitler, wie Goebbels überliefert, bei Hitlers Rede am 5. 10. 1938 zur Eröffnung des Winterhilfswerkes 1938/39 „ein paar freundliche Worte für ihn im Sportpalast zu sagen“. Goebbels kommentierte dies mit den Worten: „Auch eine Bitte. Aus innerpolitischen Gründen. Armes England!“ (TG, 6. 10. 1938). Tatsächlich hatte die Kritik an Chamberlain in Großbritannien schon drei Tage nach dessen Rückkehr nach London eingesetzt; vgl. Kershaw, Hitlers Freunde, S. 292.

¹⁹⁵ Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Hitlers mit Chamberlain, 30. 9. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 247, S. 255. Vgl. auch DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1228.

¹⁹⁶ Chamberlain war überzeugt, daß man sich auf Hitlers Wort verlassen könne. Nach der Begegnung mit Hitler auf dem Obersalzberg schrieb der Premier an seine Schwester: „I got the impression that here was a man who could be relied upon when he had given his word“. Self, Chamberlain-Letters, Brief vom 19. 9. 1938, S. 348. Ähnlich Kershaw, Hitlers Freunde, S. 288f.; Adamthwaite, Großbritannien, S. 199; Wendt, München 1938, S. 120.

¹⁹⁷ Goebbels notierte hierzu: „Chamberlain hat sich im Unterhaus mit seinen Kritikern auseinandergesetzt und seine Politik sehr geschickt verteidigt. Er will Frieden mit Berlin, offenbar um Zeit zu gewinnen. Also müssen wir auch rüsten“, TG, 3. 11. 1938. Zur Aussprache im House of Commons am 1. 11. 1938, auf die Goebbels sich hier bezog, siehe Chamberlain, Struggle, S. 331–347, zur britischen Rüstung: Zgórnjak, Europa, S. 243–255. Die britische Regierung bemühte sich, der Tschecho-Slowakei nach dem Münchener Abkommen ihre Waffen abzukaufen, weil in London großer Bedarf an Rüstungsgütern bestand und weil dort befürchtet wurde, andernfalls könnten die Waffen dem Deutschen Reich in die Hände fallen; vgl. Král, Abkommen, Dok. 271 f.

¹⁹⁸ Bullard, Großbritannien und der Kriegsausbruch, S. 97.

¹⁹⁹ Chamberlain, Struggle, S. 303.

²⁰⁰ Vgl. Adamthwaite, Großbritannien, S. 200; Kettenacker, Diplomatie, S. 228f., 233–235.

kleinsten tschecho-slowakischen Staat dem Deutschen Reich auslieferte, nicht nur einen enormen Prestigeverlust. Frankreich hatte dadurch in der Tschecho-Slowakei auch einen wichtigen Bundesgenossen verloren, der bei einem etwaigen Konflikt mit Berlin militärische Unterstützung durch die Eröffnung einer zweiten Front hätte gewähren können.²⁰¹ Doch angesichts der durch München verdeutlichten Schwäche Frankreichs, seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten und seiner Rüstungsdefizite bemühte sich auch die französische Regierung ab Oktober 1938 um eine Verständigung mit der wiedererstarkten Großmacht an ihrer Ostgrenze.²⁰² Den Grundstein dafür legte Ministerpräsident Edouard Daladier ebenfalls noch am letzten Septembertag 1938 in München. Zeitgleich mit der Unterredung Hitlers und Chamberlains besprach er mittags nach der Unterzeichnung des Abkommens mit Generalfeldmarschall Hermann Göring die deutsch-französischen Beziehungen.²⁰³ Beide waren sich darin einig, daß ein Krieg unpopulär und „dumm“ sei, und betonten den ausschließlichen Verteidigungscharakter der Marginal-Linie bzw. des „Westwalls“. Göring äußerte die Hoffnung, daß zwischen beiden Regierungen nun ein offenerer und intensiverer Austausch stattfinden werde, was auch Daladier begrüßte. Er habe, fuhr Daladier fort, bereits ein paar Ideen hierzu.²⁰⁴ Aus dem Gesprächsprotokoll geht nicht hervor, ob Daladier schon in München eine ähnliche Freundschaftserklärung vorschwebte, wie zur selben Zeit von Hitler und Chamberlain unterzeichnet worden war. Aber unmittelbar nachdem Daladier Kenntnis von dieser bilateralen deutsch-britischen Vereinbarung hatte, wünschte er eine solche auch zwischen dem NS-Regime und seiner Regierung.²⁰⁵ Der Gedanke zu einer solchen Übereinkunft wurde bereits unmittelbar nach dem Münchener Abkommen in einigen französischen Zeitungen und in der französischen Öffentlichkeit diskutiert.²⁰⁶ Auch Goebbels war darüber informiert, daß „man in Paris offenbar auch so eine Art Friedenserklärung mit uns abmachen“ wollte (TG, 4. 10. 1938). Er stand dieser Idee nicht ablehnend gegenüber, aber war der Auffassung, daß „dazu [...] ja noch hinreichend Zeit“ sei (TG, 4. 10. 1938). Daladier bemühte sich also nach dem Münchener Abkommen um eine Verständigung mit Berlin und richtete, wie auch Goebbels im Tagebuch festhielt, in seiner Regierungserklärung am 4. Oktober 1938 im französischen Parlament zur Sudetenkrise „freundliche Worte“ an Deutschland: „Daladier hat gesprochen. Mit einer

²⁰¹ Vgl. Elisabeth du Réau, Frankreich, S. 173, 181; Barbier, Das französische Außenministerium, S. 43, 45; Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 528f.

²⁰² Vgl. Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 529f.

²⁰³ Vgl. Aufzeichnung über dieses Gespräch am 30. 9. 1938, in: DDF, 2^e Série, Tome 11, Doc. 499. Die häufig geäußerte Behauptung, Daladier habe Deutschland sofort verlassen, trifft also nicht zu (z. B. Celovsky, Münchener Abkommen, S. 466; Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 525).

²⁰⁴ „J’espère, ajoute enfin le Maréchal, que notre entrevue sera le point de départ d’une politique plus large et plus grande entre nos deux pays. C’est possible et c’est nécessaire. J’y ai déjà pensé, répond M. Daladier. J’ai à ce sujet un certain nombre d’idées et il faudra que celles-ci prennent corps.“ Note relative à une conversation entre M. Daladier et le maréchal Goering, 30. 9. 1938, in: DDF, 2^e Série, Tome 11, Doc. 499, S. 736.

²⁰⁵ Vgl. Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 525.

²⁰⁶ Schreiben des deutschen Geschäftsträgers in Paris, Curt Bräuer, an das A.A., 4. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 332.

präzisen, chronologischen Darstellung der Entwicklung. Sehr freundliche Worte für das deutsch-französische Verhältnis. Er bemüht sich offenbar um einen Ausgleich“ (TG, 6. 10. 1938).²⁰⁷ Goebbels notierte auch die Ergebnisse dieser bedeutenden Plenarversammlung, in der angesichts der desolaten Finanzsituation ein Ermächtigungsgesetz beschlossen wurde, das der Regierung Daladier wirtschafts- und finanzpolitische Vollmachten gab: Daladier „bekommt in der Kammer eine große Mehrheit. Aber die ist von links nun ziemlich nach rechts abgerutscht. Kommunisten gegen ihn, Sozialdemokraten enthalten.“²⁰⁸ In Rom will Paris eine neue Botschaft einrichten“ (TG, 6. 10. 1938).²⁰⁹ Die französische Politik hatte tatsächlich eine Wende nach rechts vollzogen,²¹⁰ was der deutsche Botschafter Graf Welzeck dem Auswärtigen Amt mit den Worten mitteilte, damit sei nun in Paris „praktisch [das, d. V.] Ende der Volksfront“ erreicht.²¹¹ Goebbels, der den innenpolitischen Verhältnissen in Frankreich stets und auch in dieser Phase²¹² Aufmerksamkeit widmete, verzeichnete das Ende der Volksfront-Regierung erst drei Wochen später: „Die französischen Senatswahlen ergeben einen nationalen Sieg. Volksfront damit ad acta gelegt“ (TG, 25. 10. 1938).²¹³

Die Vorbereitung der deutsch-französischen Erklärung, die Anfang Oktober 1938 begann, beschrieb Goebbels nicht in seinem Tagebuch, wahrscheinlich erfuhr er erst später davon. Hitler hatte sich umgehend über seinen Sondergesandten Philipp von Hessen des Einverständnisses Mussolinis versichert, bevor er am 18. Oktober mit Botschafter André François-Poncet bei dessen Abschiedsaudienz auf dem Obersalzberg darüber sprach.²¹⁴ Am 5. November sandte Ribbentrop einen Entwurf für den Text der Erklärung an die deutsche Botschaft in Paris, der

²⁰⁷ Daladier hatte u. a. ausgeführt: „Wir haben die Pflicht, Achtung für das große Volk zu empfinden, das unser Nachbar ist, das unser Gegner war und mit dem wir einen dauerhaften Frieden zu errichten wünschen. [...] Welches auch die Formen der Regimes sind, die sich die Völker gegeben haben, alle haben doch die gleiche Liebe zum Frieden. In dieser Stunde kommt es darauf an, diejenigen in der Welt, die guten Willens zum Frieden sind, zu vereinigen. [...] Im Interesse des Friedens wollen wir den alten und erprobten Freundschaften erneuerte und neue Freundschaften hinzufügen.“ Rechenschaftsbericht Daladiers, 4. 10. 1938, zit. nach: Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 390.

²⁰⁸ Das Ermächtigungsgesetz wurde mit 331 gegen 78 Stimmen bei ca. 200 Enthaltungen angenommen. Die Gegenstimmen kamen von den kommunistischen Abgeordneten, die Enthaltungen überwiegend von den Abgeordneten der SFIO. Vgl. Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 391.

²⁰⁹ Kurz vor der Parlamentssitzung teilte Daladier dem italienischen Geschäftsträger in Rom am 4. 10. 1938 mit, daß Frankreich nun eine „Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern“ vornehmen wolle und einen Botschafter benennen werde; vgl. Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 387. Goebbels hielt hierzu weiter im Tagebuch fest: „François Poncet soll als Botschafter ausersehen sein. Schade, er ist in Berlin der einzige Botschafter von Format“; TG, 6. 10. 1938.

²¹⁰ Vgl. hierzu auch Elisabeth du Réau, Frankreich, S. 188f.

²¹¹ Telegramm Welzecks, 6. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 334, S. 380.

²¹² Vgl. TG, 15., 29., 30. 10., 1., 3., 12.–14., 17. 11. 1938.

²¹³ Vgl. Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 394.

²¹⁴ Vgl. ADAP, D 4, Dok. 337–341, 343–346; zum Gespräch François-Poncets mit Hitler siehe dessen Bericht an Bonnet (DDF, 2^e Série, Tome 12, Doc. 197, S. 339–346) und dessen Memoiren (François-Poncet, Als Botschafter, S. 347–355). Vgl. auch Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 526f.

einen Monat später fast gleichlautend unterzeichnet wurde.²¹⁵ Erst nach dem Antrittsbesuch des neuen französischen Botschafters, Robert Coulondre, bei Hitler in Berchtesgaden am 22. November scheint Goebbels von dem bevorstehenden Abschluß einer Übereinkunft zwischen Paris und Berlin erfahren zu haben, nur zwei Tage vor der deutschen Öffentlichkeit:²¹⁶ „Coulondre vom Führer empfangen. Deutsch-französische Verständigungserklärung. Keine Grenzstreite mehr. Das ist die praktische Politik“ (TG, 23. 11. 1938).²¹⁷

Was Goebbels in seinem Tagebuch „praktische Politik“ nannte, war das Grundprinzip des NS-Regimes, das Verträge für Maßnahmen von augenblicklicher Geltung hielt, die bei einer neuen Situation keinerlei Verbindlichkeit mehr besäßen.²¹⁸ Schon im Frühjahr 1938, nach dem „Anschluß“ Österreichs, hatte Goebbels nach einem Gespräch mit Hitler festgehalten, daß dieser beabsichtige, dem Deutschen Reich ein „Stück von Elsaß und Lothringen“ einzugliedern (TG, 20. 3. 1938). Goebbels entlarvt damit Hitler, der dies gegenüber ausländischen Gesprächspartnern und in öffentlichen Reden stets verneinte, als Lügner aus propagandistischen Gründen.²¹⁹ Drei Wochen später, am Tag der Volksabstimmung über den „Anschluß“ Österreichs, vertraute Hitler dem Propagandaminister, wie dieser überliefert, sein „großes Lebensziel“ an, das darin bestanden habe, „nochmal Frankreich vor[zu]knöpfen“ (TG, 11. 4. 1938).²²⁰ Für ihn war daher die deutsch-französische Erklärung, die die beiderseitige Staatsgrenze anerkannte, im Grunde bedeutungslos, zumal er Staatsgrenzen generell als „Augenblicksgrenzen“ begriff.²²¹ Wenige

²¹⁵ Telegramm Ribbentrops an Welckeck, 5. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 346. Vgl. ebenda, Dok. 369.

²¹⁶ Vgl. Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 3380, 24. 11. 1938.

²¹⁷ Siehe hierzu: ADAP, D 4, Anm. 1, S. 398; Coulondre, Von Moskau nach Berlin, S. 306–310.

²¹⁸ Als Hitler am 23. 5. 1939 seinen führenden Offizieren seinen „Entschluß bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen“, mitteilte, führte er weiter aus: „Hierbei spielen Recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle.“ Bericht Rudolf Schmudts über die Besprechung in der Reichskanzlei am 23. 5. 1939, in: IMG 37, Dok. 79-L, S. 546–556, Zitate S. 549, 553.

²¹⁹ Hitler hatte Vojtěch Tuka erklärt, er denke „niemals“ daran, „sich Elsaß-Lothringen zurückzuholen“. Aufzeichnung Hewels über Unterredung am 12. 2. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 168, S. 184. Weniger bestimmt hatte Hitler dies dem polnischen Außenminister Beck am 5. 1. 1939 mitgeteilt, in: ADAP, D 5, Dok. 119, S. 130.

²²⁰ Diese Passage aus Goebbels' Tagebuch, die einzige, in der Goebbels jemals von einem „Lebensziel“ Hitlers schreibt, ist etwas irritierend. Denn für gewöhnlich gilt die Eroberung neuen Lebensraums im Osten als Hauptziel Hitlers, und dieser selbst hatte in seiner Schrift „Mein Kampf“, S. 766f., betont, „in der Vernichtung Frankreichs“ dürfe „man wirklich nur ein Mittel“ sehen, „um danach unserem Volke endlich an anderer Stelle die mögliche Ausdehnung geben zu können“. Andererseits war Hitler die „Abrechnung“ mit Frankreich tatsächlich ein äußerst wichtiges Anliegen, wofür auch die Tatsache spricht, daß er im Juni 1940 die Franzosen den Waffenstillstandsvertrag in Compiègne unterschreiben ließ – im selben Salonwagen, in dem 1918 die Vertreter des Deutschen Reiches nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg einen solchen unterzeichnen mußten. Daß dies eindeutig Hitlers Idee war, belegt Goebbels mehrfach (TG, 16., 18., 22., 23. 6. 1940). Siehe hierzu Jäckel, Frankreich, S. 38f.

²²¹ In „Mein Kampf“, S. 740, hatte er sich folgendermaßen geäußert: „So wie Deutschlands Grenzen Grenzen des Zufalls sind und Augenblicksgrenzen im jeweiligen politischen Ringen der Zeit, so auch die Grenzen der Lebensräume der anderen Völker“.

Tage vor der Unterzeichnung der deutsch-französischen Erklärung ließ Hitler vom OKW ein Memorandum erstellen, das als Grundlage für Wehrmachtsbesprechungen mit dem italienischen Militär dienen sollte und in dem ein gemeinsamer Krieg gegen Frankreich und England anvisiert war.²²²

Die geplante Freundschaftserklärung des demokratischen französischen Staates mit dem Hitler-Regime, die auch in Frankreich am 24. November 1938 bekanntgegeben wurde,²²³ nur zwei Wochen nach den reichsweiten antijüdischen Pogromen, rief begreiflicherweise Proteste vor allem von französischen Juden hervor, die Goebbels auch in seinem Tagebuch vermerkte. Bei ihm schlug sich dies in den Worten nieder: „Und die Juden randalieren“ (TG, 23. 11. 1938). Auch an dem folgenden Tag befaßte sich Goebbels in seinem Tagebuch mit der bevorstehenden deutsch-französischen Erklärung und jüdischer Kritik an ihr: „Paris sucht Anschluß an Berlin. Bis jetzt nur erst platonisch“ (TG, 24. 11. 1938). Am Tag danach notierte er: „Freundschaftserklärung Berlin/Paris in Arbeit. Und die Juden schimpfen. Sie haben offenbar kein Glück mehr“ (TG, 25. 11. 1938). Tags darauf hielt Goebbels fest: „Berlin-Pariser Freundschaftsabkommen wird nun schon durch die Presse annonciert. Ribbentrop will nach Paris fahren. Das ist für uns eine große außenpolitische Erleichterung. Die können wir auch gebrauchen“ (TG, 26. 11. 1938). Mit diesem letzten Satz spielte Goebbels wieder auf die Proteste gegen die nationalsozialistischen Juden-Pogrome an, die seines Erachtens zur Folge gehabt hätten, daß „die Juden“ dem NS-Regime „großen Schaden zugefügt“ hätten, „vor allem in unseren Auslandsaufträgen“ (TG, 26. 11. 1938).

Auch die innenpolitische Entwicklung in Frankreich thematisierte Goebbels Ende November täglich in seinem Tagebuch, vor allem die Streiks infolge der jüngsten Gesetzesdekrete der Regierung Daladier, der am 25. November kommissarisch das Innenministerium übernommen und die Aufhebung der 40-Stunden-Woche durchgesetzt hatte, nicht zuletzt, um die Rüstungsproduktion Frankreichs zu steigern.²²⁴ Goebbels nahm großen Anteil an der Tätigkeit Daladiers und zollte ihm schließlich großen Respekt, als es diesem gelungen war, die Streiks durch kompromißlose Härte gegenüber der Gewerkschaft CGT zu beenden.²²⁵ Durch die Beruhigung der Situation war der Weg frei für Ribbentrops Reise „nach Paris zur Unterzeichnung der deutsch-französischen Erklärung“ (TG, 4. 12. 1938), über die Goebbels vorab informiert war, und die vorgeblich wegen der unsicheren Lage in Frankreich vom NS-Regime verschoben worden war.²²⁶ Um zu vermeiden, daß die italienische Regierung wegen der zu unterzeichnenden Erklärung „verschnupft wird“, wie Goebbels schrieb, wurde zeitgleich eine intensive Berichterstattung über aktuelle antiitalienische Demonstrationen in Tunis und auf Korsika durchgeführt (TG, 7. 12. 1938).²²⁷ Als die deutsch-französische Erklärung, in der beide

²²² In: ADAP, D 4, Dok. 411.

²²³ Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 402.

²²⁴ Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 530.

²²⁵ Vgl. TG, 26.–30. 11., 2., 3. 12. 1938.

²²⁶ Zunächst war vorgesehen, die Erklärung am 29. 11. 1938 zu unterzeichnen; vgl. Aufzeichnung des Legationsrates Emil von Rintelen, 23. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 361.

²²⁷ Aufzeichnungen Sängers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 3530, 3532, beide vom 6. 12. 1938. Vorausgegangen waren diesen Demonstrationen Äußerungen italienischer Abgeordneter,

Regierungen sich für „friedliche und gutnachbarliche Beziehungen“ aussprachen,²²⁸ schließlich von den beiden Außenministern Ribbentrop und Bonnet unterzeichnet war, schrieb Goebbels darüber: „Erklärung Berlin-Paris heraus. Garantierung der Grenzen.²²⁹ Konflikte bespr[o]chen. Achse Rom-Berlin bleibt unangetastet.²³⁰ Die Aufnahme in der Welt ist geradezu sensationell. Aber wohl mit Absicht etwas übertrieben“ (TG, 8. 12. 1938). Einen Tag später verzeichnete Goebbels eine „merk- bare Entspannung“ infolge dieser Erklärung, die das NS-Regime, wie er zugab, „augenblicklich gut gebrauchen“ konnte (TG, 9. 12. 1938).

Motive, die zu dieser Übereinkunft geführt hatten, hielt Goebbels im Tagebuch nicht fest. Lediglich die „große außenpolitische Erleichterung“ (TG, 26. 11. 1938) angesichts der durch die Judenpogrome entstandenen Spannungen notierte er, aber dies war nur eine willkommenere Begleiterscheinung. Die Forschung kam zu dem Befund, daß der Hauptbeweggrund auf nationalsozialistischer Seite in der ersehnten Westabsicherung für die Ostexpansion bestand. Aus diesem Grund wurden in Richtung Paris auch stets eine Propagierung der friedlichen Absichten des Deutschen Reiches betrieben und Versuche unternommen, die Interessen der französischen Regierung auf deren Kolonialreich zu lenken.²³¹ Daneben spielten auch Hoffnungen auf eine Spaltung der Westmächte und auf eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen, die in Paris zugleich besprochen worden war, eine Rolle.²³² Das französische Hauptmotiv bestand im Zeitgewinn, bevor es zu der wahrscheinlichen Auseinandersetzung zwischen beiden Staaten kommen würde. Die französische Rüstungsproduktion war erst im April 1938 intensiviert worden und noch kaum fortgeschritten, die innenpolitische Lage äußerst instabil, die finanzielle und ökonomische Situation desolat. Zudem bestand in Paris die Hoffnung, daß die Außenhandelspolitik des Deutschen Reiches zu Spannungen in Südosteuropa führen könnte und daß zwischen den Achsenmächten oder in der

die Nizza, Savoyen, Korsika und Tunis für Italien reklamiert hatten; vgl. ADAP, D 4, S. 411, Anm. 2; Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 537.

²²⁸ „Die deutsche Regierung und die französische Regierung sind übereinstimmend der Überzeugung, daß friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eines der wesentlichen Elemente der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa und der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens darstellen. Beide Regierungen werden deshalb alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß eine solche Gestaltung der Beziehungen zwischen ihren Ländern sichergestellt wird.“ Punkt 1 der deutsch-französischen Erklärung vom 6. 12. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 369.

²²⁹ Punkt 2 der Erklärung lautet: „Beide Regierungen stellen fest, daß zwischen ihren Ländern keine Fragen territorialer Art mehr schweben und erkennen feierlich die Grenze zwischen ihren Ländern, wie sie gegenwärtig verläuft, als endgültig an.“ In: ADAP, D 4, Dok. 369.

²³⁰ Zur Konsultationsfrage heißt es in der Erklärung: „Beide Regierungen sind entschlossen, vorbehaltlich ihrer besonderen Beziehungen zu dritten Mächten, in allen ihre beiden Länder angehenden Fragen in Fühlung miteinander zu bleiben und in eine Beratung einzutreten, wenn die künftige Entwicklung dieser Fragen zu internationalen Schwierigkeiten führen sollte.“ In: ADAP, D 4, Dok. 369.

²³¹ Vgl. beispielsweise Aufzeichnung Weizsäckers vom 21. 12. 1938 über sein erstes Gespräch mit Coulondre, in: ADAP, D 4, Dok. 373.

²³² Vgl. Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 537f. Vgl. auch ADAP, D 4, Dok. 370f.

Beziehung zu Warschau Konflikte entstünden.²³³ Frankreich war also Ende 1938 nicht in der Lage, seine bisherige Osteuropa-Politik fortzusetzen, weil dies das Herannahen einer Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reich bedeutet hätte, der es nicht gewachsen war. Genau wie Großbritannien nutzte die französische Regierung die Phase der Beruhigung nach München, um die Rüstungsproduktion zu erhöhen und militärische Einheiten zu formieren.²³⁴ Beide Staaten ließen daher den „Wunsch erkennen“, in der Frage der Tschecho-Slowakei „möglichst aus dem Spiel gelassen zu werden“.²³⁵ Die Gesandten Großbritanniens und Frankreichs in Prag hätten dafür „eine eigenartige Formel“ gegenüber der tschechoslowakischen Regierung gefunden, schrieb der deutsche Geschäftsträger aus der tschecho-slowakischen Hauptstadt. Diese Formel der Westmächte gegenüber Prag habe gelautet: „Wir wünschen, daß ihr ein möglichst gutes Verhältnis mit dem Reich anstrebt; wir können euch aber weder wirtschaftlich noch politisch helfen, wenn ihr in völlige Abhängigkeit von Deutschland geratet“.²³⁶ Als die diplomatischen Vertreter Frankreichs und Großbritanniens Ende November 1938 der tschecho-slowakischen Regierung in offizieller Form vorwarfen, sie hätte sich „politisch völlig Deutschland verschrieben“, nahm man im tschecho-slowakischen Außenministerium an, „England und Frankreich wollten offenbar auf diese Weise von ihrem Anleihenversprechen herunterkommen“.²³⁷

2. Die deutsch-tschecho-slowakischen Beziehungen bis Anfang März 1939

František Chvalkovský setzte nach seiner Rückkehr von seinem Deutschland-Besuch Mitte Oktober 1938 gezwungenermaßen die Politik der Anlehnung an das Deutsche Reich fort.²³⁸ Er wisse durch seine Unterredungen mit Hitler und Ribbentrop „am besten“, wohin eine andere Haltung „zwangsläufig führen müßte“, und werde bemüht sein, so berichtete Geschäftsträger Hencke aus Prag, „auch

²³³ Vgl. Knipping, Die deutsch-französische Erklärung, S. 529–537.

²³⁴ Siehe hierzu Zgórnjak, Europa, S. 199–224, 235–255.

²³⁵ Telegramm Erdmannsdorffs, 21. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 79. Dies erinnerte auch Ferdinand Ďurčanský, damals Mitglied der slowakischen Regierung, der ein generelles „Desinteresse der Westmächte für die Lösungen der Grenzfragen Mitteleuropas nach dem Münchener Abkommen“ festgestellt habe. Ďurčanský, Mit Tiso, S. 2.

²³⁶ Politischer Bericht Henckes, 18. 11. 1938, PA/AA, R 103.627, Bl. E415153–159, hier Bl. E415157f.

²³⁷ Dies teilte der Kanzleichef des Außenministeriums, Hubert Masařík, dem deutschen Geschäftsträger Hencke am 23. 11. 1938 mit; Telegramm Henckes, 23. 11. 1938, PA/AA, R 103.627, Bl. 435090.

²³⁸ Vgl. beispielsweise Aufzeichnung Chvalkovskýs über seinen Vortrag vor den Vorsitzenden der Regierungsparteien am 18. 10. 1938, in dem er ausführlich über seine Gespräche mit Ribbentrop und Hitler berichtete, auf den beträchtlichen Verlust an Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit hinwies und die notwendigen Konsequenzen forderte, in: Král, Abkommen, Dok. 269, S. 284–286. Als Zeichen der Neuorientierung wurden zahlreiche Exponenten der Beneš-Richtung abgesetzt, wie beispielsweise der tschechoslowakische Gesandte in London, Jan Masaryk, was auch Goebbels zustimmend im Tagebuch verzeichnete, TG, 29. 10. 1938.

seine noch schwankenden Kollegen im Kabinett auf seine Linie zu bringen“.²³⁹ Vojtěch Mastný, tschecho-slowakischer Gesandter in Berlin, gab Göring zu verstehen, daß man nun in Prag einen „scharfe[n] Rechtskurs“ steuern und den Kommunismus beseitigen werde; auch würde das „Judenproblem [...] ernstlich angepackt“.²⁴⁰ Goebbels verzeichnete derartige Maßnahmen der tschecho-slowakischen Regierung kurz, aber mit Genugtuung in seinem Tagebuch. „Prag verbietet kommunistische Partei“ (TG, 22. 10. 1938), schrieb er zum Parteiverbot, das der tschecho-slowakische Ministerrat am 20. Oktober beschlossen hatte.²⁴¹ In Prag stattfindende „antisemitische Kundgebungen“ kommentierte er mit den Worten: „Es dämmert also“ (TG, 25. 10. 1938).²⁴² Neben Kommunisten und Juden bestand in den Freimaurern eine weitere Gruppe von Feinden der NS-Bewegung. Goebbels vermerkte die Meldung, „Prager Logen lösen sich selbst auf“, und notierte anschließend die Hoffnung: „Wenn das nur ernst gemeint ist“ (TG, 27. 10. 1938). Auch in der Frage der Behandlung der in der Tschecho-Slowakei verbliebenen deutschen Minderheit, 478.589 Personen,²⁴³ vor allem in Prag und den Sprachinseln Brünn und Iglau, übte das NS-Regime nun verstärkten Druck auf die tschecho-slowakische Regierung aus, da es zu Beschwerden über untere Polizei- und Steuerorgane gekommen war und Nachrichten von Ausweisungen, Boykotten und Mißhandlungen verbreitet worden waren. Andor Hencke machte daher die Regierung in Prag entsprechend der ihm vom Auswärtigen Amt erteilten Weisungen darauf aufmerksam, daß die Reichsregierung dieser Angelegenheit eine „hohe Bedeutung beimesse, die für die Tschechoslowakei schicksalhaft werden könne“.²⁴⁴ Anfang Dezember 1938 hatte die deutsche Gesandtschaft die Lage des „Restdeutschtums“ einer Prüfung unterzogen und festgestellt, daß derartige Meldungen „oft übertrieben, manchmal auch erfunden“ seien.²⁴⁵ Obgleich das NS-Regime einen Schutz der deutschen Minderheit in der Tschecho-Slowakei beabsichtigte, wurde kein gegenseitiger Minderheitenschutzvertrag unterzeichnet, da man „der tschechischen Volksgruppe keinesfalls die Stellung einräumen“ woll-

²³⁹ Politischer Bericht Henckes, 23. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 85, S. 95.

²⁴⁰ Aufzeichnung über Besprechung Görings mit Mastný, um den 17. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 67.

²⁴¹ Hencke telegraphierte an das A.A., Chvalkovský habe darum gebeten, „diese Maßnahme als Anzeichen für aufrichtigen Willen der Tschechoslowakischen Regierung zu Loyalität gegenüber Deutschland zu bewerten“. Telegramm Henckes, 20. 10. 1938, PA/AA, R 29770, Fiche 1187, Bl. 75951. Die slowakische Regierung hatte die kommunistische Partei bereits am 9. 10. 1938 verboten, die Regierung der Karpatho-Ukraine erließ ein solches Verbot Ende Oktober 1938; vgl. Procházka, *Second Republic*, S. 58; Feierabend, *Prag-London*, Bd. 1, S. 51.

²⁴² „In den letzten Tagen haben z. B. in Prag beachtliche Demonstrationen gegen die Juden stattgefunden“, berichtete Hencke dem A.A. Politischer Bericht Henckes, 23. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 85, S. 95.

²⁴³ Aufzeichnung Günther Altenburgs, 17. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 121.

²⁴⁴ Politischer Bericht Henckes, 18. 11. 1938, PA/AA, R 103.627, Bl. E415153–159, hier Bl. E415155.

²⁴⁵ Schreiben Henckes an das A.A., 10. 12. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 147. Siehe auch ebenda, Dok. 149, 151; Bodensieck, *Zur Vorgeschichte*, S. 719f.; Gebel, „Heim ins Reich!“, S. 62f.

te, die man für die deutsche „Volksgruppe in der Tschechoslowakei“ erwartete.²⁴⁶ Es wurde lediglich eine Erklärung unterzeichnet, daß ein gemeinsamer „Regierungsausschuß“ Minderheitenangelegenheiten regeln sollte.²⁴⁷

Am 27. Oktober 1938 traf Goebbels in Berlin den SdP-Funktionär Ernst Kundt, der weiterhin im Prager Parlament die deutsche Minderheit in der Tschecho-Slowakei vertrat. Kundt teilte Goebbels mit, die Stimmung des tschecho-slowakischen Volkes sei „ziemlich prodeutsch“ (TG, 29.10.1938).²⁴⁸ Der emigrierte frühere Staatspräsident Beneš würde dort als „der böse Geist“ angesehen.²⁴⁹ Der künftige Kurs der tschecho-slowakischen Regierung hänge nicht zuletzt von der „psychologischen Behandlung des tschechischen Volkes“ durch das Reich ab. Kundt, der zu den eher gemäßigten sudetendeutschen Politikern zählte, empfahl Goebbels ein „sorgsames Vorgehen“. Weiter berichtete Kundt Goebbels zufolge: „Man sei in Prag bereit zu einer Zoll-, evtl. auch Währungs- und Wirtschaftsunion. Auch in militärischen und außenpolitischen Dingen wolle man“ mit dem NS-Regime weitgehend „konform gehen“ (TG, 29.10.1938). Goebbels hatte Zweifel: „Ob das aber alles stimmt?“ Ihm schien, als sähe Kundt „die Dinge zu optimistisch“ (TG, 29.10.1938). Doch auch der nationalsozialistische Außenminister Ribbentrop war hoffnungsfroh, daß sich „die Tschechei nun auf kaltem Wege einsacken“ lasse, wie er Goebbels am Abend des 9. November 1938 mitteilte, kurz nachdem der Propagandaminister seine berüchtigte Hetzrede gegen das Judentum gehalten hatte (TG, 10.11.1938). „Man muß es nur geschickt anfangen. Chvalkovski [!] will. Ob auch die ändern, das weiß man nicht“, hielt Goebbels darüber hinaus über das Gespräch mit Ribbentrop fest.

Um diesen Prozeß der zunehmenden Souveränitätsminderung der tschechoslowakischen Regierung nicht zu gefährden, wurde die deutsche Presse nun angewiesen, anders als während der Sudetenkrise, auf die Befindlichkeiten des tschecho-slowakischen Volkes Rücksicht zu nehmen. In der Pressekonferenz wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß man „bei den guten Beziehungen zu Prag“ nicht beabsichtige, polemisch zu werden.²⁵⁰ Angesichts der nationalsozialistischen Erfolge bei den zahlreichen bilateralen Verhandlungen sollte auch kein „Triumphgeschrei“ angestimmt werden.²⁵¹ Nach dem Wiener Schiedsspruch wurden beispielsweise Meldungen wie diejenige, daß die „unglückselige Gestalt der Tschechoslowakei durch die neue Grenzziehung nun noch unglücklicher geworden sei

²⁴⁶ Aufzeichnung des Legationsrates Fritz von Twardowski über Besprechung von Vertretern von A.A., Vomi, RMI, OKW, RFSS, 11.11.1938, in: ADAP, D 4, Dok.111. Siehe hierzu Bodensieck, Volksgruppenrecht, S.502–518.

²⁴⁷ Deutsch-tschecho-slowakische Erklärung über den Schutz der beiderseitigen Volksgruppen vom 20.11.1938, in: DDP, Bd.6, Teil 1, S.389f.; Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd.12, Dok.2743a, S.559. Dieser Regierungsausschuß trat nie zusammen, Minderheitenrechte genossen die Tschechen im Reichsgau Sudetenland nicht; vgl. Gebel, „Heim ins Reich!“, S.277, 370.

²⁴⁸ Ähnliches berichtete Leopold Gutterer Minister Goebbels über die Stimmung in Prag: dort sei „alles gegen Paris und London. Deutschland nicht unbeliebt“, TG, 24.11.1938. Etwas anders bei Hencke, 10.12.1938, in: ADAP, D 4, Dok.147.

²⁴⁹ Dies bestätigt auch Feierabend, Prag-London, S.53.

²⁵⁰ Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd.6, Nr.3034, 25.10.1938.

²⁵¹ Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd.6, Nr.3063, 28.10.1938.

und der Blinddarm sich noch verengt hätte“, als unerwünscht bezeichnet.²⁵² Objekt der nationalsozialistischen Presseoffensive waren die Oppositionskreise in London und Paris, die ihre Regierungen wegen deren Deutschland-Politik kritisierten. Goebbels beschrieb das Ziel dieser Kampagne folgendermaßen: „Wir greifen diese Kriegshetzer nun unentwegt an, um sie regierungsunfähig zu machen“ (TG, 9. 11. 1938).²⁵³ Parallel zu diesen Anweisungen für die deutsche Presse gab es auch einen „Plan zur Aufrichtung einer deutschen, auch tschechisch geschriebenen Presse in der Resttschechei“ (TG, 5. 11. 1938), wie Goebbels überliefert unter erstmaliger Verwendung dieser besonders despektierlichen Bezeichnung für die Tschecho-Slowakei. Zum Zweck dieses Zeitungsplans schrieb der Propagandaminister: „Wir wollen uns dort unseren Einfluß sichern, bevor London und Paris sich von ihrem Fall erholt haben“ (TG, 5. 11. 1938). Daher wurde in Prag „eine große deutsche Zeitung“ gegründet (TG, 22. 11. 1938, 10. 12. 1938). Goebbels war bereit, dafür „viel Geld“ zu investieren, weil er sich davon einen großen „Nutzen“ versprach (TG, 9. 12. 1938).

Neben der Presselandschaft der Tschecho-Slowakei verfolgte Goebbels auch kontinuierlich die dortigen innenpolitischen Vorgänge. Den auch Goebbels bekannten Beschluß des tschecho-slowakischen Ministerrates vom 11. November 1938, Chvalkovský zum Staatspräsidenten zu wählen, fand er „garnicht [!] schlecht“ (TG, 13. 11. 1938). Allerdings war Chvalkovský in der Bevölkerung aufgrund seiner starken Annäherung an das NS-Regime eher unbeliebt.²⁵⁴ Chvalkovský selbst hatte Bedenken gegen seine Wahl, weil er befürchtete, er werde den tschecho-slowakischen Staat nicht konsolidieren können, sollte die deutsche Garantierklärung ausbleiben, die er als „Lebensfrage“ für sein Land und für sich persönlich bezeichnet hatte.²⁵⁵ Über die von Rudolf Beran, dem Vorsitzenden der tschechoslowakischen Agrarier-Partei, unternommenen Versuche, eine tschecho-slowakische Einheitspartei zu gründen, war Goebbels ebenfalls informiert. In letzter Stunde, so berichtete Hencke dem Auswärtigen Amt, hätten sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Katholischen Volkspartei geweigert, diesem Bündnis beizutreten.²⁵⁶ Goebbels vermerkte hierzu in seinem Tagebuch: „Prags Parteien vollziehen nun doch nicht den Zusammenschluß. Dieses komische Staatsgebilde muß einmal ganz weg. Es sorgt schon selbst dafür“ (TG, 18. 11. 1938).

²⁵² Aufzeichnung Kurt Metgers, in: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 3164, 7. 11. 1938.

²⁵³ Dieselbe Absicht überliefert Sängler in seiner Mitschrift einer Pressekonferenz: „Die Deutsche Presse soll in der Zukunft keine Gelegenheit vorübergehen lassen, bei der die ewigen Querulanten Eden, Churchill und Cooper scharf angegriffen werden könnten. Sie seien als Kriegshetzer, Provokateure zu bezeichnen [...]. Für solche Leute dürfe aber in der europäischen Politik kein Raum mehr sein. Die Polemiken müßten durchweg so gehalten werden, daß diese drei Männer künftig nicht mehr als kabinettsfähig erscheinen.“ In: NS-PrA, Bd. 6, Nr. 3067, 28. 10. 1938.

²⁵⁴ Gesandtschaftsrat Hencke berichtete, „die einfachen Leute“ seien gegen Chvalkovský, dem sie vorwürfen, „ein Werkzeug Deutschlands“ zu sein. Politischer Bericht Henckes, 18. 11. 1938, PA/AA, R 103.627, Bl. E415153–159, hier Bl. E415155. Siehe auch ADAP, D 4, Dok. 115; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 251.

²⁵⁵ Politischer Bericht Henckes, 18. 11. 1938, PA/AA, R 103.627, Bl. E415153–159, hier Bl. E415158.

²⁵⁶ Ebenda, Bl. E415156.

Das in der zweiten November- und ersten Dezemberhälfte 1938 in der Nationalversammlung und im Senat besprochene Verfassungs-Ermächtigungsgesetz, das am 15. Dezember 1938 verabschiedet wurde, nannte Goebbels in seinem Tagebuch nicht. Es ermächtigte den Staatspräsidenten, die Verfassung zu ändern, und die Regierung, zwei Jahre lang auf dem Verordnungswege ohne die Zustimmung des Parlaments „alle notwendigen Verfügungen“ zu erlassen.²⁵⁷ Gleichwohl war Goebbels bekannt, daß in Prag Verfassungsänderungen diskutiert wurden.²⁵⁸ Zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Jan Syrový am 17. November notierte Goebbels – durchaus ein wenig mitfühlend: „Gemäßigt und nach keiner Seite aneckend. Er ist um seine Aufgabe nicht zu beneiden“ (TG, 19. 11. 1938).²⁵⁹ Am nächsten Tag hielt Goebbels fest, daß sich in Prag eine „ständig steigende Stimmung gegen Syrový geltend“ mache (TG, 20. 11. 1938), was er darauf zurückführte, daß man dort „anscheinend nun doch den Beneschkurs liquidieren“ wolle (TG, 20. 11. 1938). Die in Prag geplante Regierungsumbildung bezeichnete Goebbels als eine „vollkommene Kursschwenkung“ (TG, 20. 11. 1938). Gleichwohl blieb er skeptisch, was der Zusatz: „Wenigstens nach außen“ (TG, 20. 11. 1938) zeigt. Am Morgen des 24. Oktober 1938 notierte Goebbels, daß man in Prag „nun Hacha zum Staatspräsidenten wählen“ wolle (TG, 24. 10. 1938).²⁶⁰ Goebbels war anscheinend ganz zufrieden mit dieser Entscheidung, wie sein Tagebuch belegt: „Einen richtigen Jesuiten.²⁶¹ Den haben wir gerne als Gegner“ (TG, 24. 10. 1938). Die Wahl des 66jährigen Emil Hácha, bisher Präsident des Obersten Verwaltungsgewichts, am 30. November „zum Staatspräsidenten“ verzeichnete Goebbels im Tagebuch ebenso kurz wie die „Bildung der Regierung“ unter Rudolf Beran am 1. Dezember (TG, 2. 12. 1938).²⁶²

²⁵⁷ Verfassungsgesetz vom 15. 12. 1938 über die Ermächtigung zu Änderungen der Verfassungsurkunde und der Verfassungsgesetze der Čecho-Slovakischen Republik und über die außerordentliche Verordnungsgewalt, in: S. d. G. u. V. Nr. 330/1938, Ausgabe 110, ausgegeben am 17. 12. 1938, S. 1087f.

²⁵⁸ Vgl. TG, 25. 10. 1938; Bericht Henckes, 2. 12. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 143; Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 251.

²⁵⁹ Syrový erklärte, der 20 Jahre zuvor unternommene Versuch, „einen Staat zu schaffen, in dem mehrere Völker ruhig nebeneinander leben könnten, sei gescheitert“, der Nationalgedanke sei stärker gewesen. Die Tschecho-Slowakei wolle friedlich innerhalb ihrer neuen Grenzen leben und strebe besonders zum Deutschen Reich, aber auch zu allen anderen Nachbarstaaten ein freundschaftliches Verhältnis an. Zit. nach: Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 251.

²⁶⁰ Zur Vorgeschichte der Ernennung siehe Procházka, Second Republic, S. 68f.

²⁶¹ Nach Auskunft der Deutschen Provinz der Jesuiten gibt es „keinerlei Hinweise“ darauf, daß Hácha Mitglied des Jesuitenordens gewesen sei. Denkbar ist eine Verwechslung Goebbels' von Hácha mit dem slowakischen Priester und Politiker Jozef Tiso, der allerdings ebenfalls nicht als Mitglied des Ordens nachgewiesen werden kann; schriftliche Auskunft von Dr. Rita Haub, Referatsleiterin Geschichte und Medien der Deutschen Provinz der Jesuiten, 20. 3. 2008. Dennoch besaß Tiso enge Kontakte zum Jesuitenorden, da er sich nach seiner Absetzung in ein Jesuitenkloster begeben hatte; vgl. Hoensch, Die Slowakei, S. 262.

²⁶² Siehe hierzu Procházka, Second Republic, S. 69; Schreiben Henckes, 2. 12. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 143, S. 155; Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 54–65.

Goebbels erwartete vom Kabinett Beran, in dem Chvalkovský wieder das Amt des Außenministers bekleidete, eine noch deutlichere prodeutsche Politik: „Nun muß es Taten zeigen“ (TG, 3.12.1938), forderte er. Am 6. Dezember 1938 erhielt Goebbels einen „Bericht aus Prag“, doch nannte er den Namen des Berichterstatters nicht. Er vermerkte hierüber: „dort tut man so, als bemühe man sich ernsthaft um einen Ausgleich mit uns“ (TG, 7.12.1938). Doch überwog seine Skepsis, wie der daran anschließende Satz verdeutlicht: „Aber wer kann das glauben?“ Zwei Tage später sprach Goebbels erneut mit Ernst Kundt, der ihm berichtete, daß mit den Tschechen „jetzt augenblicklich viel zu machen“ sei, denn deren Regierung sei nun „ziemlich gereinigt von Benesch-Leuten“ (TG, 9.12.1938). Lediglich „unten in der Bürokratie“ säßen diese noch; das Volk sei „fast gänzlich unpolitisch“.²⁶³ Goebbels gab Kundt, wie er im Tagebuch festhielt, „Geld und sonstige Unterstützung für die zurückgebliebenen Deutschen“, weil er davon ausging, daß die „Volksdeutschen“ in der Tschecho-Slowakei „noch einmal viel wert sein“ könnten (TG, 9.12.1938).²⁶⁴

Offenbar rechnete Goebbels damit, daß die Sudetendeutschen noch einmal benutzt werden könnten, um den tschecho-slowakischen Staat völlig zu vernichten. Den Zusicherungen der tschecho-slowakischen Regierung, nun dauerhaft eine bessere Beziehung zum Deutschen Reich zu unterhalten, traute Goebbels kaum. Auch als Beran seine erste Regierungserklärung abgab, die Goebbels als „sehr positiv“ gegenüber Deutschland charakterisierte und die in „scharfen Wendungen gegen den inneren Defaitismus“ gerichtet gewesen sei, stellte er in seinem Tagebuch ungläubig die Frage: „Ob er seinen Kurs einhalten kann?“ (TG, 15.12.1938).²⁶⁵ Auch andere führende Nationalsozialisten wie beispielsweise Ribbentrop scheinen diese Skepsis geteilt zu haben, so daß die Gesandtschaft in Prag immer wieder in ihren Berichten betonte, daß sich die tschecho-slowakische Regierung bewußt sei, „daß jeder Versuch, in den Benesch-Kurs zurückzufallen oder eine illoyale Politik zu treiben, zur Vernichtung des Staates führen muß“.²⁶⁶ Hencke war der Auffassung, daß Prag „bereit“ sei, „alle grundsätzlichen deutschen Forderungen, die das zukünftige Verhältnis des Reiches zu der Tschechoslowakei betreffen, zu erfüllen“.

²⁶³ Ähnlich, wenn auch pessimistischer, äußerte sich Ernst Kundt in seiner Dezember-Denkschrift über die „Lage des Deutschtums in der Rest-Tschecho-Slowakei“, 16.12.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 151.

²⁶⁴ Auch das A.A. unterstützte über Kundt und mit Billigung Hitlers das „Volksdeutschtum“ in der Tschecho-Slowakei; vgl. ADAP, D 4, Dok. 145, 155 und Anm. 1.

²⁶⁵ Wörtlich erklärte Beran unter anderem: „Jeder Versuch der Rückkehr zu den alten Verhältnissen würde vom Volk abgelehnt werden. [...] Unsere Außenpolitik ist hinsichtlich ihrer Ziele, Mittel und des Inhalts neu. [...] Wir sind nicht und wollen auch nicht blind sein gegenüber diesen Veränderungen; wir werden unsere Außenpolitik den Tatsachen anpassen, ebenso die Wirtschafts- und sozialen Verhältnisse. Das klare Ziel der Regierung ist, dem Staat und den Nationen den Frieden zu retten! Es handelt sich für uns vor allem um die Herstellung eines Freundschaftsverhältnisses mit unserem größten Nachbarn, mit dem Deutschen Reich.“ Beran äußerte sich auch zur Emigrantenfrage und gab hierbei zu verstehen, daß sich die Emigranten ihren dauernden Aufenthalt in Staaten mit größerer Wirtschaftskraft suchen müßten. Auch erklärte er, die Judenfrage lösen zu wollen. Zit. nach: Schulthess, Geschichtskalender. 1938, S. 254. Siehe auch Dokumente zur Sudetendeutschen Politik, Dok. 175.

²⁶⁶ Aufzeichnung Henckes für Ribbentrop, 15.12.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 150.

Auch sei man in der tschecho-slowakischen Regierung „darauf gefaßt, daß deutscherseits noch weitgehende Forderungen auf außenpolitischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet gestellt werden“. Aber man hoffe in Prag, daß der Tschecho-Slowakei „die äußere Unabhängigkeit belassen“ werde.²⁶⁷

Goebbels hielt in seinem Tagebuch auch eine Reihe von konkreten Vereinbarungen zwischen dem NS-Regime und der tschecho-slowakischen Regierung fest, beispielsweise das Projekt einer exterritorialen Reichsautobahn durch tschecho-slowakisches Gebiet zwischen Breslau und Wien: „Mitten durch die Tschechei. Es bleibt ja nun von einem souveränen Staat nicht mehr viel übrig“ (TG, 23. 11. 1938), kommentierte er.²⁶⁸ Keine Erwähnung fand dagegen der vereinbarte Oder-Donau-Kanal, der gleichfalls das tschecho-slowakische Staatsgebiet durchschneiden sollte.²⁶⁹ Zu den bilateralen Vereinbarungen über Optionsfragen der Minderheiten und über Minderheitenschutz hielt Goebbels lediglich fest: „Eine Reihe von Abkommen Berlin-Prag zur Regelung der Volkstumsfragen“ (TG, 24. 11. 1938).²⁷⁰ Zweimal nannte er das „Kulturabkommen mit Prag“, an dem er selbst mitgewirkt hatte (TG, 2. 12., 8. 12. 1938). Über den im Auswärtigen Amt angefertigten Entwurf eines Freundschaftsvertrages²⁷¹ zwischen dem Deutschen Reich und der Tschecho-Slowakei war Goebbels wahrscheinlich nicht informiert, da er ihn nicht erwähnte. Angesichts der zahlreichen anderen Details, die Goebbels im Tagebuch verzeichnete, kann als nahezu sicher angenommen werden, daß er diesen Vertrag vermerkt hätte, wenn er ihn gekannt hätte. Hitler hatte diesen Freundschaftsvertrag höchstwahrscheinlich wegen der darin enthaltenen deutschen Garantie für den tschecho-slowakischen Staat sogleich abgelehnt.²⁷²

Um die Jahreswende 1938/39 erlitt Goebbels infolge der Baarova-Affäre einen psychischen und physischen Zusammenbruch. Im Tagebuch klagte Goebbels

²⁶⁷ Ebenda.

²⁶⁸ Vgl. Vertrag zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei über den Bau und Betrieb einer Durchgangsautobahn vom 19. 11. 1938, RGBl. 1938, Teil II, S. 909f. Eine tschecho-slowakische Regierungsverordnung vom 29. 11. 1938 hierzu berechnete die tschecho-slowakische Regierung zur Enteignung von Grund und zur Zwangsverpflichtung Erwerbsloser; diese Rechte trat Prag jedoch an den Bauherrn, das Deutsche Reich, ab. Außerdem wurden durch die Verordnung Einwendungen gegen den Bau unterbunden. S. d. G. u. V. Nr. 309/1938, Ausgabe 103, ausgegeben am 30. 11. 1938, S. 1053f.

²⁶⁹ Vgl. ADAP, D 4, Dok. 53f., 88, 102f., 108, 116f., 120, 123f.; beide Projekte wurden aufgrund des Krieges nicht vollendet; Procházka, Second Republic, S. 31f.

²⁷⁰ Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Tschecho-Slowakischen Republik über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen vom 20. 11. 1938, RGBl. 1938, Teil II, S. 896–900 (= S. d. G. u. V. Nr. 300/1938, Ausgabe 100, ausgegeben am 26. 11. 1938, S. 1037–1040); Deutsch-tschecho-slowakische Erklärung über den Schutz der beiderseitigen Volksguppen vom 20. 11. 1938, in: DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 389f.; Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd. 12, Dok. 2743a, S. 559. Sämtliche deutsch-tschecho-slowakischen Verträge zwischen Münchener Abkommen und Errichtung des „Protektorats“ sind abgedr. in: Singbartl, S. 129–159.

²⁷¹ Der Entwurf, den der Leiter der Rechtsabteilung des A.A., Friedrich Wilhelm Gaus, bis 25. 11. 1938 erarbeitet hatte, findet sich in: PA/AA, R 103.627, Bl. 435100f.; abgedr. in: Bodensieck, Der Plan, S. 462–476; Michaelis/Schraepfer, Ursachen, Bd. 12, Dok. 2746a, S. 572f. Siehe auch Stuby, Vom „Kronjuristen“ zum „Kronzeugen“, S. 359f.

²⁷² Bodensieck, Der Plan, S. 462f.

schon Anfang Dezember über ein „Magenleiden“ und befürchtete ein „Geschwür“ (TG, 9.12.1938). Zu seiner Erleichterung wurden jedoch nur „schwere nervöse Störungen, vor allem am Magen“, diagnostiziert (TG, 10.12.1938). Sein Zustand verschlechterte sich aber weiter. Zwischen 17. Dezember und 30. Dezember 1938 kam Goebbels, der zu dieser Zeit mehrere Tage in der Berliner Charité verbrachte, daher nicht einmal zum Tagebuchschreiben. Dies ist die längste Schreibpause in seinem gesamten Tagebuch. Auch an den darauffolgenden Tagen zeigte Goebbels kein großes Interesse an Politik. So erklärt sich, daß Goebbels die Tschecho-Slowakei längere Zeit nicht in seinem Tagebuch thematisierte. Hitler holte Goebbels am 5. Januar 1939 zu sich auf den Obersalzberg, wo Goebbels offenbar seinem „Führer“ anvertraute, daß er keinen „Ausweg“ mehr sehe und „auf alles vorbereitet und gefaßt“ sei (TG, 8.1.1939). Dies hatte Konsequenzen: In den folgenden Wochen wurde Goebbels noch weniger in Hitlers politische Überlegungen einbezogen als Ende 1938. Nicht einmal über Gespräche Hitlers oder Ribbentrops mit ausländischen Regierungsvertretern wurde er informiert. Verhandlungen mit der tschecho-slowakischen Regierung über Presseangelegenheiten führte nun hauptsächlich die Gesandtschaft Prag, nicht mehr das Propagandaministerium.²⁷³ Die einzige Aufgabe, die Goebbels in bezug auf die Tschecho-Slowakei zu Beginn des Jahres 1939 erwähnte, war die finanzielle Stützung des Deutschen Theaters in Prag (TG, 16., 18.12.1938, 4.2.1939).

Allerdings war Kulturarbeit für Goebbels und die Nationalsozialisten zu Beginn des Jahres 1939 kein Selbstzweck; sie hatte längst schon der Kriegswirtschaft zu dienen, d.h. die Warenknappheit zu kaschieren, wie Goebbels im Tagebuch deutlich macht: „Das deutsche Volk gibt im Jahr 850 Millionen rund für Kultur- und Unterhaltungszwecke aus. Das alles würde sich sonst auf den Lebensmittelmarkt werfen. Also müssen wir unsere Kulturarbeit intensivieren“ (TG, 12.2.1939). Goebbels, der sich für volkswirtschaftliche Fragen nie sonderlich interessiert hatte, begriff nun auch allmählich den Ernst der Situation. Bereits Ende Oktober 1938 hatte er notiert, daß die neue „Reichsanleihe“ bei einem „Gesamtbetrag 1.850 Millionen“ Reichsmark „gänzlich überzeichnet“ war (TG, 26.10.1938). Einen Monat später bezeichnete er die „Etatlage des Reiches“ als „ziemlich deprimierend“ und nannte einen Fehlbetrag von „6 Milliarden, die durch Anleihen gedeckt werden sollen“ (TG, 23.11.1938). Aber damals hatte er die Finanzprobleme noch als weniger bedeutsam abgetan: „Aber was heißt hier Geld: Arbeit, Ansehen, Macht und Freiheit, das ist die Hauptsache. Und das haben wir“ (TG, 23.11.1938). Wenige Wochen später scheint auch Goebbels erkannt zu haben, daß die bisherige Rüstungspolitik nicht ohne weiteres fortgesetzt werden konnte: „Die Finanzlage des Reiches ist katastrophal. Wir müssen nach neuen Wegen suchen. So geht es nicht mehr. Sonst stehen wir vor der Inflation“ (TG, 13.12.1938). Allerdings stellte Goebbels im Tagebuch keinen Bezug zur Expansionspolitik her, die auch der Deckung des Defizits dienen sollte. Anfang März 1939 erwähnte Goebbels die Einführung neuer „Steuergesetze“ im Tagebuch, die er „angesichts unseres rasenden Defizits“ für notwendig hielt (TG, 2.3.1939). Es ist nicht erkennbar, daß

²⁷³ Vgl. PA/AA, Prag 48.

Goebbels die finanzielle Situation mit Hitler besprochen hat. Er vertraute auch zu Beginn des Jahres 1939 unbeirrbar seinem „Führer“, der in dieser Phase besonders „menschlich“ (TG, 8. 1. 1939) zu ihm gewesen sei und Goebbels versprochen habe, ihm in seinen Privatangelegenheiten „zu helfen“ (TG, 8. 1. 1939).

Während Goebbels sich um die Jahreswende in eine Depression hineinsteigerte, wurde im Deutschen Reich, in den Sudetengebieten und zunehmend auch in der Tschecho-Slowakei die jüdische Bevölkerung verfolgt, wozu er selbst vor allem durch seine Rede am 9. November 1938 maßgeblich beigetragen hatte. Auch in den eingegliederten sudetendeutschen Gebieten war es am 9./10. November zu wüsten antijüdischen – und auch zu antitschechischen – Ausschreitungen gekommen, was Goebbels bekannt war.²⁷⁴ Auf seiner Reise nach Reichenberg erfuhr Goebbels vom NSDAP-Kreisleiter von Zittau davon, was Goebbels im Tagebuch mit den zynisch-verharmlosenden Worten wiedergab, „die Juden“ hätten „dort auch nichts zu lachen gehabt“ (TG, 20. 11. 1938). Doch auch in der formal souveränen Tschecho-Slowakei wurden noch vor Jahresende wesentliche antijüdische Maßnahmen beschlossen. Chvalkovský hatte Ribbentrop bereits am 13. Oktober 1938 zugesagt, Juden aus der Presse und dem Außenministerium baldmöglichst zu entfernen.²⁷⁵ Immer wieder wurden der tschecho-slowakischen Regierung in den folgenden Wochen Beschwerden über bislang ausgebliebene „Arisierungsmaßnahmen“ vorgebracht.²⁷⁶ Am 23. Dezember 1938 beschloß das Kabinett die Entfernung aller jüdischen Lehrkräfte an deutschen Schulen.²⁷⁷ Dennoch beschwerte sich Andor Hencke Mitte Januar 1939 bei Hubert Misařík, dem Kanzleichef des tschecho-slowakischen Außenministeriums, über die noch vorhandenen jüdischen Lehrer. Er beanstandete, daß Prag „in der Judenfrage [...] erstaunlich langsam“ vorgehe. Misařík verwies auf die bereits getroffenen Maßnahmen und brachte in Anwesenheit Henckes sogleich die Anzahl der zwangspensionierten jü-

²⁷⁴ Siehe hierzu Osterloh, *Judenverfolgung*, S. 205–232; Gebel, „Heim ins Reich!“, S. 283f.; Zimmermann, *Die Sudetendeutschen*, S. 103f.

²⁷⁵ Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský, 13. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 55, S. 58f.

²⁷⁶ In einer dreiseitigen „Liste der deutschen Beschwerdepunkte“ wurde unter „Innenpolitik“ folgendes bemängelt: „Arisierungsmaßnahmen, die auf dem Papier beschlossen sind und ganz gut aussehen, werden nur sehr schleppend und unzureichend durchgeführt. Juden haben auf allen Gebieten z. B. Presse, Ärzteschaft, Film, unverhältnismäßigen Einfluß.“ Unter dem Abschnitt „Kulturelle Beschwerdepunkte“ war dies näher spezifiziert: Die Universitätskliniken litten „unter dem Boykott der Krankenkassen, die zum Teil von jüdischen Ärzten beeinflußt“ würden. Beklagt wurde auch die „zögernde und lahme Durchführung der Arisierung der deutschen Schulen“: „Erforderlich erscheint, Entfernung nichtarischer Lehrer in kürzester Frist praktisch durchzuführen und deutsche Lehrkräfte [...] wieder anzustellen“. Vgl. anonyme Aufzeichnung, o. D., o. P., PA/AA, Prag 79. Wahrscheinlich handelt es sich hierbei um die Liste, die Ernst Kundt im Dezember 1938 Ministerpräsident Beran übergeben hatte und auf die Hencke in einem Gespräch mit Hubert Misařík verwies; Aufzeichnung Henckes, 17. 1. 1939, PA/AA, Prag 48, Bl. 438665f.

²⁷⁷ Schreiben Henckes an das A.A., 24. 12. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 153. Bodensieck, *Das Dritte Reich und die Lage der Juden*, S. 257, 259, hatte zu Unrecht behauptet, daß nur das tschecho-slowakische Offizierskorps und die deutschen Hochschulen „arisiert“ worden seien.

dischen Direktoren und Lehrkräfte telefonisch in Erfahrung.²⁷⁸ Den Memoiren des damaligen Landwirtschaftsministers, Ladislav Feierabend, zufolge schieden Juden um die Jahreswende 1938/1939 generell aus dem tschecho-slowakischen Staatsdienst aus.²⁷⁹

Nach dem zweiten Besuch Chvalkovskýs bei Hitler am 21. Januar 1939, bei dem die „Judenfrage“ eines der Hauptthemen des Gesprächs, auf das noch zurückzukommen sein wird, darstellte, ergingen weitere antijüdische Maßnahmen.²⁸⁰ Hencke berichtete wenige Tage später nach Berlin, ihm sei eine genaue Mitteilung über die im tschecho-slowakischen Kabinett beschlossenen Bestimmungen in der „Judenfrage“ in Aussicht gestellt worden.²⁸¹ Am 27. Januar 1939 wurden aufgrund des Verfassungs-Ermächtigungsgesetzes vom 15. Dezember 1938²⁸² zwei Verordnungen gegen Juden und jüdische sowie nichtjüdische Emigranten erlassen. Emigranten waren nun grundsätzlich verpflichtet, die Tschecho-Slowakei zu verlassen.²⁸³ Hatte die Tschechoslowakei bis zum Münchener Abkommen 96 000 Emigranten eingebürgert,²⁸⁴ um sie vor politischer oder rassistischer Verfolgung zu schützen, versuchte sie nun, diese wieder auszubürgern. Die „Regierungsverordnung betreffend die Überprüfung der čecho-slovakischen Staatsbürgerschaft gewisser Personen“ richtete sich ebenfalls vor allem gegen jüdische und nichtjüdische Zuwanderer, die bereits eingebürgert waren. Die hiervon betroffenen Personen waren verpflichtet, sich bis zum 30. April 1939 bei dem zuständigen Landesamt zu melden, das die tschecho-slowakische Staatsbürgerschaft bestätigen oder entziehen sollte.²⁸⁵ Am 10. Februar 1939 meldete Hencke in seinem Lagebericht meh-

²⁷⁸ Aufzeichnung Henckes über Gespräch mit Masařík, 17. 1. 1939, PA/AA, Prag 48, Bl. 438665f.

²⁷⁹ Feierabend, Prag-London, Bd. 1, S. 63.

²⁸⁰ Modifizierungsbedürftig sind die Darstellungen Bodensiecks, Kabinett Beran, S. 144f., sowie Das Dritte Reich und die Lage der Juden, S. 249–261.

²⁸¹ Schreiben Henckes an das A.A., 27. 1. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 161, S. 179.

²⁸² Verfassungsgesetz vom 15. 12. 1938, S. d. G. u. V. Nr. 330/1938, Ausgabe 110, ausgegeben am 17. 12. 1938, S. 1087f.

²⁸³ „Regierungsverordnung vom 27. Jänner 1939, womit die Vorschriften über den Aufenthalt der Ausländer, sofern sie Emigranten sind, ergänzt werden.“ § 1: „Personen, die a) die čecho-slovakische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, b) nicht nachweisen, daß sie nach überprüfbaren Kennzeichen Čechen, Slovaken oder Podkarpatorussen sind, und c) sich im Gebiete der Čecho-Slovakischen Republik aufhalten, um nachteiligen Folgen der Maßnahmen, von denen sie im Falle ihrer Rückkehr auf das Gebiet ihres Heimatstaates oder des Staates ihres früheren Aufenthalts betroffen würden, zu entgehen, – des weiteren nur Emigranten – sind verpflichtet, über Auftrag der Landesbehörde das Gebiet der Čecho-Slovakischen Republik zu verlassen. [...]“ S. d. G. u. V. Nr. 14/1939, Ausgabe 9, ausgegeben am 2. 2. 1939, S. 27f.

²⁸⁴ Zahlenangabe nach Bodensieck, Das Dritte Reich und die Lage der Juden, S. 251, Anm. 13.

²⁸⁵ Diese Verordnung betraf Personen, die a) „die Staatsbürgerschaft nach dem 1. November 1918 durch Verleihung (Naturalisation) erworben haben“, die b) „am 1. Jänner 1938 oder später ihren Wohnsitz in einer nach dem 30. September 1938 an die Nachbarstaaten angeschlossenen Gemeinde hatten“, die c) „ihre Staatsbürgerschaft nach dem 1. November 1918 erworben haben oder sie nach dem Wirksamkeitsbeginne dieser Verordnung durch Heirat erwerben werden, wenn ihre Ehe getrennt wurde oder getrennt wird“, oder die d) „die Staatsbürgerschaft von den unter lit. a) bis c) angeführten Perso-

rere antijüdische Maßnahmen: Die Entlassung oder Zwangspensionierung aller jüdischen Lehrkräfte an deutschen Schulen zum 1. Februar 1939; die eben erwähnte Verordnung zur Überprüfung der Staatsbürgerschaft, die sich Hencke zufolge „vorwiegend gegen Juden und Emigranten“ richtete und der Regierung „die Möglichkeit“ gäbe, diese „auszuweisen“; eine weitere Verordnung, „wonach sämtliche Staatsbeamte jüdischer Abstammung aus dem Staatsdienst auszuschneiden“ seien (mit Ausnahme der Frontkämpfer) – Chvalkovský habe in seinem Ressort sogleich zahlreiche jüdische Beamte suspendiert; „eine Reinigung von jüdischen Elementen“, wie Hencke schrieb, in der Ärzte- und Anwaltschaft, sowie die Verweigerung künftiger Approbationen jüdischer Ärzte und ein Beschäftigungsverbot jüdischer Ärzte bei Krankenkassen.²⁸⁶ Goebbels allerdings verzeichnete keine dieser antijüdischen Maßnahmen in seinem Tagebuch. Wahrscheinlich waren für ihn die Juden in der Tschecho-Slowakei zu dieser Zeit irrelevant; erst im Zusammenhang mit der Besetzung Böhmens und Mährens kam er im Tagebuch wieder auf sie zu sprechen.

Am 21. Januar 1939 war der tschecho-slowakische Außenminister Chvalkovský zum zweiten Mal bei Hitler zum Gespräch, nachdem er seit dem Wiener Schiedsspruch wochenlang versucht hatte, Ribbentrop zu sprechen.²⁸⁷ Chvalkovský bemühte sich in dieser Unterredung, Hitler das Entgegenkommen Prags zu signalisieren, fragte nach den Wünschen des „Führers“ in bezug auf sein Land und gestand ein, daß noch „manches in der Tschechoslowakei zu Kritik Anlaß“ gebe.²⁸⁸ Hitler erklärte dem Protokoll zufolge, die Tschechoslowakei habe auf eine „Katastrophe“ zugesteuert, und diese sei nur „durch das Maßhalten Deutschlands“ aufgehalten worden, da es nationalsozialistischen Prinzipien widerspräche, „fremdes Volkstum zu annektieren“. Der tschechoslowakische Staat, betonte Hitler nochmals, sei „durch die nationalsozialistischen Tendenzen gerettet worden“.²⁸⁹ Anschließend begann Hitler mit langen Vorhaltungen, so sei beispielsweise „noch keine gründliche Säuberung der Vertreter der Benesch-Tendenzen“ erfolgt. Man bräuchte in Prag nicht auf ein Wunder hoffen, denn er, Hitler, würde „in der ersten Sekunde zugreifen“, sollte er eine Gefährdung ausmachen. Es gebe für die Tschecho-Slowakei „nur eine Lösung“, und das sei „das engste Zusammenleben mit Deutschland“, und zwar „materiell, räumlich, wirtschaftlich usw.“ Im Anschluß daran warf Hitler der Tschecho-Slowakei vor, daß deren Armee noch immer zu groß sei, und fügte hinzu, 10 000 oder 20 000 Mann hielte er für ausreichend. Und wieder erklärte Hitler, wie schon am 14. Oktober 1938, die anderen Mächte hätten im Herbst 1938, wenn es nicht zur friedlichen Lösung gekommen

nen herleiten“. Die Staatsbürgerschaft all dieser hierunter fallenden Personen unterlag nach dieser Verordnung „der Überprüfung“. Regierungsverordnung vom 27. 1. 1939 betreffend die Überprüfung der čecho-slovakischen Staatsbürgerschaft gewisser Personen; S. d. G. u. V. Nr. 15/1939, Ausgabe 9, ausgegeben am 2. 2. 1939, S. 28f.

²⁸⁶ Lagebericht Henckes für das A.A., 10. 2. 1939, PA/AA, Prag 48, Bl. 438671–676, hier Bl. 438674.

²⁸⁷ Vgl. ADAP, D 4, Dok. 107, 148, 159.

²⁸⁸ Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Chvalkovský am 21. 1. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 158, S. 167–171, hier S. 167.

²⁸⁹ Ebenda, S. 167f.

wäre, höchstens einen „Protestschritt“ unternommen, der ihn jedoch nicht aufgehalten hätte. Auch jetzt sei er überzeugt, „daß keine Macht der Welt zur Rettung der Tschechoslowakei auch nur einen Soldaten schicken würde“. Daran anknüpfend wies Hitler wiederum auf die militärische Potenz des Deutschen Reiches und auf seine angebliche „Unangreifbarkeit“ hin. Hitler drohte wiederholt mit der „Vernichtung der Tschechoslowakei“ und verlangte, daß sie sich „in den deutschen Wirtschaftskreis einfüge“; in diesem Fall würde sie „partizipieren“.

Sodann kamen Hitler und der tschecho-slowakische Außenminister auf die „Judenfrage“ zu sprechen. Dem Protokoll zufolge erklärte Hitler: „Die Juden würden bei uns vernichtet. Den 9. November 1918 hätten die Juden nicht umsonst gemacht, dieser Tag würde gerächt werden“.²⁹⁰ Diese Aussage Hitlers ist überraschend, da er hier offenbar die Vernichtung der Juden nicht von bestimmten Voraussetzungen abhängig machte, wie bei seiner berüchtigten Reichstagsrede eine Woche später.²⁹¹ Chvalkovský gab Hitler zu verstehen, es fehle an ausgebildeten Kräften, „um die Juden zu ersetzen, die man hinauswerfen wollte“. Nach der Lösung der kommunistischen Frage würde die Tschecho-Slowakei nun aber „daran gehen, die Judenfrage zu lösen“, allerdings dauere das eine gewisse Zeit. Chvalkovský beklagte sich in diesem Zusammenhang über die Engländer, die beispielsweise die Aufnahme von 2000 Juden in Australien oder Neuseeland in Aussicht gestellt hätten. Doch noch immer seien „diese 2000 Juden in einem Konzentrationslager, und die Engländer machten keine Anstalten, sie wegzunehmen“. Er frage sich, sagte Chvalkovský zu Hitler, „über welche Grenzen er die Juden schicken solle“, denn weder das Deutsche Reich noch Polen oder Ungarn seien bereit, sie einreisen zu lassen. Erst kürzlich seien Juden an „der ungarischen Grenze [...] vom Militär zurückgetrieben worden“. Chvalkovský verwies auch auf den „Boykott der Tschechoslowakei“ in Großbritannien, Frankreich und den USA und bat daher um Verständnis, daß „man in der Tschechoslowakei die Judenaktionen verlangsamten“ müsse, zumal kein Staat die Juden aufnehme. Hitler äußerte daraufhin die Möglichkeit, die Juden irgendwohin zu deportieren und dann die angelsächsischen Staaten aufzufordern, sie zu unterstützen, andernfalls würden die Juden dort „verhungern“.²⁹² Chvalkovský scheint daraufhin das Thema gewechselt zu haben, er sprach nun von Schwierigkeiten bei der Pressezensur. Abschließend bat Chvalkovský Hitler, „von Zeit zu Zeit ein gutes Wort an das tschechische Volk“ zu richten, was „Wunder“ bewirken würde. Daraufhin beendete Hitler das Gespräch, „indem er dem Wunsche auf eine gute Zukunft Ausdruck“ gab.²⁹³

²⁹⁰ Ebenda, S. 170.

²⁹¹ In der Reichstagsrede am 30. 1. 1939 erklärte Hitler folgende „Prophezeiung“: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum inner- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa!“ Hitler-Rede, 30. 1. 1939, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 460, S. 16.

²⁹² Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Chvalkovský am 21. 1. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 158, S. 171.

²⁹³ Ebenda.

Goebbels war im Gegensatz zu Ribbentrop bei dieser Unterredung nicht dabei und wußte vorab wohl auch nichts vom Besuch Chvalkovskýs. Aber er erfuhr von Hitler am nächsten Tag, daß der tschecho-slowakische Außenminister bei ihm war, worüber Goebbels folgendes in sein Tagebuch schrieb: „Der Führer erzählt mir dabei von seiner Unterredung mit dem tschechischen Außenminister Chvalkowski [!]. Der war nur noch Devotion. Der Führer hat ihm nochmal das ganze tschechische Sündenregister vorgehalten. Die Tschechen werden wieder reichlich frech. Man muß ihnen rechtzeitig auf die Finger klopfen. Chvalkowski [!] hat Besserung versprochen. Aber man kann ihm ja nicht glauben“ (TG, 23.1.1939). Goebbels überliefert hier eindeutig die Ansicht Hitlers, der versuchte, Goebbels' Zweifel an der Glaubwürdigkeit der tschecho-slowakischen Regierung zu verstärken, um dessen Haltung gegenüber einer späteren militärischen Offensive zu beeinflussen.

Bemerkenswert ist zudem, daß Goebbels das Thema Juden, das bei der Unterredung Hitlers mit Chvalkovský ausgiebig erörtert worden war, in diesem Zusammenhang nicht erwähnte. Doch läßt sich hierbei nicht entscheiden, ob dies an einer bewußten Desinformation Hitlers oder an mangelndem Interesse Goebbels' lag. Auch das der Unterredung mit Hitler vorausgegangene Gespräch Ribbentrops mit Chvalkovský hielt Goebbels im Tagebuch nicht fest.²⁹⁴ Staatssekretär Weizsäcker informierte die diplomatischen Vertreter des Reiches in einem Rundtelegramm über den Besuch Chvalkovskýs dahingehend, daß in Berlin versucht worden sei, diesem „klarzumachen, daß die gegenwärtige politische Struktur in der Tschecho-Slowakei noch keine Garantien bietet, um zu weitergehenden freundschaftlichen Abmachungen zu schreiten“. Chvalkovský sei ferner darauf hingewiesen worden, daß eine Erstarkung antideutscher Tendenzen „für sein Land auf die Dauer die bedenklichsten Folgen haben könnte“.²⁹⁵

Das tschecho-slowakische Außenministerium gab seinen diplomatischen Vertretern nach dem Berlin-Besuch Chvalkovskýs zu verstehen, daß das NS-Regime „großes Gewicht auf das Recht der deutschen Minorität“ lege und „ein strenges Vorgehen gegen die Juden und gegen die Exponenten des früheren Regimes“ erwarte. Zudem sei „eine beträchtliche Reduktion der Armee“ gefordert und die „Notwendigkeit“ der tschecho-slowakischen Neutralität betont worden. Auch habe Berlin die „Konsolidierung“ des tschecho-slowakischen Staates zur „Voraussetzung für die Garantie der Grenzen“ gemacht.²⁹⁶ Tatsächlich hatten weder Hitler noch Ribbentrop auch nur im entferntesten eine Garantie der tschecho-slowakischen Grenzen in Aussicht gestellt. Aber dies wagte die tschecho-slowakische Regierung ihren Diplomaten anscheinend nicht mitzuteilen. Schließlich war in Prag erwartet worden, wie Hencke berichtete, daß Chvalkovský „mit bestimmten grundsätzlichen Forderungen des Reiches für eine endgültige vertragliche Rege-

²⁹⁴ Aufzeichnung Schmidts über Unterredung Ribbentrops mit Chvalkovský, 21.1.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 159, S. 171–177.

²⁹⁵ Rundtelegramm Weizsäckers, 31.1.1939, PA/AA, Prag 48, o.P.

²⁹⁶ Zirkulardepesche von Ivan Krno, stellvertretender tschecho-slowakischer Außenminister, 24.1.1939, in: Král, Abkommen, Dok.290.

lung der deutsch-tschecho-slowakischen Beziehungen zurückkehren würde“.²⁹⁷ Man sei, meldete Hencke weiter, „auf große Opfer gefaßt“ gewesen, die von der Tschecho-Slowakei „auf außenpolitischem, militärpolitischem oder wirtschaftspolitischem Gebiet noch verlangt werden würden“, hatte aber zugleich auf eine „Garantie der Grenzen“ gehofft und die Anerkennung einer „wenigstens formale[n] staatliche[n] Unabhängigkeit“. Nach Chvalkovskýs Gesprächen in Berlin erließ die tschecho-slowakische Regierung eine Reihe von Maßnahmen im Sinne des NS-Regimes, in der Hoffnung, die formale Souveränität der Tschecho-Slowakei erhalten zu können. So wurden, wie Hencke weiter berichtete, das Franco-Regime in Spanien anerkannt, die NSDAP in der Tschecho-Slowakei zugelassen, kritische Zeitungen verboten und die Presse angewiesen, „Deutschland gegenüber unbedingt [eine, d. V.] loyale Haltung einzunehmen“. Aus diesem Grund erfolgten auch die antijüdischen Verordnungen und die Entfernung von vermeintlichen Anhängern Edvard Beneš. Außerdem wurde der Zustand der Wehrbereitschaft zum 28. Februar 1939 aufgehoben, der seit der Mobilmachung am 23. September 1938 bestanden hatte.²⁹⁸ Dennoch blieb Chvalkovský, wie Hencke vertraulich erfuhr, skeptisch, ob all dies überhaupt noch etwas nützte. Der tschecho-slowakische Außenminister fragte sich, schrieb Hencke, „ob die ihm in Berlin erteilte Warnung den zweiten Abschnitt einer Bewährungsfrist einleiten oder den Auftakt für weitere entscheidende Maßnahmen des Reiches gegen sein Land bedeuten soll“.²⁹⁹ Chvalkovský ahnte, was der Tschecho-Slowakei bevorstand. Auch Goebbels wußte darüber Bescheid. Am 31. Januar 1939 erfuhr er es von Hitler beim Mittagstisch. In seinem Tagebuch vermerkte Goebbels: „Er [Hitler, d. V.] will jetzt auf den Berg fahren und über seine nächsten außenpolitischen Maßnahmen nachdenken. Vielleicht kommt wieder die Tschechei daran. Denn dieses Problem ist ja nur zur Hälfte gelöst. Aber er ist sich noch nicht ganz klar darüber. Vielleicht auch die Ukraine“³⁰⁰ (TG, 1.2.1939).

²⁹⁷ Schreiben Henckes an das A.A., 27. 1. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 161, S. 178.

²⁹⁸ Regierungskundmachung vom 3.2.1939 über die Beendigung des Zustandes der Wehrbereitschaft des Staates, S. d. G. u. V. Nr. 28/1939, Ausgabe 11, ausgegeben am 9.2.1939, S. 81. Zur Politik des Kabinetts Beran nach Chvalkovskýs Berlin-Besuch im Januar 1939 siehe Bodensieck, Kabinett Beran, S. 135–169.

²⁹⁹ Schreiben Henckes an das A.A., 27. 1. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 161, S. 178.

³⁰⁰ Ab Mitte November 1938 gab es Gespräche zwischen der deutschen und der polnischen Diplomatie und später auch der Regierungen über eine gemeinsame Politik gegenüber der sowjetischen Ukraine, die mittels der Karpatho-Ukraine aus der UdSSR herausgelöst werden sollte. Die politischen Vertreter der Karpatho-Ukraine erbaten im A.A. die deutsche Unterstützung, um die Schaffung der Großukraine vorbereiten zu können. Die Idee einer Großukraine wurde jedoch schon sehr bald wieder fallengelassen, vor allem, da die polnische Regierung nicht bereit war, sich in eine derartig starke Abhängigkeit von Berlin zu begeben und der Rückgliederung Danzigs und dem „Korridor durch den Korridor“ zuzustimmen. Vgl. ADAP, D 5, Dok. 119f., 126; Kotowski, „Ukrainisches Piemont“?, S. 86–93; Michalka, Ribbentrop, S. 274; Kley, Hitler, Ribbentrop, S. 208f.

3. Die Beziehungen des NS-Regimes zur Slowakei und zur Karpatho-Ukraine

Der Slowakei brachten die Nationalsozialisten in den ersten Jahren ihrer Herrschaft kein großes Interesse entgegen. Auch Goebbels erwähnte die Slowaken von Januar 1933 bis Anfang 1938 kein einziges Mal in seinem Tagebuch. Tatjana Tönsmeier konstatierte sogar eine generelle „Nicht-Wahrnehmung der Slowaken“ durch das NS-Regime bis 1938.³⁰¹ Ursache hierfür waren die mangelnde politische Bedeutung der Slowakei, gegenüber deren Territorium das NS-Regime keine revisionistischen Ziele verfolgte, die agrarische Struktur des Staates sowie die geringe Anzahl an dort ansässigen „Volksdeutschen“.³⁰² Erst nach dem „Anschluß“ Österreichs, als sich der Plan der Desintegration der Tschechoslowakei bei Hitler immer stärker konkretisierte, rückte auch das slowakische Gebiet allmählich in seinen Betrachtungshorizont. Damals, im März 1938, war es für Hitler, genau wie Ende 1937 beim ungarischen Staatsbesuch in Berlin,³⁰³ selbstverständlich, daß die Slowakei bei der Vernichtung des tschechoslowakischen Staates wieder, wie vor dem Vertrag von Trianon, zu Ungarn kommen würde, zumindest größtenteils. Eine Woche nach der Annexion Österreichs hatte Hitler Goebbels mitgeteilt, die Tschechoslowakei „mit den Polen und Ungarn“ teilen zu wollen (TG, 20.3.1938). Noch im August und in der ersten Septemberhälfte 1938 war Hitler, wie gezeigt wurde, bereit, die Slowakei Ungarn zu überlassen – oder notfalls auch Polen, falls Warschau der ungarischen Regierung zuvorgekommen wäre. Darauf deutet nicht zuletzt die Reihenfolge von Hitlers Gesprächen am 20. September 1938 auf dem Obersalzberg hin, als er Ungarn und Polen für einen gemeinsamen Feldzug gegen die Tschechoslowakei gewinnen wollte: Zuerst hatte er die ungarischen Regierungsmitglieder Béla Imrédy und Kálmán Kánya empfangen, danach Józef Lipski, den polnischen Botschafter in Berlin.³⁰⁴ Erst am Tag darauf, als die Vertreter dieser beiden Staaten in Hitlers Augen nicht deutlich genug ihr sofortiges militärisches Eingreifen auf Seiten des NS-Regimes kundgetan hatten, zog Hitler Goebbels zufolge erstmals „eine weitgehende Autonomie“ (TG, 22.9.1938) der Slowakei in Erwägung. Diese Darstellung im Tagebuch Goebbels' läßt sich durch eine Aussage Hitlers vom Februar 1939 verifizieren, als er gegenüber dem Slowaken Vojtěch Tuka erklärte, ihm sei „erst bei seinem Gespräch mit Imredy im September [...] zu Bewußtsein gekommen, daß die Slowakei gar nicht zu Ungarn wollte“ – womit Hitler meinte, daß er erst am 21. September 1938 in Erwägung gezogen

³⁰¹ Tönsmeier, *Das Dritte Reich und die Slowakei*, S.40.

³⁰² Ebenda, S.37.

³⁰³ Vgl. ADAP, D 5, Dok.149; Ádám, *The Munich Crisis*, S.86; Hoensch, *Der ungarische Revisionismus*, S.51, 69.

³⁰⁴ Aufzeichnung E. Kordts, A.A., über Telefonat mit Legationsrat Brücklmeier über Besprechung Hitlers mit Imrédy und Kánya, 21.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok.554. Siehe auch Telegramm Woermanns an die deutsche Botschaft Rom und die deutsche Gesandtschaft Budapest, 21.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok.555; Bericht Lipskis an Außenminister Beck, 20.9.1938, in: DM, Bd.1, Nr.23, S.186–197 (auch in: Jędrzejewicz, Lipski, *Doc.99*, S.408–412).

hatte, die Slowakei nicht Ungarn auszuliefern, sondern sie zum Vasallen des Deutschen Reiches zu machen.³⁰⁵

Diese Idee einer weitgehend autonomen Slowakei verfestigte sich bei Hitler zunehmend, vor allem seit ihm von verschiedenen Seiten, beispielsweise auch vom bulgarischen König Boris, erklärt wurde, „daß die Slowaken gar nicht zu Ungarn wollen“ (TG, 26.9.1938). Boris habe Hitler mitgeteilt, wie Goebbels überliefert, daß die Slowaken „lieber noch“ zum Deutschen Reich gehören wollten als zu Ungarn. Wieder äußerte Hitler gegenüber Goebbels, daß er den Slowaken „eine sehr weitgehende Autonomie geben“ würde, weil er ihr Territorium „nur aus strategischen Gründen“ haben wollte (TG, 26.9.1938). Neben der antiungarischen Haltung der Slowaken und der Hitler zu gering erscheinenden ungarischen Aktivität bestärkten noch einige weitere Entwicklungen Hitler in seiner Idee einer slowakischen Autonomie: Am 29. September 1938, wenige Stunden vor Unterzeichnung des Münchener Abkommens, wandte sich ein Vertreter der Slowakischen Volkspartei an Hitler und bat ihn, das Deutsche Reich und Italien mögen Truppen in die Slowakei entsenden, die die Abhaltung eines Plebiszits sichern sollten, in welchem sich das slowakische Volk von Prag lossagen würde.³⁰⁶ Vor allem aber die mangelnde Bereitschaft der ungarischen Regierung in den ersten Oktobertagen 1938, der Empfehlung Hitlers zu folgen und sofort eine militärische Operation gegen die Slowakei zu beginnen,³⁰⁷ trug zur Präferenz einer autonomen Slowakei bei Hitler bei. Zwar hatte Weizsäcker dem italienischen Botschafter Bernardo Attolico am Tag nach Matúš Černáks Autonomie-Forderung vom 3. Oktober 1938 mitgeteilt, die deutsche Haltung „hinsichtlich der Slowakei sei noch keine absolut festgelegte“, dennoch wünsche die deutsche Regierung nicht, wie der Staatssekretär weiter berichtete, „die Slowakei den Ungarn [...] zuzuschieben“.³⁰⁸ Vielmehr verteidigte Weizsäcker kurz darauf gegenüber dem protestierenden ungarischen Gesandten die deutsche Besetzung der slowakischen Gemeinden Engerau (Petržalka) und Theben (Devín) infolge des Münchener Abkommens.³⁰⁹ Als auch das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) sich gegen eine ungarische oder polnische Annexion der Slowakei aussprach und sich für ein Verbleiben der Slowakei bei der tschechoslowakischen Republik einsetzte,³¹⁰ und am 6. Oktober die slowakische Autonomieerklärung in Sillein (Žilina) erfolgte, dürfte bei Hitler endgültig die Entscheidung zugunsten einer autonomen Slowakei gefallen sein. Denn nur zwei Tage später hielt Hitler eine „Unterstützung der Silleiner Beschlüsse“ für „zweckmäßig“. Auch in der Frage des Status' der Karpatho-Ukraine war Hitler

³⁰⁵ Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Tuka und Franz Karmasin (Führer der Karpathendeutschen Partei, später Deutschen Partei), 12.2.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 168, S. 183.

³⁰⁶ Telegramm des Sekretärs der Slowakischen Volkspartei, Imro Mocik, an Hitler, 29.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 665, Anlage 1. Bereits am 22.9.1938 hatte Franz Jehlička Hitler um „Befreiung vom tschechischen Joch“ gebeten; vgl. Schvarc/Holák/Schriffel, „Tretia ríša“, Dok. 3, S. 9.

³⁰⁷ Telegramm Sztójay's an Kánya, 1.10.1938, in: DIMK, Vol. II, Dok. 439.

³⁰⁸ Aufzeichnung Weizsäcker's, 4.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 26.

³⁰⁹ Aufzeichnung Weizsäcker's, 6.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 42.

³¹⁰ Schreiben des OKW an das A.A., 6.10.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 39.

nun eine Autonomie am „sympathischsten“, wenngleich er hierbei eine Zurückhaltung der Diplomatie wünschte.³¹¹

Anlässlich eines Besuchs bei Göring am 12. Oktober in Karinhall erklärten Vertreter der slowakischen Regierung, Ferdinand Ďurčanský und Šaňo Mach, sie wollten die „volle Selbständigkeit unter stärkster politischer, wirtschaftlicher, militärischer Anlehnung an Deutschland“, aber „nie zu Ungarn“. Außerdem hätten sie bereits die kommunistische Partei in der Slowakei verboten und wollten nun das „Judenproblem“ lösen.³¹² Göring vertrat daher die Auffassung, daß die „Bestrebungen der Slowaken auf Selbständigkeit“ zu „unterstützen“ seien, vor allem, weil eine „Tschechei ohne Slowakei“ dem NS-Regime „noch mehr restlos ausgeliefert“ wäre.³¹³ Und auch Hitler war nun nicht mehr geneigt, die Slowakei der ungarischen Regierung ohne Gegenleistung auszuliefern, weshalb er Darányi am 14. Oktober von einem militärischen Vorgehen gegen die Slowakei abriet.³¹⁴ Eine ähnliche Haltung nahm man in Berlin nun auch gegenüber der Karpatho-Ukraine ein, deren Autonomiebewegung fortan ebenfalls unterstützt werden sollte.³¹⁵ Daher untersagte das NS-Regime Budapest im November 1938 wie auch im Februar 1939 und Anfang März 1939 eine militärische Okkupation dieser Region.³¹⁶ Hitler hatte also entschieden, daß eine von Prag unabhängige, autonome Slowakei und eventuell eine selbständige Karpatho-Ukraine, die vom Auswärtigen Amt als „lebensfähig“ eingeschätzt wurde,³¹⁷ vom NS-Regime angestrebt werden sollten.³¹⁸

Der exakte Zeitpunkt dieser Entscheidung Hitlers, die Slowakei möglichst als Vasallenstaat unter nationalsozialistischen „Schutz“, das heißt Vorherrschaft, zu stellen und die böhmischen und mährischen Gebiete dem Großdeutschen Reich einzugliedern, wird in der Forschung in der Regel – gestützt auf eine zweifelhafte Aussage Hermann Görings vor dem Nürnberger Gerichtshof – auf das Frühjahr 1939 datiert.³¹⁹ Doch die hier zitierten Quellen legen die Annahme nahe, daß die-

³¹¹ Aufzeichnung E. Kordts über Telefonat mit Hewel, 8. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 46.

³¹² Anonyme Aufzeichnung aus dem A.A., [12. 10. 1938], in: ADAP, D 4, Dok. 68. Vgl. auch ADAP, D 4, Dok. 69, und Ďurčanský, Mit Tiso, S. 2. Zum Antisemitismus der Slowakischen Volkspartei bis März 1939 siehe Hoensch, Die Slowakei, S. 136f.; Bodensieck, Das Dritte Reich und die Lage der Juden, S. 252–254, 256f.

³¹³ Anonyme Aufzeichnung aus dem A.A., [12. 10. 1938], in: ADAP, D 4, Dok. 68.

³¹⁴ Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Darányi am 14. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 62, S. 69, 71.

³¹⁵ Schreiben Woermanns an den deutschen Konsul in Preßburg, Ernst von Druffel, 17. 10. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 69.

³¹⁶ Vgl. ADAP, D 4, Dok. 122, 128f., 131f., 134, 139, 165, 167, 179, 205; ADAP, D 5, Dok. 104, 252, 272, 305; Ádám u. a., Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Dok. 52; Kotowski, „Ukrainisches Piemont“?, S. 92f.; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 240–257.

³¹⁷ Telegramm Henckes an das A.A., 28. 11. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 140.

³¹⁸ Am 16. 1. 1939 stellte Hitler gegenüber dem neuen ungarischen Außenminister Istvan Csáky indirekt nur noch einen territorialen Gewinn „östlich der Karpathen“ in Aussicht, also jenseits der slowakischen Karpathen, d. h. die Karpatho-Ukraine. Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Csáky, 16. 1. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 272, S. 302.

³¹⁹ Aussage Görings, 14. 3. 1946, in: IMG 9, S. 339f. Vgl. beispielsweise Hoensch, Die Slowakei, S. 224; Tönsmeier, Das Dritte Reich und die Slowakei, S. 50f.

se grundsätzliche Entscheidung – oder zumindest eindeutige Präferenz hierfür – noch im Oktober 1938 fiel.

Trotz grundsätzlicher Befürwortung einer autonomen Slowakei wollte sich Hitler andererseits in dieser Frage nicht eindeutig festlegen lassen, schließlich wäre sie unter Umständen noch als „Handelsobjekt“ zwischen dem Reich, Polen und Ungarn zu benutzen gewesen.³²⁰ Göring wurden einstweilen weitere Gespräche mit den Slowaken untersagt.³²¹ Hitler selbst gab dem Funktionär des mittlerweile übermächtigen radikalen Flügels der Slowakischen Volkspartei,³²² Vojtěch Tuka, der das Deutsche Reich um politische Unterstützung beim slowakischen Unabhängigkeitsprozeß bat,³²³ am 12. Februar 1939 zu verstehen: „Hätten die Slowaken sich damals in der Krise³²⁴ für unabhängig erklärt“, so hätte das Reich „ihre Grenzen sofort garantiert“.³²⁵ Da jedoch die Slowakei noch immer zu Prag gehöre, sei dies nicht möglich. Sollte das NS-Regime die Tschecho-Slowakei zerschlagen – Hitler nannte das wiederum die „große Lösung“ –, sei damit zu rechnen, daß sich „Polen und Ungarn bestimmt“ einschalten würden. In diesem Fall sei naturgemäß „auch die Slowakei bedroht“. Hitler verwies in diesem Zusammenhang auf das deutsche Sprichwort „mitgefangen, mitgehangen“ und machte deutlich, in diesem Fall „sähe er schwarz“ für die Tschecho-Slowakei und „auch für die Slowakei“. Hitler hielt sich also, so erstrebenswert ihm ein slowakischer Vasallenstaat war, noch immer die Option offen, gemeinsam mit der ungarischen oder polnischen Regierung die Tschecho-Slowakei auf militärischem Wege zu vernichten und anschließend aufzuteilen. Doch neben dieser militärischen Raubzugskonzeption vom März 1938 besaß er nun zusätzlich die von ihm favorisierte Alternative der Desintegration des tschecho-slowakischen Staates mit Hilfe der slowakischen Autonomiebestrebung. Daher ermunterte er Tuka und Karmasin zu einer vollständigen Loslösung von Prag, wie das Gesprächsprotokoll belegt: „Eine selbständige Slowakei könne er jederzeit garantieren, auch heute noch“, erklärte Hitler. Am Ende dieser Unterredung betonte er noch einmal, „daß es für ihn eine Beruhigung sei, wenn er wüßte, daß die Slowakei selbständig wäre“.³²⁶ Hitler sah also schon lange vor den entscheidenden Ereignissen Anfang März 1939 die Instrumentali-

³²⁰ Vermerk über Mitteilungen Hitlers an Brauchitsch betr. Hitlers politische und militärische Pläne vom 25.3.1939, in: IMG 38, Dok.100-R, S.275.

³²¹ Aufzeichnung des Legationsrates Brücklmeier, 17.11.1938, in: ADAP, D 4, Dok.120.

³²² Zum Aufstieg des radikalen Flügels der SVP siehe Hoensch, *Die Slowakei*, S.126–147.

³²³ Tuka hatte dem Protokoll der Unterredung zufolge gesagt, die „Slowaken wollten unter der Führung des Führers mit zur Erhaltung der europäischen Zivilisation kämpfen“, ihnen sei „ein weiteres Zusammenleben mit den Tschechen [...] unmöglich geworden“, daher wollten sie „eine unabhängige Slowakei schaffen“. Anschließend erklärte Tuka: „Ich lege das Schicksal meines Volkes in Ihre Hände, mein Führer, mein Volk erwartet seine volle Befreiung von Ihnen.“ Aufzeichnung Hewels über Unterredung Hitlers mit Tuka und Karmasin, 12.2.1939, in: ADAP, D 4, Dok.168, S.183.

³²⁴ Gemeint ist der Höhepunkt der Sudetenkrise September 1938. Vgl. auch Hoensch, *Die Slowakei*, S.227.

³²⁵ Aufzeichnung Hewels über Unterredung Hitlers mit Tuka und Karmasin, 12.2.1939, in: ADAP, D 4, Dok.168, S.184.

³²⁶ Ebenda, S.185.

sierung der Slowakei zur vollständigen Zerschlagung der Tschecho-Slowakei als Ideallösung und war deswegen zur Garantie des neuen Staates bereit.

Goebbels wurde von Hitler über dieses Gespräch offenbar nicht informiert, da er es mit keinem Wort im Tagebuch erwähnte, obgleich er ihn an diesem wie am folgenden Tag getroffen hatte (TG, 12., 13. 2. 1939). Anscheinend sollte Goebbels in dieser Zeit mit außenpolitischen Angelegenheiten nicht befaßt werden. Daher erscheint es äußerst wahrscheinlich, daß Goebbels auch von den Sondermissionen, die beispielsweise der Sicherheitsdienst der SS, die Volksdeutsche Mittelstelle, Hitlers Wirtschaftsbeauftragter Wilhelm Keppler, der österreichische Reichsstatthalter Seyß-Inquart oder der Gauleiter der „Ostmark“ Josef Bürckel in der Slowakei und der Karpatho-Ukraine unternahmen, keine oder zumindest keine detaillierte Kenntnis hatte.³²⁷ In seinem Tagebuch erwähnte Goebbels weder nationalsozialistische konspirative Tätigkeiten in der Slowakei oder der Karpatho-Ukraine noch die von deutscher Seite geförderten Unabhängigkeitsbestrebungen in den beiden östlichen tschecho-slowakischen Teilstaaten. Auch über die Verhandlungen des slowakischen Kabinetts mit der Prager Zentralregierung in der Autonomiefrage zwischen 1. und 9. März 1939, die mit der Absetzung des slowakischen Regierungschefs Tiso endeten, vermerkte Goebbels nichts.³²⁸ Er war ab 6. März eigenen Angaben zufolge durch eine schmerzhafte „Nierenkolik“ schwer beeinträchtigt und offensichtlich zum Tagebuchschreiben nicht in der Lage (TG, 10. 3. 1939).

4. Die Reaktion des NS-Regimes auf die Absetzung der slowakischen Regierung unter Jozef Tiso und die Entscheidung zum Einmarsch der Wehrmacht

Mit den Worten, „meine Krankheit scheint überwunden zu sein“, begann Goebbels seinen Tagebucheintrag über den 10. März 1939, an dem „große Politik“ gemacht wurde (TG, 11. 3. 1939). Am Abend zuvor hatte der tschecho-slowakische Staatspräsident Emil Hácha den slowakischen Ministerpräsidenten Jozef Tiso sowie drei weitere slowakische Minister abgesetzt, nachdem sich diese in den Verhandlungen mit Prag geweigert hatten, künftig auf eine Erklärung der völligen Unabhängigkeit der Slowakei zu verzichten. Zudem wurde ihnen zum Vorwurf gemacht, daß sie die separatistische Propaganda nicht unterbunden hätten, die den Bestand des tschecho-slowakischen Staates zu gefährden drohte.³²⁹ Goebbels wurde am gleichen Tag um 12.00 Uhr zu Hitler gerufen, mit dem er seit Mitte Ja-

³²⁷ Siehe zum SD in der Slowakei: ADAP, D 4, Dok. 141; Hoensch, *Die Slowakei*, S. 224f.; Schriffl, *Die Rolle Wiens*, S. 159–179; zur Tätigkeit von Keppler/Veesenmayer in der Slowakei vgl. Matić, *Veesenmayer*, S. 61–71; zu den Aktivitäten Seyß-Inquarts und Bürckels vgl. Schriffl, *Die Rolle Wiens*, S. 39–157; zur Tätigkeit der NS-Geheim- und Nachrichtendienste in der Karpatho-Ukraine vgl. ADAP, D 4, Dok. 109; Kotowski, „Ukrainisches Piemont“, S. 83, 88.

³²⁸ Vgl. ADAP, D 4, Dok. 180, 182–184, 186, sowie Hoensch, *Die Slowakei*, v. a. S. 240–262.

³²⁹ Vgl. ADAP, D 4, Dok. 186; Král, *Abkommen*, Dok. 307; Hoensch, *Die Slowakei*, S. 254–262; Procházka, *Second Republic*, S. 120–122.

nur 1939 wieder regelmäßig, meist mittags, zusammentraf. Als Goebbels ankam, war Hitler „schon ganz in Aktion“ und schilderte ihm die Lage, die Goebbels folgendermaßen wiedergibt: „Prag ist gegen die Slowaken vorgegangen und hat die Regierung Tiso, die einen autonomen Staat unter unserer Patronanz schaffen wollte, verhaften lassen.³³⁰ Das ist ein Sprungbrett. Jetzt kann man die Frage, die wir im Oktober nur halb lösen konnten, ganz lösen“ (TG, 11.3.1939). Tiso war zwar nicht verhaftet worden, wie Goebbels glaubte – und die nationalsozialistische Propaganda bald verbreitete –, aber er wurde unter Hausarrest gestellt, als Priester in einem Jesuitenkloster. Inhaftiert wurden die Anführer des radikalen Flügels der Slowakischen Volkspartei, Vojtěch Tuka, Šaňo Mach und Matúš Černák; der stellvertretende Ministerpräsident Ferdinand Ďurčanský konnte sich über Engerau nach Wien absetzen. Zudem waren in der Slowakei der Ausnahmezustand verhängt und zentrale Gebäude von tschecho-slowakischen Truppen besetzt worden.³³¹

Hitler hatte also, das belegt diese Passage aus Goebbels' Tagebuch, sofort erkannt, daß sich hier die Möglichkeit bot, als Verfechter der slowakischen Rechte aufzutreten und somit den tschecho-slowakischen Staat sprengen zu können. Was lange Zeit in der Forschung vermutet wurde, daß die Absetzung Tisos Hitlers Entschluß zum Vorgehen gegen Prag zur unmittelbaren Folge hatte, ist durch die Tagebücher von Goebbels nun erwiesen.³³² Für die Überlegungen Hitlers am 10. März 1939 stellen die Aufzeichnungen Goebbels' die einzige Quelle dar. Kurz nach Goebbels trafen auch Ribbentrop und Keitel in der Reichskanzlei ein, um Hitler bei seiner Entscheidung zu beraten. Dies war bislang ebenfalls nicht bekannt.³³³ Bereits am Mittag des 10. März 1939 faßte Hitler Goebbels zufolge – in Anwesenheit Ribbentrops³³⁴ und Keitels – den folgenden „Beschuß: am Mittwoch, den 15. März wird einmarschiert und das ganze tschechoslowakische Zwit-tergebilde zerschlagen“ (TG, 11.3.1939). Diese Festlegung Hitlers am 10. März 1939 auf den Termin am 15. des Monats war in der Forschung lange Zeit nicht eindeutig geklärt. Erst durch die Tagebücher von Goebbels sind die Fragen nach

³³⁰ Vgl. NS-PrA, Bd. 7, Nr. 737, 757, beide vom 10. 3. 1939.

³³¹ Aufzeichnung Altenburgs, 12. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 191; Ďurčanský, Mit Tiso, S. 6; Hoensch, Die Slowakei, S. 261 f.

³³² Hoensch, Die Slowakei, S. 311, bezeichnete es mangels eindeutigen Belegs noch als „wahrscheinlich“, daß „das Eingreifen der Zentralregierung in der Slowakei den Führer veranlaßt“ hatte, gegen Prag vorzugehen.

³³³ Kley, Hitler, Ribbentrop, S. 177 f., konnte keine Aktivität Ribbentrops am 10. und 11. 3. 1939 nachweisen. Procházka, Second Republic, S. 132, nahm an, daß Ribbentrop in den entscheidenden Tagen nicht in Berlin war, weil dem tschecho-slowakischen Gesandten und dem britischen Botschafter in Berlin, die Ribbentrop zu sprechen wünschten, mitgeteilt worden war, dieser sei „in Kiel bei seiner schwerkranken Frau“. Vgl. Telegramm Mastnýs an Chvalkovský, 13. 3. 1939, in: Král, Abkommen, Dok. 314; DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 220. Ribbentrop hatte auch die Gesandtschaft Prag angewiesen, einige Tage für „etwaige Mitteilungen dortiger Regierung nicht erreichbar“ zu sein. Telegramm Ribbentrops, 13. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 204.

³³⁴ Vor dem IMG hatte Ribbentrop seine Mitwisserschaft bestritten; vgl. Aussage Ribbentrops vom 29. 3. 1946, in: IMG 10, S. 291.

dem Zeitpunkt der Entscheidung und demjenigen der Terminierung abschließend beantwortet.³³⁵

Hitler beabsichtigte, wie Goebbels weiter überliefert, daß Böhmen und Mähren besetzt werden sollten, nicht aber die Slowakei und die Karpatho-Ukraine: „Auch Prag muß dann in unseren Besitz kommen. Bis zu den Karpathen muß unsere Grenze gehen“ (TG, 11.3.1939). Diese territoriale Zielsetzung hatte Hitler bereits in seiner Weisung vom 21. Oktober 1938 vorgegeben, in der die „rasche Besetzung der Tschechei und die Abriegelung gegen die Slowakei“ befohlen worden war.³³⁶ Die Slowakei wollte Hitler dem Dritten Reich möglichst in Form eines vasallenartigen Verhältnisses untertan machen, was er bereits Wochen zuvor entschieden hatte. Die gleichfalls nach voller Autonomie strebende Karpatho-Ukraine sollte den „Lockvogel“ für die ungarische Regierung darstellen. Ein ungarischer Eingriff zeitgleich mit dem NS-Regime würde, so hatte Hitler gehofft, die Westmächte in jedem Fall von einer Aktion abhalten.³³⁷ Polen spielte nun in den Überlegungen Hitlers bei der Aufteilung der Tschecho-Slowakei kaum mehr eine Rolle, die polnische Regierung wurde nun auch nicht mehr einbezogen. Ursache hierfür war die deutliche Weigerung Warschaws im Januar 1939, der Revision zweier Bestimmungen des Versailler Vertrages zuzustimmen: die Rückgliederung der unter Völkerbundverwaltung stehenden Stadt Danzig an das Reich und die Gewährung eines extritorialen „Korridors durch den Korridor“ zwischen dem Reichsgebiet und dem hiervon abgetrennten ostpreußischen Gebiet.³³⁸

Noch in der Reichskanzlei am Mittag des 10. März 1939 legten Goebbels, Hitler und Ribbentrop „alle Einzelheiten fest“, wie der Reichspropagandaminister überliefert, denn „darin“ hätten sie ja inzwischen „Übung“ (TG, 11.3.1939). Der ähnlich vorbereitete „Anschluß“ Österreichs lag ein Jahr zurück, die Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete erst ein halbes Jahr. Sie alle seien „sehr froh“ gewesen, notierte Goebbels, hielten sie doch diese „Partie“ für „totsicher [!]“ (TG, 11.3.1939). „Der Führer juchzt vor Freude“, vermerkte Goebbels im Tagebuch (TG, 11.3.1939). Göring war bei dieser Besprechung wie auch bei den Beratungen

³³⁵ Hoensch, Die Slowakei, S. 310f., konnte aufgrund der damaligen Quellenlage nicht entscheiden, ob dieser Entschluß am 10., 11. oder 12.3.1939 oder vielleicht auch vor dem 10.3. fiel. Procházka, Second Republic, S. 133, und Mastný, Design or Improvisation, S. 141, leiteten aufgrund vorhandener Marschbefehle vom 10.3.1939 das Datum der Entscheidung ab. Röhr, Imperialistische Erpressungspolitik, S. 286, nahm an, daß die Entscheidung wahrscheinlich schon vor dem 8.3. gefallen sei. Er beruft sich allerdings auf eine sehr zweifelhafte Quelle (Eichholtz, Anatomie, Dok. 88), die aus drei Telegrammen des US-Botschafters in Frankreich vom Herbst 1939 rekonstruiert wurde. Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 231, berief sich als erster auf diesen Tagebucheintrag, der seit 1998 bekannt ist. Seitdem hat diese Goebbels-Passage Eingang in zahlreiche Darstellungen gefunden, beispielsweise bei Evans, Das Dritte Reich, Bd. 2/II, S. 826f.; Wright, Germany and the Origins of the Second World War, S. 135.

³³⁶ Weisung Hitlers, 21. 10. 1938, in: IMG 34, Dok. 136-C, S. 480.

³³⁷ Ein gemeinsames militärisches Vorgehen des NS-Regimes, Ungarns und Polens wäre, so erklärte Hitler gegenüber dem ungarischen Außenminister Csáky, „erfolgsversprechend [...] unter der Bedingung des absoluten Zusammenspiels“ und eines „blitzartig[en]“ Vorgehens. Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Csáky am 16. 1. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 272, S. 304.

³³⁸ Vgl. ADAP, D 5, Dok. 81, 101, 119f., 126.

der nächsten Tage nicht dabei, er befand sich zu dieser Zeit auf Urlaub in San Remo. Auch Goebbels' Abteilungsleiter im Propagandaministerium Alfred-Ingemar Berndt und Karl Bömer machten zu dieser Zeit gerade Ferien, doch der Propagandaminister ließ sie sofort zurückrufen (TG, 11.3.1939). Sie trafen am nächsten Tag ein (TG, 12.3.1939). Göring hingegen kehrte erst am Abend des 14. März 1939 nach Berlin zurück, was darauf schließen läßt, daß Hitler der Anwesenheit Görings keine allzu große Bedeutung beigemessen hatte oder ihn möglicherweise auch, um keinen Verdacht aufkommen zu lassen, im Urlaub belassen wollte.³³⁹ Über die Rückkehr Görings hielt Goebbels fest: „Göring ist aus seinem Urlaub zurückgekommen. Er ist ganz Feuer und Aktivität“ (TG, 15.3.1939). Diese Tagebuchnotiz ist interessant, da Göring vor dem Nürnberger Gerichtshof erklärt hatte, er habe Hitler von der Riviera aus schriftlich von einem Vorgehen gegen die Tschecho-Slowakei abgeraten und dies auch bei seiner Rückkehr am 14. März 1939 ihm gegenüber mündlich wiederholt.³⁴⁰ Im Falle einer Warnung, die Hitler übergangen hätte, wäre Göring sicherlich eher besorgt gewesen. Zweifellos wird man das zeitgenössische Tagebuchnotat des Propagandaministers für glaubwürdiger halten müssen als die spätere Verteidigungsargumentation des Angeklagten Göring, die von der Forschung lange mangels anderer Quellen übernommen wurde.³⁴¹

Goebbels übernahm am Nachmittag des 10. März 1939 die Vorbereitung der propagandistischen Mobilmachung. Dazu hatte er zunächst seinen Staatssekretär Karl Hanke und seine „anderen Leute informiert“ und sein „Ministerium in Bereitschaft gesetzt“ (TG, 11.3.1939). Die Presse sollte „nun langsam vorpellen“, der Reichssender Wien verstärkt „slowakische Nachrichten“ senden (TG, 11.3.1939).³⁴² Der von Goebbels angenommene „Ernstfall“ (TG, 11.7., 10.9.1938), für den das fremdsprachige Programm entwickelt worden war, trat nun ein. Goebbels war zufrieden, denn sein „Apparat“ war, wie er schrieb, „hervorragend in Schuß. Er gehorcht dem leisesten Druck“ (TG, 11.3.1939). Er selbst arbeitete „allein den Schlachtplan“ aus und glaubte, die ganze Aktion würde „wieder mal ein Meisterstück der Strategie und Diplomatie“ (TG, 11.3.1939). Um in der Presseführung Pannen zu vermeiden, war nun jede einzelne Meldung über die Lage in der Tschecho-Slowakei vorlagepflichtig.³⁴³ Anschließend, am späten Nachmittag, begab

³³⁹ Das Motiv der Beruhigung überliefert Below, Hitlers Adjutant, S. 151.

³⁴⁰ Aussage Görings vom 14.3.1946, in: IMG 9, S. 339f.

³⁴¹ Kube, *Pour le mérite*, S. 306f., zweifelt zwar die Existenz dieses Schreibens an, nicht aber die angebliche Ablehnung der damaligen Außenpolitik Hitlers durch Göring. Dies führt ihn in Erklärungsnot, wieso Göring letztlich doch an der Erpressung Háchas mitgewirkt hatte. Martens, Göring, S. 169, nahm ebenfalls an, Göring hätte sich, wenn er gekonnt hätte, Hitler „widersetzen“ wollen. Dem widerspricht nicht nur die Tagebuchpassage von Goebbels, sondern auch eine weitere Aussage Görings in Nürnberg. Göring hatte erklärt, er sei am 15.3.1939 nicht nach Prag gefahren, weil er „etwas verstimmt“ gewesen sei, daß „die Sache“ über seinen „Kopf hinweg gemacht worden“ sei; Aussage Görings vom 14.3.1946, in: IMG 9, S. 341.

³⁴² Zu den slowakischen Sendungen siehe Schriffel, *Die Rolle Wiens*, S. 145–157. Am 13.3. telegraphierte Henderson an Halifax, Radio Wien bringe in kurzen Intervallen anti-tschechische Propaganda in slowakischer Sprache; vgl. Telegramm Hendersons, 13.3.1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 225.

³⁴³ DNB-Rundruf, 10.3.1939, 18.45 Uhr, in: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 756.

sich Goebbels erneut zur Reichskanzlei, um mit Hitler das weitere Vorgehen zu besprechen: „Wir entwerfen eine Meldung, daß die Regierung Tiso sich vor ihrer Verhaftung nochmal in einer Note an die deutsche Reichsregierung gewandt habe. Inhalt kann dann später nach Bedarf nachgereicht werden“ (TG, 11. 3. 1939).³⁴⁴

Tatsächlich war es Edmund Veesenmayer, dem Mitarbeiter Kepplers, am Morgen des 10. März zunächst gelungen, Tiso zur Einwilligung zu einem derartigen Hilfsgesuch zu überreden.³⁴⁵ Wie im Falle Österreichs ein Jahr zuvor beabsichtigte das NS-Regime, den Einmarsch der Wehrmacht als Antwort auf einen angeblichen Hilferuf darzustellen. Es scheint, daß Hitler die Frage der Legitimation zunächst mit Juristen zu regeln versucht hatte, was nicht zu seiner Befriedigung ausgefallen sein dürfte. Denn bei Goebbels beklagte er sich, „daß man mit Juristen keine Geschichte machen kann“, dazu bedürfe es „Kopf, Herz und Mut, und alles das fehlt den Juristen“ (TG, 11. 3. 1939). Goebbels schlug Hitler vor, „abends ins Theater des Volkes“ zu gehen, „um das Gesicht zu wahren“, um also etwaige Gerüchte zu zerstreuen. Hitler folgte dieser Anregung, und Goebbels wohnte am Abend der Jahrestagung der Reichsfilmkammer bei, auf der er eine Rede hielt. Zwischenzeitlich hatte er noch seinen Presse-Mitarbeiter Hans Fritzsche im Hinblick auf die Nachricht von der angeblichen Verhaftung und dem Hilfsgesuch Tisos instruiert: „unsere Meldung schnell herausbringen, noch keinen Krach schlagen, aber Alarmstimmung vorbereiten. Das wird nun geschehen“ (TG, 11. 3. 1939).³⁴⁶

Am späten Abend traf Goebbels Hitler ein drittes Mal an diesem Tag. Zusammen gingen sie zur Kameradschaft der deutschen Künstler, auch dies geschah nur, wie Goebbels notierte, um „ein Alibi“ zu haben (TG, 11. 3. 1939). Anschließend berieten sie sich noch bis 4 Uhr morgens, wahrscheinlich allein. Goebbels nannte jedenfalls keine weiteren Teilnehmer an diesem Gespräch. Über die neuesten Entwicklungen hielt Goebbels fest: „Die Slowaken machen schlapp. Tiso will die von uns gewünschte Bitte um Hilfe nicht unterschreiben. Sidor macht auch schlapp. Nur Durcsanski³⁴⁷ haben wir sicher, weil er in Wien sitzt“ (TG, 11. 3. 1939). Tiso hatte sich inzwischen geweigert, das von Berlin gewünschte Hilfsgesuch abzugeben, um sich nicht gegenüber der tschecho-slowakischen Zentralregierung ins Unrecht zu setzen, und weil er fürchtete, die deutschen Truppen nicht wieder loswerden zu können.³⁴⁸ Auch Karol Sidor, der kurz vor seiner Ernennung zum neuen slowakischen Ministerpräsidenten stand, lehnte diese Initiative ab und war nicht bereit, sofort die Unabhängigkeit der Slowakei auszurufen. Tisos Stellvertre-

³⁴⁴ Über die Sonderpressekonferenz am Nachmittag des 10. 3. überliefert Sänger: „Die hauptsächlichste Meldung [...] ist die folgende von DNB: Note der slowakischen Regierung an das deutsche Reich. Das DNB erfährt auf Erkundigung an zuständiger Stelle, daß die Behauptung von der Absendung einer Note der slowakischen Regierung Tiso an die Reichsregierung zutrifft.“ In: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 757, 10. 3. 1939.

³⁴⁵ Telegramm des deutschen Konsuls in Preßburg, Ernst v. Druffel, 10. 3. 1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76353; Matić, Veesenmayer, S. 72; Hoensch, Die Slowakei, S. 270.

³⁴⁶ Vgl. NS-PrA, Bd. 7, Nr. 757, 10. 3. 1939.

³⁴⁷ Richtig: Ďurčanský.

³⁴⁸ Telegramm Druffels, 10. 3. 1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76372.

ter Ďurčanský sandte offenbar tatsächlich ein solches Telegramm „in Übereinstimmung mit dem Herrn Ministerpräsidenten Tiso und Sidor“ nach Berlin, doch konnte das NS-Regime dieses nicht nutzen, weil Tiso Ďurčanský die Berechtigung hierzu abgesprochen hatte.³⁴⁹ Dennoch war die Nachricht eines slowakischen Hilfsgesuchs in der deutschen Presse verbreitet worden, was Goebbels auf Anweisung Hitlers schon am Spätnachmittag in die Wege geleitet hatte. Daher fragte der tschecho-slowakische Gesandte Vojtěch Mastný zwei Tage später bei Weizsäcker nach, „wessen Unterschrift der Hilferuf der Slowakischen Regierung an die Deutsche Regierung enthalte, der [...] in der deutschen Presse erwähnt worden“ sei. Weizsäcker antwortete, er könne sich „der Unterschrift nicht erinnern[n]“. ³⁵⁰

Hitler und Goebbels mußten nun in der Nacht zum 11. März zur Kenntnis nehmen, daß in Preßburg „nichts mehr“ passierte (TG, 11. 3. 1939). „Da werden wir nun etwas nachhelfen“, notierte Goebbels, nun offenbar darüber informiert, daß in der Slowakei – wie auch in Böhmen, Mähren und der Karpatho-Ukraine – Agenten des SD und anderer nationalsozialistischer Organisationen tätig waren, die zum Teil auch in Kenntnis darüber gesetzt waren, daß der Einmarsch am 15. März stattfinden sollte.³⁵¹ „Jedenfalls muß die Aktion steigen. Den Grund werden wir uns noch suchen“, war die übereinstimmende Meinung Hitlers und Goebbels’ in dieser Nacht. Im Auswärtigen Amt waren offensichtlich schon im Februar 1939 zur Scheinlegitimation eines nationalsozialistischen Griffes nach Prag verschiedene mögliche Anlässe beraten worden.³⁵² Hitler und Goebbels klagten in dieser Nacht zum 11. März, daß die deutsche „Diplomatie in Prag [...] miserabel“ arbeite, was sie aber auch „nicht anders“ erwartet hätten, wie Goebbels festhielt: „Die Diplomatie ist immer für Ruhe und Ordnung. Wir aber wollen Krach, um etwas zu erben“ (TG, 11. 3. 1939). Allerdings basierte die an diesem Tag geäußerte Kritik auf einem Mißverständnis, so daß Goebbels diese am nächsten Tag relativierte (TG, 12. 3. 1939).³⁵³ Goebbels gab, nachdem er Hitler verlassen hatte, „noch einige Anweisungen“ heraus. Danach war in der Nacht vorläufig „nichts mehr zu machen“ (TG, 11. 3. 1939).

Am folgenden Tag, Samstag, 11. März 1939, stand das NS-Regime vor der Schwierigkeit, sich ein klares Bild über die Lage in der Slowakei zu verschaffen, da die verschiedenen Agenturen und Informanten unterschiedliche Lageeinschätzungen nach Berlin durchgaben.³⁵⁴ Auch Goebbels beklagte dies mehrfach in seinem Tagebuch: „Die Nachrichten aus Preßburg sind alle einander widersprechend.

³⁴⁹ Matic, Veesenmayer, S. 72; Hoensch, Die Slowakei, S. 270–272.

³⁵⁰ Aufzeichnung Weizsäckers, 12. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 192.

³⁵¹ Ungläubig telegraphierten Hencke und der deutsche Militärattaché Toussaint, die nicht informiert waren, aus Prag: „Vertreter des S. D. Hauptamts in Prag sprechen vom deutschen Einmarsch am Mittwoch [15. 3. 1939, d.V.] in Prag“; Telegramm Henckes und Toussaints, 12. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 189.

³⁵² Vgl. Aufzeichnung Weizsäckers, in: Hill, Weizsäcker-Papiere 1933–1950, S. 150f.

³⁵³ Einem Gerücht zufolge war im slowakischen Rundfunk eine angebliche Zustimmung Henckes zur Absetzung Tisos bekanntgegeben worden. Eine Untersuchung nach Protesten Henckes erwies die Behauptung als Gerücht. Telegramm Henckes, 11. 3. 1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76375; Král, Abkommen, Dok. 309; ADAP, D 4, Dok. 204 und Anm. 1, Dok. 206.

³⁵⁴ Matic, Veesenmayer, S. 65.

Die schlimmste, daß Prag Tiso wieder ernannt habe. Das aber wird gleich wieder dementiert. Man wird nicht mehr ganz schlau daraus. Jedenfalls rollt unsere Aktion programmgemäß weiter“ (TG, 12. 3. 1939). Karol Sidor, der von Hácha mit der Bildung einer neuen slowakischen Regierung beauftragt worden war, hatte zunächst, nach Rücksprache mit dem Parteivorstand der Slowakischen Volkspartei, Tiso wieder als neuen Ministerpräsidenten nominiert. Bei einer Ablehnung Tisos durch Hácha, die als beinahe sicher galt, sollte Sidor selbst das Amt des Regierungschefs übernehmen.³⁵⁵ Da jedoch Hitlers Entscheidung zum Einmarsch gefallen war, suchte das NS-Regime nach Alternativen, die das Einschreiten der Wehrmacht legitimieren sollten. Am Mittag des 11. März besprach Goebbels die Situation mit Hitler. Beide zogen nun die Möglichkeit ernster Zwischenfälle in Erwägung, eine Methode, die sie schon während der Sudetenkrise als erfolgversprechend betrachtet hatten. Über diese Beratung mit Hitler hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Wir sprechen die Lage durch. Alles ist noch ziemlich verworren. Zusammenstöße werden provoziert werden. Sind Deutsche dabei, dann schlagen wir Mordskrach. Sonst vorläufig noch halbe Tour. Am Montag und Dienstag dann Großkanonade. Mittwoch kann's dann losgehen“ (TG, 12. 3. 1939). In aller Deutlichkeit beschrieb Goebbels, daß das NS-Regime versuchte, absichtlich Zwischenfälle herbeizuführen, und nicht, wie es bei einem propagandistisch angelegten Werk zu erwarten wäre, daß die Gegenseite sich Übergriffe hätten zuschulden kommen lassen. Ob diese Zwischenfälle auf slowakischem, karpatho-ukrainischem oder böhmisch-mährischem Territorium erfolgen sollten, notierte Goebbels nicht. Der Schwerpunkt derartiger Aktivitäten – obgleich auch Waffen und SA- und SS-Verbände in die Slowakei transferiert worden waren³⁵⁶ – lag wahrscheinlich im Raum Böhmen und Mähren, da diese Territorien zu dieser Zeit das eigentliche Ziel des NS-Regimes darstellten. Aus Prag meldete die Gesandtschaft das Bedauern „volksdeutscher“ Vertreter über die „überall durchaus legale, ja entgegenkommende Haltung der Tschechen“.³⁵⁷ Der Konsul in der deutschen Sprachinsel Brünn brachte in Erfahrung, daß „die deutschen Demonstrationen, deren organisierter Charakter auch Tschechen aufgefallen“ sei, „bis Dienstag fortgesetzt werden“ sollten.³⁵⁸ Der Prager Gaustudentenführer Rudolf Meckel, der offenbar von der Volksdeutschen Mittelstelle beauftragt worden war, Zusammenstöße zu provozieren, ließ nach seiner Rundreise durch die deutsch besiedelten Gebiete am 13. März nach Berlin telegraphieren, es bestünden „sehr große Schwierigkeiten, Tschechen in Stimmung zu bringen“, und es seien „größere Gewaltaktionen erforderlich, um ernste Zwischenfälle herbeizuführen“.³⁵⁹

³⁵⁵ Noch um 16.30 Uhr am 11.3.1939 hatte das Konsulat Preßburg dem A.A. mitgeteilt, daß Tiso als Ministerpräsident vorgeschlagen worden war. Aufzeichnung Altenburgs, 11. 3. 1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76386; Hoensch, Die Slowakei, S. 263f. Vgl. auch NS-PrA, Bd. 7, Nr. 762, 11. 3. 1939.

³⁵⁶ Král, Abkommen, Dok. 311, 315; Hoensch, Die Slowakei, S. 277, 284–286.

³⁵⁷ Telegramm Henckes und Toussaints, 12. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 189.

³⁵⁸ Telegramm des deutschen Konsuls in Brünn, V.L.R. Wolf, an das A.A., 13. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 195.

³⁵⁹ Telegramm Henckes mit Mitteilungen Meckels für Vomi, 13. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 197. Auch der britische Gesandte in Prag, Newton, brachte in Erfahrung, daß

Dennoch wurden auch ohne faktische Rechtfertigung, wie schon im September 1938, Greuelmeldungen über die Unterdrückung oder Mißhandlung der deutschen Minderheit vorbereitet und kurz darauf verbreitet.³⁶⁰ Goebbels hielt hierzu nach der Unterredung mit Hitler, in der die Provokation von Zusammenstößen besprochen worden war, im Tagebuch fest: „Ich gebe dementsprechende Anweisungen an die Presse“ (TG, 12.3.1939). Wieder, wie während der Sudetenkrise, wurde Alfred-Ingemar Berndt mit der Aufgabe betraut, übertriebene oder erfundene Meldungen zu lancieren, die dem NS-Regime den Anlaß zur militärischen Besetzung, scheinbar zum Schutz der deutschen Minderheit, schaffen sollten. Goebbels verwies im Tagebuch unmißverständlich auf den nochmaligen Gebrauch dieser Methode, indem er schrieb, er habe Berndt „wieder zum Reichsgerüchteamt“ ernannt (TG, 12.3.1939). Goebbels bereitete „den ganzen Apparat vor“, der „auf den leisesten Hebeldruck anlaufen“ sollte (TG, 12.3.1939). An die Presse gab Goebbels folgende Anweisung: „etwas mehr auf die Tube drücken, aber noch nicht die Katze aus dem Sack lassen“ (TG, 12.3.1939).³⁶¹ „Und nun heißt es warten“, vermerkte Goebbels weiter. Ein sofortiger Beginn der Propagandaaktion war nicht erwünscht, um intensive Beratungen der internationalen Diplomatie oder eine Mobilisierung des tschecho-slowakischen Militärs zu verhindern. Daher versuchte Goebbels zunächst, „einige Stimmen des Verdachts“, die im Ausland aufgekommen waren, zu entkräften (TG, 12.3.1939). Außerdem war noch immer „kein klares Bild“ über die Vorgänge in der Slowakei zu bekommen. „Die Nachrichtenquellen melden immer Widersprechendes. Am zuverlässigsten ist noch D.N.B.“, notierte Goebbels (TG, 12.3.1939). Da den ganzen Tag über bis zum späten Abend „noch keine Klarheit“ zu erlangen war, konzentrierten sich die nationalsozialistischen Medien in ihrer Berichterstattung auf die angebliche Verfassungswidrigkeit der Absetzung der Regierung Tiso, obgleich die deutsche Gesandtschaft dem Auswärtigen Amt mitgeteilt hatte, der tschecho-slowakische Staatspräsident Hácha sei hierzu berechtigt und habe verfassungskonform gehandelt.³⁶² Goebbels prüfte unterdessen Spielfilme, fuhr am Abend zu seinem Landhaus am Bogensee (TG, 12.3.1939), während sich Hitler inzwischen mit Wilhelm Keppler beriet. Hitler wies Keppler an, in Preßburg die sofortige Ausrufung der slowakischen Unabhängigkeit zu veranlassen und Bürckels „dilettantische Versu-

deutsche Studenten in Brünn den Befehl erhalten hatten, Vorfälle zu provozieren; vgl. Telegramm Newtons, 13.3.1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 226.

³⁶⁰ NS-PrA, Bd. 7, Nr. 772, Nr. 776, Nr. 779, alle vom 13.3.1939, und Nr. 792, vom 15.3.1939; Hagemann, Publizistik, S. 381f., 384. Newton berichtete an das Foreign Office, der „volksdeutsche“ Reuter-Korrespondent und die sudetendeutsche Zeitung „Die Zeit“ hätten Zwischenfälle in Brünn gemeldet, die der britische Vizekonsul dort als unzutreffend bezeichnete; vgl. Telegramm Newtons, 13.3.1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 226.

³⁶¹ Am 11.3.1939 wurde die Presse angewiesen, die Vorgänge in der Tschecho-Slowakei nun „statt zweispaltig dreispaltig“ zu bringen, allerdings waren Kommentare vorerst noch verboten. In: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 762.

³⁶² Telegramm Henckes, 10.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1191, Bl. 76357f.; Aufzeichnung Altenburgs über Telefonat mit Hencke, 10.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 186; Hoensch, Die Slowakei, S. 279; NS-PrA, Bd. 7, Nr. 762, 11.3.1939; Hagemann, Publizistik, S. 379–382.

che in großer Politik“ (TG, 13.3.1939), über die auch Goebbels unterrichtet war, zu unterbinden. Josef Bürckel und Seyß-Inquart, die neben Keppler mit slowakischen Funktionären verhandelten, hatten zum einen auf das falsche Pferd gesetzt, denn ihr Favorit Karol Sidor ließ sich vom NS-Regime nicht instrumentalisieren.³⁶³ Zum anderen hatte Bürckel das NS-Regime diskreditiert, indem er Sidor in den frühen Morgenstunden des 12. März offenbar unter Alkoholeinfluß angeschrien habe, er dürfe den „Führer“ nicht beleidigen und müsse die Unabhängigkeit proklamieren, andernfalls würde Ungarn in die Slowakei einfallen.³⁶⁴ Zudem hatte Bürckel beabsichtigt, Preßburg von Engerau (Petržalka), das seit Oktober 1938 zum Reichsgebiet zählte, aus mit SA- oder SS-Männern zu stürmen.³⁶⁵ Goebbels fand dieses Vorhaben Bürckels „kindisch“ (TG, 13.3.1939).

Karol Sidor wurde am 11. März 1939 zum slowakischen Ministerpräsidenten ernannt. Seine Ablehnung, sich dem NS-Regime zu unterwerfen und sofort die Unabhängigkeit auszurufen, hatte eine Stabilisierung der Slowakei und damit auch der Tschecho-Slowakei zur Folge,³⁶⁶ die der nationalsozialistischen Regierung äußerst ungelegen kam. Goebbels beschrieb dies mit den Worten, die „Meldungen aus Preßburg“ seien „beängstigend ruhig“ (TG, 13.3.1939). Die Presse mußte daher angewiesen werden, keinesfalls den Eindruck zu erwecken, es herrsche in der Slowakei „Ruhe und Ordnung“.³⁶⁷ Berlin fürchtete nun zu Recht, die Option, als Anwalt der slowakischen Selbstbestimmung nach Preßburg marschieren zu können, zu verlieren. Zu den weiteren Vorgängen in der Slowakei hielt Goebbels fest: „Sidor neuer Ministerpräsident. Keppler hat ihn bearbeitet, aber ohne Erfolg. Er fühlt sich ‚als Soldat von Prag‘. Tiso kann nichts machen. Professor Tuka und Mach, die einzigen Aktiven, sitzen fest. Die Hlinkagarde liegt still, da Sidor, der ihr Kommandant ist, keinen Befehl gibt“ (TG, 13.3.1939). Keppler hatte Sidor am 12. März zwischen 2.00 und 3.00 Uhr morgens aufgesucht, um herauszufinden, ob er bereit sei, mit dem NS-Regime zusammenzuarbeiten. Sidor hatte dies abgelehnt und sich auch geweigert, sich von Berlin aus den Termin einer möglichen Unabhängigkeitserklärung vorschreiben zu lassen. Er hatte sich jedoch nicht, wie Goebbels schrieb, „als Soldat von Prag“ bezeichnet (TG, 13.3.1939), sondern als „Soldat des slowakischen Volkes“, der ausschließlich die „Befehle des Vorstandes der Partei und des Landtags“ erfüllen würde.³⁶⁸ Es ist anzunehmen, daß diese Umdeutung der Rolle Sidors, die sich im Tagebuch von Goebbels widerspiegelt, auf Keppler zurückgeht, der Sidor sogar unterstellte, „von den Tschechen bestochen“ worden zu sein.³⁶⁹ Tiso konnte nicht nur, wie Goebbels vermerkte, „nichts machen“ (TG, 13.3.1939), sondern er wollte auch zunächst nichts unternehmen,

³⁶³ Matic, Veesenmayer, S. 67, 71–75; Hoensch, Die Slowakei, S. 273f., 279–286; Schriffl, Die Rolle Wiens, S. 80–91.

³⁶⁴ Hoensch, Die Slowakei, S. 282; Schriffl, Die Rolle Wiens, S. 87f.

³⁶⁵ Hoensch, Die Slowakei, S. 284–286; Matic, Veesenmayer, S. 75; Schriffl, Die Rolle Wiens, S. 91–98; Aufzeichnung Altenburgs, 12.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76407.

³⁶⁶ Hoensch, Die Slowakei, S. 266f., 273, 275f.; Matic, Veesenmayer, S. 71–73.

³⁶⁷ Aufzeichnung Sängers, in: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 762, 11.3.1939.

³⁶⁸ Hoensch, Die Slowakei, S. 281f.; Matic, Veesenmayer, S. 74.

³⁶⁹ Aufzeichnung Altenburgs über Telefonat mit Keppler, 12.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 193.

so wie er auch seine Absetzung durch Hácha widerstandslos akzeptiert hatte.³⁷⁰ Dennoch startete das NS-Regime weitere Versuche, ihn für die Desintegration der Tschecho-Slowakei zu gewinnen. Tuka und Mach waren noch immer inhaftiert, doch bemühte sich Sidor um ihre umgehende Freilassung.³⁷¹ Die paramilitärische Hlinka-Garde der Slowakischen Volkspartei, die ihr Stabschef Karol Murgaš zur Provozierung von Zwischenfällen einsetzen wollte, stand unter dem Oberbefehl Sidors, der sich, wie Goebbels richtig festhielt, weigerte, sie zur Unruhestiftung zu benutzen. Sidor war als Ministerpräsident tatsächlich bemüht, die Lage seines Landes zu stabilisieren. Daher ersetzte er den Stabschef der Hlinka-Garde am 13. März durch einen Vertrauten.³⁷²

Goebbels war also gut informiert, wahrscheinlich von Hitler selbst, mit dem er am 12. März 1939 die Mittagszeit, den ganzen Abend und die halbe Nacht zusammensaß. Sie hatten nun erkannt, daß die Situation in der Slowakei kaum mehr den Einmarsch der Wehrmacht rechtfertigen würde. Zusätzlich schien eine Aktion der SS fehlgeschlagen zu sein, wie Goebbels überliefert: „Der Versuch, die Sache durch unsere S.S. auszudehnen, ist nur ganz z. T. gelungen. Es scheint, als ginge es von der Slowakei aus nicht mehr“ (TG, 13.3.1939). Unklar bleibt, ob Goebbels hiermit die Pläne Josef Bürckels meinte, Preßburg mit Hilfe der SA oder SS zu stürmen, oder die gewalttätigen Provokationen von SD-Agenten oder einen weiteren SS-Einsatz.³⁷³ Das NS-Regime war nun also gezwungen, wie Goebbels deutlich machte, nach alternativen Gründen für den Einmarsch zu suchen. Eine mögliche Option bestand noch immer in der Herbeiführung von blutigen Konflikten zwischen der deutschen Minderheit und Tschechen. Doch auch hierbei gab es Schwierigkeiten, wie Goebbels bewußt war: „Die Tschechen antworten auf keine Provokation. Sie sind anscheinend gewarnt“ (TG, 13.3.1939). Der Brüner Polizeidirektor hatte den dortigen deutschen Konsul um Unterstützung ersucht, da er „auf jeden Fall Gewaltanwendung gegen Deutsche vermeiden wolle“.³⁷⁴ Hencke hatte nach Berlin telegraphiert, in Prag würden „von Reichsdeutschen und Volksdeutschen gehißte Hakenkreuzflaggen [...] polizeilich bewacht“.³⁷⁵ Wenig später meldete er: „Prager Polizei hat Weisung, gegen Deutsche auch bei Provokation nicht einzuschreiten“.³⁷⁶ Dennoch sollte nun ein provozierter Anlaß geschaffen werden, wie Goebbels im Tagebuch deutlich macht: „Wir suchen nun Gründe in der Tschechei selbst. Aber das wird sehr schwer sein. Und bis Mittwoch müssen wir die Sache soweit haben“ (TG, 13.3.1939). Unmißverständlich beschrieb Goebbels also die selbstverschuldete Zwangslage des NS-Regimes, binnen kurzer Zeit einen geeigneten Anlaß für eine militärische Operation, vielleicht einen größeren

³⁷⁰ Hoensch, *Die Slowakei*, S. 262, 269–272, 275, 278, 287f.; Matić, *Veesenmayer*, S. 72–76.

³⁷¹ Aufzeichnung Altenburgs, 12.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 191.

³⁷² Hoensch, *Die Slowakei*, S. 283f.

³⁷³ Ebenda, S. 285f.; Schvarc, *Sicherheitsdienst*, S. 95.

³⁷⁴ Telegramm des deutschen Konsuls in Brünn, V.L.R. Wolf, an das A.A., 13.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 195.

³⁷⁵ Telegramm Henckes, 12.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76396.

³⁷⁶ Telegramm Henckes, 13.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 203.

Krieg, zu finden, da Hitler offenbar nicht bereit war, von seinem einmal festgesetzten Termin, 15. März 1939, wieder abzurücken.³⁷⁷

Obgleich Goebbels zufolge der „militärisch[e] Aufmarsch in ziemlicher Offenheit“ fortgesetzt wurde, habe in der Auslandspresse „großes Rätselraten, aber keinerlei Klarheit“ geherrscht (TG, 13. 3. 1939). Alles tappe „im Dunkeln“, wunderte sich Goebbels. „Man müßte auf der Gegenseite eigentlich etwas merken. Aber das ist anscheinend noch nicht der Fall“ (TG, 13. 3. 1939), schrieb er weiter. Obwohl keine groß angelegte Mobilmachung stattfand, da Hitler eine schnelle Operation mit der Wehrmacht in Friedensstärke durchführen wollte,³⁷⁸ blieb der nationalsozialistische Aufmarsch nicht unbemerkt. Die von Goebbels behauptete anfängliche Zurückhaltung in der ausländischen Presse hat politische Gründe; eine Eskalation wie im Mai 1938 sollte vermieden werden.³⁷⁹ Das tschecho-slowakische Konsulat in Chemnitz berichtete „von einer Konzentration der Truppen an den böhmischen Grenzen mit Richtung auf Prag“ und von Truppenverschiebungen seit dem 12. März „auf der Reichsautobahn nach Dresden und weiter nach Osten“. Zudem hatte es in Erfahrung gebracht, daß deutsche Reservisten einberufen worden seien.³⁸⁰ Auch dem ungarischen Generalkonsulat in München waren ab dem 11./12. März Truppentransporte in Richtung Nordosten bekannt.³⁸¹ Das britische Konsulat in München meldete Truppenbewegungen am 11./12. März in Richtung Österreich.³⁸²

In der Reichskanzlei berieten Hitler und Goebbels die Presseführung, worüber Goebbels im Tagebuch vermerkte, er habe mit ihm „die Situation vor allem psychologisch durchgesprochen“ (TG, 13. 3. 1939). Wie schon während der Sudetenkrise gab Hitler auch jetzt die Richtlinien vor: „Unsere Sonntagsabendpresse muß schon stärker aufdrehen. Aber noch nicht in Kommentaren, sondern nur in den Meldungen. Also im großen Ganzen noch das undurchdringliche Gesicht wahren“ (TG, 13. 3. 1939). Doch die Hauptsorge beider galt dem noch nicht vorhandenen Anlaß, der möglichst noch immer in der Slowakei gesucht werden sollte, wie das Tagebuch belegt: „Es kommen jeden Augenblick neue Nachrichten. Keine davon ist von wesentlichem Belang. Wenn wir nur ein Papierchen in der Hand hätten, d. h. einen Ruf um Hilfe oder um militärischen Einmarsch. Dann wäre al-

³⁷⁷ Die „unerwartete Terminnot“ Hitlers (Hoensch, *Die Slowakei*, S. 282) war in der Forschung zu Recht angenommen worden, doch konnte sie bislang nicht so deutlich belegt werden, wie dies durch das Tagebuch von Goebbels möglich wird.

³⁷⁸ 2. Nachtrag vom 17. 12. 1938 zur Weisung vom 21. 10. 1938, in: IMG 34, Dok. 138–C, S. 483f.

³⁷⁹ Beispielsweise teilte der britische Botschafter Henderson Weizsäcker am 14. 3. 1939 mit, daß sich die englische Presse in den vergangenen Tagen „größter Zurückhaltung befleißigt“ habe, offensichtlich war sie hierzu angewiesen worden. Aufzeichnung Weizsäckers, 14. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 213.

³⁸⁰ Schreiben des tschecho-slowakischen Konsulats Chemnitz an das Außenministerium in Prag, 14. 3. 1939, in: Král, *Abkommen*, Dok. 317.

³⁸¹ Telegramm des ungarischen Generalkonsuls, München, György Szabó, an Csáky, 14. 3. 1939, in: DIMK, Vol. III, Dok. 422.

³⁸² Telegramm des britischen Konsulats München an die britische Botschaft und das Außenministerium, 12. 3. 1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 214; siehe auch britische Berichte aus Dresden (Doc. 223) oder Wien (Doc. 225).

les ganz einfach. Aber vielleicht beschaffen wir uns das noch. Es ist ja noch etwas Zeit“ (TG, 13.3.1939). Das Fehlen eines solchen Hilfsgesuchs war um so unangenehmer, als über ein solches in der Presse bereits mit der Absicht berichtet worden war, den Schein einer Rechtmäßigkeit des deutschen Vorgehens zu erwecken. Ohne eine solche Schein-Legitimation befürchtete Goebbels offenbar Komplikationen. Doch zu seiner Erleichterung nahm er, bevor er in das Propagandaministerium zurückkehrte, zur Kenntnis, daß „London [...] sehr desinteressiert“ tue, und von England „kaum etwas“ zu erwarten war (TG, 13.3.1939). Goebbels empfand es als „eine etwas unheimliche Situation“, daß in seinem Ministerium „fieberhaft“ gearbeitet wurde, es ständig zwischen diesem „und der Reichskanzlei hin und her“ ging, während „im Volke [...] tiefster Frieden“ herrsche. „Kein Mensch weiß und ahnt auch nur etwas. Aber das wird sich ja nun sehr bald ändern“, vermerkte Goebbels abschließend, bevor er am Abend des 12. März Hitler nochmals aufsuchte (TG, 13.3.1939).

5. Hitlers Gespräche mit Sztójay, Tiso und Hácha und die weitere Entwicklung bis zum Einmarsch der Wehrmacht

Hitler hatte unterdessen den ungarischen Gesandten Döme Sztójay einbestellt, der noch wenige Tage zuvor bei Ribbentrop angefragt hatte, ob das NS-Regime nicht doch erklären könnte, daß Ungarn „das Gebiet der Karpatho-Ukraine [...] zugesprochen“ würde. Ribbentrop hatte zur Geduld geraten und geantwortet, „wenn sich irgendwelche Ungarn interessierende Entwicklungen der tschechischen Frage ergeben sollten“, würde er „ihn informieren“.³⁸³ Am 10. März hatte Sztójay noch einmal bei Weizsäcker versucht, eine Anerkennung des ungarischen Anspruchs auf Ruthenien zu erlangen, was der Staatssekretär mit dem Argument ablehnte, daß dies „zu vielen Persönlichkeiten bekannt werden würde“.³⁸⁴ Einen Tag später bat der stellvertretende ungarische Außenminister János Vörösmarty den deutschen Gesandten Erdmannsdorff um Mitteilung über die deutsche Haltung zu „den Vorgängen in der Slowakei, insbesondere über etwa beabsichtigtes dortiges Eingreifen, damit die ungarische Regierung sich nach deutschen Wünschen richten könne“.³⁸⁵ Nun, da die Suche nach einem Anlaß zum Vorgehen gegen Prag das NS-Regime beunruhigte, hielt Hitler am 12. März 1939 den Zeitpunkt für gekommen, die ungarische Regierung zu einer militärischen Operation zu ermuntern. Goebbels erfuhr noch am Abend des 12. März durch Hitler von dessen Gespräch mit Sztójay und berichtete im Tagebuch: „Er [Hitler, d.V.] hat den ungarischen Gesandten vorgehabt und ihm seine Absicht mitgeteilt. Ungarn müsse sich heranhalten, wenn es miterben wolle. Und stoße es auf überlegene Kräfte, wird

³⁸³ Aufzeichnung Ribbentrops, 4.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 179.

³⁸⁴ Aufzeichnung Weizsäckers über Gespräch mit Sztójay, 10.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76364f.

³⁸⁵ Telegramm Erdmannsdorffs, 11.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76384.

Deutschland ihm Hilfe leisten. Stojai³⁸⁶ fliegt gleich danach nach Budapest“ (TG, 13.3.1939).³⁸⁷ Trotz der Kürze dieses Eintrags enthält er das Wesentliche. Die Sztójay mitgeteilte Absicht Hitlers bestand in der Ermunterung Ungarns, „die karpatho-ukrainische Frage in ihrem Sinne zu lösen“, wie Günther Altenburg von Ribbentrop erfahren hatte.³⁸⁸ Ausdrücklich untersagt hatte Hitler dagegen eine ungarische Besetzung der Slowakei, die, so hatte er argumentiert, eine Annäherung zwischen Tschechen und Slowaken befördern würde. Auch ohne formellen „Bündnis-Vertrag“ würde das Reich „bei dieser Lösung 100% hinter Ungarn stehen“, Hitler habe Sztójay „sein Wort“ gegeben. Hitler habe der ungarischen Regierung den Rat gegeben, „blitzschnell vorzugehen, da auch noch andere Aspirationen auf die Karpatho-Ukraine vorhanden seien“. Sollten „andere Staaten ein fait accompli“ schaffen, würde das Reich nicht eingreifen. „Wenn aber Ungarn dies fait accompli mit der Karpatho-Ukraine schaffen würde, dann würde Deutschland 100 prozentig hinter ihm stehen“, wiederholte Altenburg in seiner Aufzeichnung.

Anderen Quellen zufolge hatte Hitler Sztójay auch bereits mitgeteilt, daß die Reichsregierung die bevorstehende Proklamation der slowakischen Unabhängigkeit anerkennen würde. Im Falle eines zu erwartenden Schutzgesuchs der karpatho-ukrainischen Regierung allerdings würde Berlin dieses zunächst – angeblich 24 Stunden lang – ignorieren, um Ungarn die Möglichkeit zur Annexion Rutheniens zu geben, jedoch nur im Falle sofortigen Handelns.³⁸⁹ Die von Hitler geforderte Eile brachte auch Goebbels durch den Satz, „Ungarn müsse sich heranhalten“, zum Ausdruck (TG, 13.3.1939). Was Hitler Sztójay verschwiegen hatte, war der Kern seines Plans: Ungarn sollte den Konflikt, der vom NS-Regime bereits terminiert war, für das Dritte Reich beginnen. Altenburg überliefert dies folgendermaßen: Der „Führer gäbe sein Wort, daß, falls die Tschechen Widerstand leisten sollten, die Tschechei sofort zerschlagen würde“.³⁹⁰ Demnach wurde Sztójay die Situation so dargestellt, als müsse Ungarn sofort handeln, um Polen zuvorzukommen und – wie Goebbels das nannte – an der zu Grunde gegangenen Tschecho-Slowakei „imiterben“ (TG, 13.3.1939) zu können. Sollte Ungarn „auf überlegene Kräfte“ stoßen, würde „Deutschland ihm Hilfe leisten“, schrieb Goebbels (TG, 13.3.1939). Budapest wurde also suggeriert, das Reich sei desinteressiert, sollte Ungarn die Annexion selbständig bewerkstelligen. Tatsächlich befand sich das NS-Regime in der Verlegenheit, eine Begründung für den geplanten deutschen Einmarsch in Böhmen und Mähren finden zu müssen, was auch Goebbels, nicht aber Sztójay, bekannt war.

³⁸⁶ Richtig: Sztójay.

³⁸⁷ Sztójay sandte noch am 12.3.1938 ein Telegramm an den ungarischen Außenminister, in dem er ihm mitteilte, daß er in Kürze mit dem Flugzeug in Budapest eintreffe und ihn sowie den Ministerpräsidenten unmittelbar danach sprechen müsse; vgl. Telegramm Sztójays an István Csáky, 12.3.1939, in: DIMK, Vol.III, Dok.413.

³⁸⁸ Aufzeichnung Altenburgs nach Informationen Ribbentrops über das Gespräch Hitlers mit Sztójay, 12.3.1939, in: Ďurica, La Slovacchia, Dok.39, S.176f.

³⁸⁹ Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S.259.

³⁹⁰ Aufzeichnung Altenburgs nach Informationen Ribbentrops über das Gespräch Hitlers mit Sztójay, 12.3.1939, in: Ďurica, La Slovacchia, Dok.39, S.176f.

Um die Ernsthaftigkeit des Sztójay übermittelten Vorschlags zu unterstreichen und wegen der mangelnden Befugnis Sztójays, zu Hitlers Ansinnen unmittelbar Stellung zu nehmen, suchte Erdmannsdorff, der deutsche Gesandte in Budapest, zusammen mit Günther Altenburg, Abteilungsleiter des Auswärtigen Amts, am Vormittag des 13. März 1939 Horthy, Ministerpräsident Teleki und den ungarischen Generalstabschef auf. Erdmannsdorff berichtet, die Ungarn hätten „die Anregung begeistert“ aufgenommen und Horthy lasse dem „Führer seinen grenzenlosen Dank übermitteln“.³⁹¹ In aller Eile setzte Horthy ein kurzes Dankschreiben an Hitler auf, das er offenbar Erdmannsdorff mitgab.³⁹² Die Editoren der ADAP-Bände, die im Auswärtigen Amt kein Protokoll der Unterredung Hitlers mit Sztójay fanden, konnten sich die in dem Brief erwähnte „Anregung“ nicht ganz erklären.³⁹³ Zudem hatten sie Zweifel, ob es das auch von Hitler später erwähnte Gespräch mit Sztójay am 12. März überhaupt gegeben hatte.³⁹⁴ Obgleich inzwischen auch andere Quellen über dieses Gespräch bekanntgeworden sind,³⁹⁵ bestätigen auch die Tagebücher von Goebbels die Faktizität der Unterredung.

Da Sztójay Hitler keine sofortige Zusage zur ungarischen Militäroperation in der Karpatho-Ukraine geben konnte und die Annexion durch Budapest unsicher war, debattierten Hitler und Goebbels unmittelbar nach dem Gespräch mit dem ungarischen Gesandten die weiteren Möglichkeiten. Beide waren der Meinung, daß „auf die Slowaken [...] kein Verlaß“ sei (TG, 13.3.1939), da weder der abgesetzte noch der amtierende Ministerpräsident die Reichsregierung um Truppen baten. Deshalb beobachteten Hitler und Goebbels gespannt die Lage in Böhmen und Mähren. Zu ihrer Erleichterung hatte sich am Mittag dieses Tages ein „Zusammenstoß zwischen deutschen Studenten und Tschechen“ in Brünn ereignet.³⁹⁶ Goebbels beschrieb in seinem Tagebuch deutlich, daß hier nun der gesuchte Anlaß gefunden werden könnte: „Aber nun greifen die Tschechen in Brünn Deutsche an. Da werden wir nun einhaken. Und hier die Sache zu entzünden versuchen. Ich instruiere dementsprechend die Presse“ (TG, 13.3.1939).³⁹⁷ Abends nahm die „Tschechenfrage [...] keine neue Wendung“ (TG, 13.3.1939), so daß die „außenpolitische Debatte“ bei Hitler bis 3.00 Uhr morgens vor allem um das Verhältnis zu Großbritannien kreiste. Ribbentrop habe den Standpunkt vertreten, überliefere Goebbels, „daß es mit England später zum Konflikt kommen muß“ (TG, 13.3.1939). Hitler „bereitet sich darauf vor, aber er hält ihn nicht für unvermeidlich“, schrieb Goebbels weiter, bevor er im Tagebuch seine Kritik an Ribbentrop notierte: „Rib-

³⁹¹ Telegramm Otto v. Erdmannsdorffs, 13.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 198.

³⁹² Schreiben Horthys an Hitler, 13.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 199.

³⁹³ Vgl. ADAP, D 4, S. 209, Anm. 4.

³⁹⁴ Vgl. ADAP, D 4, S. 232, Anm. 1.

³⁹⁵ Aufzeichnung Altenburgs nach Informationen Ribbentrops über das Gespräch Hitlers mit Sztójay, 12.3.1939, in: Ďurica, La Slovacchia, Dok. 39, S. 176f.; Telegramm des italienischen Botschafters in Budapest, Luigi Vinci Gigliucci, an Ciano, 21.3.1939, in: DDI, Serie 8, Vol. XI, Doc. 359.

³⁹⁶ Telegramm Henckes, 12.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76396. Siehe auch ADAP, D 4, Dok. 195, 203.

³⁹⁷ Einem DNB-Rundruf zufolge mußten die „unglaublichen Überfälle in Brünn [...] ganzseitig aufgemacht werden“. In: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 771, 12.3.1939.

bentrop hat da gar keine taktische Biagsamkeit. Er ist intransigent und darum nicht sehr richtig gelegen. Aber der Führer korrigiert ihn schon. Es wird heiß gestritten“ (TG, 13.3.1939).

Am Montag, 13. März, wurde Goebbels „gleich morgens zum Führer gerufen“, im Verlauf des Tages traf er ihn noch zwei weitere Male. Wie vor dem „Anschluß“ Österreichs entwarfen sie, Hitler und er, zusammen „die Flugblätter für den Einmarsch“, und zwar für jede Volksgruppe eigene: „Für die Tschechen, die Deutschen und die Slowaken“ (TG, 14.3.1939). Den Inhalt der Flugblätter skizzierte Goebbels folgendermaßen: „Die Wehrmacht schafft nur Ordnung, aber jeder Widerstand wird blutig niedergebroschen“ (TG, 14.3.1939). Wie Hitler vertrat auch Goebbels die Auffassung, daß es „wohl kaum irgendwo dazu kommen“ werde (TG, 14.3.1939). Goebbels arbeitete wenig später „die Flugblätter im einzelnen aus“ und legte „mit der Luftwaffe zusammen die Verteilung fest“, wie er dies schon vor dem Einmarsch in Österreich praktiziert hatte. Besonders seine Mitarbeiter Berndt und Hanke lobte Goebbels in diesem Zusammenhang, die ihm „gute Hilfen“ gewesen seien (TG, 14.3.1939). Zudem befaßte sich Goebbels an diesem Vormittag mit der Presse. „Die deutsche Presse dreht nun auf“ (TG, 14.3.1939), vermerkte er. Genauso hatte er dies mit Hitler zwei Tage zuvor besprochen: „Am Montag und Dienstag dann Großkanonade“ (TG, 12.3.1939), so hatte er Hitlers Anweisung festgehalten. Zum noch immer ruhigen Verhalten der Auslandspresse, das sich auch in zahllosen Berichten der Gesandtschaften und Konsulate spiegelt, stellte Goebbels die Vermutung an, daß diese „den Unwissenden“ spiele, „wahrscheinlich um sich nicht festlegen zu müssen und keine Blamage zu holen“ (TG, 14.3.1939). Die „Aktion“ des NS-Regimes rollte Goebbels zufolge „in vorschrittmäßiger Form an“, obgleich noch immer „Reibungen von Belang“ fehlten, die geeignet gewesen wären, die militärische Operation zu legitimieren (TG, 14.3.1939).

Während die Nationalsozialisten in Berlin intensiv an der Vorbereitung der Okkupation und in der Tschecho-Slowakei an der Provokation von Zusammenstößen arbeiteten, ließ sich Goebbels an diesem Vormittag seine Kinder ins Ministerium bringen, die dann in seinem „Dienstzimmer“ spielten. „Ein Idyll“, schrieb Goebbels und faßte die absurd anmutende Situation, das Toben der Kinder und die Kriegsvorbereitung, in seinem Ministerium folgendermaßen zusammen: „Das ist ein Tollen und Jagen. Unterdeß [!] wird der psychologische Aufmarsch ausgearbeitet“ (TG, 14.3.1939). In dieser Zeit scheint auch DAF-Führer Robert Ley bei Goebbels gewesen zu sein, der offenbar über den geplanten Einmarsch nicht informiert war. „Das sind Sorgen!“, kommentierte Goebbels spöttisch, als Ley mit ihm die Preisträger des Nationalpreises besprechen wollte (TG, 14.3.1939).

Mittags legte Goebbels Hitler die Entwürfe zu den Flugblättern vor, mit denen dieser „zufrieden“ gewesen sei. Doch konnten sie „noch nicht gedruckt werden“, weil die bevorstehende Unterredung Hitlers mit Tiso und Ďurčanský abgewartet werden sollte. Den Fehler, mehrmals neue Flugblätter drucken zu müssen, wie er vor dem Einmarsch in Österreich unterlaufen war, versuchte man nun zu vermeiden. Im Propagandaministerium herrschte „Hochspannung“, während im Volk „noch alles ruhig“ geblieben sei (TG, 14.3.1939), was sich am Nachmittag ändern sollte: „Die Blätter schreien mit voller Lungenstärke ihre Empörung heraus.

Nun ist die Katze aus dem Sack gelassen. Aber Forderungen werden garnicht [!] aufgestellt. Das soll man sich draußen selbst zusammenreimen“, notierte Goebbels zur Nachmittagspresse (TG, 14.3.1939).³⁹⁸ Über seinen Mitarbeiter Berndt, der „groß in Fahrt“ gewesen sei, äußerte sich Goebbels anerkennend: „Er ist für solche Zwecke am besten zu gebrauchen“. Zur Haltung der Westmächte hielt Goebbels fest: „London und Paris lassen sehr deutlich ihr gänzlich Desinteressement an der tschechischen Frage erklären. Wir sind fast schon außerhalb jeder Gefahrenzone“ (TG, 14.3.1939).³⁹⁹ Am Nachmittag prüfte Goebbels im Propagandaministerium einen Spielfilm, währenddessen in der Reichskanzlei folgenschwere Gespräche geführt wurden.

Jozef Tiso, den das NS-Regime nach seiner Absetzung als den legitimen Vertreter des slowakischen Volkes betrachtete und der sich noch immer im Kloster aufhielt, wurde am 12./13. März von mehreren Seiten zugleich bedrängt, den Wünschen des NS-Regimes zu entsprechen und nach Berlin zu kommen. Der auf Reichsgebiet geflohene Ďurčanský warnte ihn auf Veranlassung der Nationalsozialisten schriftlich, er müsse sich „an die Seite Deutschlands stellen“, andernfalls sei „alles verloren“, also mit einer ungarischen Besetzung der Slowakei zu rechnen. Die Tschecho-Slowakei würde in jedem Fall zerschlagen.⁴⁰⁰ Der Sekretär Ďurčanskýs versuchte ebenfalls, Tiso zu bewegen, in die Reichshauptstadt zu reisen. Erst als Tiso von „Herren des SD“ offiziell eingeladen wurde und ihm ein Gespräch mit Hitler in Aussicht gestellt worden war, begab er sich nach Preßburg, wo ihm die neue slowakische Regierung die Zustimmung zu seinem Berlin-Besuch erteilte.⁴⁰¹ Am späten Nachmittag des 13. März traf Tiso in Begleitung Ďurčanskýs und Keplers in der Reichshauptstadt ein, wo er zunächst von Ribbentrop empfangen wurde. Der nationalsozialistische Außenminister betonte, daß Hitler zur Liquidation der Tschecho-Slowakei entschlossen sei und einzig eine Unabhängigkeitserklärung die Slowakei vor einem ungarischen Zugriff retten könne. Tiso wies darauf hin, daß sein Land zu selbständiger Existenz noch nicht in der Lage sei und es an akademisch ausgebildetem Personal fehle.⁴⁰²

³⁹⁸ In der Sonderpressekonferenz am 13.3.1939 wurde Sänger zufolge mitgeteilt, „daß die Schilderung der tschechischen Mentalität und die Aufzählung der Vorkommnisse auf keinen Fall mit einer Forderung oder Drohung verknüpft werden darf“. In: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 772, 13.3.1939; Hagemann, Publizistik, S. 382.

³⁹⁹ Am 12.3. hatte Welczek über die Haltung der französischen Presse telegraphiert, daß selbst in den Oppositionsblättern „keinerlei Anzeichen für französische Einmischungsabsichten, gleichgültig, wie die Frage von uns geregelt werden sollte“, zu erkennen seien. Telegramm Welczeks, Paris, 12.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76397. Am Tag zuvor hatte Dirksen aus London gemeldet: „Kommentierung durch Presse zeigt bemerkenswerte Zurückhaltung, auch wenn allgemein der Vermutung Ausdruck gegeben wird, daß Deutschland die slowakischen Unabhängigkeitsbestrebungen gegen Prag einseitig unterstütze. [...] Eine Tendenz, britisches Interesse an Weiterentwicklung zu bekunden, ist vorerst nicht zu verzeichnen.“ Telegramm Dirksens, 11.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76383.

⁴⁰⁰ Hoensch, Die Slowakei, S. 287.

⁴⁰¹ Ebenda, S. 286–288; Matić, Veesenmayer, S. 75f.

⁴⁰² Hoensch, Die Slowakei, S. 289f.

Hitler kritisierte in seinem Gespräch mit Tiso ausführlich die Politik der tschecho-slowakischen Zentralregierung, die noch immer zulasse, daß Deutsche „diskriminiert“ würden, und die sich der Hoffnung hingebte, daß sich die Situation „zu Ungunsten Deutschlands“ ändern könnte.⁴⁰³ Anschließend äußerte er seine „Enttäuschung“ über „die Haltung der Slowakei“. Sidor, so behauptete Hitler, fühle sich als „Soldat von Prag“ und würde „sich einer Loslösung der Slowakei aus dem tschechoslowakischen Verbandsverbande widersetzen“. Hätte er das vorher gewußt, fuhr Hitler fort, „hätte er sich nicht mit seinem Freunde Ungarn zu verfeinden brauchen, sondern alles laufen lassen, wie es damals lief“. Er habe nun Tiso kommen lassen, „um in ganz kurzer Zeit“ Klarheit über die Frage zu erhalten, „wolle die Slowakei ihr Eigenleben leben oder nicht“. Es handle sich hierbei jedoch „nicht um Tage, sondern um Stunden“. Würde die Slowakei „zögern oder sich nicht von Prag lösen wollen, so überlasse er das Schicksal der Slowakei den Ereignissen, für die er nicht mehr verantwortlich sei“. Noch in Anwesenheit Tisos und Ďurčanskýs ließ sich Hitler eine Meldung über ungarische Truppenbewegungen an der slowakischen Grenze bringen, über die er die Slowaken sogleich in Kenntnis setzte. Den Gästen aus Preßburg sollte auf diese Weise vermittelt werden, daß einzig eine sofortige Unabhängigkeitserklärung Hitler dazu bringen würde, den angeblich drohenden ungarischen Einmarsch zu unterbinden. Tatsächlich drohte keine ungarische Besetzung der Slowakei, da Hitler sie Sztójay am Tag zuvor ausdrücklich untersagt hatte und lediglich die Karpatho-Ukraine „freigegeben“ hatte. Tiso, der erst am Ende der Unterredung zu Wort kam, erklärte, daß er im Augenblick keine Entscheidung treffen könne. Zugleich versicherte er jedoch, wie es im Protokoll heißt, „daß der Führer sich auf die Slowakei verlassen könne“.⁴⁰⁴

Goebbels, der wie üblich bei Gesprächen mit ausländischen Staatsgästen nicht dabei war, erfuhr von Hitler unmittelbar nach der Verabschiedung Tisos vom Inhalt der Unterredung: „Er [Hitler, d.V.] hat Tiso empfangen. Ihm klargemacht, daß die historische Stunde der Slowaken gekommen ist. Machen sie nichts, dann werden sie von Ungarn geschluckt. Er will es sich noch überlegen und nach Preßburg zurück. Kein Revolutionär. Da muß alles verfassungsmäßig vor sich gehen. Von dem ist nicht allzuviel zu erwarten“ (TG, 14.3.1939). Goebbels gab die entscheidenden Gesprächsinhalte korrekt wieder, vor allem den von Hitler auf Tiso ausgeübten Druck zur Proklamation der Unabhängigkeit, der in der Androhung einer ungarischen Besetzung bestand. Dies ist bemerkenswert, da Ribbentrop vor dem Nürnberger Gerichtshof wahrheitswidrig erklärt hatte, es sei „nicht richtig, daß diese Autonomie von uns in irgendeiner Form etwa gewünscht oder forciert [worden] wäre“.⁴⁰⁵ Den von Goebbels erwähnten Willen, im Sinne der Verfassung zu handeln, gab Tiso auch in der sich anschließenden fünfstündigen Beratung mit Ribbentrop, Keppler und Friedrich W. Gaus nicht auf. Erst gegen 1.30 Uhr am

⁴⁰³ Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Tiso und Ďurčanský, 13.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 202. Siehe auch Ďurčanský, Mit Tiso bei Hitler, S.6.

⁴⁰⁴ Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Tiso und Ďurčanský, 13.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 202.

⁴⁰⁵ Aussage Ribbentrops vom 29.3.1946, in: IMG 10, S.290. Im Verlauf des Prozesses konnte er, mit eindeutigen Dokumenten konfrontiert, diese Aussage nicht aufrechterhalten; vgl. Aussage vom 1.4.1946, in: IMG 10, S.389.

14. März 1939 stimmte er zusammen mit Ďurčanský der von Berlin geforderten Ausrufung der Unabhängigkeit und einem Hilfsgesuch an das NS-Regime zu, das beide sogleich – vorbehaltlich der Billigung durch das slowakische Parlament – unterzeichneten.

Noch am Abend hatte er telefonisch Hácha und Sidor informiert, um die Einberufung des slowakischen Parlaments für den nächsten Morgen zu veranlassen. Ribbentrop hatte Tiso ein Ultimatum bis 12.00 Uhr mittags gesetzt. Sollte bis dahin die Selbständigkeit nicht erklärt worden sein, würde die Slowakei von deutschen, ungarischen und polnischen Truppen besetzt.⁴⁰⁶ Noch in Unkenntnis dieser Zusage Tisos befürchteten Hitler und Goebbels, daß von Tiso „nicht allzuviel zu erwarten“ sei (TG, 14.3.1939). Goebbels vermerkte hierzu noch in seinem Tagebuch: „Aber das ist jetzt auch gänzlich egal“ (TG, 14.3.1939). Schließlich wußte er, daß Hitler die Wehrmacht in jedem Fall in zwei Tagen in Richtung Prag marschieren lassen würde. Hitler ließ daran keinen Zweifel, sondern „entwickelt[e] noch einmal seinen Plan“ vor Goebbels: „In 8 Tagen ist die ganze Aktion zu Ende. Am ersten Tag sind wir schon in Prag. Unsere Flugzeuge bereits nach 2 Stunden. Ich glaube, es geht ohne nennenswertes Blutvergießen“ (TG, 14.3.1939). Genau denselben Zeitplan hatte Hitler Goebbels wenige Tage vor Unterzeichnung des Münchener Abkommens mitgeteilt. Damals glaubte Hitler, wie Goebbels überliefert, es sei „in 8 Tagen erledigt“, würden „die Tschechen [...] nach dem Einmarsch“ angegriffen werden (TG, 26.9.1938). Goebbels schien nun beruhigt zu sein, da Hitler ihn davon überzeugen konnte, daß nicht allzuviel Widerstand zu erwarten sei. Noch erleichterter war Goebbels über die Ankündigung Hitlers, demnächst „eine lange politische Ruhepause einschalten“ zu wollen. Er kommentierte dies mit den Worten „Das walte Gott!“, blieb aber dennoch skeptisch: „Ich glaub’s zwar nicht, aber es ist so schön, zu hoffen“ (TG, 14.3.1939). Am späten Abend hatte Goebbels „noch die Presse genauestens ausgerichtet“ und den Druck der Flugblätter angeordnet, die von Hitler endgültig „genehmigt“ worden waren. „Sie laufen schon bis zu einer Zahl von 25 Millionen durch die Maschinen“, notierte Goebbels abschließend über die Tagesarbeit des 13. März (TG, 14.3.1939). Es ist anzunehmen, obgleich Goebbels das nicht schrieb, daß er auch diesmal wieder aus Gründen der Geheimhaltung für die Abriegelung der Druckereien sorgte, so wie er es ein Jahr zuvor beim Einmarsch in Österreich mit Reinhard Heydrich festgelegt hatte (TG, 11.3.1938).

Der 14. März 1939 war in der Tat der „kritische Tag“, wie Goebbels bereits am Morgen dieses Tages geschrieben hatte (TG, 14.3.1939). Ein „langer, heißer Großkampftag“ notierte er am Morgen danach in sein Tagebuch (TG, 15.3.1939). Gegen 9.00 Uhr war Jozef Tiso, der in Berlin stundenlang bedrängt worden war, die Unabhängigkeit auszurufen, wieder in Preßburg eingetroffen. Unmittelbar danach begann in der slowakischen Hauptstadt eine Ministerratssitzung, die mit dem Rücktritt Karol Sidors endete.⁴⁰⁷ Tiso hatte dem slowakischen Kabinett die Abnei-

⁴⁰⁶ Hoensch, Die Slowakei, S.292–295; Ďurčanský, Mit Tiso, S.6, 8. Das Tiso vorgelegte Konzept eines Telegramms an das NS-Regime, in dem die Unabhängigkeit der Slowakei mitgeteilt und die Bitte nach Schutz durch das Deutsche Reich geäußert wurden, ist abgedr. in: ADAP, D 4, Dok.209.

⁴⁰⁷ Vgl. Hoensch, Die Slowakei, S.295–307.

gung Hitlers gegen Sidor und die Entschlossenheit des NS-Regimes zur Aufteilung der Slowakei mitgeteilt, sollte sie sich der nationalsozialistischen Forderung nach Unabhängigkeit widersetzen. Sidor verkündete wenig später vor dem slowakischen Landtag die Gesamtdemission seines Kabinetts. Tiso informierte anschließend die Parlamentarier über seine Gespräche mit der Reichsregierung, betonte das prinzipielle Desinteresse Hitlers an der Slowakei und warnte vor einer ungarischen Besetzung, falls sich die Slowakei nicht sofort für unabhängig erklärte.⁴⁰⁸ Er berichtete von den ihm in Berlin vorgelegten Meldungen über ungarische Truppenbewegungen im Grenzgebiet und teilte den Abgeordneten mit, daß er Hitler zugesichert habe, vom slowakischen Volk nicht enttäuscht zu werden. Tiso appellierte an seine Landsleute, nun unverzüglich die Selbständigkeit der Slowakei zu beschließen. Das Ribbentrop und Keppler zugesagte Gesuch nach deutschem „Schutz“ erwähnte Tiso nicht. Wenige Minuten nach 12.00 Uhr und somit nach Ablauf des nationalsozialistischen Ultimatums stimmten die Abgeordneten des slowakischen Landtags der Unabhängigkeit ihres Landes von der tschecho-slowakischen Zentralregierung zu. Nach einer kurzen Unterbrechung wurde ein neues Kabinett unter Jozef Tiso gebildet.⁴⁰⁹

Goebbels war über die Vorgänge in Preßburg informiert, obgleich sich sein Eintrag wie üblich durch extreme Kürze auszeichnet: „Tiso in Preßburg angekommen. Bearbeitet den Landtag: Ergebnis Unabhängigkeitserklärung von Prag. Aber nicht, wie zuerst gemeldet, Hilfesuch nach Berlin. Sie wollen keine deutschen Truppen“ (TG, 15.3.1939). Goebbels hatte das größte Interesse an diesem „Hilfesuch“, da das DNB bereits das im Auswärtigen Amt aufgesetzte Telegramm Tisos, das eine Legitimation zum Einmarsch deutscher Truppen geboten hätte, an die Schriftleitungen verbreitet hatte.⁴¹⁰ Gegen 13.00 Uhr berichtete Ernst von Druffel, der deutsche Konsul in Preßburg, dem Auswärtigen Amt, „nach Ansicht des Landtags seien die Grenzen genügend gesichert. Sofortige Hilfe sei nicht erforderlich“.⁴¹¹ Statt des verabredeten Telegramms mit der Bitte um „Schutz“ der „Grenzen“, traf nun ein Danktelegramm an Hitler in Berlin ein.⁴¹² Ob Goebbels hiervon Kenntnis hatte, läßt sich nicht feststellen. Es gilt aber als sicher, daß das Ausbleiben des Hilfesuchs der slowakischen Regierung eine Verstimmung bei Hitler bewirkte, der wahrscheinlich aus diesem Grunde die Besetzung der westlichen Slowakei bis zur Karpathengrenze/Waagtal durch die Wehrmacht anordnete, so wie er dies Tiso und Ďurčanský für den Fall angedroht hatte, daß die Proklamation der Unabhängigkeit ausbliebe.⁴¹³

⁴⁰⁸ Die Rede ist in englischer Übersetzung abgedr. in: Ďurica, *La Slovacchia*, Dok.47, S. 186–192.

⁴⁰⁹ Vgl. ADAP, D 4, Dok. 212; Hoensch, *Die Slowakei*, S. 295–307.

⁴¹⁰ Vgl. Hagemann, *Publizistik*, S. 383.

⁴¹¹ Aufzeichnung Altenburgs, 14.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1193, Bl.76462; ähnlich ADAP, D 4, Dok. 212.

⁴¹² Das verabredete Telegramm ist abgedr. in: ADAP, D 4, Dok.209, das tatsächlich versandt bei: Hoensch, *Die Slowakei*, S. 304, Anm. 158.

⁴¹³ Ďurčanský, *Mit Tiso*, S. 6; Aufzeichnung Weizsäckers, vermutlich 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 221. Siehe hierzu auch Hoensch, *Die Slowakei*, S. 335f.

„Wir haben aber noch ein paar Eisen im Feuer“, schrieb Goebbels angesichts der slowakischen Ablehnung deutscher Truppen (TG, 15.3.1939). Zum einen bestand noch immer die Möglichkeit, in der Slowakei Unruhe auszulösen. Zu diesem Zweck hatten SD-Agenten bereits in der Nacht zum 14. März Sprengstoffattentate verübt.⁴¹⁴ Zum anderen bot sich auch in der Karpatho-Ukraine für das NS-Regime die Chance einer Intervention, da dort ebenfalls eine Kabinettsumbildung durch die Prager Zentralregierung erzwungen worden war.⁴¹⁵ Noch in der Nacht zum 14. März ließ der ruthenische Ministerpräsident Avhustyn Vološyn der deutschen Regierung die „Erklärung“ der „Selbständigkeit unter dem Schutz des Deutschen Reiches“ übermitteln.⁴¹⁶ Als wenige Stunden später, wie Goebbels bekannt war, „Ungarn bereits in einige Grenzdörfer“ der Karpatho-Ukraine eingedrückt war (TG, 15.3.1939), sandte Vološyn „einen Hilferuf an den Führer“.⁴¹⁷ Doch diesen ließ das NS-Regime, wie mit Sztójay vereinbart, unbeantwortet. Der deutsche Konsul in Chust berichtete von einem „Angriff tschechischer Gendarmerie und Militärs“ auf von ruthenischen Freischärlern (Sič) besetzte Gebäude. Das Konsulat habe „unter schwerer Gewehr- und Maschinengewehrbeschießung“ gelegen, von den „Konsulatsbeamten“ sei aber „bisher niemand verletzt“.⁴¹⁸ Dies vermerkte Goebbels allerdings nicht im Tagebuch. Er hielt vielmehr die Möglichkeit eines Eingriffs aufgrund eines Zwischenfalls in Böhmen oder Mähren für wahrscheinlich. „Unsere Presse randaliert wie im September. Das macht einen großen Eindruck auf das Ausland“ (TG, 15.3.1939), schrieb er begeistert. Noch am Mittag des 14. März wurde die Presse angewiesen, auch über die kleinsten Zwischenfälle zu berichten, schließlich habe es „schon Kriege zwischen Staaten wegen eines Flaggenzwischenfalls gegeben“.⁴¹⁹ Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Anweisung auf Goebbels persönlich zurückgeht, da er im Tagebuch festhielt: „Ich richte die Presse neu aus. Es wird weiter Lärm geschlagen“ (TG, 15.3.1939). Allerdings hatte die tschecho-slowakische Regierung vorsorglich auch „Schmähungen eines fremden Staates“ oder „Schmähungen einer Nation“ unter Strafe gestellt, um keinen Anlaß für eine nationalsozialistische Intervention zu bieten.⁴²⁰

Eine weitere Möglichkeit zur scheinbaren Legitimation eines Einmarsches der Wehrmacht in Böhmen und Mähren bestand in einer direkten Verhandlung und einer zu erzwingenden Übereinkunft mit der tschecho-slowakischen Staatsführung. In Prag hatte man die nationalsozialistische Einmischung in der Slowakei

⁴¹⁴ Vgl. Hoensch, *Die Slowakei*, S. 297.

⁴¹⁵ Vgl. Kotowski, „Ukrainisches Piemont“, S. 93.

⁴¹⁶ Telegramm des deutschen Konsuls in Chust, Hamilkar Hofmann, an das A.A., 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 210.

⁴¹⁷ Aufzeichnung Stechows, A.A., 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 218. Siehe auch Telegramm Hamilkar Hofmanns an das A.A., 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 215; Hoensch, *Der ungarische Revisionismus*, S. 260f.

⁴¹⁸ Telegramm Hamilkar Hofmanns, 14.3.1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1193, Bl. 76446.

⁴¹⁹ Pressekonferenz, 14.3.1939, 12.30 Uhr, in: Hagemann, *Publizistik*, S. 382; vgl. auch NS-PrA, Bd. 7, Nr. 782, 14.3.1939.

⁴²⁰ Unter staatlichem Schutz standen nun die Oberhäupter, Regierungen und Diplomaten, Wappen, Flaggen, Hymnen oder Bilder der Oberhäupter. Regierungsverordnung vom 3.2.1939 zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes zum Schutz der Republik, S. d. G. u. V. Nr. 20/1939, Ausgabe 11, ausgegeben am 9.2.1939, S. 75f.

und den Empfang Tisos in Berlin besorgt verfolgt und wünschte, in Erfahrung zu bringen, welche Absicht das NS-Regime in bezug auf den tschecho-slowakischen Staat habe.⁴²¹ Vor allem aber hoffte man, die Souveränität des Landes zu erhalten, und war zu einem weiteren Entgegenkommen gegenüber der deutschen Regierung bereit. Perfiderweise wurde die tschecho-slowakische Seite dazu genötigt, um eine Unterredung mit Hitler zu bitten, was die Wahrscheinlichkeit ernsthafter Interventionen der interessierten Mächte erheblich verringern sollte. Die Regierung in Prag war an den Tagen zuvor bewußt im unklaren über die Haltung des NS-Regime gelassen worden. Mehrmalige Nachfragen bei der deutschen Gesandtschaft und beim Auswärtigen Amt wurden ausweichend oder gar nicht beantwortet. Andor Hencke sollte Kontakte mit der tschecho-slowakischen Regierung vermeiden und hielt sich weisungsgemäß vornehmlich in seiner Wohnung auf.⁴²² Als Hencke einer Aufforderung des tschecho-slowakischen Staatspräsidenten Hácha zu einem Gespräch am Abend des 13. März 1939 keine Folge leistete, rief Außenminister Chvalkovský den Geschäftsträger kurz vor halb elf abends zu Hause an und teilte ihm mit, Hácha habe die Absicht, Hencke um die Vermittlung eines Gesprächs mit Hitler zu ersuchen. Hencke entgegnete Chvalkovský, einer Weisung Ribbentrops folgend,⁴²³ er überlasse es Hácha, „seine Mitteilung schriftlich an die Gesandtschaft gelangen zu lassen“.⁴²⁴ Am nächsten Vormittag übergab Chvalkovský Hencke in dessen Wohnung eine schriftliche Anfrage, ob Hitler dem Präsidenten „Gelegenheit zu einer persönlichen Unterredung gewähren würde“.⁴²⁵ Somit hatte das NS-Regime das gewünschte Dokument, das die tschecho-slowakische Initiative zum Besuch Háchas in Berlin belegte.⁴²⁶

Goebbels wurde am Mittag des 14. März, als er Hitler zur weiteren Beratung aufsuchte, darüber informiert, daß Hácha nach Berlin kommen wolle: „Wie ich vorausgesagt hatte, melden sich mittags die Tschechen an. Hacha bittet um eine Unterredung. Darauf wird nun alles konzentriert. Er wird in Prag im Sonderzug abgeholt“ (TG, 15. 3. 1939). Diese Tagebuchpassage belegt, daß von nun an die direkte Erpressung der tschecho-slowakischen Staatsführung als das bevorzugte Mittel zur Scheinlegitimation des Einmarsches dienen sollte, da nun hierauf „alles konzentriert“ werden sollte. Der Eintrag läßt aber auch erkennen, daß die scheinbar freiwillige Verhandlung Háchas mit Hitler in Berlin intendiert und darüber spekuliert worden war, ob dies gelänge oder nicht. Denn Goebbels hatte Hitler, wie er im Tagebuch vermerkte, schon vorab die Bitte Háchas um ein Gespräch prognostiziert. Dies erscheint keinesfalls unglaubwürdig, da der Propagandaminister mit Hitler auch vor dem „Anschluß“ Österreichs und dem Münchener Ab-

⁴²¹ Vgl. Ripka, Munich, S. 377; Procházka, Second Republic, S. 135, 138f.; Hoensch, Die Slowakei, S. 316; Mastný, Design or Improvisation, S. 145f.

⁴²² Vgl. ADAP, D 4, Dok. 181, 184f., 204, 206–208, 216; vgl. auch Hencke, Augenzeuge, S. 287–290.

⁴²³ Aufzeichnung Erich Kordts, 13. 3. 1939, PA/AA, R 29771, Fiche 1192, Bl. 76417.

⁴²⁴ Telegramm Henckes, 13. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 207.

⁴²⁵ Telegramm Henckes, 14. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 216.

⁴²⁶ Die Darstellung in den Memoiren von Beneš, Memoirs, S. 58, und Ripka, Munich, S. 378, Hitler habe Hácha und Chvalkovský unter Zwang nach Berlin einbestellt, trifft nicht zu.

kommen immer wieder die möglichen Reaktionen der Gegenseite gedanklich durchgespielt hatte. Hitler war daher entgegen der bisherigen Annahme keineswegs „überrascht“, als Hácha um ein Gespräch nachsuchte.⁴²⁷

An diesem Mittag sprach Hitler mit Goebbels bereits „das neue Statut für Böhmen und Mähren durch“ (TG, 15.3.1939), auf das noch zurückzukommen sein wird. Dies ist eine neue, durch das Tagebuch ermöglichte Erkenntnis, da bisher davon ausgegangen wurde, Hitler habe erst in Prag binnen weniger Stunden seinen Erlaß über das „Protektorat Böhmen und Mähren“ anfertigen lassen.⁴²⁸ „Die Tschechen haben nun die Wahl, ob sie das im Frieden wollen oder durch Kampf. Der Führer zielt darauf hinaus, das Ganze ohne einen Schuß zu erreichen“ (TG, 15.3.1939), schrieb Goebbels weiter über die bevorstehende Unterredung mit Emil Hácha, wodurch er deutlich zum Ausdruck brachte, daß die Weigerung des tschecho-slowakischen Staatspräsidenten, die nationalsozialistischen Forderungen zu akzeptieren, zu einem Krieg geführt hätte. Zur Demonstration der Gewaltbereitschaft des NS-Regimes hatte Hitler bereits die Besetzung einzelner Grenzorte, Mährisch-Ostrau, Friedek-Mistek und Witkowitz, durch die SS-Leibstandarte und motorisierte Einheiten der Wehrmacht angeordnet,⁴²⁹ worüber auch Goebbels unterrichtet war: „Unterdeß [!] lassen wir schon Truppen in tschechisches Gebiet einrücken. Damit Hacha merkt, was los ist“, notierte Goebbels in sein Tagebuch (TG, 15.3.1939). Der „Beginn des Generaleinmarsches“ war, so erfuhr Goebbels von Hitler, „auf Mittwoch früh 6^h angesetzt“ worden, wobei das Ziel bestand, mit ersten Vorauskommandos bereits um 10.00 Uhr desselben Tages, 15. März 1939, „in Prag“ zu sein (TG, 15.3.1939).⁴³⁰ Hitler war offenbar schon vorab überzeugt, daß sich der tschecho-slowakische Präsident seinem Diktat fügen werde, und daher, wie Goebbels überliefert, „ganz ruhig und überglücklich“ (TG, 15.3.1939). Gemeinsam ordneten sie Goebbels zufolge an, „daß der Name Tschechoslowakei nicht mehr gebraucht wird. Wir reden nur noch von Böhmen und Mähren als urdeutschen Gebieten.“⁴³¹ Ich lasse unsere geschichtlichen Ansprüche auf diese Gebiete im Einzelnen darlegen und fixieren. Das muß alles seine Ordnung haben“ (TG, 15.3.1939). Goebbels kehrte daraufhin in sein Ministerium zurück, wo er „fieberhaft weitergearbeitet“ habe (TG, 15.3.1939). „Aber jetzt macht die Sache wieder Spaß“, schrieb er angesichts der ersten eintreffenden militärischen Erfolgsmeldungen und der ausbleibenden Reaktion der Westmächte: „Mährisch-Ostrau und Witkowitz besetzt. Kampfflos. An 2 Stellen geringer Wider-

⁴²⁷ Hoensch, *Die Slowakei*, S.316, nahm an, Hitler sei von Háchas Bitte „überrascht“ worden.

⁴²⁸ Vgl. Procházka, *Second Republic*, S.144f.

⁴²⁹ Aufzeichnung des Legationssekretärs v. Wallfeld, A.A., [14.3.1939], in: ADAP, D 4, Dok.225; IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 15.3.1939, Bl.10f.; auch in: Domarus, *Hitler*, Bd.2, S.1097; Wagner, *Besetzung der Tschechoslowakei*, S.581f.; Procházka, *Second Republic*, S.137f.

⁴³⁰ Vgl. Keitel, *Mein Leben*, S.235–237; Wagner, *Besetzung der Tschechoslowakei*, S.581f.

⁴³¹ Ein Rundruf des Propagandaministeriums vom 14.3.1939, 15.55 Uhr lautete: „Der Name Tschechoslowakei darf nur noch im Zusammenhang mit dem Zerfall dieses Staatsgebildes genannt werden. Es ist von jetzt ab nur noch von den Ländern Böhmen, Mähren, Slowakei und Karpatho-Ukraine zu sprechen.“ In: NS-PrA, Bd.7, Nr.786, 14.3.1939; Hagemann, *Publizistik*, S.383.

stand.⁴³² Aber gleich gebrochen. Paris und London bleiben ruhig“ (TG, 15.3.1939). Die Abteilung Abwehr der Wehrmacht hatte schon am Morgen gemeldet, daß in „Frankreich und England [...] bisher keine wesentlichen militärischen Maßnahmen zu erkennen“ seien.⁴³³

Währenddessen reiste am Nachmittag des 14. März 1939 der 66jährige Staatspräsident Emil Hácha – wegen seiner Herzerkrankung im Sonderzug statt im Flugzeug – zusammen mit seinem Kabinettschef Jiří Havelka und Außenminister Chvalkovský nach Berlin.⁴³⁴ Zeitgleich hatte das tschecho-slowakische Kabinett unter Rudolf Beran seine Gesamtdemission beschlossen, konnte den „Rücktritt aber nicht effektuieren“, da „der Staatspräsident inzwischen abgereist“ sei, berichtete Hencke.⁴³⁵ Hitler hatte seine Zustimmung zur Aussprache mit Hácha erst erteilt, als er gesicherte Kenntnisse über die Vorgänge in der Slowakei besaß, insbesondere über die slowakische Unabhängigkeitserklärung und die Ablehnung eines Hilfsgesuchs an das Deutsche Reich.⁴³⁶ Gegen 22.00 Uhr⁴³⁷ traf die tschechoslowakische Delegation in Berlin ein, wo sie zunächst von Otto Meißner, dem Chef der Präsidialkanzlei, empfangen und zum Hotel geleitet wurde. Dort erfuhr Chvalkovský von der Besetzung der Region Mährisch-Ostrau, noch bevor er eine Aussprache mit Ribbentrop hatte. Hácha ließ man mindestens zwei Stunden im Hotel warten, wobei er jedoch kurz vom deutschen Außenminister auf sein Gespräch mit Hitler – euphemistisch formuliert – vorbereitet wurde.⁴³⁸ Wilhelm Keitel, der sich zur Begrüßung Háchas in der Reichskanzlei aufhielt, überliefert, Hitler habe gesagt, der „alte Herr“ solle sich erholen. Das war die offizielle Sprachregelung. Tatsächlich hatte Hitler keineswegs die Erholung des Staatsgastes im Sinn gehabt, wie aus Keitels Memoiren hervorgeht. „War das bei Hitler Berechnung und politische Taktik?“, fragte Keitel scheinbar unwissend in seinen Aufzeichnungen.⁴³⁹ Goebbels wurde im Tagebuch deutlicher: „Hacha und Chvalkowski [!] kommen in Berlin an. Der Führer läßt sie bis Mitternacht warten und lang-

⁴³² Beneš, *Memoirs*, S. 58, zufolge leistete das 8. schlesische Regiment der Tschecho-Slowakei ohne Befehl aus Prag bei Friedek-Mistek Widerstand. Dem A.A. war hingegen zunächst mitgeteilt worden, die deutschen Truppen seien auf keinerlei Widerstand gestoßen; vgl. Aufzeichnung Wallfelds, A.A., [14.3.1939], in: ADAP, D 4, Dok. 225.

⁴³³ Aufzeichnung des Legationsrates v. d. Heyden-Rynsch, 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 211.

⁴³⁴ Aufzeichnung aus dem Büro Weizsäckers, 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 223.

⁴³⁵ Aufzeichnung Altenburgs über Telefonat mit Hencke, 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 226.

⁴³⁶ Procházka, *Second Republic*, S. 136; Hencke, *Augenzeuge*, S. 294.

⁴³⁷ Domarus, *Hitler*, Bd. 2, S. 1093, Anm. 263, behauptete, die tschecho-slowakische Delegation sei bereits gegen 19.00 Uhr in Berlin gewesen. Die Gesandtschaft Prag hatte vorab mitgeteilt, der Sonderzug würde gegen 21.00 Uhr in eintreffen (ADAP, D 4, Dok. 223), Keitel (*Mein Leben*, S. 236) berichtet, Hácha sei gegen 22.00 Uhr angekommen, die Editoren der ADAP-Bände gaben 22.40 Uhr als Zeitpunkt der Ankunft an (D 4, S. 227, Anm. 1).

⁴³⁸ Ribbentrop bestätigte vor dem Internationalen Gerichtshof dieses Gespräch mit Hácha; vgl. Aussage Ribbentrops vom 29.3.1946, in: IMG 10, S. 291; über den Inhalt ist nichts bekannt. Es besteht allerdings kein Zweifel, daß es ähnlich verlaufen sein wird wie die Unterredung Háchas mit Hitler wenig später; vgl. ADAP, D 4, Dok. 228.

⁴³⁹ Keitel, *Mein Leben*, S. 236.

sam und allmählich zermürben. So hat man es mit uns in Versailles gemacht. Es sind das die alten, bewährten Methoden der politischen Taktik“ (TG, 15.3.1939). Diese Passage ist die einzige Quelle, die die Absicht Hitlers zur Demoralisierung der tschecho-slowakischen Staatsführung belegt. Tschechoslowakische Autoren wie Hubert Ripka stellten sich bisher nicht die Frage, weshalb die Begegnung Hitlers mit dem Präsidenten zu so später Stunde begann, oder erklärten dies, wie Theodore Procházka, mit der noch nicht erfolgten Fertigstellung des Abkommens.⁴⁴⁰ Goebbels, Ribbentrop, Keitel, der aus dem Urlaub zurückgekehrte Göring und zahlreiche andere Nationalsozialisten warteten inzwischen in der Reichskanzlei mit „fieberhafter Spannung [...] auf das Ergebnis dieser Unterredung“ (TG, 15.3.1939). „Sie entscheidet über eine wahrhaft geschichtliche Frage, nicht, ob sie gelöst wird, sondern wie sie gelöst wird“ (TG, 15.3.1939), vermerkte Goebbels im Tagebuch und machte so deutlich, daß die Annexion Böhmens und Mährens in jedem Falle erfolgen würde.

Um 1.15 Uhr am frühen 15.März 1939 empfing Hitler endlich den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Emil Hácha und Außenminister Chvalkovský in der Reichskanzlei. Über die Unterredung wurde ein ausführliches Protokoll von Ribbentrops Stabsleiter Walther Hewel angefertigt, das verlässlich Auskunft über den Gesprächsverlauf gibt. Demzufolge eröffnete Hácha das Gespräch mit Worten des Dankes für die Einladung und der Wertschätzung Hitlers „wunderbare[r] Ideen“.⁴⁴¹ Daran anschließend stellte er sich als unpolitischen Menschen vor, der mit der früheren Staatsführung wenig in Berührung gekommen sei und ihr eher ablehnend gegenübergestanden habe. Allein aus patriotischem Pflichtgefühl habe er Ende 1938 die Präsidentschaft übernommen. Er sei nun überzeugt, „daß das Schicksal der Tschechoslowakei in den Händen des Führers läge“, womit er zweifellos Recht hatte, und äußerte, er glaube, „daß das Schicksal in den Händen des Führers gut aufgehoben sei“. Die Loslösung der Slowakei sei eigentlich überfällig gewesen, führte Hácha aus, denn „die Tschechoslowakei sei näher mit Deutschland verwandt als mit der Slowakei“. Das Schicksal seines Volkes bewege ihn am meisten, und er sei der Ansicht, „daß die Tschechoslowakei das Recht habe, ein nationales Leben leben zu wollen“. Er glaube, daß Hitler ihn hierbei verstehe. Selbstverständlich sei hierfür „das beste Verhältnis zu Deutschland“ Voraussetzung, aber der größte Teil seines Volkes teile diese Überzeugung. Lediglich einige Journalisten seien noch „Anhänger des Benesch-Systems“, die jedoch mundtot gemacht würden.

Hitler gab sich zunächst konzilient und drückte sein Bedauern über die Hácha zugemutete Reise aus, erklärte jedoch zugleich, daß diese für die Tschecho-Slowakei „von großem Nutzen sein könnte, da es nur noch Stunden seien, bis Deutschland eingreife“.⁴⁴² Zwar empfinde das „deutsche Volk [...] keinen Haß gegen die

⁴⁴⁰ Vgl. beispielsweise Ripka, Munich, S.378; Procházka, Second Republic, S.138 und S.218, Anm.165.

⁴⁴¹ Aufzeichnung Hewels über Besprechung Hitlers mit Hácha, 15.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok.228, S.229–234. Zur Aufzeichnung Háchas über dieses Gespräch siehe Procházka, Second Republic, S.138–142.

⁴⁴² Aufzeichnung Hewels über Besprechung Hitlers mit Hácha, 15.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok.228, S.229–234.

Tschechoslowakei“, aber umgekehrt sähe es danach aus. Hitler führte Beispiele aus den vergangenen Jahren an, die eine antideutsche Haltung der tschecho-slowakischen Regierung belegen sollten. Er habe sich daher bereits nach der tschechoslowakischen Mobilmachung im Mai 1938 entschlossen, „die Konsequenzen zu ziehen“. Die noch existente Tschecho-Slowakei sei einzig seinem guten Willen zuzuschreiben, denn Großbritannien und Frankreich wären nicht in der Lage gewesen, sich für Prag einzusetzen. Im Herbst 1938 habe er „die letzten Konsequenzen“ nicht ziehen wollen, behauptete Hitler wahrheitswidrig, weil er geglaubt habe, „daß ein Zusammenleben möglich sei“. In aller Deutlichkeit habe er aber Chvalkovský gewarnt, „daß, wenn die Tendenzen Benesch's nicht restlos verschwinden würden, er diesen Staat rücksichtslos zerschlagen würde“. Nun, Monate später, sei noch immer keine Änderung eingetreten, das sehe er an der Presse, der Mundpropaganda, an Entlassungen deutscher Arbeitnehmer, an der angeblich noch immer zu großen Armee und an den Protesten der „Volksdeutschen“. Daher habe er „den Befehl gegeben zum Einmarsch der deutschen Truppen und der Eingliederung der Tschechoslowakei ins Deutsche Reich“. Er wolle, führte Hitler weiter aus, „der Tschechoslowakei die vollste Autonomie und ein Eigenleben geben“, jedoch sei dies „abhängig von der Haltung des tschechischen Volkes und des tschechischen Militärs gegenüber den deutschen Truppen“. Die deutsche Armee sei bereits ausgerückt und erste Widerstände seien gebrochen worden. Um 6.00 Uhr morgens überschreite die Wehrmacht „von allen Seiten“ die tschecho-slowakische Staatsgrenze, die Luftwaffe besetze die Flughäfen. Es gäbe daher nur zwei Möglichkeiten: Entweder käme es zum Kampf, dann würde der „Widerstand mit allen Mitteln mit Brachialgewalt gebrochen“ werden, oder ein Kampf bliebe beiden Seiten erspart, dann wäre an eine Autonomie, ein Eigenleben und eine „gewisse nationale Freiheit“ der Tschechen zu denken. „Er täte dieses alles auch nicht aus Haß, sondern um Deutschland zu schützen“, erklärte Hitler. Hätte die tschecho-slowakische Regierung im September 1938 nicht nachgegeben, betonte Hitler dem Protokoll zufolge, „so wäre das tschechische Volk ausgerottet worden“. Daran hätte ihn niemand gehindert. Er wolle jedoch ein Eigenleben des tschechischen Volkes, was er bei Widerstand aber nicht gewähren könne. In diesem Falle würde die tschecho-slowakische Armee „in zwei Tagen nicht mehr existieren“. Die „Welt würde keine Miene verziehen“. Sodann suggerierte Hitler, es gebe im NS-Regime noch radikalere Kräfte, die unbedingt wollten, „daß die Tschechoslowakei mit Blut niedergerungen würde“. Um dies Hácha deutlich zu machen, habe er ihn nach Berlin gebeten, dies sei „der letzte gute Dienst, den er [Hitler, d.V.] dem tschechischen Volke erweisen könne“. Ein Kampf würde zu Blutvergießen und Haß führen, doch lasse sich dies von Hácha verhindern. „Um 6 Uhr“, betonte Hitler noch einmal, beginne der Einmarsch, bei dem die Wehrmacht absolut überlegen sei. Er rate daher Hácha und Chvalkovský, sich nun zu beraten.⁴⁴³

Der tschecho-slowakische Staatspräsident gab Hitler sogleich zu verstehen, „daß für ihn die Situation völlig klar“ sei und daß „hier jeder Widerstand sinnlos“ sei. Er wisse jedoch nicht, wie er innerhalb von vier Stunden sein Volk vom Wi-

⁴⁴³ Ebenda.

derstand zurückhalten solle. Hitler entgegnete, die „nun rollende Militärmaschine lasse sich nicht aufhalten“, und empfahl eine Kontaktaufnahme mit Prag. Noch einmal wies Hitler auf die mögliche Konsequenz hin, die in der „Vernichtung der Tschechoslowakei“ bestünde. Hácha brachte zum Ausdruck, daß „das heute der schwerste Gang seines Lebens“ sei, bevor er sich mit Chvalkovský zur Beratung zurückzog.⁴⁴⁴

Anschließend führte Hácha eine Unterredung mit Göring und zwei kurze Telefonate mit Ministerpräsident Rudolf Beran und Verteidigungsminister Jan Syrový.⁴⁴⁵ Göring drohte mit der Bombardierung der tschecho-slowakischen Hauptstadt, was einen Schwächeanfall Háchas zur Folge hatte, der durch eine Spritze von Hitlers Leibarzt Theodor Morell kuriert wurde.⁴⁴⁶ Nachdem Hácha sein Bewußtsein wiedererlangt hatte, sprach er mit Chvalkovský und den Mitarbeitern des Auswärtigen Amts die zu unterzeichnenden Dokumente durch. Danach wurde das Gespräch mit Hitler fortgesetzt. Hitler erklärte, ihm liege nicht an einer „Entnationalisierung“ der Tschechen, dies widerspräche der „nationalsozialistischen Ideologie“.⁴⁴⁷ Die Reichsregierung könne „nur wirtschaftlich, militärisch und politisch keinen Gegensatz dulden“. Sein Ziel sei nicht die Vernichtung der tschechischen Wirtschaft, sondern ihre Belebung.

Wenig später, um 3.55 Uhr morgens am 15. März 1939, wurde das Abkommen zwischen Hitler, Hácha und den beiden Außenministern unterzeichnet. Darin heißt es, Hitler habe Hácha und Chvalkovský „auf deren Wunsch in Berlin empfangen“. Nach „einer Prüfung“ der „ernste[n] Lage“ in der bisherigen Tschechoslowakei seien beide Seiten übereingekommen, „daß das Ziel aller Bemühungen die Sicherung von Ruhe, Ordnung und Frieden“ sein müsse. Das Abkommen lautet weiter: „Der tschechoslowakische Staatspräsident hat erklärt, daß er, um diesem Ziele zu dienen und um eine endgültige Befriedung zu erreichen, das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt. Der Führer hat diese Erklärung angenommen und seinem Entschlusse Ausdruck gegeben, daß er das tschechische Volk unter den Schutz des Deutschen Reiches nehmen und ihm eine seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines völkischen Lebens gewährleisten wird“.⁴⁴⁸ Neben dieser Einverständniserklärung zur nationalsozialistischen Annexion wurde Hácha und Chvalkovský auch eine detaillierte Anweisung für das Militär, die Polizei, den Flugverkehr, das Medienwesen, die Wirtschaft und das öffentliche Leben übergeben, die einen schnellen und reibungslosen Vollzug der Okkupation gewährleisten sollte. Auch diese Erklärung, die bereits am 10. oder 11. März 1939 konzipiert

⁴⁴⁴ Ebenda.

⁴⁴⁵ Procházka, *Second Republic*, S. 140.

⁴⁴⁶ Aussage Görings vor dem Internationalen Gerichtshof vom 14.3.1946, in: IMG 9, S. 341; Schmidt, *Statist*, S. 430f.; Keitel, *Mein Leben*, S. 237f.; Meissner, *Staatssekretär*, S. 478; Procházka, *Second Republic*, S. 141.

⁴⁴⁷ Aufzeichnung Hewels über Besprechung Hitlers mit Hácha, 15.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 228, S. 229–234.

⁴⁴⁸ Erklärung der deutschen und der tschecho-slowakischen Regierung, 15.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 229.

worden war, unterschrieben Hácha und Chvalkovský angesichts der überzeugenden militärischen Drohung und der Aussichtslosigkeit eines Widerstandes.⁴⁴⁹

Goebbels, der in „fieberhafter Spannung“ (TG, 15.3.1939) zusammen mit den anderen führenden Nationalsozialisten in der Reichskanzlei ausgeharrt hatte, erfuhr nun sogleich von Hitler von dessen Gespräch mit dem tschecho-slowakischen Staatspräsidenten. In sein Tagebuch notierte er: „Die Verhandlungen werden mit roher Erbitterung geführt.⁴⁵⁰ Hácha fällt einmal in Ohnmacht. Dann Kapitulation auf der ganzen Linie. Sie nehmen mehr an, als wir überhaupt für möglich gehalten hatten. Ohne Bedingungen. Befehl an ihre eigenen Truppen, keinen Widerstand zu leisten. Der Führer ist überglücklich. Das kann er auch sein. Das größte politische Geniestück aller Zeiten. Alles schon unterzeichnet. Der Führer diktiert noch eine Proklamation an das deutsche Volk und einen Befehl an unsere Truppen“ (TG, 15.3.1939). Die Wiedergabe des Verhandlungsverlaufs trifft zu, ebenso der Kollaps Háchas. Interessant ist die Aussage Goebbels', daß Hitler von der vollständigen, bedingungslosen Annahme seiner Forderungen überrascht worden war. Dies war bisher gelegentlich vermutet worden, konnte aber nicht hinreichend belegt werden.⁴⁵¹ Neu dürfte auch die Erkenntnis sein, daß Hitler die Proklamation an das deutsche Volk und den Befehl an die Wehrmacht in den frühen Morgenstunden diktiert hatte.⁴⁵² Bisher wurde angenommen, Hitler habe beides schon vor dem Gespräch abgefaßt.⁴⁵³ Dazu bestand aufgrund der relativ geringen Bedeutung beider Texte – im Gegensatz zu dem „Statut“ des „Protektorats“ oder der Hácha abgenötigten Erklärungen – keine Notwendigkeit.

Goebbels verlas die von Hitler im Morgengrauen eilig diktierte Proklamation um 6.00 Uhr im Rundfunk, bevor er sich „todmüde“, wie er schrieb, schlafen legte (TG, 15.3.1939).⁴⁵⁴ In dieser wurde dem deutschen Volk mitgeteilt, daß sich die nationalen Minderheiten von Prag losgesagt hätten: „Die Tschecho-Slowakei hat damit aufgehört zu existieren“, hieß es in der Proklamation. Erst im Anschluß daran berichtete Goebbels über angebliche zahlreiche „wüste Exzesse“, denen „zahlreiche Deutsche zum Opfer“ gefallen seien. Daher habe Hitler „deutsche Truppen nach Böhmen und Mähren einmarschieren“ lassen, die „die terroristischen Banden und die sie deckenden tschechischen Streitkräfte entwaffnen“ und

⁴⁴⁹ Ebenda, Anlagen 1 und 2; Entwurf in: ADAP, D 4, Dok. 188.

⁴⁵⁰ Im Gegensatz zu Goebbels' Schilderung schrieb der damalige Chef der Präsidialkanzlei Hitlers, Otto Meissner, Staatssekretär, S. 476, in seinen Memoiren über die Begegnung Hitlers mit Hácha: „Die Besprechung mit Hitler [...] verlief – im Gegensatz zu späteren Tendenzmeldungen über heftige Zusammenstöße und brutale Bedrohungen – in Ruhe und in korrekten Formen.“ Weizsäcker hingegen schrieb in seinen Erinnerungen, S. 217, die Verhandlungen seien „eine politische Erpressung“ gewesen.

⁴⁵¹ Vgl. Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1095; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 233f., die sich auf die Nachkriegserinnerungen von Hitlers Sekretärin Christa Schröder beziehen.

⁴⁵² Proklamation Hitlers, 15.3.1939, in: IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 15.3.1939, Bl. 7f.; DDP, Bd. 7/1, Dok. 83a, S. 499f.; sowie Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1095f. Befehl Hitlers an die deutsche Wehrmacht, 15.3.1939, in: IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 15.3.1939, Bl. 8f.; DDP, Bd. 7/1, Dok. 83b, S. 500f.; Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1096.

⁴⁵³ Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1096; Procházka, Second Republic, S. 142.

⁴⁵⁴ Diese Zeitangabe findet sich auch bei Hagemann, Publizistik, S. 384.

die Bürger „in Schutz nehmen“ würden.⁴⁵⁵ Ursprünglich sollte Goebbels, wie er im selben Tagebucheintrag festhielt, die Proklamation um 7.00 Uhr (TG, 15.3.1939), eine Stunde nach Beginn des Einmarsches, verlesen. Angesichts der bedingungslosen Annahme der Forderungen durch Hácha war eine derartige Taktik nicht mehr nötig. Goebbels war nicht nur wegen der gelungenen Erpressung Háchas erleichtert, sondern auch wegen der von Hitler nun noch einmal angekündigten längeren „Ruhepause“, die er „nach der glücklichen Beendigung dieser Aktion“ einlegen wollte. „Das ist auch nötig“, kommentierte Goebbels: „Allmählich machen die Nerven nicht mehr mit“ (TG, 15.3.1939).

6. Die Besetzung Böhmens und Mährens, die Errichtung des „Protektorats“ und der deutsch-slowakische „Schutzvertrag“

Noch in Anwesenheit Háchas und Chvalkovskýs hatte Hitler gegen 3.00 Uhr morgens am 15. März 1939 Keitel den endgültigen Marschbefehl erteilt.⁴⁵⁶ Ab 4.00 Uhr wurde der Einmarsch im Prager Rundfunk mit der Anweisung, keinerlei Widerstand zu leisten, angekündigt.⁴⁵⁷ Zwei Stunden später begann die Besetzung Böhmens und Mährens.⁴⁵⁸ Die einrückenden Verbände der Wehrmacht hatten laut Weisung „erst in der Nacht vor der Grenzüberschreitung ihre Standorte zu verlassen“, um Reaktionen der Gegenseite möglichst zu vermeiden. Aus demselben Grund sollten auch keine Reservisten eingezogen werden, sondern die „Aktion nur mit der Friedenswehrmacht“ durchgeführt werden.⁴⁵⁹ Zwei Heeresgruppen waren beteiligt: Die Heeresgruppe III (Dresden) unter General der Infanterie Johannes Blaskowitz rückte in Böhmen, die Heeresgruppe V (Wien) unter General der Infanterie Wilhelm List in Mähren ein. Blaskowitz und List übernahmen in den zu besetzenden Gebieten die vollziehende Gewalt.⁴⁶⁰ Als Chef der Zivilverwaltung fungierte unterhalb der Heeresleitung Konrad Henlein in Böhmen und Josef Bürckel in Mähren. Trotz Schneeverwehungen und Glatteises scheinen die Verbände des Heeres am ersten Tag ihre Marschziele erreicht zu haben, wie aus einer anerkennenden Mitteilung Hitlers an den Oberbefehlshaber des Heeres,

⁴⁵⁵ Proklamation Hitlers, 15.3.1939, in: IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 15.3.1939, Bl.7f.; DDP, Bd.7/1, Dok.83a, S.499f.; sowie Domarus, Hitler, Bd.2, S.1095f.

⁴⁵⁶ Keitel, Mein Leben, S.237.

⁴⁵⁷ Procházka, Second Republic, S.142.

⁴⁵⁸ Sie ist bislang aufgrund der ungünstigen Quellenlage nicht Gegenstand einer ausführlichen wissenschaftlichen Abhandlung geworden. Vgl. Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen, S.57.

⁴⁵⁹ 2. Nachtrag vom 17.12.1938 zur Weisung vom 21.10.1938, in: IMG 34, Dok.138–C, S.483f.

⁴⁶⁰ Verfügung Hitlers, 15.3.1939, in: IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 15.3.1939, Bl.37, auch in: Domarus, Hitler, Bd.2, S.1096. Die Abgabe der vollziehenden Gewalt an zivile Stellen ordnete Hitler am 25.3.1939 zum 6.4.1939 an; vgl. ADAP, D 6, Dok.9, S.99; Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S.581. Zur Militärverwaltung in den Operationszonen siehe Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen, S.48–62.

Walther von Brauchitsch, hervorgeht.⁴⁶¹ Goebbels erfuhr drei Tage später von Hitler, daß die „Truppen [...] bei Schnee und Kälte wahnsinnige Strapazen zu überwinden“ gehabt hätten, weshalb „der Führer“ deren „Leistungen“ vollauf gelobt habe (TG, 18.3.1939). Vorrangiges Ziel der militärischen Operation war, wie auch Goebbels bekannt war, bereits am ersten Tag um 10.00 Uhr „in Prag“ zu sein (TG, 15.3.1939). Die ersten Vorkommandos erreichten die Prager Burg um 9.15 Uhr.⁴⁶² Ein Grund für diese Eile bestand, wie auch beim „Anschluß“ Österreichs, in der gewünschten Sicherstellung tschechoslowakischer Akten. Ein Sonderbeauftragter Görings hatte die Aufgabe, alle Akten des Chiffrierbüros des Außenministeriums sofort zu beschlagnahmen und zu versiegeln.⁴⁶³ Dennoch gelang es der tschecho-slowakischen Regierung, dem Generalstab, dem Außenministerium und dem Geheimdienst, wichtige Akten zu vernichten oder in Sicherheit zu bringen.⁴⁶⁴ Auch auf wirtschaftlichem Gebiet war Eile geboten, um beispielsweise an die tschecho-slowakischen Goldreserven zu gelangen, ein Ziel, das Göring schon vier Wochen zuvor ausgegeben hatte.⁴⁶⁵

Goebbels beschreibt in seinem Tagebuch den Einmarsch der deutschen Truppen nur in wenigen Sätzen, so wie er auch die Besetzung Österreichs und des Sudetenlandes äußerst knapp vermerkt hatte. Der Ablauf der militärischen Vorgänge lag außerhalb seines Zuständigkeits- und Interessensbereichs: „Der Einmarsch vollzieht sich reibungslos. Nirgendwo sind Zwischenfälle zu verzeichnen. Die Tschechen nehmen die Neuordnung der Dinge ruhig und gefaßt entgegen“ (TG, 16.3.1939), schrieb Goebbels. Er vertrat die Auffassung, daß es „so für alle das Beste“ sei, wodurch er zum Ausdruck brachte, daß er einen Widerstand der tschecho-slowakischen Armee für wenig erfolgversprechend hielt. Zugleich zeigt sich hier seine Erleichterung darüber, daß der Wehrmacht Kampfhandlungen erspart blieben. Angesichts der störungsfreien Besetzung gab Goebbels „Presse

⁴⁶¹ Vgl. Schreiben Hitlers an Brauchitsch, 16.3.1939, in: IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 16.3.1939, Bl.12, auch in: Domarus, Hitler, Bd.2, S.1100f. Keitel, Mein Leben, S.238; Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S.582.

⁴⁶² Vgl. Procházka, Second Republic, S.143; IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 15.3.1939, Bl.18, 20.

⁴⁶³ Telegramm Weizsäckers an die Gesandtschaft Prag, 15.3.1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1199, Bl.447233. Bereits am 16.3.1939 meldete Hencke nach Berlin: „Auftrag ausgeführt. Chiffriermaterial und politisches Archiv vorläufig sichergestellt.“ Telegramm Henckes, 16.3.1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1200, Bl.447284. Auch Hitler selbst besaß großes Interesse an diesen Akten und scheint sie durchgesehen zu haben. Denn drei Monate später erzählte er Goebbels auf dem Obersalzberg, wie dieser überliefert, daß London „Prag gegenüber [...] nur geblufft“ habe: „Das beweisen die von uns beschlagnahmten Akten im tschech. Außenministerium“, TG, 21.6.1939. Ein Teil dieser Akten wurde noch während des Krieges vom NS-Regime mit dem Ziel veröffentlicht, den Nachweis zu liefern, daß die Tschecho-Slowakei stets die „Niederhaltung des Reiches durch die europäischen Großmächte“ im Sinn gehabt habe. Vgl. Berber, Europäische Politik, S.11.

⁴⁶⁴ Procházka, Second Republic, S.142f. und S.220, Anm. 185.

⁴⁶⁵ Schreiben Görings an das A.A., 18.2.1939, in: ADAP, D 4, Dok.170. Ulrich v. Hassell bezeichnete die erfolgreiche Sicherung der Edelmetallbestände in seinem Tagebuch, Eintrag vom 22.3.1939, als „Golddiebstahl“; in: Hiller v. Gaertringen, Hassell-Tagebücher, S.85.

und Rundfunk“ die „Anweisung, weiterhin für Ruhe und Frieden einzutreten“ (TG, 16.3.1939).⁴⁶⁶ „Die Operation ist gelungen“, vermerkte Goebbels glücklich im Tagebuch, da aus „Paris und London [...] keinerlei Reaktionen zu verzeichnen“ gewesen seien (TG, 16.3.1939).⁴⁶⁷ Wenige Zeilen darunter steht geschrieben: „Chamberlain und Halifax reden sich im Unterhaus heraus. Garantie sei noch nicht inkraft getreten. Im Übrigen bedauern sie Versagen des Münchener Abkommens. Sonst Resignation“ (TG, 16.3.1939). Ganz ähnlich lautete ein Bericht Herbert von Dirksens, des deutschen Botschafters in London: „Die von England in München in Aussicht gestellte Garantie der Grenze des tschechoslowakischen Staates wird als noch nicht in Kraft befindlich angesehen, da die Grenze selbst noch nicht endgültig feststünde und Voraussetzung für die britische Garantie die Übernahme einer gleichen Garantie durch die übrigen Unterzeichner des Münchener Abkommens ist“.⁴⁶⁸

Auch über die Okkupation erhielt Goebbels neue Nachrichten: „In Prag alles ruhig. Bisher kein Zwischenfall. Vollste Ordnung. Die Besetzung des ganzen Gebietes ist bis zum späten Abend vollzogen. Ein Meisterstück militärischer Organisation“, schrieb er anerkennend (TG, 16.3.1939). Obgleich der militärische Einmarsch in Böhmen und Mähren bislang nicht hinreichend erforscht ist, scheint Widerstand tatsächlich kaum erfolgt zu sein.⁴⁶⁹ Schon am Morgen hatte das Gruppenkommando in Dresden die Nachricht verbreitet, nach den vorliegenden Meldungen habe „der Vormarsch der Truppen sich bisher überall planmäßig und reibungslos vollzogen mit Ausnahme von Mährisch-Ostrau, wo der gegnerische Kommandant vorübergehend Schwierigkeiten machen wollte“.⁴⁷⁰ In seinem zweiten Tagebucheintrag seit Beginn der Besetzung verzeichnete Goebbels zwar Proteste, aber keinen militärischen Widerstand: „Beim Einmarsch unserer Truppen in Prag hat es doch eine Unmenge von Gegendemonstrationen gegeben. Aber Ernsthaftes ist dabei nicht passiert. Und Prag hat noch zuviele Juden und Marxisten.“

⁴⁶⁶ Sänger berichtete folgende Ausführungen Fritzsches in der Pressekonferenz am 15.3.: „Einigen Zeitungen ist schon vorbeugend mitgeteilt worden, daß es jetzt unzweckmäßig wäre, jetzt noch weiterhin Notiz zu nehmen von den Meldungen über Überfälle auf Deutsche und so weiter.“ In: NS-PrA, Bd.7, Nr.792, 15.3.1939; vgl. auch Hagemann, Publizistik, S 384.

⁴⁶⁷ Der Generalquartiermeister des Heeres schrieb am 14.3.1939 in einem Brief an seine Frau: „Ich glaube, daß nicht viel passieren wird, auch das Ausland hat sich desinteressiert. – Ende der Tschechei!“ Brief abgedr. in: Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S.581.

⁴⁶⁸ Telegramm Dirksens, 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok.220. Zur Garantiefrege siehe auch Laffan, Survey of International Affairs 1938, Vol. III, S.204–216.

⁴⁶⁹ Legationsrat v. d. Heyden-Rynsch notierte am 17.3. nach einem Anruf des OKW über Zwischenfälle beim Heeresgruppenkommando III lediglich drei kleinere Widerstandshandlungen, jedoch ohne Tote, PA/AA, R 29772, Fiche 1200, Bl.447301. Der Generalquartiermeister des Heeres schrieb über den Einmarsch in einem Privatbrief am 17.3.1939, daß dieser „generalstabsmäßig hervorragend geklappt“ habe, und hielt weiter fest: „Passiert ist bis jetzt so gut wie nichts“. Brief abgedr. in: Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S.582.

⁴⁷⁰ Anonyme Aufzeichnung aus dem Büro Weizsäckers über Telefonat mit Botschafter Karl Ritter, z. Zt. Dresden, 15.3.1939, 9.10 Uhr, PA/AA, R 29772, Fiche 1199, Bl.447230.

Die werden wir schon austräuchern“ (TG, 17. 3. 1939).⁴⁷¹ Diese Metapher aus dem Bereich der Ungeziefer-Bekämpfung ist bezeichnend und deutet auf die Radikalisierung des Antisemitismus nach den Novemberpogromen hin.

Während Goebbels an diesem 15. März 1939 die Proklamation Hitlers im Rundfunk verlas, war Hitler, wie auch Goebbels wußte, „bereits zu den Truppen abgereist“ (TG, 16. 3. 1939). Hitler wollte „nach Prag“, wie Goebbels überliefert, „um dort Hacha feierlich die neue Verfassungsurkunde von Böhmen und Mähren zu überreichen“ (TG, 16. 3. 1939). „Damit steht dann dieses Gebiet endgültig unter unserem Protektorat“, schrieb er weiter. Noch am Abend erfuhr Goebbels, daß Hitler „in Prag“ angekommen sei und „Wohnung auf dem Hradschin“ genommen habe (TG, 16. 3. 1939).⁴⁷² Goebbels' Begeisterung war grenzenlos, wie sein Tagebuchnotat belegt: „Das klingt fast wie ein Märchen und ist doch Wahrheit, ganze, volle, beglückende Wahrheit. / In welcher großen Zeit leben wir! / Und welcher Segen, daran mitarbeiten zu dürfen!“ (TG, 16. 3. 1939). Nach seiner Rückkehr erzählte Hitler Goebbels von seinem Eintreffen in Prag, was Goebbels im Tagebuch überliefert: „Auf dem Hradschin war buchstäblich kein Mensch, als er ankam. Die Prager Bevölkerung hat sich ganz neutral verhalten. Mehr kann man ja auch im Augenblick kaum verlangen“ (TG, 20. 3. 1939). Diese Schilderung Hitlers deckt sich mit anderen Quellen: Die tschechische Bevölkerung ging den Besatzern aus dem Weg.⁴⁷³

Am nächsten Tag, 16. März 1939, wurde das Statut des „Protektorats“ in Prag verkündet und Hácha von Ribbentrop, nicht von Hitler selbst, wie zunächst wohl beabsichtigt, übergeben. Bereits am Mittag des 14. März 1939 hatte Hitler das Statut mit Goebbels durchgesprochen, worüber der Propagandaminister im Tagebuch vermerkte: „Wir sprechen das neue Statut für Böhmen und Mähren durch: sie stehen unter Reichsprotektorat. Behalten ihre eigene Verwaltung. Tschechen werden nicht germanisiert⁴⁷⁴, genießen aber den Schutz des Reiches. Militär-, Außen- und Wirtschaftspolitik gemeinsam. Sonst Autonomie. Das ist eine klare Aufteilung. So wird es auch im Ganzen werden. Einzelheiten werden vielleicht noch abgeändert“ (TG, 15. 3. 1939). Daß die Ausarbeitung des Statuts noch in Berlin und bis 14. März erfolgte, ist eine neue Erkenntnis.⁴⁷⁵ Noch interessanter ist ein anderes Detail der neuen „Verfassung“ Böhmens und Mährens, das sich aus einem Tagebucheintrag vom 17. März ersehen läßt: „Ribbentrop verliert vom Hradschin aus das neue Statut von Böhmen und Mähren. Es ist fast ganz so geblieben,

⁴⁷¹ Zu den folgenden antijüdischen Maßnahmen in Böhmen und Mähren siehe Oprach, Nationalsozialistische Judenpolitik im Protektorat.

⁴⁷² Siehe hierzu Procházka, Second Republic, S. 144f.; Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 234f.

⁴⁷³ Procházka, Second Republic, S. 144.

⁴⁷⁴ Diese Bemerkung verdeutlicht, daß Hitler nicht Völker, sondern nur Boden für germanisierbar hielt; vgl. Wirsching, „Man kann nur Boden germanisieren“, S. 517–550.

⁴⁷⁵ Procházka, Second Republic, S. 144f., hatte unter Berufung auf Nachkriegsaussagen der Beteiligten geschrieben, Hitler habe mehrere Rechtsexperten mit nach Prag genommen, denen nur wenige Stunden geblieben seien, um das Statut zu entwerfen. Mastný, Design or Improvisation, S. 149, nannte als Datum der Ausarbeitung den 15. 3. 1939. Auch Neliba, Frick, S. 300, nahm an, das Statut sei erst am 15./16. 3. 1939 in Prag ausgearbeitet worden.

wie der Führer es in Berlin plante: Reichsprotektorat. Nur bleiben Böhmen und Mähren zusammen. Eine außerordentlich klare und glückliche Lösung“ (TG, 17. 3. 1939), fand Goebbels. Hitler hatte also zunächst geplant, zwei Protektorate zu errichten, also Böhmen und Mähren zu trennen. Andernfalls ergäbe die Notiz Goebbels', daß „Böhmen und Mähren“ nun doch „zusammen“ blieben (TG, 17. 3. 1939), keinen Sinn.

Weniger deutlich hatte Goebbels dies schon bei seinem ersten Eintrag zum Ausdruck gebracht, als er schrieb, „sie stehen unter Reichsprotektorat“, was sich auf die Länder Böhmen und Mähren bezog. Auch hatte Goebbels festgehalten, daß sie „ihre eigene Verwaltung“, also ihre jeweils bestehenden Landesverwaltungen in Prag und Brünn, behalten würden (TG, 15. 3. 1939), was ebenfalls auf die geplante Errichtung zweier Protektorate hindeutet. Die Annahme, Goebbels könnte sich hier getäuscht haben, ist auszuschließen, da er dies in einem persönlichen Gespräch mit Hitler erfahren hatte, und Hitler ihm nicht nur vom Statut erzählt zu haben scheint, sondern es mit ihm, wie Goebbels schrieb, durchgesprochen habe, es ihm möglicherweise auch vorlas. Die Aufteilung des böhmisch-mährischen Raumes in zwei Protektorate hätte zudem eine noch stärkere Schwächung Prags bedeutet, auch deshalb ist diese Absicht keinesfalls unwahrscheinlich. Eine weitere Bestätigung dieser Annahme liefert eine Aufzeichnung Weizsäckers über ein Gespräch mit Attolico am Vormittag des 15. März, also vor der Verkündung der neuen „Verfassung“ durch Ribbentrop in Prag. Auf die Frage nach dem Ausmaß der Autonomie, die das NS-Regime der „Resttschechei“, wie Weizsäcker schrieb, geben würde, erklärte der Staatssekretär seiner Notiz zufolge: „Ich habe Attolico gesagt, ich glaubte kaum, daß man von einer Resttschechei sprechen könne. Vielleicht würde dieses Gebiet künftig in zwei Länder, Böhmen und Mähren, zerfallen.“⁴⁷⁶ Auch Weizsäcker war also über den ursprünglichen Plan informiert, die „Resttschechei“ völlig zu zerschlagen, indem zwei Protektorate geschaffen werden sollten.⁴⁷⁷ Tatsächlich ist in den Akten des Auswärtigen Amtes ein Entwurf für die Schaffung zweier Protektorate überliefert. Darin heißt es: „Das Land Böhmen mit der Hauptstadt Prag und das Land Mähren mit der Hauptstadt Brünn treten als voneinander unabhängige Reichsprotektorate unter die Garantie und den Schutz des Deutschen Reiches“.⁴⁷⁸

⁴⁷⁶ Aufzeichnung Weizsäckers über Gespräch mit Attolico, 15. 3. 1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1199, Bl. 447237.

⁴⁷⁷ Auch den Militärs war offenbar bekannt, daß zunächst beabsichtigt worden war, Böhmen und Mähren staatsrechtlich zu trennen. Der Generalquartiermeister des Heeres, Eduard Wagner, hatte in einem Brief an seine Frau am Abend des 15. 3. 1939 geschrieben: „Mähren behalten wir [...], Böhmen wird ein souveräner Staat (beschränkte Souveränität)“. Brief abgedr. in: Wagner, Besetzung der Tschechoslowakei, S. 582.

⁴⁷⁸ „Die Reichsregierung“, so der 2. Artikel des Entwurfs, „bestellt als ihren Vertreter in Prag und Brünn je einen Generalresidenten (Reichskommissar, Gouverneur, Landesmarschall?). Die beiden Reichsprotektorate werden in Berlin bei der Reichsregierung durch je einen Gesandten vertreten.“ Artikel 3 lautet: „Die beiden Reichsprotektorate werden von selbstgewählten, vom Generalresidenten zu bestätigenden Regierungen verwaltet, und sie erhalten eine Verfassung, die ihnen auf allen Gebieten eine völlig autonome Entwicklung ihres völkischen Lebens gewährleistet.“ Artikel 4: „Die Wahrnehmung der auswärtigen Interessen der Reichsprotektorate gegenüber dritten Ländern

Die von Ribbentrop am 16. März 1939 um 13.00 Uhr bekanntgegebene neue „Verfassung“ für das „Protektorat“, die das Ende des tschecho-slowakischen Staates bedeutete, bestand juristisch gesehen in einem Erlaß Hitlers. In diesem wurde in einer langen Einführung versucht, die Zugehörigkeit Böhmens und Mährens zum Deutschen Reich zu begründen. Er begann mit den Worten: „Ein Jahrtausend lang gehörten zum Lebensraum des deutschen Volkes die böhmisch-mährischen Länder“.⁴⁷⁹ Diese seien durch „Gewalt und Unverstand [...] aus ihrer alten, historischen Umgebung willkürlich gerissen“ worden, was eine deutliche Kritik an den Vätern der Pariser Vorortverträge nach Ende des Ersten Weltkrieges bedeutete. Das Deutsche Reich, heißt es darin weiter, habe „in seiner tausendjährigen geschichtlichen Vergangenheit bereits bewiesen, daß es dank sowohl der Größe als auch der Eigenschaften des deutschen Volkes allein berufen“ sei, Gestalter einer „vernünftigen, mitteleuropäischen Ordnung“ zu sein. Die Details des Statuts – „Reichsprotektorat“, „Schutz“ durch das Reich, eigene Verwaltung, Autonomie, gemeinsame „Militär-, Außen- und Wirtschaftspolitik“ –, die Goebbels von Hitler selbst in Berlin erfahren hatte, sind alle Bestandteil des Entwurfs⁴⁸⁰ und des schließlich veröffentlichten, in 13 Artikel untergliederten Erlasses: In Artikel 1 war festgelegt worden, daß die „von den deutschen Truppen im März 1939 besetzten Landesteile der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik [...] von jetzt ab zum Gebiet des Großdeutschen Reiches“ gehören und „als ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ unter dessen Schutz“ treten.⁴⁸¹ Artikel 3 bestimmte: „Das Protektorat Böhmen und Mähren ist autonom und verwaltet sich selbst“. Allerdings wurde nach Artikel 5 als „Wahrer der Reichsinteressen“ ein „Reichsprotektor in Böhmen und Mähren“ vom „Führer und Reichskanzler“ eingesetzt. Dieser „Reichsprotektor“ war „Vertreter des Führers und Reichskanzlers“ und sollte im „Protektorat“ „für die Beachtung der politischen Richtlinien des Führers und Reichskanzlers sorgen“. Die Mitglieder der Regierung des „Protektorats“ bedurften der „Bestätigung“ durch den Reichsprotektor, der diese zurücknehmen konnte. Der Reichsprotektor konnte nicht nur gegen Maßnahmen der Regierung „Einspruch einlegen“, sondern auch „notwendige Anordnungen treffen“. Auch gegen Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsmaßnahmen und Gerichtsurteile konnte er Widerspruch einlegen, was zur Aussetzung der Rechtsakte führte. Artikel 6 des Erlasses regelte die Wahrnehmung der „auswärtigen Angelegenheiten des Protektorats“ durch „das Reich“, was bedeutete, daß sich die bisherigen diplomatischen Vertretungen der Tschecho-Slowakei mit sofortiger Wirkung den deutschen Missionen zu unterstellen

obliegt dem Deutschen Reich.“ Vgl. anonyme, nicht datierte Aufzeichnung aus den Akten des Staatssekretärs, PA/AA, R 29772, Fiche 1200, Bl. 447271–273, hier Bl. 447271 f. Auf dieses Dokument wies erstmals und einzig Mastný, *Design or Improvisation*, S. 149, hin, wenngleich ihm Hitlers Kenntnis davon unbekannt war.

⁴⁷⁹ Erlaß des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren, 16. 3. 1939, RGBl. 1939, Teil I, S. 485–488, hier S. 485.

⁴⁸⁰ Anonyme Aufzeichnung o. D. aus den Akten des Staatssekretärs, PA/AA, R 29772, Fiche 1200, Bl. 447271–273.

⁴⁸¹ Erlaß des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren, 16. 3. 1939, RGBl. 1939, Teil I, S. 485–488.

hatten.⁴⁸² Artikel 7 beinhaltete den „militärischen Schutz“ des „Protektorats“ durch das Reich, der das NS-Regime zur Errichtung von „Garnisonen und militärische[n] Anlagen“ berechnete. Artikel 9 bestimmte die Eingliederung des „Protektorats“ in das deutsche „Zollgebiet“ und unterstellte es der deutschen „Zollhoheit“.⁴⁸³ Daneben wurde nun zwischen den deutschstämmigen Reichsbürgern des „Protektorats“ mit bürgerlichen Rechten und den „übrigen Bewohner[n]“ unterschieden, die „Staatsangehörige des Protektorats“ wurden und infolgedessen kaum Rechte besaßen (Art. 2). Das Reich war auch berechnigt, „Rechtsvorschriften mit Gültigkeit für das Protektorat“ zu erlassen, „Verwaltungszweige in [die] eigene Verwaltung“ zu übernehmen, neue Behörden einzurichten und generell „die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen“ zu treffen (Art. 11).

Zum „Reichsprotektor für Böhmen und Mähren“ wurde am 18. März der frühere Reichsaußenminister Konstantin von Neurath „ernannt“, was auch Goebbels im Tagebuch vermerkte (TG, 19. 3. 1939). Goebbels hielt dies für „eine ausgezeichnete Lösung“ und begründete es folgendermaßen: „Neurath ist klug, wenn nötig hart, diplomatisch geschult und im Bedarfsfall sehr verbindlich. Er hat eine schwere Aufgabe, wird sie aber zweifellos meistern“ (TG, 19. 3. 1939). Es überrascht, daß Goebbels nicht das Argument anführte, die Wahl Neuraths habe der Welt, vor allem den Westmächten, suggerieren sollen, dem „Protektorat“ gegenüber würde künftig eine gemäßigte Politik betrieben werden. Die Mitwirkung an dieser angeblichen Verschleierung war Neurath vor dem Nürnberger Gerichtshof vorgeworfen worden.⁴⁸⁴ Tatsächlich scheint Hitler, worauf eine Vielzahl von Tagebuchnotaten in dieser Phase hindeutet, auf die Westmächte kaum mehr Rücksicht

⁴⁸² In einem Rundtelegramm an alle diplomatischen Missionen des Deutschen Reichs schrieb Weizsäcker am 15. 3. 1939: „Für Morgen, Donnerstag 16. März, ist eine voraussichtlich durch Rundfunk zu verbreitende Proklamation des Führers zu erwarten, wonach der bisherige tschecho-slowakische Auswärtige Dienst aufhört und in deutsche Hände übergeht. Ich bitte Sie, sobald diese Rundfunkmitteilung dort aufgenommen wird oder von hier entsprechende Weisung ergeht, sich sofort mit den dortigen tschecho-slowakischen Missionschefs, sofern ein solcher vorhanden ist, in Verbindung zu setzen und analog dem vorjährigen Verfahren bei der Eingliederung Österreichs sich von ihm die ihm unterstehende Behörde übergeben zu lassen. Größter Wert wird darauf gelegt, daß vor allem das gesamte politische und geheime Material übergeben und sichergestellt wird.“ PA/AA, R 29772, Fiche 1199, Bl. 447263. Am 16. 3. 1939 meldete Hencke an das A.A., Chvalkovský habe die tschechischen Missionen im Ausland an diesem Tag angewiesen, „sich deutschen Missionen zu unterstellen, Weisungen auszuführen, insbesondere alle Akten zur Verfügung zu stellen.“ Telegramm Henckes, 16. 3. 1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1200, Bl. 447285. Vorausgegangen war eine „Anregung“ Weizsäckers am selben Tag, Chvalkovský möge dies tun; vgl. ADAP, D 6, Dok. 5.

⁴⁸³ Erlaß des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren, 16. 3. 1939, RGBl. 1939, Teil I, S. 485–488.

⁴⁸⁴ Die Anklage in Nürnberg hatte Neurath vorgeworfen, wie dessen Verteidiger rekapitulierte, sich mit seinem in Diplomatenkreisen geachteten Ruf zur Verfügung gestellt zu haben, um der Welt vorzutäuschen, „die Tschechen sollten maßvoll behandelt werden, während das Gegenteil der Fall sein sollte“. Neurath hingegen behauptete während des Prozesses, Hitler habe ihm gesagt, er solle versuchen, „die Tschechen mit dem neuen Zustand zu versöhnen“ und die „deutsche Bevölkerung vor Ausschreitungen zurückhalten“. Aussagen Otto v. Lüdinghausens und Konstantin v. Neuraths vom 24. 6. 1946, in: IMG 16, S. 717f.

genommen zu haben.⁴⁸⁵ Beachtenswert ist auch die Charakterisierung Neuraths durch Goebbels als „wenn nötig hart“, die dem lange Zeit vorherrschenden Bild Neuraths widerspricht. Wenige Monate später relativierte Goebbels diese Aussage jedoch, indem er an Neurath kritisierte, daß dieser „einmal allzu scharf, einmal allzu nachgiebig“ (TG, 14. 6. 1939) sei und „weich, wenn er hart, und hart, wenn er weich sein müßte“ (TG, 17. 6. 1939).

Die Errichtung des „Protektorats“ brachte auch für Goebbels neue Aufgaben mit sich, nämlich die Förderung der deutschen Kultur in Böhmen und Mähren sowie die Kontrolle über die tschechische Kultur. Wenige Tage nach der Gründung des „Protektorats“ erörterte Goebbels mit Max Amann die Frage der dortigen Presse. Sie vereinbarten den Kauf „deutsch-geschriebene[r] Blätter“ und die „Kontrolle“ der tschechischen Zeitungen (TG, 21. 3. 1939). Zugleich war Goebbels auch mit „Filmfragen“ befaßt und mit der Entscheidung, was sie in dieser Angelegenheit „mit Prag machen sollen“ (TG, 21. 3. 1939). „Wir müssen natürlich eine Reihe von tschechischen Filmen drehen“, schrieb Goebbels. Andererseits kamen ihm die „Ateliers in Prag“ gerade recht für die Produktion deutscher Filme (TG, 21. 3. 1939). Am 21. März besprach Goebbels mit Hitler die Kulturangelegenheiten des „Protektorats“, worüber er im Tagebuch festhielt: „Die tschechische Kultur überlassen wir sich selbst. Wir pflegen nur die deutsche Kultur. Die Filmateliers soll ich aufkaufen und vielleicht eine Prager Zeitung“ (TG, 23. 3. 1939). Anschließend kamen sie auf die Politik zu sprechen, die dem „Protektorat“ gegenüber künftig betrieben werden sollte: „Wir werden den Tschechen, wenn sie sich loyal verhalten, weit entgegenkommen. Sie müssen immer noch etwas zu verlieren haben“ (TG, 23. 3. 1939). Exakt diese Strategie vermittelte Hitler später dem stellvertretenden Reichsprotektor K. H. Frank: Man müsse „mit der tschechischen Angst, die Autonomie zu verlieren“, so Frank, „ständig politisch operieren“.⁴⁸⁶

Nach dem Ausbleiben des slowakischen Gesuchs nach Schutz durch das Deutsche Reich am 14. März wurde die westliche Slowakei bis zu den Kleinen Karpaten/Waagtal gleichzeitig mit Böhmen und Mähren von der Wehrmacht am Morgen des folgenden Tages besetzt. Als Reaktion darauf bewirkten die germanophilen Vertreter der Slowakei, vor allem Vojtěch Tuka und Ferdinand Ďurčanský, die Absetzung von Ministerpräsident Karol Sidor. Über verschiedene Kanäle, Josef Bürckel, Franz Karmasin und andere, wurde der slowakischen Regierung zudem nahegelegt, nun unverzüglich das mit Ribbentrop vereinbarte Telegramm nach Berlin zu senden. Nicht zuletzt aufgrund der Hoffnung, die Besetzung der Westslowakei rückgängig machen zu können, sandte Tiso noch am Abend des 15. März das Schutzgesuch an Hitler ab.⁴⁸⁷ Hitler bestätigte in seinem Antworttelegramm am 16. März lediglich den Empfang des Gesuchs und sicherte zu, „den Schutz des

⁴⁸⁵ Vgl. beispielsweise TG, 18. 3. 1939.

⁴⁸⁶ Protokoll Franks über Unterredung mit Hitler, 11./12. 10. 1940, zit. nach: Küpper, Frank, S. 133f.

⁴⁸⁷ Hoensch, Die Slowakei, S. 335–337.

slowakischen Staates“ zu übernehmen.⁴⁸⁸ Von einer Garantie der territorialen Unversehrtheit, die in Berlin mit Tiso besprochen worden war, war nun keine Rede mehr. Allerdings hatte Hitler gegenüber Tiso gedroht, würde die Slowakei zögern, so überließe er sie ihrem Schicksal. Auch hatte er gesagt, das Deutsche Reich sei östlich der Karpathen nicht interessiert – womit er gleichzeitig zum Ausdruck gebracht hatte, daß die Westslowakei westlich der Karpathen durchaus im national-sozialistischen Interessensbereich lag.⁴⁸⁹

Goebbels hielt in seinem Tagebuch nur den Inhalt des Telegrammwechsels Tisos mit Hitler fest, so wie er ihn auf dem Dienstweg erfahren hatte:⁴⁹⁰ „Die Slowakei bittet den Führer, sie in seinen Schutz zu nehmen. Das geht gegen Ungarn. Der Führer übernimmt diesen Schutz“ (TG, 17. 3. 1939). Wie es dazu kam, daß dieses Hilfsgesuch doch abgesandt wurde, vermerkte Goebbels nicht. Ebensowenig notierte er das Ausbleiben einer Grenzgarantie, über die er vermutlich auch anlässlich des Tiso-Besuchs nicht informiert worden war. Die Bemerkung Goebbels', die Übernahme des „Schutzes“ gehe „gegen Ungarn“, bezieht sich auf die Grenzverletzungen, die die ungarische Armee seit 14./15. März in der Ost-Slowakei begangen hatte.⁴⁹¹ Mehr hatte Goebbels zunächst nicht in Erfahrung gebracht. Er wußte zwar nach einem Telefonat mit Hitler, daß dieser von Prag über Brünn kommend „noch einen Abstecher nach Wien“ machen wollte (TG, 18. 3. 1939), aber er notierte keinen Grund hierfür.

In Wien stieß Hitler zu den Verhandlungen, die Wilhelm Keppler und die Rechtsexperten des Auswärtigen Amtes mit der slowakischen Regierung führten, um den vom Reich gewährten „Schutz“ und die daran geknüpften Bedingungen zu kodifizieren. Das Ergebnis der zähen Verhandlungen war der „Vertrag über das Schutzverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und dem Slowakischen Staat“. Tuka und Ďurčanský unterzeichneten den Vertrag sofort nach Abschluß am 18. März, Tiso am folgenden Tag. Das NS-Regime zögerte jedoch die Inkraftsetzung hinaus, da zwischenzeitlich erwogen worden war, die Slowakei doch als „Handelsobjekt“⁴⁹² zu benutzen, und zwar vor allem gegenüber Polen, um Danzig dem Reich anzuschließen und einen exterritorialen Korridor durch den Korridor nach Ostpreußen zu erreichen.⁴⁹³ Aber hierbei handelte es sich um politisch-diplomatische Verhandlungen, mit denen Hitler in der Regel Ribbentrop und

⁴⁸⁸ Anonyme Notiz aus dem Büro des Staatssekretärs zur Weiterleitung an das DNB, o.D., PA/AA, R 29772, Fiche 1199, Bl. 484475; siehe auch Rundtelegramm Weizsäckers, in dem er die Telegramme notifizierte, 16. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 10.

⁴⁸⁹ Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Tiso, 13. 3. 1939, in: ADAP, D 4, Dok. 202.

⁴⁹⁰ Dieser Telegrammwechsel wurde am 16. 3. 1939 um 14.40 Uhr über DNB verbreitet. IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 16. 3. 1939, Bl. 22.

⁴⁹¹ Hoensch, *Der ungarische Revisionismus*, S. 269.

⁴⁹² Vermerk über Mitteilungen Hitlers an Brauchitsch betr. Hitlers politische und militärische Pläne vom 25. 3. 1939, in: IMG 38, Dok. 100-R, S. 275.

⁴⁹³ Vgl. Aufzeichnung Ribbentrops über Gespräch mit Lipski, 21. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 61; Telegrammentwurf Ribbentrops an Lipski, [23]. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 73; Aufzeichnung Ribbentrops über Unterredung mit Lipski, 26. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 101; Tagebucheintrag Weizsäckers vom 27. 3. 1939, in: Hill, *Weizsäcker-Papiere, 1933–1950*, S. 152f.

Göring betraute – und nicht Goebbels. Allerdings scheint Göring die bevorstehenden Verhandlungen in Gegenwart von Goebbels vermutlich aus Unachtsamkeit erwähnt zu haben, als sie zusammen auf die Rückkehr Hitlers am Görlitzer Bahnhof warteten, wie folgender Tagebucheintrag des Propagandaministers zeigt: „Göring teilt schon die Slowakei auf. Er ist prachtvoll. Wir müssen mindestens Währungsunion mit ihr haben. Aber Protektorat? Ich glaube nein“ (TG, 20. 3. 1939). Da sich die polnische Regierung auf diesen Handel jedoch nicht einzulassen schien,⁴⁹⁴ unterzeichnete Ribbentrop schließlich am 23. März 1939 den „Schutzvertrag“ mit der slowakischen Regierung.⁴⁹⁵ Hiervon erfuhr Goebbels wahrscheinlich wieder auf dem Dienstweg, da die wesentlichen Vertragsinhalte auch in der Presse „auf der ersten Seite“ veröffentlicht werden sollten.⁴⁹⁶ Das zeitgleich mit dem „Schutzvertrag“ in Kraft getretene vertrauliche Protokoll über die Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Finanzfragen, das eine Ausrichtung der slowakischen Agrar- und Industrieproduktion an den deutschen Bedürfnissen zum Inhalt hatte, erwähnte Goebbels nicht im Tagebuch.⁴⁹⁷ Zwar sollte die Reichsregierung gemäß Vertragstext des „Schutzvertrages“ „den Schutz der politischen Unabhängigkeit des Slowakischen Staates“ übernehmen, doch das Gegenteil war der Fall, wie Goebbels korrekt im Tagebuch festhielt. Denn die Slowakei wurde verpflichtet, „ihre Außenpolitik stets im engen Einvernehmen mit der Deutschen Regierung zu führen“. Zudem übte die Wehrmacht in der de facto besetzten Westslowakei die Hoheitsrechte aus und kontrollierte das slowakische Militär. Im Vertrag war auch geregelt, daß die slowakische Regierung „ihre eigenen militärischen Kräfte im engen Einvernehmen mit der deutschen Wehrmacht organisieren“ mußte. Dies sollte, wie auch Goebbels bekannt war, für zunächst 25 Jahre gelten.⁴⁹⁸ Er schrieb über den „Schutzvertrag“ in sein Tagesbuch: „Wir haben einen Vertrag mit der Slowakei abgeschlossen. Auf 25 Jahre. Mit dem Recht, militärische Anlagen zu bauen. Sehr weitgehend. Zwar kein Protektorat, aber vollkommene Abhängigkeit. Die Ungarn sind über die slowakische Grenze vorgegangen. [...] Aber uns kann's egal sein“ (TG, 25. 3. 1939). Auch Goebbels nahm also keinen Anstoß an den ungarischen Grenzverletzungen gegenüber dem slowakischen Staat, den das Deutsche Reich zu garantieren versprochen hatte, und die vom NS-Regime wenig später anerkannt wurden. Die Slowakei hatte mit der Zerschlagung des tschecho-slowakischen Staates in den Augen der Nationalsozialisten ihren Zweck erfüllt; ihre Autonomie verhinderte zudem eine territoriale Ausdehnung Polens oder Ungarns – darüber hinaus war sie für das NS-Regime vorerst kaum von Interesse.

⁴⁹⁴ Vgl. Aufzeichnung Ribbentrops über Gespräch mit Lipski, 21. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 61.

⁴⁹⁵ Vertrag über das Schutzverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und dem Slowakischen Staat, 23. 3. 1939, RGBl. 1939, Teil II, S. 607.

⁴⁹⁶ DNB-Rundruf, 23. 3. 1939, 18.00 Uhr, in: NS-PrA, Bd. 7, Nr. 911.

⁴⁹⁷ Das Protokoll ist abgedr. in: ADAP, D 6, Dok. 40, S. 36–38.

⁴⁹⁸ Vertrag über das Schutzverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und dem Slowakischen Staat, 23. 3. 1939, RGBl. 1939, Teil II, S. 607.

7. Folgen der Errichtung des „Protektorats“ und die weitere Entwicklung im Frühjahr 1939

Von der Annexion Böhmens und Mährens zum „Anschluß“ des Memellandes

Die direkten und indirekten Folgen der Ereignisse vom 14./15. März 1939 sind zahlreich und zum Teil von langfristiger Wirkung, so daß im folgenden eine Beschränkung auf einige wenige zentrale Aspekte erfolgt.⁴⁹⁹ Die Besetzung Böhmens und Mährens, Hitlers Reise nach Prag und Brünn sowie die Errichtung des „Protektorats“ hatten für Goebbels zunächst zur Konsequenz, daß er wieder, wie nach dem „Anschluß“ Österreichs und des Sudetenlandes, einen „triumphalen Empfang“ für Hitler vorzubereiten hatte (TG, 17. 3. 1939), also die propagandistische Ausschlichtung des Gewaltaktes bewerkstelligte. Goebbels arbeitete hierfür das „Programm“ (TG, 17. 3. 1939) aus, schrieb „einen Aufruf an die Stadt Berlin“ (TG, 18. 3. 1939),⁵⁰⁰ organisierte dessen Druck „in 1 Million Exemplaren“ (TG, 19. 3. 1939) und inspizierte wenige Stunden vorab die Vorbereitungen (TG, 20. 3. 1939). Bei seiner Ankunft am 19. März um 19.30 Uhr am Görlitzer Bahnhof wurde Hitler vom Reichskabinett begrüßt; Göring hielt eine Ansprache.⁵⁰¹ Auch Goebbels war dabei und berichtet, daß „alle aufs Tiefste ergriffen“ gewesen seien und Göring „mit Tränen in den Augen“ geredet habe (TG, 20. 3. 1939). Anschließend fand ein Triumphzug durch das illuminierte Berlin statt, der am Wilhelmplatz endete, wo Tausende trotz „Schnee und Kälte“, wie Goebbels im Tagebuch betonte, Hitler zujubelten (TG, 20. 3. 1939).

Ungarn hatte die Sztójay übermittelte Aufforderung Hitlers vom 12. März sogleich in die Tat umzusetzen begonnen. Bereits am 14. März waren erste Stoßtrupps über die Grenzen der Karpatho-Ukraine und auch der Ost-Slowakei vorgedrungen.⁵⁰² Am selben Tag stellte Budapest der tschecho-slowakischen Zentralregierung ein auf zwölf Stunden befristetes Ultimatum, das u. a. den Rückzug des Militärs aus der Karpatho-Ukraine verlangte.⁵⁰³ Dieses Ultimatum, das weitgehend von der Regierung Beran akzeptiert wurde, erwähnte Goebbels nicht im Tagebuch, aber ein zweites, das an die karpatho-ukrainische Regierung gerichtet war: „Ungarn hat an die Karpatho-Ukraine ein Ultimatum gerichtet. Aber seine militärischen Leistun-

⁴⁹⁹ Vgl. beispielsweise Broszat, Die Reaktion, S. 253–280; Procházka, Second Republic, S. 147–153; Newman, March 1939; Weinberg, The Foreign Policy. Starting World War II, S. 535–627.

⁵⁰⁰ Der Aufruf von Goebbels vom 18. 3. 1939 angesichts der „Entscheidung von geschichtlicher Bedeutung“ enthielt eine Reihe von Imperativen: „Heraus auf die Straße! [...] Beflaggt und schmückt Eure Häuser. Kein Fenster ohne Hakenkreuzfahne!“ IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 18. 3. 1939, Bl. 27f.

⁵⁰¹ Göring sprach „namens des ganzen deutschen Volkes“ folgenden „Schwur“: „das Gewaltige, das Große, das Sie mit einzigartiger Tapferkeit geschaffen haben, nie mehr zu lassen, mag kommen, was kommen will.“ Zit. nach Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1103.

⁵⁰² Nach Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 261f., 269, geschah dies in der Ost-Slowakei unbeabsichtigt.

⁵⁰³ Vgl. ADAP, D 4, Dok. 217; DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 243, 253; DIMK, Vol. 3, Dok. 423, 434.

gen sind gleich Null. Unsere Waffenbrüder. / [...] / Die Ungarn kommen nicht vorwärts. Karpatho-Ukraine lehnt ihr Ultimatum ab.⁵⁰⁴ Für Budapest eine unangenehme Situation“ (TG, 16.3.1939). In dem Ultimatum an den ruthenischen Ministerpräsidenten Avhustyn Vološyn forderte Budapest die widerstandslose Machtübergabe an die einrückenden ungarischen Truppen.⁵⁰⁵ Nachdem weder die Reichsregierung den Hilfsgesuchen der karpatho-ukrainischen Regierung⁵⁰⁶ nachgekommen war noch Verhandlungen Chusts mit Budapest zum Erfolg führten,⁵⁰⁷ floh Vološyn mit einem Teil seines Kabinetts nach Rumänien und rief die Regierung in Bukarest zur Okkupation seines Landes auf, was diese jedoch zurückwies.⁵⁰⁸ Diese Entwicklung vermerkte Goebbels im Tagebuch ebenso erstaunt wie spöttisch: „Die Nachrichten aus der Karpatho-Ukraine fangen bald an lächerlich zu werden. Woloschin⁵⁰⁹ ist auf rumänisches Gebiet übergetreten und hat sein Land Rumänien geschenkt. Das ist auch ein Ding!“ (TG, 17.3.1939).

Schon vor diesem Schritt Vološyns hatte die rumänische Regierung Budapest signalisiert, daß sie bei der Annexion Rutheniens auch durch kleinere territoriale Gewinne berücksichtigt zu werden wünsche.⁵¹⁰ Da sich die ungarische Regierung weigerte, einen Teil der Karpatho-Ukraine an Rumänien abzutreten, traten erhebliche Spannungen zwischen Budapest und Bukarest auf, die auch zu Teilmobilisierungen auf beiden Seiten führten und erst Mitte April 1939 wieder entschärft wurden.⁵¹¹ Genau wie das NS-Regime es zu tun pflegte, begründete die ungarische Regierung die Besetzung der Karpatho-Ukraine mit angeblich chaotischen Zuständen und dem notwendig gewordenen Schutz der eigenen Minderheit.⁵¹² Zudem ließ die ungarische Regierung verlautbaren, die „Massen und Führer des ruthenischen Volkes“ hätten sich an sie gewandt und um Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung gebeten.⁵¹³ Die vollständige Besetzung der Karpatho-Ukraine durch ungarische Truppen war trotz kleinerer Widerstände der ruthenischen Sič-Freischärler am 18. März 1939 abgeschlossen, am 20. März wurde sie der Reichsregierung notifiziert.⁵¹⁴ Damit war die Desintegration des tschecho-slowakischen Staates abgeschlossen.

⁵⁰⁴ Tatsächlich hatte die karpatho-ukrainische Regierung das Ultimatum „weder angenommen noch abgelehnt“; Telegramm Hamilkar Hofmanns, Chust, 16.3.1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1199, Bl. 484476.

⁵⁰⁵ Vgl. DIMK, Vol. 3, Dok. 439.

⁵⁰⁶ Vgl. ADAP, D 4, Dok. 218, 230, 235–237.

⁵⁰⁷ DIMK, Vol. 3, Dok. 445f.; ADAP, D 4, Dok. 243; Honesch, *Der ungarische Revisionismus*, S. 262.

⁵⁰⁸ Telegramme Hamilkar Hofmanns, Konsulat Chust, 15.3.1939 und 16.3.1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1199, Bl. 447261, 484476; Telegramm Wilhelm Fabricius', deutscher Gesandter in Rumänien, 16.3.1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1200, Bl. 447276; DIMK, Vol. 3, Dok. 472.

⁵⁰⁹ Vološyn.

⁵¹⁰ Vgl. DIMK, Vol. 3, Dok. 450, 452; ADAP, D 4, Dok. 240; ADAP, D 6, Dok. 2.

⁵¹¹ Vgl. Hoensch, *Der ungarische Revisionismus*, S. 271–276.

⁵¹² Vgl. ebenda, S. 277. Noch in seinen Memoiren hielt Horthy, *Ein Leben*, S. 209, an dieser Darstellung fest und verfälschte sogar die Chronologie.

⁵¹³ Ádám u. a., *Allianz Hitler-Horthy-Mussolini*, Dok. 54.

⁵¹⁴ Aufzeichnung Weizsäcker, 20.3.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 53; Hoensch, *Der ungarische Revisionismus*, S. 262.

Allerdings waren die ungarischen Revisionsbestrebungen dadurch keineswegs endgültig befriedigt. Das NS-Regime hatte bei Abschluß des „Schutzvertrages“ mit dem slowakischen Staat am 18./23.3.1939,⁵¹⁵ welcher die „Integrität seines Gebietes“ zu sichern vorgab, zugleich eine sogenannte Schutzzone in der westlichen Slowakei errichtet, de facto also einen Teil des Staatsgebietes besetzt. Die ungarische Armee, die schon seit 14. März kleinere Grenzverletzungen auch im slowakischen Raum begangen hatte,⁵¹⁶ interpretierte den von deutscher Seite noch nicht ratifizierten „Schutzvertrag“ für die Slowakei als Übergangslösung, der die Abtretung des Staates an Budapest folgen würde. Mit Billigung des NS-Regimes, möglicherweise auch nach Ermunterung durch Berlin, drangen ungarische Truppen am Morgen des 23. März 1939 in die östliche Slowakei ein, wenige Stunden bevor Ribbentrop den „Schutzvertrag“ unterzeichnete.⁵¹⁷ Das NS-Regime leistete Preßburg weder Hilfe noch gestattete es der slowakischen Regierung die Nutzung der Rüstungsgüter aus der besetzten „Schutzzone“. Dennoch entschloß sich die Regierung Tiso zum Widerstand. Dies hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Die Ungarn sind über die slowakische Grenze vorgegangen. Eine Privataktion einzelner Regimenter. Aber sie werden zurückgeschlagen. Typisch ungarisch. Aber uns kann's egal sein. Wenn sie nur nicht in unsere Interessenzone eindringen“ (TG, 25.3.1939). Ganz offensichtlich war Goebbels hier unzureichend und falsch informiert worden, denn es handelte sich keineswegs um eine „Privataktion einzelner Regimenter“. Als der ungarische Generalstab das NS-Regime bat, die Slowakei von der Gegenwehr abzuhalten, empfahl Berlin Preßburg eine Einstellung der Kampfhandlungen. Nach weiterem Druck durch das NS-Regime und der Bombardierung der slowakischen Stadt Zipser Neudorf durch italienische Flugzeuge, die Budapest zur Verfügung gestellt worden waren, gab die slowakische Regierung den Widerstand auf. In sich daran anschließenden Verhandlungen zwischen Ungarn und der Slowakei appellierte die Regierung Tiso mehrmals an das NS-Regime unter Verweis auf den „Schutzvertrag“. Das Auswärtige Amt riet Preßburg jedoch, auf die Ansprüche in der Ost-Slowakei zu verzichten, so daß die slowakische Regierung am 31. März in die Gebietsabtretung einwilligte. Somit gewann Ungarn durch die Desintegration der Tschecho-Slowakei neben den durch den Wiener Schiedsspruch erlangten Territorien und der Karpatho-Ukraine im Osten der Slowakei ein 1697 km² großes Gebiet mit 69639 Bewohnern.⁵¹⁸

Von besonderer Bedeutung war nicht nur für Goebbels, sondern auch für den weiteren Verlauf der europäischen Geschichte die Reaktion der Westmächte auf die Ereignisse vom 14. und 15. März 1939.⁵¹⁹ Hatte sich Goebbels zunächst noch über das „Desinteressement“ (TG, 15.3.1939, ähnlich 13., 14., 16.3.1939) in London und Paris gefreut, vollzog sich dort binnen weniger Tage eine folgenreiche

⁵¹⁵ Vertrag über das Schutzverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und dem Slowakischen Staat, 23.3.1939, RGBl. 1939, Teil II, S.607.

⁵¹⁶ Aufzeichnung Weizsäckers, 15.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok.238.

⁵¹⁷ Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S.280f.

⁵¹⁸ Vgl. ebenda, S.280–288, siehe auch Karte, ebenda, nach S.323.

⁵¹⁹ Die Haltung der Vereinigten Staaten sei in diesem Zusammenhang ausgeklammert, weil Washington in dieser Phase weder eine gewichtige Rolle spielte noch von Goebbels im Tagebuch erwähnt wurde.

Wandlung der Politik gegenüber dem NS-Regime. Ursachen dieser Entwicklung waren vor allem ein Meinungsumschwung in den dortigen Medien, so daß die Proteste in Berlin anfänglich eher der innerbritischen Auseinandersetzung geschuldet schienen, aber auch dem Eintreffen detaillierterer Informationen über Hitlers einzig durch Drohung entstandene Abkommen mit Prag und Preßburg.⁵²⁰ Nachdem die britische Regierung bereits erklärt hatte, sie betrachte die Garantie gegenüber Prag, wie auch Goebbels wußte, als „noch nicht inkraft getreten“ (TG, 16.3.1939),⁵²¹ war Hitler endgültig klar, daß außer Protesten der Westmächte nichts geschehen würde. Goebbels' Tagebucheintrag über ein Telefonat mit Hitler am 17. März zeigt deutlich dessen Verachtung für die außenpolitische Diplomatie und die Westmächte: „Er [Hitler, d.V.] ist bester Laune und lacht nur darüber, daß die Stimmung⁵²² in London und Paris sich etwas versteift hat. Was will man dort eigentlich? Den englischen Botschafter in Berlin zurückrufen. Kindisch! Die Demokratie ist tatsächlich eine politische Mumie. Man soll sie garnicht [!] mehr ernst nehmen. Eingehen lassen!“ (TG, 18.3.1939). Tatsächlich wurde Henderson noch am Tag dieses Ferngesprächs zur Berichterstattung nach London bestellt,⁵²³ wenig später auch der französische Botschafter Robert Coulondre nach Paris. Die Verhöhnung diplomatischer Gepflogenheiten wird auch darin erkennbar, daß Hitler als Reaktion hierauf die deutschen Botschafter in Großbritannien und Frankreich, Dirksen und Welczeck, in die Reichshauptstadt zurückrief.⁵²⁴

Während Welczeck zuvor noch nach Berlin telegraphiert hatte, in der öffentlichen Meinung in Paris würde die Ansicht vertreten, Hitlers Vorgehen gegenüber Prag „entziehe ihm sein moralisches Ansehen“,⁵²⁵ schrieb Goebbels in euphorischer Verblendung in sein Tagebuch: „Unsere [!] Prestige ist ungeheuerlich angewachsen. Wir sind nun wenigstens moralisch schon die Herren Europas“

⁵²⁰ Broszat, Die Reaktion, S.265f. Noch am 17.3. bat Henderson Weizsäcker, ihm „Argument[e]“ zu liefern, „welche er Chamberlain zur Verwertung gegenüber seiner innerpolitischen Opposition an die Hand geben könnte“. Aufzeichnung Weizsäckers, 17.3.1939, in: ADAP, D 6, Dok.16. Vgl. auch ADAP, D 6, Dok.23. Chamberlain beklagte in einem Brief an seine Schwester die „Dummheit“ der britischen Opposition, die auf eine Parlamentsdebatte am 15.3. bestanden hatte, bevor genügend Informationen über das Geschehen vorlagen und eine Beratung möglich gewesen wäre. Self, Chamberlain-Letters, Brief vom 19.3.1939, S.393.

⁵²¹ Chamberlain argumentierte am 14.3., die Garantie sei im Falle eines „unprovizierten Angriffs“ vorgesehen gewesen, der nicht vorliege; Chamberlain und Halifax wiesen am 15.3. darauf hin, daß aufgrund der Unabhängigkeitserklärung der Slowakei die tschecho-slowakischen Grenzen nicht mehr garantiert werden könnten. Reden von Chamberlain (14. und 15.3.1939) und Halifax (15.3.1939) im House of Commons, in: The Times, 15.3.1939, S.7, 16.3.1939, S.7f.; Chamberlain, Struggle, S.405–410. Vgl. auch Telegramm Dirksens, 14.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok.220.

⁵²² Dieser Eintrag läßt ebenfalls erkennen, daß der Stimmungsumschwung zuerst in den Medien Großbritanniens und Frankreichs eingesetzt hatte, sonst hätte Goebbels wohl nicht die Vokabel „Stimmung“ verwandt. Vgl. auch ADAP, D 4, Dok.213, 220, 233f., 244f.; ADAP, D 6, Dok.9, 16, 36.

⁵²³ Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol.IV, Dok.308, Anm. 1.

⁵²⁴ Notizen Weizsäckers über Telefonate mit Dirksen, 18.3.1939, und Welczeck, 20.3.1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1201, Bl.447323, 447335.

⁵²⁵ Telegramm Welczecks, 17.3.1939, PA/AA, R 29772, Fiche 1200, o.P.

(TG, 16.3.1939). Allerdings bezog sich Goebbels nicht in erster Linie auf die Haltung in Westeuropa, sondern auf diejenige in Osteuropa, wie aus dem Kontext der Tagebuchpassage hervorgeht. Dennoch ist bemerkenswert, daß Goebbels die erhöhte Furcht vor dem NS-Regime für einen Prestigegewinn hielt.

Am selben Tag, als Henderson die Anweisung erhielt, nach London zurückzukehren, schlug Chamberlain am Abend in einer Rede in Birmingham erstmals ganz neue Töne gegenüber dem NS-Regime an.⁵²⁶ Diese Stellungnahme, die eine einzige Anklage gegen Hitler darstellte, wird als der Beginn der Abkehr von der Appeasement-Politik betrachtet, die im Münchener Abkommen ihren deutlichsten Niederschlag gefunden hatte. Goebbels konnte die Folgen noch nicht abschätzen, aber auch ihm war die ungewöhnliche Schärfe der Worte des britischen Premiers nicht entgangen. Er schrieb in sein Tagebuch, Chamberlain habe „eine ziemlich madige Rede“ gehalten, und hielt weiter fest: „Dieser good old⁵²⁷ man wird frech, wie eben die Engländer frech sind. Quatsch von Bruch von Versprechen u. ä.“ (TG, 19.3.1939). Was Goebbels als besonders „frech“ empfunden haben dürfte, war Chamberlains Anführung mehrerer Zitate Hitlers, um diesen als vertrauensunwürdig darzustellen. So erwähnte Chamberlain beispielsweise Hitlers Versicherung, er sei am tschechischen Staat nach Lösung der Minderheitenfragen „nicht mehr interessiert“, was Prag garantiert werde, da das Reich „gar keine Tschechen“ wolle.⁵²⁸ Chamberlain wiederholte auch Hitlers Erklärung, das Sudetenland sei seine „letzte territoriale Forderung in Europa“.⁵²⁹ Er verwies auf das von Hitler immer wieder betonte Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das nun mißachtet worden sei, auf die Formulierung im gemeinsam unterzeichneten Münchener Abkommen, daß die „endgültige Grenzziehung“⁵³⁰ durch den Internationalen Ausschuß vorgenommen würde, oder auf die Deutsch-Englische Erklärung vom 30. September 1938, in der Konsultationen in beiderseitig interessierenden Angelegenheiten vereinbart worden waren.⁵³¹ Chamberlain begann die für diese Rede charakteristische Häufung rhetorischer Fragen mit derjenigen, wie sich die von ihm erwähnten Versicherungen Hitlers mit den jüngsten Ereignissen vereinbaren ließen. Anschließend fragte der Premier, ob die Unruhen, deretwegen die Wehrmacht angeblich einmarschiert sei, nicht von außen geschürt worden seien, ob sich das große Reich von dem kleinen Nachbarstaat tatsächlich bedroht gefühlt haben mußte und ob die deutschen Maßnahmen berechtigt gewesen seien. Man gehe mit sich zu Rate, fuhr Chamberlain fort, welcher Verlaß auf derartige Versicherungen sei, wenn sich so leicht Gründe finden ließen, um sie außer acht lassen zu können.

⁵²⁶ Rede Chamberlains, 17.3.1939, „The German Coup“, in: The Times, 18.3.1939, S. 14, und in: Chamberlain, *Struggle*, S. 413–420.

⁵²⁷ Chamberlain hielt diese Rede am Tag vor seinem 70. Geburtstag. Thacker, *Goebbels*, S. 209, schreibt, Goebbels sei „unbeeindruckt“ von der Ansprache gewesen.

⁵²⁸ Zitate aus der Hitler-Rede, 26.9.1938, DRA, Nr. 2743224; vgl. auch DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 345.

⁵²⁹ Ebenda; vgl. auch DDP, Bd. 6, Teil 1, S. 338.

⁵³⁰ Abkommen zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien, 29.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 675.

⁵³¹ Deutsch-Englische Erklärung, 30.9.1938, in: ADAP, D 2, Dok. 676; DBFP, 3rd Series, Vol. II, Doc. 1228, Appendix, S. 640.

Chamberlain stellte die Frage, ob diesem Gewaltakt weitere folgen würden und ob er ein Schritt in Richtung angestrebter gewaltsamer Weltherrschaft sei. Abschließend betonte Chamberlain, daß sein Volk zwar Krieg für sinnlos und grausam hielt, aber niemals die Freiheit dem Friedenswunsch opfern würde, sollte die gewaltsame Beherrschung der Welt drohen.⁵³² Angesichts dieser Anklage ließ Goebbels, wie er schrieb, „gegen Chamberlain in der Presse scharf polemisieren“ (TG, 19. 3. 1939).

Am Tag nach dieser Rede übergab der britische Botschafter Henderson im Auswärtigen Amt eine Protestnote, über die auch Goebbels sogleich unterrichtet wurde: „Am Nachmittag kommt eine scharfe amtliche Erklärung aus London: das Münchener Abkommen sei gebrochen. England erkenne die Neuordnung in Böhmen und Mähren nicht an“ (TG, 19. 3. 1939).⁵³³ Goebbels war der Ansicht, daß dies „wohl nur Theaterdonner“, also nicht ernstzunehmen sei. „Was wollen denn diese Demokratien noch außer protestieren. Das ist nur hysterisches Geschrei post festum, das uns ganz kalt läßt“ (TG, 19. 3. 1939), schrieb er weiter. Die am selben Tag überreichte französische Demarche vermerkte Goebbels ebenfalls im Tagebuch: „Auch Paris schließt sich dem Londoner Protest an“ (TG, 19. 3. 1939).⁵³⁴ Die deutsche Presse sollte diese Protestschritte Goebbels' Anweisungen zufolge „von obenher behandeln“. „Verachtung ist hier am Platze“, schrieb Goebbels über die einzunehmende Haltung der Medien, die genau derjenigen der deutschen Diplomatie entsprach, die sich weigerte, die Noten auch nur anzunehmen. Sowohl Henderson als auch Coulondre wurde von Weizsäcker mitgeteilt, daß er deren Regierungen den Rat gebe, ihre Haltung zu überdenken und zu revidieren.⁵³⁵ Diese Verhaltensweise des Staatssekretärs führte Henderson auf eine höhere Weisung zurück.⁵³⁶ Auch eine Notiz Goebbels', Hitler nehme „die Proteste in Paris und London mit Recht garnicht [!] ernst“ (TG, 20. 3. 1939), deutet in diese Richtung.

Doch auch in Paris hatte der deutsche Griff nach Prag neben dem Protest noch weitreichendere Folgen. Hierüber vermerkte Goebbels im Tagebuch: „Daladier verlangt in der Kammer halbdiktatorische Vollmachten. Böhmen und Mähren ist für London und Paris nur ein Vorwand zu intensiverer Aufrüstung“ (TG, 19. 3. 1939). Am Tag darauf verzeichnete Goebbels die Verabschiedung eines Ermächtigungsgesetzes, das der Regierung Vollmachten zur Landesverteidigung gab: „Daladier hat seine Vollmachten bekommen. Er wird sie zu intensiverer Aufrüstung be-

⁵³² Rede Chamberlains, 17. 3. 1939, „The German Coup“, in: The Times, 18. 3. 1939, S. 14, und in: Chamberlain, *Struggle*, S. 413–420. Dirksen, London, führte diese Rede auf die innerpolitischen Auseinandersetzungen Chamberlains und auf die erhebliche „Verschärfung der hiesigen Stimmung“ zurück. Telegramm Dirksens, 19. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 23.

⁵³³ Die Protestnote wies die deutsche Regierung darauf hin, daß die britische Regierung die jüngsten Ereignisse bedauere und als Mißachtung des Münchener Abkommens betrachte. Außerdem enthielt die Note eine Protesterklärung gegen die durch Militär geschaffenen Veränderungen in der ČSR, die nach Auffassung der britischen Regierung jeglicher rechtlicher Grundlage entbehrten. Note der britischen Regierung, in: ADAP, D 6, Dok. 26, Anlage; vgl. auch DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 308, 401.

⁵³⁴ Note der französischen Regierung, in: ADAP, D 6, Dok. 20, Anlage.

⁵³⁵ Vgl. ADAP, D 6, Dok. 19f., 26, 46; DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 401.

⁵³⁶ Telegramm Hendersons an Halifax, 18. 3. 1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 401.

nutzen“ (TG, 20.3.1939). Dieses aus einem einzigen Artikel bestehende Gesetz ermächtigte die Regierung, bis zum 30. November 1939 durch im Ministerrat zu beratende Verordnungen „die zur Landesverteidigung notwendigen Maßnahmen zu treffen“.⁵³⁷ Nach Einschätzung von Botschafter Welczeck würde die französische Regierung gegen die Errichtung des „Protektorats“ zwar „nichts unternehmen“, dennoch hätte diese „Entrüstung“ und „stärkste Besorgnis“ hervorgerufen.⁵³⁸ Das deutsche Vorgehen würde als Anzeichen eines „Eroberungswillens“ betrachtet. Hitlers Erklärungen zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zum Verzicht auf weitere territoriale Forderungen, über die er sich nun hinweggesetzt hatte, sowie die Mißachtung des Münchener Abkommens und der Deutsch-Französischen Erklärung vom 6. Dezember 1938⁵³⁹ führten in Paris zu der Ansicht, es sei „unmöglich, noch irgendwelches Vertrauen zu der deutschen Politik zu haben“. Es würden nun, fuhr Welczeck fort, „weitere Gewaltstrieche in Ost- und Zentraleuropa befürchtet“. Die künftige französische Politik, so werde gefordert, solle eine intensive Aufrüstung, eine noch engere militärische Zusammenarbeit mit Großbritannien, eine Überprüfung der Beziehungen zu Berlin und eine „Revalorisierung der Bündnisse mit Polen und Rußland“ anstreben.

Obgleich Goebbels auch im Tagebucheintrag vom 20. März nach einem Gespräch mit Hitler die Proteste und die sich versteifende Stimmung in London und Paris als „Theater“ abtat (TG, 20.3.1939), scheint er nicht frei von „Sorgen“ gewesen zu sein. Denn anlässlich eines Empfangs für Filmschaffende hielt Goebbels fest: „Ein netter Abend, der ein bißchen von den politischen Sorgen ablenkt“ (TG, 19.3.1939). Dies schrieb Goebbels in Kenntnis der Chamberlain-Rede in Birmingham und der Protestnoten Frankreichs und Großbritanniens. Indirekt lassen sich die leichten Bedenken Goebbels’ auch daran erkennen, daß er Hitler „in seiner souveränen Ruhe“ bewunderte (TG, 21.3.1939), die ihm offenbar fehlte. Direkt erstaunt schrieb der Propagandaminister, Hitler sei „der anschwellenden Welthetze gegenüber ganz gelassen“, sie „berühr[e] ihn garnicht [!]“ (TG, 21.3.1939).

Doch noch weitere Ereignisse unmittelbar nach der Errichtung des „Protektorats“ bestärkten die Westmächte in ihrer neuen Haltung gegenüber dem NS-Regime. Der rumänische Gesandte in London, Viorel Tilea, verbreitete am 17. März das Gerücht, Berlin habe bei den laufenden Wirtschaftsverhandlungen mit Rumänien ultimative Forderungen gestellt. Goebbels vermerkte dies korrekt und knapp: „Man dichtet uns ein Ultimatum an Rumänien an. Das wird selbst von Bukarest dementiert. Dagegen lasse ich nun loswettern“ (TG, 21.3.1939). Tilea hatte aus eigener Initiative bei Halifax nicht zutreffende Angaben gemacht, nach Ansicht der deutschen Gesandtschaft in London sogar vorsätzlich.⁵⁴⁰ Halifax hatte dies geglaubt, und infolge der weiteren Verbreitung dieses Gerüchts wurde sogleich in einigen Kreisen ein bevorstehender Angriff der Wehrmacht auf Rumänien angenommen.⁵⁴¹ Zudem regte Bukarest tatsächlich eine Garantie seiner Landes-

⁵³⁷ ADAP, D 6, Dok. 22, Anm. 2; siehe auch IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 18.3.1939, Bl. 9–11.

⁵³⁸ Telegramm Welczecks, 18.3.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 22.

⁵³⁹ Deutsch-Französische Erklärung, 6. 12. 1938, in: ADAP, D 4, Dok. 369.

⁵⁴⁰ Telegramm Theodor Kordts, 19.3.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 42.

⁵⁴¹ Telegramm Weizsäckers, 20.3.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 47.

grenzen durch die Westmächte an.⁵⁴² Daher bemühte sich London eilig um einen Zusammenschluß der interessierten Mächte zur Garantie des rumänischen Territoriums.⁵⁴³ Aufgrund der von Rumänien erfolgten Dementis des angeblichen Ultimatus und der sich abzeichnenden geringen Bereitschaft der osteuropäischen Staaten, sich in eine Anti-Hitler-Front zu begeben, ohne daß ihnen dafür eine Unterstützung in Aussicht gestellt worden wäre, wurde diese Bündnis-Idee bald wieder verworfen.⁵⁴⁴ Als wenige Tage später, am 23. März, der deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag⁵⁴⁵ abgeschlossen wurde, notierte Goebbels: „Handelsvertrag mit Rumänien abgeschlossen. Außerordentlich weitgehend. Damit sind uns Öl und Petroleum erschlossen. In London schäumt man vor Wut und Enttäuschung“ (TG, 25. 3. 1939).⁵⁴⁶ Drei Wochen später erklärten Frankreich und Großbritannien, Rumänien (und auch Griechenland) mit aller zur Verfügung stehenden Macht zu unterstützen, sollte die Unabhängigkeit des Staates akut bedroht und die dortige Regierung zum Widerstand bereit sein.⁵⁴⁷ Hierüber hielt Goebbels fest: „Paris und London geben feierliche Garantieerklärungen für Rumänien und Griechenland ab“ (TG, 15. 4. 1939). Spöttisch fragte er: „Wer hat die denn eigentlich bedroht?“ (TG, 15. 4. 1939). Obgleich keine akute Gefahr für die territoriale Integrität der beiden Balkanstaaten bestand, verharmloste der Propagandaminister den Druck, der auf Rumänien ausgeübt worden war, und die bedrohliche Situation, die infolge der aggressiven Politik des NS-Regimes für ganz Europa entstanden war.

Noch im Freudenrausch über den geglückten Prager Coup hielt Hitler die Zeit für gekommen, sogleich eine weitere revisionistische Forderung des NS-Regimes zu verfolgen: die Rückkehr des nach dem Ersten Weltkrieg durch Versailler Vertrag und Memelkonvention von 1924 an Litauen abgetretenen Memellandes, eines schmalen Gebietsstreifens an der Ostsee im früheren Ostpreußen, nördlich des Flusses Memel, mit damals etwa 175 000 Einwohnern.⁵⁴⁸ Schon im März 1938 hatte das NS-Regime, wie Goebbels zutreffend überliefert, anlässlich eines polnisch-litauischen Grenzzwischenfalls die Annexion des Memelgebietes in Erwägung gezogen, wäre es zu einem ernsthaften Konflikt zwischen den Regierungen in Warschau und Kowno gekommen (TG, 19. 3., 20. 3. 1938).⁵⁴⁹ Dann verschwand

⁵⁴² Telegramm R. Hoares an Halifax, 21. 3. 1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 457.

⁵⁴³ Vgl. ADAP, D 6, Dok. 48, 58; Self, Chamberlain-Letters, Brief vom 26. 3. 1939, S. 396; Broszat, Die Reaktion, S. 269f., 272; Hoensch, Der ungarische Revisionismus, S. 271 f.

⁵⁴⁴ Siehe DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 496; Broszat, Die Reaktion, S. 270.

⁵⁴⁵ Deutsch-Rumänischer Wirtschaftsvertrag und vertrauliches Zusatzprotokoll, 23. 3. 1939, RGBl. 1939, Teil II, S. 780f., ADAP, D 6, Dok. 78, S. 76–80.

⁵⁴⁶ Vgl. hierzu Brief Chamberlains an seine Schwester, 26. 3. 1939, in: Self, Chamberlain-Letters, S. 396.

⁵⁴⁷ Telegramm Th. Kordts mit Wortlaut der von Chamberlain am 13. 4. 1939 im House of Commons ausgesprochenen Garantieerklärung, 13. 4. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 189; vgl. auch ebenda, Dok. 188.

⁵⁴⁸ Art. 99 des Versailler Vertrages, 28. 6. 1919, RGBl. 1919, Nr. 140, S. 869. Zahlenangabe gemäß Hitlers Reichstagsrede am 28. 4. 1939, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 460, S. 33.

⁵⁴⁹ Aufzeichnung Ribbentrops, 17. 3. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 329; vgl. auch ebenda, Dok. 333 sowie Anm. 1. Im Falle dieses polnisch-litauischen Konflikts sollte Litauen gemeinsam mit Polen aufgeteilt werden. Bei Goebbels deutet sich dies im Tagebuch nur

die Memelfrage bis zum Münchener Abkommen von der Agenda des NS-Regimes, was auch bei Goebbels im Tagebuch deutlich erkennbar ist. Zum 1. November 1938 hatte die litauische Regierung den seit 1926 bestehenden Kriegszustand aufgehoben und damit eine alte und wesentliche Forderung der deutschen Regierung erfüllt.⁵⁵⁰ Dies ermöglichte einer nationalsozialistischen Organisation im Memelland, die in engem Kontakt zu Berliner Parteistellen und der Regierung stand, die Betätigung. Damit war für das NS-Regime eine Lage geschaffen worden, in der es „jederzeit auf den Knopf drücken konnte“, um beispielsweise ein Hilfsgesuch an Berlin zu veranlassen, das einen Einmarsch der Wehrmacht rechtfertigte.⁵⁵¹ Die militärische Vorbereitung einer Besetzung des Memellandes hatte Hitler bereits am 21. Oktober 1938 angewiesen.⁵⁵² Doch noch war eine sofortige Annexion nicht beabsichtigt. Am Mittag des 3. Dezember 1938 erfuhr Goebbels beim Mittagstisch von Hitler, daß dieser der memeldeutschen Volksgruppe Aufstandsversuche untersagt habe: „In Memel machen die Deutschen Krach. Sie wollen mit Gewalt die Sache brechen. Der Führer verbietet das sehr streng. Das Ostproblem kann nur in größerem Rahmen gelöst werden“ (TG, 4. 12. 1938). Ribbentrop teilte diese Auffassung Hitlers noch am selben Tag dem Führer der Memeldeutschen, Karl Neumann, in Berlin mit: Es bestehe „zur Zeit keine Aussicht, etwas in der Memelfrage zu unternehmen“, daher müsse „volle Ruhe gehalten werden“.⁵⁵³ Zwei Tage später empfing Ribbentrop Neumann noch einmal und beauftragte ihn, festzustellen, „ob etwa die Litauische Regierung zu einem freiwilligen Verzicht auf Memel bereit wäre“.⁵⁵⁴ Die am 11. Dezember 1938 abgehaltene Wahl zum Memeler Landtag ergab, wie Goebbels korrekt im Tagebuch vermerkt hatte, „87.1% für die deutsche Seite“ (TG, 16. 12. 1938), das heißt für die deutsche Einheitsliste.⁵⁵⁵ Er prognostizierte: „Nun ist doch das Problem bald fällig“ (TG, 16. 12. 1938).

Am Tag des Einmarsches nach Böhmen und Mähren erklärte Neumann vor dem Memeler Landtag, daß es das Ziel der Abgeordneten sein müsse, die „unhaltbaren Zustände“ durch eine „grundlegende Wandlung“ zu bessern.⁵⁵⁶ Fünf Tage später, am 20. März, empfing Ribbentrop im Auftrag Hitlers den litauischen Außenminister Juozas Urbšys. Goebbels war vorab darüber informiert und notierte in sein Tagebuch, Litauen scheine „Memel freiwillig abgeben zu wollen“ (TG, 21. 3. 1939) – von Freiwilligkeit kann angesichts des Prager Beispiels natürlich keine Rede sein. Doch noch war Goebbels skeptisch, was an seiner weiteren Bemerkung

an: „Kommt die Stunde, dann werden wir handeln. Und zwar gründlich“, TG, 19. 3. 1938. Einen Tag später, als die Krise Warschau-Kowno beigelegt war, hielt Goebbels nach einem Gespräch mit Hitler das Baltikum als Annexionsziel fest, TG, 20. 3. 1938.

⁵⁵⁰ Aufzeichnung Bismarcks, 31. 10. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 359.

⁵⁵¹ Vgl. Broszat, Die Reaktion, S. 255. Siehe v. a. ADAP, D 5, Dok. 364–366, 369.

⁵⁵² Weisung Hitlers an die Wehrmacht, 21. 10. 1938, in: IMG 34, Dok. 136-C, S. 477–481, hier S. 481.

⁵⁵³ Aufzeichnung Brückmeiers über Gespräch Ribbentrops mit Neumann am 3. 12. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 370.

⁵⁵⁴ Aufzeichnung Woermanns über Gespräch Ribbentrops mit Neumann am 5. 12. 1938, in: ADAP, D 5, Dok. 372.

⁵⁵⁵ Bestätigung dieses Wahlergebnisses in: ADAP, D 5, S. 416, Anm. der Herausgeber.

⁵⁵⁶ Telegramm Hans Heinrich Herwarths v. Bittenfeld, Generalkonsulat Memel, 15. 3. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 395.

„Abwarten!“ ersichtlich ist. Von Ribbentrops Gespräch mit Urbšys erfuhr Goebbels am Tag danach mittags bei Hitler und schrieb darüber: „Memelfrage ist akut geworden. Ribbentrop hat dem litauischen Außenminister in ziemlicher ultimativer Form des Führers Forderung auf Rückgabe des Memellandes überreicht. Nun verhandeln sie in Kowno. Ergebnis kann nicht mehr zweifelhaft sein“ (TG, 23.3.1939). Genau wie Hitler mit der tschecho-slowakischen Regierung verfuhr Ribbentrop nun mit der litauischen: Er stellte dem Gesprächsprotokoll zufolge zwei Möglichkeiten in Aussicht, eine baldige friedliche Rückgabe des Memellandes an das Deutsche Reich oder eine blitzartige Besetzung durch deutsches Militär, sollte es dort zu Aufständen kommen. In diesem zweiten Fall sei allerdings ungewiß, „welche Grenzen bestimmt würden“, ob also Litauen in toto annektiert würde.⁵⁵⁷ Urbšys erklärte, nicht alleine entscheiden zu können, und fragte, wieviel Zeit seiner Regierung bleibe, um diese Frage zu klären. Ribbentrop entgegnete, die Entwicklung im Memelland liege nicht in seiner Hand, aber er empfehle, „möglichst schnell“ Verhandlungsdelegierte nach Berlin zu senden.

Urbšys war mittags am 21. März nach Kowno zurückgekehrt und hatte sich um 14.00 Uhr zum litauischen Staatspräsidenten Antanas Smetona zur Beratung begeben.⁵⁵⁸ In der entscheidenden Phase, am Abend des 21. März und in der darauffolgenden Nacht, war Goebbels ununterbrochen bei Hitler, während Göring seinen Urlaub in San Remo fortgesetzt hatte.⁵⁵⁹ „Zum Tarnen“, wie Goebbels schrieb, gingen sie zunächst wieder einmal zusammen ins Theater, bevor sie in der Reichskanzlei auf die Entscheidung aus Kowno warteten (TG, 23.3.1939). Goebbels hielt das Geschehen dieser Nacht, an dem er selbst mitgewirkt hatte, relativ ausführlich in seinem Tagebuch fest:

„Aus Kowno kommt ein Communiquévorschlag. Der ist so unbrauchbar. Wir redigieren ihn vollkommen um. Aber noch keine endgültige Entscheidung. Unterdeß [!] veröffentlicht Kowno das von ihm vorgeschlagene Communiqué und dann gehen die Minister dort schlafen. Nun schlägt's aber 13. Unser Gesandter wird beauftragt, sie aus den Betten zu holen und ihnen die Pistole auf die Brust zu setzen. Entweder – oder. Diese kleinen Ganoven von Versailles müssen nun den Raub herausrücken. Sonst gibt's Saures!“ (TG, 23.3.1939).

Die Charakterisierung der Litauer als „klein[e] Ganoven“ bezog sich vor allem auf die litauische Annexion des Memellandes im Januar 1923, welches durch den Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt worden war und seit 1920 unter französischer Verwaltung gestanden hatte. Dieses *fait accompli* wurde in der Memelkonvention vom 8. Mai 1924 nachträglich gebilligt, das Memelgebiet stand bei gewisser Autonomie fortan unter litauischer Oberhoheit.

Diesmal übernahm nicht Göring, wie vor dem „Anschluß“ Österreichs, sondern Weizsäcker, den Goebbels aber nicht namentlich erwähnte, die Rolle des Te-

⁵⁵⁷ Aufzeichnung Hewels über Gespräch Ribbentrops mit Urbšys am 20.3.1939, in: ADAP, D 5, Dok.399; Aide-mémoire des litauischen Botschafters in London, 22.3.1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol.IV, Doc.497, Anlage; Self, Chamberlain-Letters, Brief vom 26.3.1939, S.395.

⁵⁵⁸ ADAP, D 5, Dok.401 f.

⁵⁵⁹ Kube, *Pour le mérite*, S.307.

lefonisten. Nachdem die litauische Regierung am 22. März gegen 0.20 Uhr ein authentisches und somit problematisches Kommuniqué über die Unterredung der Außenminister Urbšys und Ribbentrop veröffentlicht hatte,⁵⁶⁰ übermittelte Weizsäcker dem deutschen Gesandten in Kowno, Erich Wilhelm Zechlin, um etwa 1.00 Uhr morgens sofort zu erfüllende Forderungen an die dortigen Machthaber.⁵⁶¹ Ausdrücklich wies Weizsäcker Zechlin an, „jetzt unmittelbar die Leute aufzusuchen“, was den Satz Goebbels' bestätigt, die Minister sollten vom Gesandten „aus den Betten“ geholt werden (TG, 23.3.1939). Die erste Forderung an die litauische Regierung bestand in der Verleugnung des von ihr verbreiteten Kommuniqués und in der unverzüglichen Publikation des deutschen Entwurfs, an dem wahrscheinlich auch Goebbels mitgewirkt hatte. Er hatte im Tagebuch ausdrücklich vermerkt: „Wir redigieren ihn vollkommen um“ (TG, 23.3.1939). In der Kommuniqué-Fassung des NS-Regimes heißt es, der Reichsaußenminister habe „der litauischen Regierung den Vorschlag der Rückgabe des Memelgebietes an Deutschland gemacht“, und die Regierung in Kowno habe nach Beratung im Parlament in einer Kabinettsitzung „die Zustimmung zur Rückgabe des Memellandes gegeben“.⁵⁶² Zweitens verlangte das NS-Regime das Eintreffen einer litauischen Verhandlungsdelegation am Nachmittag in Berlin, also innerhalb von etwas mehr als 12 Stunden.

Nach Übermittlung des nationalsozialistischen Diktats warteten Hitler und Goebbels auf die Vollzugsmeldung. Währenddessen entwickelte Hitler „seine künftige Außenpolitik“, worüber Goebbels im Tagebuch festhielt: „Er [Hitler, d.V.] will nun etwas Ruhe eintreten lassen, um wieder Vertrauen zu erwerben. Und dann kommt die Kolonialfrage aufs Tapet. Immer eins nach dem andern“ (TG, 23.3.1939). Dieser Eintrag beweist, daß auch Hitler bewußt war, in der internationalen Staatenwelt kaum mehr Vertrauen zu besitzen, was angesichts der Aktionen gegenüber den Regierungen in Prag, Preßburg und Chust sowie der Brückierung der drei anderen Signatarmächte des Münchener Abkommens nicht verwundert. Zudem zeigt er, daß Hitler bereits im März 1939 die koloniale Landnahme vorbereiten ließ.⁵⁶³ Dennoch überrascht, daß Hitler offenbar mit keinem Wort die laufenden Verhandlungen mit Polen über Danzig und den Korridor erwähnt hatte.

„Um 3^h nachts kommt die Meldung, daß alles angenommen sei“, notierte Goebbels abschließend über diese lange Verhandlungsnacht vor der Annexion des Memellandes. Lediglich die Veröffentlichung des von Berlin geforderten „Communiqué[s] fehlt[e] noch“ (TG, 23.3.1939), als sich Goebbels schlafen legte. Um 6.30 Uhr, am 22. März, traf in Berlin die Nachricht ein, daß die litauische Regierung das verlangte Kommuniqué herausgegeben hatte. Goebbels wurde sogleich, wie er schrieb, „aus dem Bett getrommelt“, da er die Meldung über den Rundfunk bekanntgeben sollte (TG, 23.3.1939). Doch infolge der defekten „Apparatur“ im Ministerium und zu seinem Ärger verzögerte sich dies. „Litauen tritt das Memel-

⁵⁶⁰ Vgl. ADAP, D 5, S. 438, Anm. 2.

⁵⁶¹ Aufzeichnung Weizsäckers über sein Telefonat mit Zechlin, 22.3.1939, in: ADAP, D 5, Dok. 403.

⁵⁶² DNB-Meldung, 22.3.1939, zit. nach Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1109f.

⁵⁶³ Siehe hierzu Hildebrand, Deutsche Außenpolitik, S. 84f.

gebiet ab. Eine litauische Delegation kommt sofort nach Berlin, um die Modalitäten festzulegen“ (TG, 23.3.1939), hielt Goebbels als Resultat im Tagebuch fest. Erleichtert fügte er hinzu: „Na, also! Wenn man etwas Druck dahintersetzt, dann geht das schon“ (TG, 23.3.1939). Auch in dieser Passage widersprach Goebbels, wenn auch weniger deutlich als in derjenigen über die Aktion Zechlins, der offiziellen Sprachregelung des NS-Regimes. Weizsäcker beispielsweise vermittelte der deutschen Diplomatie die Abtretung des Memellandes als eine vornehmlich von der litauischen Regierung ausgehende Initiative und betonte den „beiderseitige[n] Verständigungswillen“ der Verhandlungspartner.⁵⁶⁴

Mittags war Goebbels wieder mit Hitler zusammen in der Reichskanzlei und überliefert, daß dieser „ganz selig“ gewesen sei. Goebbels erfuhr auch sogleich von ihm, daß er sich „nach Swinemünde“ begeben würde, „um von dort mit dem Panzerschiff ‚Deutschland‘ nach Memel zu fahren“ (TG, 23.3.1939).⁵⁶⁵ Noch vor Eintreffen der litauischen Delegation war Hitler abgereist und noch vor Bekanntwerden des Verhandlungsergebnisses war er an Bord der „Deutschland“ gegangen,⁵⁶⁶ was zeigt, wie sicher sich Hitler der Sache war. Auch Goebbels schrieb noch in Unkenntnis des Verhandlungsergebnisses in sein Tagebuch: „Memelfrage scheint nun endgültig gelöst zu sein“ (TG, 23.3.1939). Einen Tag darauf notierte Goebbels das Resultat der von Weizsäcker geleiteten Besprechung litauischer Regierungsvertreter mit Angehörigen des Auswärtigen Amts:⁵⁶⁷ „Vertrag mit Litauen unterzeichnet. Modalitäten festgelegt. Eine verklausulierte Garantie der Grenzen. So eine Art Nichtangriffspakt“ (TG, 24.3.1939).⁵⁶⁸ Damit war für ihn der „Anschluß“ vollzogen. Außer „Freudentränen“ der Memelländer über Hitlers dortiges Eintreffen, Hitlers „sehr ergreifend[er]“ Rede⁵⁶⁹ (TG, 24.3.1939) in Memel und Hitlers Rückkehr, die diesmal nicht als Triumphzug veranstaltet wurde, erwähnte Goebbels nichts über die Annexion des Memellandes, nicht einmal das entsprechende Gesetz.⁵⁷⁰ Der Erwerb des Memelgebietes an der Nordostgrenze des Rei-

⁵⁶⁴ Rundtelegramm Weizsäckers, 23.3.1939, in: ADAP, D 5, Dok. 406.

⁵⁶⁵ Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 500.

⁵⁶⁶ Um 14.00 Uhr wollte die litauische Delegation in Kowno aufbrechen, um 15.20 Uhr fuhr Hitler in Berlin ab, um 18.30 Uhr bestieg er den Kreuzer, um 19.00 Uhr begannen die Verhandlungen. Mehrmals ließ Hitler von Bord der „Deutschland“ nach dem Ausgang der Gespräche nachfragen, bevor er am 23.3.1939 um 1.30 Uhr das positive Ergebnis vernahm. Vgl. Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1110; ADAP, D 5, Dok. 404f.

⁵⁶⁷ Tagebucheintrag Weizsäckers vom 27.3.1939, in: Hill, Weizsäcker-Papiere 1933–1950, S. 153.

⁵⁶⁸ Vertrag über die Wiedervereinigung des Memelgebiets mit dem Deutschen Reich, 22.3.1939: Artikel 1 regelte den „Anschluß“ des Gebietes: „Das durch den Vertrag von Versailles von Deutschland abgetrennte Memelgebiet wird mit Wirkung vom heutigen Tage wieder mit dem Deutschen Reich vereinigt.“ Der von Goebbels erwähnte Passus, Artikel 4, über die Nichtangriffsvereinbarung lautet: „Zur Bekräftigung dieses Entschlusses, eine freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen sicherzustellen, übernehmen beide Teile die Verpflichtung, weder zur Anwendung von Gewalt gegeneinander zu schreiten, noch eine gegen einen der beiden Teile von dritter Seite gerichtete Gewaltanwendung zu unterstützen.“ RGBl. 1939, Teil II, S. 608f.

⁵⁶⁹ Hitler-Rede in Memel, 23.3.1939, in: Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1112f.; DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 513.

⁵⁷⁰ Das Gesetz vom 23.3.1939 trat rückwirkend zum 22.3.1939 in Kraft und enthielt u. a. folgende Bestimmungen: § 1: „Das Memelgebiet ist wieder Bestandteil des Deutschen

ches, der von Großbritannien als „Gewaltakt“ betrachtet wurde,⁵⁷¹ stellte die letzte unblutige Eroberung des NS-Regimes dar. Doch noch in seiner Rede auf dem Balkon des Memeler Theaters deutete Hitler die Fortsetzung des Revisionskurses an. Unter Verweis auf das Leid, das dem deutschen Volk durch den Versailler Vertrag zugefügt worden sei, und der bisherigen Revisionspolitik erklärte er, er glaube, das NS-Regime sei „schon im Wesentlichen am Abschluß dieser einzigen Wiedergutmachung angelangt“. Damit brachte Hitler, wenn auch vorsichtig, zum Ausdruck, daß die Revision noch nicht vollendet war. Dieser Satz wurde, um diplomatische Folgen zu vermeiden, in der deutschen Presse nicht gedruckt.⁵⁷²

Die Auseinandersetzung um Danzig und den Korridor

Unmittelbar nach der endgültigen Zerschlagung der Tschecho-Slowakei kam zeitgleich mit der Memelfrage das nächste Revisionsziel auf Hitlers Agenda: Danzig und die Lösung der Korridor-Frage. Danzig, bedeutendste Handelsstadt in Nordosteuropa, war nach dem Ersten Weltkrieg als Freistaat errichtet und unter Völkerbundsverwaltung gestellt worden, aber de facto aufgrund einer Zollunion polnisches Handelszentrum; der sogenannte Korridor, ein breiter Küstenstreifen mit Hinterland zwischen Pommern und Ostpreußen, der dem polnischen Staat angegliedert worden war, sollte Polen, so die Idee der Versailler Vertragsväter, einen Zugang zur Ostsee verschaffen. „Politischer Wahnsinn“ (TG, 3. 5. 1928) lautete Goebbels' Kommentar 1928 zu diesem Korridor, der Ostpreußen vom Reichsgebiet trennte. Im Tagebuch folgt darauf der Satz: „Was sind wir für ein Scheißvolk!“ (TG, 3. 5. 1928), womit Goebbels auf seine typische derbe Weise zum Ausdruck brachte, daß eine deutsche Regierung dies niemals hätte zulassen dürfen. „Unerträglicher Gedanke, daß dieser Aberwitz für immer bestehen soll“ (TG, 16. 11. 1930), notierte Goebbels zwei Jahre später. Nach der Machtübernahme hatte sich das NS-Regime bemüht, einen Modus vivendi mit der polnischen Regierung zu finden und am 26. Januar 1934 mit ihr einen Nichtangriffsvertrag geschlossen.⁵⁷³ Ende 1936 erklärte Hitler, wie Goebbels überliefert, vor dem Reichskabinett, daß die Beziehung des Reichs zu Polen „keine Liebesehe“, sondern ein „Vernunftverhältnis“ sei, daß Polen dem NS-Regime „die Aufrüstung ermöglicht“ habe und daß die Frage Polen „nach Möglichkeit hintan[zu]stellen“ sei (TG, 2. 12. 1936).⁵⁷⁴

Reiches“; § 2 (1): „Das Memelland wird in das Land Preußen und in die Provinz Ostpreußen eingegliedert. Es tritt zu dem Regierungsbezirk Gumbinnen.“ Gesetz über die Wiedervereinigung des Memellandes mit dem Deutschen Reich, 23. 3. 1939, RGBl. 1939, Teil I, S. 559f.

⁵⁷¹ Telegramm des britischen Geschäftsträgers in Berlin, Ogilvie-Forbes, an Halifax, 24. 4. 1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 510.

⁵⁷² Dieser Satz wurde der britischen Botschaft Berlin mitgeteilt; Telegramm Ogilvie-Forbes' an Halifax, 24. 3. 1939, in: DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 513; vgl. Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1113, der die DNB-Fassung wiedergibt.

⁵⁷³ Deutsch-Polnische Nichtangriffserklärung, 26. 1. 1934, RGBl. 1934, Teil II, S. 118f.

⁵⁷⁴ Von diesem Vortrag Hitlers am 1. 12. 1936 vor dem Reichskabinett wurde kein Protokoll angefertigt, sein Inhalt ist, abgesehen von den Tagebuchnotizen von Goebbels, unbekannt. Vgl. Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, 1936, Bd. III, Dok. 194, Anm. 1.

Nach dem „Anschluß“ des Sudetenlandes begann das NS-Regime erstmals, die Frage Danzig/Korridor gegenüber Warschau direkt und deutlich zur Sprache zu bringen. Nur drei Wochen nach Unterzeichnung des Münchener Abkommens und der polnischen Annexion des Olsa-Gebietes, am 24. Oktober 1938, unterbreitete Ribbentrop Lipski im Auftrag Hitlers in Berchtesgaden folgenden Vorschlag: „Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück. [...] Durch den Korridor würde eine exterritoriale, Deutschland gehörige Reichsautobahn und eine ebenso exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt“. Im Gegenzug sollte Polen exterritoriale Verkehrswege durch das Danziger Gebiet erhalten, und beide Regierungen würden gegenseitig die Staatsgrenzen anerkennen. Das NS-Regime würde also auf die 1919/20 an Polen abgetretenen Gebiete Westpreußen und Posen verzichten und den Korridor anerkennen.⁵⁷⁵

Goebbels erfuhr von alledem nichts. Er reiste an diesem für die deutsch-polnischen Beziehungen bedeutsamen Tag vom Obersalzberg ab, wo er mit Hitler seine privaten Sorgen besprochen hatte (TG, 24.10.1938). Vier Wochen später überbrachte Lipski Ribbentrop die Ablehnung Józef Becks, der mitteilen ließ, aus wirtschaftlichen wie aus innenpolitischen Gründen könne Polen auf Danzig nicht verzichten.⁵⁷⁶ Auch hierüber war Goebbels nicht informiert, der am Tag dieser Unterredung nach Reichenberg fuhr, um dort den sudetendeutschen Wahlkampf zu eröffnen (TG, 20.11.1938).

Anfang Januar war Außenminister Beck auf dem Obersalzberg, wo Hitler das von Ribbentrop unterbreitete Angebot wiederholte und hinzufügte, Danzig solle lediglich „politisch“ zum Reich kommen, „wirtschaftlich“ gesehen bleibe es bei Polen. Beck erklärte, er sehe „größte Schwierigkeiten“ für eine derartige Lösung der Danziger Frage, insbesondere aus innenpolitischen Gründen, wolle jedoch „das Problem gern einmal in Ruhe überlegen“.⁵⁷⁷ Obgleich Goebbels Hitler am Abend nach diesem Gespräch traf, scheint der „Führer“ gegenüber seinem damals psychisch instabilen Propagandaminister verständlicherweise nichts von seinen Verhandlungen erwähnt zu haben, schließlich hatte Goebbels ihm doch seine ganzen Sorgen und Zukunftsängste mitgeteilt (TG, 8.1.1939). Auch über die Unterredung Ribbentrops mit Beck am nächsten Tag in München wurde Goebbels, der zur Erholung auf dem Obersalzberg geblieben war, nicht informiert (TG, 8.1.1939). In ihr hatte Beck geäußert, er sehe zur Zeit keinen Handlungsbedarf wegen Danzig.⁵⁷⁸ Ende Januar 1939 besprach Ribbentrop in Warschau mit seinem polnischen Amtskollegen noch einmal das deutsch-polnische Verhältnis und die Fragen Danzig und Korridor. Auch diesmal hatte Beck erhebliche

⁵⁷⁵ Aufzeichnung Hewels über Gespräch Ribbentrops mit Lipski, 24.10.1938, in: ADAP, D 5, Dok.81, S.87–89, Zitate S.88. Vgl. auch Aufzeichnung Lipskis, 25.10.1938, in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc.124.

⁵⁷⁶ Aufzeichnung Ribbentrops über sein Gespräch mit Lipski, 19.11.1938, in: ADAP, D 5, Dok.101, S.106–108; Aufzeichnung Lipskis, 19.11.1938, in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc.127.

⁵⁷⁷ Aufzeichnung Paul Otto Schmidts über Unterredung Hitlers mit Beck in Berchtesgaden, 5.1.1939, in: ADAP, D 5, Dok.119, S.127–132, Zitate S.130, 132.

⁵⁷⁸ Aufzeichnung Ribbentrops über sein Gespräch mit Beck am 6.1.1939 in München, in: ADAP, D 5, Dok.120.

Bedenken,⁵⁷⁹ und Goebbels erfuhr nichts, da Hitler beim Mittagstisch nur „lange über die Spanienfrage“ geredet zu haben scheint (TG, 27. 1. 1939). Lediglich mit Albert Forster, dem NSDAP-Gauleiter in Danzig, der gerade in Berlin war, besprach Goebbels „Danziger Fragen“ (TG, 27. 1. 1939). Von ihm, der offenbar keine Ahnung hatte, daß Goebbels nicht informiert werden sollte, wußte Goebbels schon zwei Tage vor der Pogromnacht, daß „Polen [...] nun das Danziger Land bald herausrücken“ müsse (TG, 8. 11. 1938). Forster bekam Mitte Januar 1939 die Anweisung, „keine neuen Maßnahmen“ zu ergreifen, „bevor der Reichsaußenminister nicht aus Warschau zurückgekehrt ist“. Sollte Ribbentrop in Warschau die „Globallösung mit Polen“ nicht gelingen, waren folgende Maßnahmen anvisiert: Einführung des sogenannten Deutschen Grußes und der Hakenkreuzfahne sowie Aufstellung eines SS-Totenkopfverbandes in Danzig.⁵⁸⁰ Es war also eine allmähliche Zuspitzung der Lage im Freistaat Danzig ins Auge gefaßt worden, die im Februar infolge erster kleinerer Zwischenfälle begann. Ende Februar drohte Ribbentrop Lipski, wenn derartige Vorkommnisse nicht aufhörten und die polnische Presse ihre Hetze gegen das Reich nicht einstellte, würde die deutsche Presse „gründlich“ antworten.⁵⁸¹ Doch zunächst stand die Desintegration der Tschechoslowakei auf dem Programm des NS-Regimes.

Der deutsch-slowakische „Schutzvertrag“, der am 18. März 1939 in Wien ausgehandelt worden war, beunruhigte die polnische Regierung, da nun an drei Flanken des polnischen Staates, im Westen, im Nordosten und im Süden, die Wehrmacht stand.⁵⁸² Als Lipski am 21. März Ribbentrop vorhielt, der „Schutzvertrag“ werde in Warschau als „Schlag gegen Polen empfunden“, negierte der Außenminister diese Absicht von deutscher Seite. Er stellte eine mögliche gemeinsame Beratung des Status’ der Slowakei in Aussicht, vorausgesetzt, das deutsch-polnische Verhältnis nähme „eine befriedigende Entwicklung“. In diesem Zusammenhang wiederholte Ribbentrop das mehrfach unterbreitete Angebot Hitlers. Doch im Gegensatz zu den früheren Gesprächen begann Ribbentrop nun mit Drohungen. Die heutige Existenz Polens sei allein dem Reich zu verdanken, das während des Ersten Weltkrieges eine gemeinsame deutsch-russische Aufteilung Polens unterlassen habe, erklärte Ribbentrop. Wenn Polen als nationaler Staat bestehenbleiben wolle, so führte Ribbentrop aus, müsse es auf „ein vernünftiges Verhältnis zu Deutschland“ hinarbeiten.⁵⁸³ Ein von Ribbentrop für Botschafter Moltke gearbeitetes Instruktionstelegramm für dessen anvisierten Besuch bei Beck im Außenministerium war in einem noch schärferen Ton gehalten.⁵⁸⁴ Doch kurz

⁵⁷⁹ Aufzeichnung Ribbentrops über Besprechung mit Beck in Warschau, 26. 1. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 126.

⁵⁸⁰ Aufzeichnung Hewels, 13. 1. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 122.

⁵⁸¹ Aufzeichnung Ribbentrops über Gespräch mit Lipski, 28. 2. 1939, in: ADAP, D 5, Dok. 131; vgl. auch ADAP, D 5, Dok. 137; ADAP, D 6, Dok. 61.

⁵⁸² Vgl. ADAP, D 6, Dok. 12, 61, 167; DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 515; Jędrzejewicz, Lipski, Doc. 137.

⁵⁸³ Aufzeichnung Ribbentrops über Unterredung mit Lipski, 21. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 61.

⁵⁸⁴ Telegrammentwurf Ribbentrops, [23]. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 73.

nach Erhalt des Telegramms wurde Moltke am 24. März telefonisch verständigt, sein Treffen mit Beck abzusagen.⁵⁸⁵

In diesem Kontext ist ein Tagebucheintrag von Goebbels von Bedeutung. Nachdem sich Goebbels in Hitlers Augen sowohl bei der Desintegration der Tschechoslowakei als auch bei der Annexion des Memelgebietes bewährt hatte, wurde er von Hitler wieder ins Vertrauen gezogen. Über ein Gespräch mit Hitler am Abend des 24. März hielt Goebbels im Tagebuch fest: „Der Führer grübelt über die Lösung der Frage Danzig nach. Er will es bei Polen mit etwas Druck versuchen und hofft, daß es darauf reagiert. Aber wir müssen in den sauren Apfel beißen und Polens Grenzen garantieren. Das wird sich alles sehr bald entscheiden“ (TG, 25.3. 1939). Diese Textpassage zeigt genau wie eine Eintragung des folgenden Tages,⁵⁸⁶ daß Hitlers Angebot an die polnische Regierung ernst gemeint war und keine Scheinverhandlung darstellte. Hitler hoffte offensichtlich, mit Warschau ähnlich wie mit Prag verfahren zu können, es zunächst erheblich zu schwächen, um bessere Ausgangsbedingungen für die Besetzung des gesamten Territoriums zu schaffen. Eine exterritoriale Autobahn zwischen dem Reichsgebiet und Ostpreußen hätte, je nach Streckenführung, einen Aufmarsch der Wehrmacht innerhalb des polnischen Staatsgebietes auf einer Länge von ca. 100 km ermöglicht, gegen den sich Polen nicht hätte verteidigen können. Zugleich läßt dieses Tagebuchnotat im Zusammenhang mit der befohlenen Absage von Moltkes Gespräch mit Beck den Schluß zu, daß Hitler inzwischen eher dazu tendierte, eine militärische Lösung zu suchen.⁵⁸⁷ Denn Ribbentrop hatte bereits deutlich spürbaren Druck ausgeübt und eine Steigerung durch Moltke bei gleichzeitigen anderweitigen Angeboten an Warschau wünschte Hitler letztlich doch nicht. Statt dessen betonte Hitler gegenüber Goebbels, wie unangenehm es sei, Polens Grenzen zu garantieren. Auch aus Weizsäckers Schreiben an Moltke geht diese Auffassung Hitlers hervor, denn der Staatssekretär erwähnte das „Geschenk einer Grenzenerkennung“, was impliziert, daß ihm die territoriale Garantie als unverhältnismäßig hoher Preis erscheine angesichts der – aus NS-Perspektive – eher geringen Forderungen nach Danzig und der Verkehrswege durch den Korridor.⁵⁸⁸ Doch noch stand die Entscheidung aus, da keine definitive Antwort aus Warschau vorlag. Goebbels und Hitler hatten noch bis „3^h nachts“ die „Zukunftspläne“ des NS-Regimes besprochen, wobei besonders die „Stellung Englands und Frankreichs in der Welt“ erörtert wurde (TG, 26.3.1939). Auch diese lange Beratung zu nächtlicher Stunde läßt darauf schließen, daß die endgültige Entscheidung kurz bevorstand. Denn auch nach Schuschnigg's geplanter Volksbefragung oder nach der Absetzung der Regierung Tiso debattierten Hitler und Goebbels die Lage bis tief in die Nacht. Am nächsten Tag, 25. März, wies Hitler den Oberbefehlshaber des Heeres Brauchitsch an, die „poln[ische] Frage“ zu bearbeiten, die „in naher Zukunft“ zu lösen sein würde, sollten „besonders günstige

⁵⁸⁵ Schreiben Weizsäckers an Moltke, 24.3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 88.

⁵⁸⁶ Über den 25.3. 1939 schrieb Goebbels: „Mittags beim Führer. Polen hat sich noch nicht entschieden wegen Danzig. Aber unser Druck wird verstärkt. Wir hoffen, zum Ziele zu kommen“, TG, 26.3. 1939.

⁵⁸⁷ Ähnlich Broszat, *Die Reaktion*, S. 277.

⁵⁸⁸ Schreiben Weizsäckers an Moltke, 24.3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 88.

pol[itische] Voraussetzungen“ bestehen. Als Ziel wurde festgehalten: „Polen soll dann so niedergeschlagen werden, daß es in den nächsten Jahrzehnten als pol[itischer] Faktor nicht mehr in Rechnung gestellt werden brauchte“.⁵⁸⁹

Tags darauf übergab Lipski Ribbentrop eine Antwortnote der polnischen Regierung, die zwar eine prinzipielle Konzessionsbereitschaft in den Fragen Danzig und Korridor erkennen ließ, aber den Vorschlag des NS-Regimes nicht akzeptierte.⁵⁹⁰ Ribbentrop ließ Lipski nicht im Zweifel, daß ein Einrücken polnischer Truppen in Danzig von der Reichsregierung als *Casus belli* betrachtet werden würde.⁵⁹¹ Der Ton der diplomatischen Kommunikation nahm an Schroffheit zu. Nur einen Tag später bestellte Ribbentrop Lipski ein und machte ihm Vorhaltungen wegen angeblicher Zwischenfälle.⁵⁹² Über diesen Stand notierte Goebbels, wahrscheinlich nach einem Telefonat mit Hitler, in sein Tagebuch: „Polen macht noch große Schwierigkeiten. Die Polacken sind und bleiben natürlich unsere Feinde, wenngleich sie uns aus Eigennutz in der Vergangenheit manchen Dienst getan haben“ (TG, 28.3.1939). Diese Passage läßt erkennen, daß auch eine friedliche Einigung in den Streitpunkten Danzig/Korridor durch eine entgegenkommende Haltung Warschaws nicht von Dauer gewesen wäre, da die Nationalsozialisten in den Polen beständig „Feinde“ sahen.

Wenige Stunden später trat Goebbels eine 18tägige Urlaubsreise an, so daß er nun wieder längere Zeit außerhalb des NS-Macht- und Entscheidungszentrums stand. Über Budapest begab sich Goebbels nach Athen, Rhodos, Ägypten und Istanbul. Zwar hatte Hitler verlangt, daß Goebbels „immer erreichbar sein“ müsse, „um notfalls abberufen werden zu können“ (TG, 28.3.1939), doch stellte sich in Athen (TG, 1.4.1939) und auf Rhodos heraus, daß dort nicht mit Berlin telefoniert werden konnte (TG, 4.4.1939). Auch in der ägyptischen Wüste war Goebbels von der Außenwelt abgeschnitten (TG, 8.4.1939). Die wenigen Informationen, die Goebbels meist mit einiger Verzögerung und in willkürlicher zeitlicher Abfolge durch Zeitungen in Erfahrung brachte, hielt er im Tagebuch fest. So schrieb er am 1. April 1939: „Die Polen bleiben vorläufig noch halsstarrig. Wird Beck, der gerade nach London reist,⁵⁹³ sich gegen Deutschland breitschlagen lassen. Ich kann es kaum glauben. [...] Aber wenn es brennt, wird der Führer mich schon zurückrufen“ (TG, 1.4.1939). Goebbels hielt es also für möglich, daß die Reise des polnischen Außenministers zu einer Situation führen könnte, bei der er gebraucht werde. Die Ereignisse des Jahres 1938 und 1939 hatten gezeigt, daß Hitler Goebbels immer kurz vor einer bevorstehenden Aktion und vor allem zu

⁵⁸⁹ Vermerk über Mitteilungen Hitlers an Brauchitsch betr. Hitlers politische und militärische Pläne vom 25.3.1939, in: IMG 38, Dok.100-R, S.274–276.

⁵⁹⁰ Aufzeichnung Ribbentrops über Gespräch mit Lipski, 26.3.1939, mit polnischer Note als Anlage, in: ADAP, D 6, Dok.101; vgl. auch Becks Instruktionen an Lipski vom 25.3.1939, in: Jędrzejewicz, Lipski, Doc.139.

⁵⁹¹ Telegramm Weizsäckers, 27.3.1939, in: ADAP, D 6, Dok.103. Beck erklärte am 28.3.1939 seinerseits gegenüber Moltke, ein deutscher Gewaltakt gegen Danzig bedeute für Warschau den „casus belli“, in: ADAP, D 6, Dok.118.

⁵⁹² Aufzeichnung Schmidts, 27.3.1939, in: ADAP, D 6, Dok.108.

⁵⁹³ Beck verließ Warschau in Richtung London am 2.4.1939; vgl. DBFP, 3rd Series, Vol.IV, Doc.605.

deren propagandistischer Begleitung konsultierte. Goebbels wußte also, wie gespannt die Situation war, und daß in Berlin eine Operation gegen Polen in Erwägung gezogen wurde.

Von Chamberlains Garantierklärung für Polen, die Becks Besuch vorausgegangen war, hatte Goebbels erst Tage später erfahren. Am 4. April 1939 schrieb er: „Von Berlin kommen Zeitungen an. Chamberlain hat im Unterhaus eine Beistandsverpflichtung für Polen erklärt“ (TG, 4.4.1939). Auch ihr waren, um die Vorgeschichte kurz anzudeuten, wie der zwei Wochen später erfolgenden Garantiebekundung für Rumänien, Meldungen über eine unmittelbar bevorstehende militärische Operation des NS-Regimes gegen Polen vorausgegangen.⁵⁹⁴ Zudem hatte die polnische Regierung eine Teilmobilmachung vorgenommen⁵⁹⁵ und den Beitritt zu einem von London inspirierten Bündnis unter Beteiligung der UdSSR abgelehnt, nicht zuletzt, weil sie sich von bilateralen Gesprächen mit dem NS-Regime eine Lösung der Streitpunkte erhoffte.⁵⁹⁶ Die Frage, ob es sich bei der britischen Garantierklärung für Polen eher um eine „Improvisation“ handelte, die zunächst vor allem der „Abschreckung“ dienen sollte,⁵⁹⁷ oder um einen länger vorbereiteten, gezielten „Befreiungsschlag“, der im Bewußtsein um die Gefahr eines Krieges eine polnische Neutralität verhindern sollte, die wiederum den Verlust einer potentiellen Ostfront gegen das Deutsche Reich zur Folge gehabt hätte,⁵⁹⁸ ist in der Forschung umstritten.⁵⁹⁹ Die Beistandsverpflichtung besagte, daß die britische Regierung mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln Polen unterstützen würde, sollte die polnische Unabhängigkeit durch irgendeine Handlung bedroht sein und die polnische Regierung es für lebensnotwendig erachten, Widerstand zu leisten.⁶⁰⁰ Sie enthielt keine Garantie der Staatsgrenzen, um Warschau Verhandlungsspielraum zu lassen. Die französische Regierung hatte Chamberlain zu der Erklärung autorisiert, daß Paris dieselbe Position einnehme.⁶⁰¹

Am Tag nach dieser Ankündigung Chamberlains gab Hitler dem Premier, wie Goebbels auf Rhodos in sein Tagebuch schrieb, eine „sehr schneidende Antwort“ und drohte mit der „Kündigung des Flottenvertrages“ (TG, 4.4.1939).⁶⁰² Hitler

⁵⁹⁴ Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 566, 571; Self, Chamberlain-Letters, Brief vom [1./2.4.1939], S. 400; Newman, March 1939, S. 180f., 185.

⁵⁹⁵ Vgl. ADAP, D 6, Dok. 85, 90, 101, 115, 118; DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 523.

⁵⁹⁶ Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 446, 459, 471, 479, 485, 489, 496, 518, 529, 534, 538.

⁵⁹⁷ Broszat, Die Reaktion, S. 279, 270; „Drohgebärde“ nannte Wegner, War der Zweite Weltkrieg vermeidbar, S. 26f., die Garantie.

⁵⁹⁸ Vgl. Newman, March 1939, S. 219; Kosmala, Der deutsche Überfall, S. 30.

⁵⁹⁹ Nach der Darstellung Chamberlains in einem Privatbrief waren die Nachrichten über die Bedrohung Polens Anlaß zu der Erklärung, da befürchtet wurde, innerhalb weniger Tage könnte die britische Regierung von der Kapitulation Polens überrascht werden. Dies spreche dafür, daß die Garantierklärung tatsächlich spontan entstand und zunächst eine Abschreckung bezweckte. Vgl. Self, Chamberlain-Letters, Brief vom [1.–2.4.1939], S. 400.

⁶⁰⁰ Rede Chamberlains im House of Commons, 31.3.1939, in: Chamberlain, Struggle, S. 423; DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 582; ADAP, D 6, Dok. 136.

⁶⁰¹ Vgl. DBFP, 3rd Series, Vol. IV, Doc. 566, 574.

⁶⁰² Die Rede Hitlers am 1.4.1939 in Wilhelmshaven anläßlich des Stapellaufs des Schlachtschiffes „Scharnhorst“ war betont antibritisch, auch die Infragestellung des Flottenabkommens hielt Goebbels richtig fest; vgl. Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1119–1127.

griff in dieser Rede in Wilhelmshaven die Verurteilung seiner Politik durch Chamberlain mit dem Verweis auf die britische Kolonialpolitik an und unterstellte, daß England 300 Jahre lang nicht anders gehandelt habe und nun, da es saturiert sei, von Moral rede. „England auf dem Tugendpfad. Es ist zum Brüllen“ (TG, 4. 4. 1939), kommentierte Goebbels. Hitler sprach davon, daß Großbritannien in Palästina „Tausende abgeschlachtet“ habe, während er in Mitteleuropa lediglich „Ruhe“ und „Ordnung“ geschaffen habe. Anschließend drohte er, daß das Reich keine „Trabantenstaaten, deren einzige Aufgabe“ es sei, „gegen Deutschland angesetzt zu werden“, bis zu deren „Einsatz“ gewähren lasse. Dies war eine Anspielung auf die britisch-französische Garantie für Polen und im Prinzip die Ankündigung eines Angriffs, der als Präventivkrieg deklariert werden sollte.

Wahrscheinlich am selben Tag, am 1. April 1939, wenn nicht schon zuvor, wies Hitler Keitel an, den „Fall Weiß“, also den Angriff auf Polen, so zu bearbeiten, „daß die Durchführung ab 1. 9. 39 jederzeit möglich ist“.⁶⁰³ Am 6. April teilte Weizsäcker Lipski mit, daß Hitlers Angebot an Polen bezüglich Danzig/Korridor „einmaliges gewesen“ sei, das vom NS-Regime als abgelehnt betrachtet werde, und fügte seiner Aufzeichnung zufolge hinzu: „Ob Polen mit dieser Haltung gut beraten gewesen sei, werde ja die Zukunft lehren“.⁶⁰⁴ Die Nichtwiederholung von Hitlers Vorschlag sollte verhindern, daß Polen ein neues Gegenangebot vorlegte. Mit Polen sollte also keine Verhandlungslösung mehr gefunden werden. Am selben Tag gab Chamberlain bekannt, daß Großbritannien und Polen ein gegenseitiges Hilfeleistungsabkommen vereinbart hätten, das zu einem dauerhaften Vertrag ausgestaltet werde,⁶⁰⁵ der am 13. April unterzeichnet und durch eine ähnliche französisch-polnische Regelung ergänzt wurde. Auch Goebbels gelangte auf Rhodos die Vereinbarung vom 6. April Tage später zur Kenntnis; er kommentierte sie am 10. April mit den Worten: „London und Warschau haben einen gegenseitigen Beistandspakt abgeschlossen. Beck ist also den Lords doch in die Falle gegangen. Polen wird das vielleicht einmal sehr teuer bezahlen müssen. / So hat es bei der Tschechei auch angefangen. / Und das Ende war dann die Aufteilung dieses Staates“ (TG, 10. 4. 1939). Tags darauf ließ Hitler seine Weisung für den „Fall Weiß“ den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile zukommen. Sie enthielt die Vorgaben für „eine endgültige Abrechnung“ mit Polen, wobei dieser Staat vorher „möglichst zu isolieren“ war. Das Ziel war, „die polnische Wehrkraft zu zerschlagen und eine den Bedürfnissen der Landesverteidigung entsprechende Lage im Osten zu schaffen“. Danzig sollte im Konfliktfall sofort „als deutsches Reichsgebiet erklärt“ werden.⁶⁰⁶

⁶⁰³ Weisung Keitels für die Wehrmacht, 3. 4. 1939, in: IMG 34, Dok. 120-C, S. 380f. Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1119, Anm. 352, und Rohde, Hitlers erster „Blitzkrieg“, S. 79, konstatierten, daß Hitler Keitel nach dem 1. 4. 1939 nicht mehr getroffen habe, daß also seine Anweisung zur Weisung, die Keitel am Montag, 3. 4. 1939, vorlegte, zuvor ergangen sein mußte.

⁶⁰⁴ Aufzeichnung Weizsäckers über Gespräch mit Lipski, 6. 4. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 169; vgl. auch ebenda, Dok. 159.

⁶⁰⁵ Vgl. ADAP, D 6, Dok. 169, Anm. 4; Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1128f.; DBFP, 3rd Series, Vol. V, Doc. 16.

⁶⁰⁶ Weisung Hitlers, 11. 4. 1939, in: IMG 34, Dok. 120-C, S. 388.

Wieder zurück in Berlin erfuhr Goebbels von Hitler, daß sich die deutsche „Aufrüstung [...] durch Prag wesentlich vergrößert“ habe (TG, 23.4.1939). Sie hätten dadurch „37 000 Maschinengewehre allein dazubekommen“, bei denen sich „deutsche Munition verwenden“ ließ (TG, 23.4.1939).⁶⁰⁷ Einen Tag später teilte Hitler ihm mit, daß er gegenüber Polen „nicht sein damaliges Angebot bzgl. Danzig und Autobahn durch den Korridor nochmal wiederholen“ wolle (TG, 24.4.1939). Im nächsten Absatz beschreibt Goebbels wieder die Fortschritte der deutschen „Aufrüstung“ und die angeblich hervorragende Qualität der „deutschen Waffen“ sowie die riesigen „Munitionsvorräte“. Abends begab sich Goebbels wieder zu Hitler in die Reichskanzlei, wo sie seinem Tagebuch zufolge „bis in die tiefe Nacht Außenpolitik gemacht“ hatten (TG, 24.4.1939). Hierzu führte Goebbels aus: „Der Führer ist sehr geladen gegen Polen. Glaubt, da zu einem baldigen Ergebnis zu kommen. Paris und London bluffen nur. / [...] / Es ist augenblicklich noch alles in der Schwebe. Unsere Parole heißt: aufrüsten, auf der Lauer liegen und wenn die Situation reif ist, zupacken“ (TG, 24.4.1939). Unklar war also der Termin, wie Goebbels überliefert, nicht die Entscheidung zum „Zupacken“.

Am 28. April hielt Hitler im Reichstag eine lange Rede, über die Goebbels notiert hatte: „Flottenvertrag mit England gekündigt. Grundlagen dazu nicht mehr vorhanden. Abkommen mit Polen gekündigt. Aus denselben Gründen“ (TG, 29.4.1939).⁶⁰⁸ Einen Tag später schrieb Goebbels in seiner bekannt flapsigen Art: „Die Polen müssen bei nächster Gelegenheit etwas auf die Schnauze haben“ (TG, 30.4.1939), womit Goebbels nichts anderes ausdrückte als eine bevorstehende militärische Operation. Anlässlich der Feier zum 1. Mai sprach Goebbels mit Hitler einige Fragen durch und hielt darüber im Tagebuch fest: „Die Polen hetzen sehr gegen uns. Der Führer begrüßt das. Wir sollen vorläufig noch nicht wiederschlagen. Aber registrieren. Warschau wird einmal da enden, wo Prag geendet hat“ (TG, 2.5.1939).⁶⁰⁹ Keine zwei Wochen später vermerkte Goebbels „den ersten Toten“ auf deutscher Seite in Polen und kommentierte: „Das geht alles seinen gesetzmäßigen Gang“ (TG, 13.5.1939). Goebbels spielte hier auf die Zwischenfälle im Sudetenland an, wo jeder „volksdeutsche“ Todesfall zur Verschärfung der Spannungen instrumentalisiert wurde, und machte deutlich, daß derartige Vorfälle auch den Anlaß zum Krieg gegen Polen liefern könnten.⁶¹⁰ Seinen höchsten Offizieren teilte

⁶⁰⁷ Etwas höhere Zahlen nannte Hitler dem italienischen Botschafter Attolico am 20.3.1939 als Zugewinne: 1,9 Mio. Gewehre, 44 000 Maschinengewehre, 2400 schwere Geschütze, 1000 Flugzeuge und 120 000 t Munition; vgl. Aufzeichnung Schmidts über Gespräch Hitlers mit Attolico, 20.3.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 52, S. 51.

⁶⁰⁸ Bei der nicht ganz deutlich ausgesprochenen Kündigung des Flottenabkommens verwies Hitler auf das mangelnde Vertrauen der britischen Regierung in die deutsche Regierung, das Chamberlain am 17.3.1939 angesprochen hatte. Den Nichtangriffspakt mit Polen kündigte Hitler mit dem Argument, Polen habe ihn durch seine Beistandspakte mit Großbritannien und Frankreich verletzt. Reichstagsrede Hitlers, 28.4.1939, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 460, S. 23–43, v. a. S. 32, 34. Allerdings hatte Hitler das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935 inzwischen durch seine Seerüstungsmaßnahmen längst gebrochen; vgl. Hillgruber, Deutschlands Rolle, S. 82f.

⁶⁰⁹ Im Mai 1938 wurde der deutschen Presse noch Zurückhaltung verordnet; vgl. Fischer, Publizistik, S. 214.

⁶¹⁰ Siehe Kosmala, Der deutsche Überfall, S. 30f.

Hitler am 23. Mai 1939 mit, er habe entschlossen, „bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen“.⁶¹¹ Doch noch waren die „Westbefestigungen“ (TG, 17. 5. 1939) nicht fertig, die Hitler Mitte Mai noch einmal inspiziert hatte. Wenige Wochen später notierte Goebbels: „Der Führer will vorläufig einmal warten, bis wir fertig sind. Im August steht der Westwall“ (TG, 11. 6. 1939). Beiden war bewußt, daß die Lage bei dieser Aktion des NS-Regimes etwas ernster war, weil die britische Regierung, von deren Verhalten die Position der französischen abhing, nun „festergelegt als im September 38“ (TG, 24. 8. 1939) war, als kein formales Bündnis mit Prag bestanden hatte.

Hitler suchte daher nun ebenfalls nach Bundesgenossen. Da er Mussolini vor der Errichtung des „Protektorats“ nicht informiert hatte,⁶¹² bemühte er sich nun besonders um Rom. Zum Gründungstag der faschistischen Partei schrieb er Mussolini einen Brief, in dem er ihm versprach, ihm auch in schwierigsten Situationen mit äußerster Konsequenz beizustehen.⁶¹³ Damit hatte Hitler Mussolini nicht nur einen Freibrief für seine territorialen Aspirationen im Mittelmeerraum ausgestellt, sondern ihn zugleich – wie schon in seiner Reichstagsrede am 30. Januar 1939⁶¹⁴ – der sogenannten Nibelungentreue des NS-Regimes versichert. Nach nochmaliger Rücksprache mit Berlin rückten am 7. April italienische Truppen in Albanien ein und besetzten das Land (TG, 10. 4. 1939). Als Vorwand dienten angebliche Unruhen, weshalb Goebbels kommentierte, Mussolini habe „in seiner Argumentation viel von uns gelernt“ (TG, 11. 4. 1939).⁶¹⁵ Mitte April besprach Göring mit Mussolini in Rom eine mögliche künftige militärische Kooperation. Als Motto beider Regierungen wurde im Protokoll festgehalten: „Vom Frieden sprechen und den Krieg, d. h. den Sieg vorbereiten“.⁶¹⁶ Wenige Tage später erzählte Göring in Gegenwart Goebbels' von seinem Besuch bei Mussolini: „Dort steht jetzt wieder alles gut. Nach der Besetzung von Böhmen und Mähren war es nicht so gut“ (TG, 20. 4. 1939), vermerkte Goebbels darüber. Am 23. April erfuhr Goebbels von Hitler, daß an einem „Militärbündnis mit Italien“ gearbeitet werde (TG, 24. 4. 1939). Dieser sogenannte Stahlpakt zwischen dem Deutschen Reich und Italien wurde am 22. Mai unterzeichnet. Er sah einen Beistandsautomatismus im Kriegsfall vor. Doch Goebbels war skeptisch, wie aus seinem Tagebuch hervorgeht: „Der deutsch-

⁶¹¹ Bericht Rudolf Schmundts über die Besprechung in der Reichskanzlei am 23. 5. 1939, in: IMG 37, Dok. 79-L, S. 546–556, hier S. 549.

⁶¹² Vgl. ADAP, D 4, Dok. 187, 205, 214, 224, 232, 239; ADAP, D 6, Dok. 15, 37f., 55; DDI, Serie 8, Vol. XI, Doc. 277, 282, 292, 294, 296–299, 301–303, 314, 340; Král, Abkommen, Dok. 314; Tagebuch Ciano, 15.–20. 3. 1939; Hiller von Gaertringen, Hassell-Tagebücher, 3. 4. 1939, S. 86.

⁶¹³ Schreiben Hitlers an Mussolini, 25. 3. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 100.

⁶¹⁴ „Blankovollmacht für Italien: bei einem Krieg gleichgültig welcher Art an Mussolinis Seite“, hatte Goebbels notiert, TG, 31. 1. 1939. Hitler hatte im Reichstag erklärt: „Es kann dem Frieden nur nützlich sein, wenn es darüber keinen Zweifel gibt, daß ein Krieg gegen das heutige Italien, ganz gleich aus welchen Motiven, vom Zaune gebrochen, Deutschland an die Seite des Freundes rufen wird.“ Rede Hitlers, 30. 1. 1939, in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 460, S. 18.

⁶¹⁵ Vgl. ADAP, D 6, Dok. 150, 155, 158, 164, 166, 170–172; DDI, Serie 8, Vol. XI, Doc. 463.

⁶¹⁶ Aufzeichnung über Gespräch Görings mit Mussolini am 16. 4. 1939, in: ADAP, D 6, Dok. 211.

italienische Militärpakt wird unterzeichnet. Er ist sehr weitgehend. Volle militärische Hilfe, Konsultation etc. Auf 10 Jahre abgeschlossen. / Hoffentlich halten die Italiener ihn auch“ (TG, 23.5.1939).⁶¹⁷

Ein weiterer möglicher Bundesgenosse wurde in der UdSSR gesehen. Ende März/Anfang April 1939 gab es in Berlin verschiedentliche Überlegungen einer Annäherung an Moskau.⁶¹⁸ Göring besprach diese Angelegenheit am 18. April 1939 mit Mussolini, der die Anregung begrüßte, durch Mittelsmänner „vorsichtig bei Rußland mit dem Ziel einer Annäherung“ vorzufühlen.⁶¹⁹ Die Aussichten dafür waren keineswegs gering, da die UdSSR seit dem Münchener Abkommen völlig isoliert war, und Stalin durch den nationalsozialistischen Griff nach Prag, die indirekte Beherrschung der Slowakei und den „Anschluß“ des Memellandes an das Reich in seinem Mißtrauen gegen die Westmächte, die alles geschehen ließen, bestärkt worden war. Zudem fürchtete er ein mögliches Arrangement des NS-Regimes mit Großbritannien und Frankreich – mit beiden Staaten hatte Berlin wenige Monate zuvor „Freundschaftserklärungen“ unterzeichnet – gegen die UdSSR.⁶²⁰ Schon seit Herbst 1938 waren die Kontakte zwischen Moskau und Berlin intensiviert worden, zunächst auf wirtschaftlicher Basis. Am 3. Mai wurde der bisherige Außenkommissar Maxim Litwinow, der für eine Anlehnung an die Westmächte stand und jüdischer Herkunft war, durch Molotow ersetzt. Goebbels schrieb hierüber: „Um Litwinows Rücktritt großes Rätselraten. Man glaubt in London und Paris, daß Moskau sich stärker nach uns orientieren wolle. Wir dementieren das nicht, um die Nervosität und Unruhe zu steigern“ (TG, 6.5.1939). Goebbels wie anscheinend auch Hitler hatten die Offerten Moskaus zu einer Verständigung nicht gleich begriffen. Noch am 1. Juni notierte Goebbels nach einem Gespräch mit ihm: „Die Politik Moskaus ist vorläufig auch für den Führer noch undurchsichtig. Man wird nicht ganz schlau daraus. Wahrscheinlich ist es so, daß Moskau sich nach Möglichkeit aus allen europäischen Streitigkeiten heraushalten möchte, um evtl. nachher als Erbe aufzutreten“ (TG, 2.6.1939). Kurz zuvor hatte Hitler sein Einverständnis mit einer „Fühlungnahme“ mit der sowjetischen Führung gegeben.⁶²¹

Ende Juni besprach sich Hitler mit dem deutschen Botschafter in Moskau, Graf Schulenburg, auf dem Obersalzberg (TG, 23.6.1939). Aber noch verhandelten auch die Briten mit der UdSSR, um sie für eine Allianz gegen das NS-Regime zu gewinnen. Anfang Juli glaubte Hitler nicht mehr, wie Goebbels überliefert, „daß London und Moskau noch zu einem Abschluß kommen werden. Dann ist für uns die Bahn frei“ (TG, 9.7.1939), notierte Goebbels weiter. Spätestens Anfang August setzte dann auch die deutsche Pressekampagne mit voller Wucht gegen Polen

⁶¹⁷ Freundschafts- und Bündnispakt zwischen dem Deutschen Reich und Italien mit geheimem Zusatzprotokoll, 22.5.1939, in: ADAP, D 6, Dok.426; RGBl. 1939, Teil II, S. 826–833, dort aber ohne Zusatzprotokoll.

⁶¹⁸ Kley, Hitler, Ribbentrop, S. 262f.; Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, Das Amt, S. 135.

⁶¹⁹ Aufzeichnung über Gespräch Görings mit Mussolini am 16.4.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 211.

⁶²⁰ Vgl. Altrichter, Unauflösbare Widersprüche, S. 59–83, v. a. S. 71–73; Čubarjan, Die UdSSR, S. 277–292, v. a. S. 280–284; Dašičev, Planungen, S. 303–314; Bartoszewski, Polen, S. 54.

⁶²¹ Notiz Weizsäckers, 30.5.1939, in: ADAP, D 6, Dok. 446. Zu den Verhandlungen Berlin-Moskau siehe Kley, Hitler, Ribbentrop, S. 261–279.

ein.⁶²² Als Goebbels am 21. August vom Obersalzberg die Nachricht erhielt, daß der „Nichtangriffspakt mit Moskau perfekt“ sei, der am 23. August unterzeichnet wurde,⁶²³ fügte er im Tagebuch hinzu: „Daran ist auch lange genug gearbeitet worden“ (TG, 22. 8. 1939). Goebbels hielt diesen Vertrag für „einen genialen Schachzug“ Hitlers (TG, 23. 8. 1939) und wurde noch vor der Unterzeichnung von Hitler über das geheime Zusatzprotokoll⁶²⁴ informiert, wie sein Tagebuch ausweist: „Der Osten Europas wird zwischen Berlin und Moskau aufgeteilt. Rußland will natürlich einen Teil des Baltikums. Soll es haben. Polen wird aufgeteilt. Anderer Mächte Interessen in Osteuropa werden nicht anerkannt“ (TG, 24. 8. 1939). Zur Reaktion Roms hielt Goebbels fest: „Italien ist nicht begeistert, aber es wird wohl mitmachen müssen. Es bleibt ihm ja kaum noch eine andere Wahl“ (TG, 24. 8. 1939).

Wie im Falle der Sudetenkrise hatte Hitler beim Konflikt mit Polen ein „Minimalziel“ (TG, 28. 8. 1939), das in der Abtretung Danzigs und in einer Korridorlösung⁶²⁵ bestand, und eine „Maximalforderung“, die die Annexion Westpolens bis zu der mit Stalin vereinbarten Demarkationslinie bedeutete. Auch diesmal bemühte sich die britische Regierung um eine Vermittlung zwischen beiden Parteien, Berlin und Warschau, und hätte die sogenannten Minimalforderungen des NS-Regimes akzeptiert, wäre Polen dazu bereit gewesen und dessen staatliche Unabhängigkeit von Hitler garantiert worden.⁶²⁶ Doch selbst wenn der polnische Botschafter Lipski im Namen seiner Regierung am 30. August die Annahme der Forderungen erklärt hätte,⁶²⁷ wäre der Krieg gegen Polen nur aufgeschoben wor-

⁶²² Fischer, Publizistik, S. 215.

⁶²³ Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der UdSSR mit geheimem Zusatzprotokoll, 23. 8. 1939, in: ADAP, D 7, Dok. 228f.; im RGBl. 1939, Teil II, S. 968f., ohne Zusatzprotokoll veröffentlicht. Zur Bedeutung siehe Semirjaga, Die sowjetisch-deutschen Verträge, S. 293–301.

⁶²⁴ Geheimes Zusatzprotokoll, 23. 8. 1939, in; ADAP, D 7, Dok. 229.

⁶²⁵ Am 27. 8. 1939 sprach Hitler gegenüber Goebbels noch von der Lösung „Korridor im Korridor“ (TG, 28. 9. 1939), zwei Tage später wurde in einem offiziellen Memorandum des NS-Regimes eine Abstimmung im Korridor verlangt; vgl. ADAP, D 7, Dok. 458, Anlage.

⁶²⁶ Vgl. Noten der britischen Regierung, 28. 8. und 30. 8. 1939, in: ADAP, D 7, Dok. 384, Anlage, und 461, Anlage; siehe auch ebenda, Dok. 466.

⁶²⁷ Weder Beck noch Lipski trafen am 30. 8. 1939, wie in Berlin erwartet (TG, 31. 8. 1939; ADAP, D 7, Dok. 461, 476), zu Verhandlungen ein. Erst am Nachmittag des 31. 8. sprach Lipski mit Weizsäcker und erklärte ihm, wie auch am Abend Ribbentrop, daß er keine Vollmachten besitze (ADAP, D 7, Dok. 475f.). Doch Hitler war nur zu Verhandlungen mit einem bevollmächtigten Vertreter bereit, der ihm die Akzeptanz seiner Forderungen bestätigt hätte; vgl. ADAP, D 7, Dok. 421, 445, 461. Lipski war nicht bevollmächtigt und vor allem kam er zu spät. Goebbels zufolge hatte Hitler „mittags“ den endgültigen „Befehl zum Angriff in der Nacht“ gegeben (TG, 1. 9. 1939). Somit ist die Annahme Weinbergs, *The Foreign Policy. Starting World War II*, S. 645–647, und ders., *Hitlers Entschluß*, S. 33, falsch, Hitler habe den Krieg achteinhalb Stunden vor der von ihm selbst gesetzten und von Halder überlieferten Entscheidungsfrist (31. 8. 1939, 15.00 Uhr) befohlen und seinen zeitlichen Spielraum nicht ausgeschöpft. Auch Halder überliefert, daß um 16.00 Uhr der Befehl des OKW „zum Antreten“ gegeben wurde, da infolge Lipskis Besuch in Berlin nochmals nachgefragt worden war, „ob es beim Antreten bleibt“. Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. I, 30., 31. 8. 1938, S. 46, 48.

den. Hitler wollte die Vernichtung des polnischen Staates, wie Goebbels nach einem Gespräch mit ihm am 23. August 1939 überliefert: „Wir werden es [Polen, d.V.] angreifen bei der ersten besten Gelegenheit. Der polnische Staat muß zerschlagen werden genau wie der tschechische“ (TG, 24.8.1939). Der exakte Zeitpunkt dieser Entscheidung Hitlers läßt sich aufgrund der Quellenlage nicht eindeutig bestimmen.⁶²⁸ In dieser Frage tragen die Tagebücher von Goebbels nicht zur Klärung bei, da sich der Propagandaminister in der fraglichen Phase im Ausland aufhielt. Als gesichert gilt, daß der grundsätzliche Entschluß Hitlers einige Tage nach der Errichtung des „Protektorats“ und der Ablehnung seiner Forderungen durch Warschau und vor dem 3. April 1939 gefaßt wurde. Die Vorkriegsphase, verstanden als Abschnitt vor dem Krieg, in dem die grundsätzlichen Entscheidungen fielen, war also bereits im Frühjahr 1939 abgeschlossen.

8. Die Goebbels-Tagebücher als Quelle für die Geschichte der Desintegration der Tschecho-Slowakei

Zur Rolle Goebbels' bei der Desintegration des tschecho-slowakischen Staates

Zwischen Oktober 1938 und Anfang März 1939 war Goebbels zwar mit den medien- und kulturpolitischen Fragen in bezug auf das Sudetenland und die Tschecho-Slowakei befaßt, aber nur selten mit der Außenpolitik des NS-Regimes. Dies hatte im wesentlichen zwei Ursachen: Zum einen war Goebbels in der gesamten Vorkriegsphase – wie im Regelfall auch davor und danach – nie an politischen Verhandlungen mit ausländischen Regierungsvertretern beteiligt worden, da sich Hitler dies selbst vorbehielt oder Göring und Ribbentrop damit betraute. Zum anderen scheint aufgrund von Goebbels' Affäre mit der tschechischen Schauspielerin Lida Baarova das Vertrauen Hitlers in seinen Propagandaminister erheblich abgenommen zu haben, vor allem auch, weil Goebbels, worauf sein Tagebuch schließen läßt, immer wieder erklärt zu haben scheint, die Affäre fortsetzen zu wollen. Es deutet vieles darauf hin, daß Goebbels nicht lediglich die Abhängigkeit der Schauspielerin zu rein sexuellen Zwecken ausgenutzt hatte, wie ihm damals beispielsweise von Alfred Rosenberg oder Ulrich von Hassell unterstellt worden war.⁶²⁹ Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, daß die mehrmaligen Erkrankungen Goebbels' in dieser Phase mit dem Zwiespalt zwischen privaten Interessen und gehorsamer Pflichterfüllung zusammenhängen – letztlich klären läßt sich dies heute nicht mehr. Die Aufzeichnungen hierzu belegen aber deutlich, daß

⁶²⁸ Beispielsweise wurden in der Literatur folgende mögliche Daten genannt: Broszat, *Die Reaktion*, S. 277: 25.3.1939; Wojciechowski, *Der historische Ort*, S. 274: 31.3.1939; Wegner, *War der Zweite Weltkrieg vermeidbar*, S. 27: Ende März 1939; Rohde, *Hitlers erster „Blitzkrieg“*, S. 79: vor 1.4.1939; Graml, *Europas Weg*, S. 195: spätestens 1.4.1939; Čubarjan, *Die UdSSR*, S. 283: April 1939.

⁶²⁹ Seraphim, *Tagebuch Rosenbergs*, Einträge vom 6.2., 1.3.1939, S. 80–82; Hiller von Gaertringen, *Hassell-Tagebücher*, Einträge vom 17.9.1938 (S. 51f.), 10.10.1938 (S. 57), 30.1.1939 (S. 79), 26.1.1939 (S. 82).

diese Quelle tatsächlich ein privates Tagebuch darstellt, dessen Autor durch Krankheiten und persönliche Lebenskrisen in seiner Aufmerksamkeit und seinem Interesse für die berufliche Tätigkeit beeinträchtigt wurde. Gegen Jahresende 1938 war Goebbels schwer angeschlagen, so daß Hitler ihn zu sich auf den Obersalzberg holte, aber mit ihm keine brisanten politischen Angelegenheiten besprach. Hitler informierte seinen Propagandaminister wahrscheinlich weder über seine Unterredungen mit Kálmán Darányi am 14. Oktober 1938 noch mit Józef Beck am 5. Januar 1939 oder mit Vojtěch Tuka und Franz Karmasin am 12. Februar 1939. Von seinen Gesprächen mit František Chvalkovský am 14. Oktober 1938 und 21. Januar 1939 berichtete Hitler ihm nur sehr wenig. Ribbentrops Gespräche mit Józef Lipski und Außenminister Beck zwischen Oktober 1938 und Januar 1939 waren und blieben Goebbels wahrscheinlich völlig unbekannt.

Die zahlreichen Tagebucheinträge zum weltpolitischen Geschehen, das Goebbels um die Jahreswende 1938/39 mit wechselnder Aufmerksamkeit verfolgte, zeugen von geringer Informationsdichte und enthalten oftmals kaum mehr, als ein aufmerksamer Zeitungsleser zu notieren vermocht hätte. Trotzdem lassen sich alle wichtigen Ereignisse in Goebbels' Aufzeichnungen finden, beispielsweise die Besetzung des Sudetenlandes, dessen Eingliederung in das Reich, die polnische Annexion des Olsa-Gebietes, die ungarisch-tschecho-slowakischen Verhandlungen, die Appelle Budapests und Preßburgs an Berlin und Rom, eine Lösung zu finden, der Erste Wiener Schiedsspruch, die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938 oder die innenpolitischen Vorgänge in der Tschecho-Slowakei. Die notgedrungene Anlehnung Prags an Berlin verzeichnete Goebbels mit Befriedigung, vor allem die dortigen Maßnahmen gegen Emigranten, Kommunisten und Juden.

Die relative Bedeutungslosigkeit des Propagandaministers für die NS-Außenpolitik Ende 1938 und Anfang 1939 änderte sich schlagartig, als in der Tschecho-Slowakei eine Entwicklung eingetreten war, die Hitler als gravierend genug betrachtete, um die schon im Frühjahr 1938 geplante Besetzung Böhmens und Mährens in Angriff nehmen zu können. Durch die Absetzung der slowakischen Regierung unter Ministerpräsident Jozef Tiso durch den tschecho-slowakischen Staatspräsidenten Emil Hácha am 9. März 1939 war eine Situation entstanden, in der Hitler Goebbels' Mitwirkung bei den propagandistischen Begleitmaßnahmen der durchzuführenden Aktion benötigte und auch seinen Rat suchte, wohl nicht zuletzt, weil Göring in diesen Tagen verreist war. Mehrmals täglich beriet sich Hitler in den entscheidenden Märztagen mit Goebbels.

Am Mittag des 10. März 1939 wurde Goebbels noch vor Ribbentrop und Keitel zu Hitler gerufen. Nun hatten sie, wie Goebbels überliefert, ein „Sprungbrett“, um „die Frage“, die sie im September 1938 „nur halb lösen konnten, ganz lösen“ zu können (TG, 11.3.1939). In diesem Moment, nach Beratung mit Goebbels, fiel die Entscheidung Hitlers zum Einmarsch in Böhmen und Mähren am 15. März. Sogleich legten Hitler und Goebbels „alle Einzelheiten fest“, darunter auch die Presseführung. Am Nachmittag arbeitete Goebbels allein „den Schlachtplan“ der Propagandaaktion aus, informierte seine engsten Mitarbeiter und setzte sein Ministerium „in Bereitschaft“, bevor er zu Hitler zurückkehrte. Wieder in der Reichskanzlei, entwarfen Hitler und Goebbels gemeinsam „eine Meldung, daß die Regie-

rung Tiso sich vor ihrer Verhaftung nochmal in einer Note an die deutsche Reichsregierung gewandt habe“ (TG, 11.3.1939). Sie beabsichtigten also, wie ein Jahr zuvor, durch einen angeblichen Hilferuf den Einmarsch der Wehrmacht zu legitimieren. Es scheint, daß Hitler nachmittags zunächst mit Juristen die Rechtslage besprochen hatte und von deren Ideen nicht zufriedengestellt worden war. Denn er beklagte sich bei Goebbels, „daß man mit Juristen keine Geschichte machen“ könne, ihnen fehle es an Ideen, Leidenschaft und Mut (TG, 11.3.1939). Auf Vorschlag Goebbels' ging Hitler am Abend, wie noch öfter in den folgenden Tagen, ins Theater, um etwaige Gerüchte über eine außenpolitische Krise im Keim zu ersticken. Nachts, bis 4.00 Uhr morgens, trafen Goebbels und Hitler sich wieder zur Beratung. Die Situation in Preßburg stellte sich inzwischen anders dar als erhofft: Tiso wollte das Hilfsgesuch nicht unterzeichnen, der von Prag ernannte neue Ministerpräsident Sidor ebensowenig. Auch erfolgte keine slowakische Unabhängigkeitserklärung. Daher vereinbarten sie Goebbels zufolge, in der Slowakei „etwas nachhelfen“ zu wollen, denn diese Chance wollten sich Hitler und er nicht entgehen lassen. „Jedenfalls muß die Aktion steigen. Den Grund werden wir uns noch suchen“, notierte Goebbels weiter (TG, 11.3.1939).

Beide überlegten mögliche weitere Rechtfertigungsgründe für die Besetzung Böhmens und Mährens durch die Wehrmacht. Eine Möglichkeit sahen beide in Zwischenfällen in der Tschecho-Slowakei. Wie schon im September 1938 wurden wieder gezielt Greuelmeldungen über die Unterdrückung oder Mißhandlung der deutschen Minderheit verbreitet. Goebbels machte dies im Tagebuch unter anderem dadurch deutlich, daß er schrieb, er habe seinen Mitarbeiter Alfred-Ingemar Berndt „wieder zum Reichsgerüchteamt“ ernannt. Um für die Pressekampagne Berndts Fakten zu schaffen, sollten „Zusammenstöße [...] provoziert werden“, wie Goebbels mit Hitler am Mittag des 11. März besprochen hatte (TG, 12.3.1939). „Sind Deutsche dabei, dann schlagen wir Mordskrach“, hielt Goebbels weiter über dieses Gespräch mit Hitler fest. Die „Großkanonade“, so hatten sie vereinbart, sollte jedoch erst am 13. und 14. März einsetzen, kurz vor dem Einmarsch der Wehrmacht. Gleichzeitig wurde die Presse angewiesen, nicht den Eindruck zu erwecken, in der Slowakei herrschte Ruhe, obgleich dies der Fall war.

Am Mittag des 12. März besprach Goebbels mit Hitler nochmals die Situation und die Presseführung. Goebbels wußte auch, daß die SS versuchte, die revolutionäre Stimmung in Preßburg anzuheizen. Doch dies gelang nicht. „Es scheint, als ginge es von der Slowakei aus nicht mehr“ (TG, 13.3.1939), hielt Goebbels als Resultat fest. Daher empfing Hitler am frühen Abend den ungarischen Gesandten Döme Sztójay, um Budapest zu einem Eingreifen in der Karpatho-Ukraine zu bewegen. Hitler gab auch wieder die Richtlinien der Presseführung vor, wie Goebbels notierte: Die Presse mußte „stärker aufdrehen“, wenngleich „noch das undurchdringliche Gesicht“ gewahrt werden sollte (TG, 13.3.1939). Die wenig konkrete Haltung der Presse diente nicht nur der Verschleierung, sondern war auch notwendig, weil noch nicht entschieden war, welches Ereignis den Anlaß zum Vorgehen geben sollte. Goebbels erfuhr noch am selben Tag von Hitlers Gespräch mit Sztójay, bevor sie zusammen „zur Tarnung“ ins Theater gingen und noch bis 3.00 Uhr morgens mit Ribbentrop eine „außenpolitische Debatte“ führten (TG, 13.3.1939).

Am folgenden Tag, 13. März 1939, wurde Goebbels „gleich morgens zum Führer gerufen“, im Verlauf des Tages traf er ihn noch zwei weitere Male. „Die deutsche Presse dreht nun auf“, notierte Goebbels, wenngleich bislang „keine Reibungen von Belang zu verzeichnen“ seien, wie Goebbels vermerkte (TG, 14. 3. 1939). Zusammen mit Hitler entwarf Goebbels nun „die Flugblätter für den Einmarsch“, und zwar für jede Volksgruppe eigene (TG, 14. 3. 1939). Die offizielle Begründung, die in den Flugblättern angegeben wurde, lautete Goebbels zufolge: „Die Wehrmacht schafft nur Ordnung“ (TG, 14. 3. 1939). Kurz darauf arbeitete Goebbels „die Flugblätter im einzelnen aus“ und legte „mit der Luftwaffe zusammen die Verteilung fest“, genau wie ein Jahr zuvor, als der Einmarsch in Österreich bevorgestanden hatte. Mittags suchte Goebbels Hitler wieder auf und legte ihm die Entwürfe der Flugblätter vor, mit denen dieser „zufrieden“ gewesen sei. Doch noch konnten sie nicht gedruckt werden, weil Hitler die Unterredung mit den Vertretern der abgesetzten slowakischen Regierung, Tiso und Ďurčanský, abwarten wollte. Die Nachmittagspresse hatte weisungsgemäß ihren Ton deutlich verstärkt, was Goebbels mit gewissem Stolz im Tagebuch festhielt: „Die Blätter schreien mit voller Lungenstärke ihre Empörung heraus. Nun ist die Katze aus dem Sack gelassen. Aber Forderungen werden garnicht [!] aufgestellt. Das soll man sich draußen selbst zusammenreimen“ (TG, 14. 3. 1939). Am Abend erfuhr Goebbels von Hitler von seinem Gespräch mit den Slowaken, die aufgefordert worden waren, sofort ihre Unabhängigkeit von Prag zu proklamieren, andernfalls würde ihr Land „von Ungarn geschluckt“, wie Goebbels schrieb. Anschließend gab Goebbels der Presse genaue Instruktionen und ließ die von Hitler genehmigten Flugblätter in einer Auflage „von 25 Millionen durch die Maschinen“ laufen (TG, 14. 3. 1939).

Während in Berlin am Vormittag des 14. März gespannt die Vorgänge in Preßburg und die Unabhängigkeitserklärung beobachtet wurden, suchten Hitler und Goebbels nach alternativen Scheinlegitimationen. Goebbels vermerkte, die deutsche „Presse randaliert wie im September“ (TG, 15. 4. 1939), womit er zum Ausdruck brachte, daß wieder angebliche Zwischenfälle im Zentrum der Berichterstattung standen. Das „Hilfsgesuch“ aus der Slowakei, das vom NS-Regime verlangt worden war, traf, wie Goebbels zutreffend festhielt, nicht ein. Aber Ungarn hatte inzwischen „einige Grenzdörfer“ besetzt. Goebbels gab daher der Presse neue Instruktionen und hielt sie weiterhin zu „Lärm“ an. Mittags besprach Hitler mit Goebbels die künftige Gestaltung Böhmens und Mährens, Goebbels war also auch in diese staatsrechtliche Angelegenheit von vornherein miteinbezogen. Auch über den Beginn der militärischen Operation wurde Goebbels sogleich informiert. Noch bevor der tschecho-slowakische Staatspräsident Hácha und Außenminister Chvalkovský in der Reichshauptstadt eintrafen, ordneten Hitler und Goebbels gemeinsam an, daß in der Presse „nur noch von Böhmen und Mähren als urdeutschen Gebieten“ geschrieben werden durfte (TG, 15. 3. 1939). In der Reichskanzlei wartete Goebbels die nächtliche Unterredung Hitlers mit Hácha ab, um am frühen Morgen die von Hitler diktierte Proklamation an das deutsche Volk im Rundfunk zu verlesen. An vielen Orten der Tschecho-Slowakei hätten, so erfuhr das Volk von Goebbels, „wüste Exzesse“ stattgefunden, denen „zahlreiche Deutsche zum Opfer“ gefallen seien. Daher habe Hitler sich ent-

schlossen, „deutsche Truppen nach Böhmen und Mähren einmarschieren zu lassen“.⁶³⁰

Die Bedeutung Goebbels' für die Desintegration des tschecho-slowakischen Staates im März 1939 ist kaum zu überschätzen. Die Behauptung Helmut Michels', Goebbels habe „bei keinem der dem „Anschluß“ folgenden NS-Aggressionsakte [...] eine nennenswerte Rolle“ gespielt,⁶³¹ war voreilig und falsch; Michels lagen weder die Tagebucheinträge aus dieser Zeit vor noch hatte er sich mit der Zerschlagung der Tschecho-Slowakei im März 1939 überhaupt befaßt. Goebbels legte gemeinsam mit Hitler die Anweisungen für Presse und Rundfunk, slowakischsprachige Hörfunksendungen und die Gestaltung von Flugblättern fest. Aber darüber hinaus war er ständiger Berater Hitlers. In Anwesenheit von Goebbels' traf Hitler die Entscheidung zum Einmarsch der Wehrmacht am 15. März 1939. Gemeinsam überlegten sie immer wieder mögliche Alternativen zur Rechtfertigung der militärischen Besetzung, als die politische Situation in Preßburg keinen Anlaß mehr bot. Goebbels hatte daher seine Mitarbeiter angewiesen, Meldungen über Zwischenfälle zu konstruieren, wie bereits im September 1938 praktiziert. Goebbels war über alles Wesentliche informiert, über die Gespräche Hitlers, über die Vorgänge in Prag und Preßburg, über befohlene Aktionen der SS und über die rechtliche Gestaltung des zu erobernden Raumes. Obgleich Reichsaußenminister Ribbentrop bei zahlreichen Unterredungen mit den Vertretern Prags und Preßburgs beteiligt war oder sie selbst geführt hatte, scheint der wichtigste Berater Hitlers in dieser Phase Goebbels gewesen zu sein. Unabhängig von Goebbels' Tagebuch liegt dies aus folgendem Grund nahe: Göring war verreist, und Goebbels mußte wegen der Propagandaarbeit in jedem Fall eingebunden werden. Ribbentrop bestärkte trotz eigener, antibritischer Ansichten Hitler stets und bedingungslos in seinem radikalen Vorgehen. Goebbels hingegen war der Realitätssinn in außenpolitischen Fragen in der Vorkriegsphase nicht gänzlich abhanden gekommen. Immerhin hatte er am 28. September 1938 für eine Verhandlungslösung plädiert und Hitler von einem gewaltsamen Einmarsch abgeraten, während Ribbentrop ihn in seinem Kriegskurs bestärkt hatte. Hitler wollte anscheinend, obgleich er letztlich alle Entscheidungen selbst traf, auf Berater nicht verzichten. Aber Berater wie Ribbentrop, die ihm in seinen gewaltvollen Plänen stets gedankenlos recht gaben und keinen rechten Sinn für die Risikoabschätzung besaßen, nützten ihm wenig. Goebbels hatte sich in Hitlers Augen offenbar mehrfach bewährt, so daß er nach der Septemberkrise des Jahres 1938 nun im März 1939 wieder konsultiert wurde. Auch wenige Tage nach der Errichtung des „Protektorats“ bei der Memel-Aktion gegen Litauen zog Hitler Goebbels zu Rate. In dieser Angelegenheit war Goebbels höchstwahrscheinlich an der Abfassung des bedeutsamen Kommuniqués beteiligt, dessen Veröffentlichung von der litauischen Regierung ultimativ verlangt worden war (TG, 23.3.1939).

⁶³⁰ Proklamation Hitlers, 15.3.1939, in: IfZ, Archiv, DNB-Berichte, 15.3.1939, Bl. 7f.; DDP, Bd. 7/1, Dok. 83a, S. 499f.; sowie Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1095f.

⁶³¹ Michels, Ideologie, S. 419.

Neue Erkenntnisse zur Geschichte der Desintegration des tschecho-slowakischen Staates

Die vom NS-Regime betriebene Desintegration der Tschecho-Slowakei ist von der Forschung bisher schon relativ intensiv untersucht worden, obgleich die Publikationen hierzu nicht sehr zahlreich sind. Dennoch können der Geschichtsschreibung durch die Tagebücher von Joseph Goebbels noch einige neue Aspekte hinzugefügt werden: Die Aufzeichnungen von Goebbels beweisen, daß Hitler unmittelbar nach dem Münchener Abkommen die Okkupation Böhmens und Mährens zum Ziel hatte, was in der älteren Literatur bezweifelt worden war.⁶³² Gleich nach Unterzeichnung des Abkommens von München ermunterte Hitler die ungarische Regierung und etwas weniger deutlich auch die polnische, gemeinsam ein *Fait accompli* in der Tschechoslowakei zu schaffen. Wenn die „Polen [...] bewaffnet vorgehen, dann entsteht für uns eine ganz neue Situation“, überliefert Goebbels Hitlers Überlegungen am 1. Oktober 1938 (TG, 2.10.1938). Am 2. Oktober 1938, also drei Tage nach dem Münchener Abkommen, teilte Hitler Goebbels und anderen mit, daß sein „Entschluß, einmal die Tschechei zu vernichten, [...] unerschütterlich“ sei (TG, 3.10.1938). Diese frühe Entscheidung hierzu geht auch aus anderen Quellen hervor, aber nirgendwo ist sie ähnlich glaubwürdig überliefert wie bei Goebbels.⁶³³

Nur mit Hilfe der Tagebücher von Goebbels ist es möglich, die Hintergründe einiger entscheidender Details der Reichstags-Ergänzungswahl im Sudetenland am 4. Dezember 1938 aufzuhellen.⁶³⁴ Goebbels selbst regte bei Hitler an, daß die Tschechen „auf besonderem Wahlzettel und in besonderen Lokalen wählen“ sollten (TG, 24.11.1938). Hitler war mit dieser Idee von Goebbels „einverstanden“ (TG, 24.11.1938), ermöglichte sie doch durch einen abgemilderten tschechischsprachigen Text die Zustimmung zahlreicher Tschechen und die Erkenntnis für das NS-Regime, wie stark die Ablehnung innerhalb der tschechischen Minderheit war, was Auswirkungen auf deren Behandlung haben würde, wie Henlein in einem Wahlauftritt androht hatte.

Die Slowakei wurde vom NS-Regime lange Zeit überhaupt nicht wahrgenommen,⁶³⁵ dies geht auch aus den Tagebüchern von Goebbels hervor. Erst am 21. September 1938, als Hitler sich über die ihm zu geringen Aktivitäten Ungarns und Polens ärgerte, die zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Tschechoslowakei animiert worden waren, kam ihm der Gedanke, wie Goebbels überliefert, der „Slowakei [...] später mal eine weitgehende Autonomie“ zu geben (TG, 22.9.1938). Goebbels bestätigt damit eine spätere Aussage Hitlers gegenüber dem Slowaken Vojtěch Tuka, ihm sei erst am 21. September 1938 „zu Bewußtsein gekommen, daß die Slowakei gar nicht zu Ungarn wollte“, d.h., daß er die Slowakei Ungarn nicht mehr auszuliefern gedachte, wenn Budapest nicht energisch genug darum kämpfte.⁶³⁶

⁶³² Vgl. beispielsweise Schiefer, *Deutschland und die Tschechoslowakei*, S. 53, 55f.

⁶³³ Vgl. beispielsweise Krausnick/Deutsch, *Groscurth*, S. 133.

⁶³⁴ Zimmermann, *Die Sudetendeutschen*, S. 113, machte hierauf erstmals aufmerksam.

⁶³⁵ Tönsmeier, *Das Dritte Reich und die Slowakei*, S. 40.

⁶³⁶ Aufzeichnung Hewels über Gespräch Hitlers mit Tuka, 12.2.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 168, S. 183.

Die Tagebücher belegen auch, was in der Forschung längst bekannt ist, daß das NS-Regime nach „München“ zum bestimmenden Faktor in Osteuropa wurde. Nicht nur die Tschecho-Slowakei, die autonome Slowakei, die Karpatho-Ukraine und Ungarn, sondern auch Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien lehnten sich mehr und mehr an Berlin an. Daher war es Großbritannien im März 1939 auch nicht möglich, die osteuropäischen Staaten zur einer Anti-Hitler-Koalition zu vereinen. Zudem zeigt sich die Machtverlagerung innerhalb der Achse Berlin-Rom zugunsten des NS-Regimes, welches es inzwischen nicht mehr für nötig befand, Mussolini über die Maßnahmen gegenüber Prag und Preßburg in Kenntnis zu setzen. Obgleich die italienische Regierung nicht nur das Münchener Abkommen, sondern auch den Wiener Schiedsspruch mit unterzeichnet hatte, wurde sie bei den Aktionen Hitlers einfach ignoriert.

Die Tagebücher von Goebbels ermöglichen erstmals, den exakten Zeitpunkt zu bestimmen, an dem Hitler sich zur militärischen Besetzung Böhmens und Mährens am 15. März 1939 entschloß: Es war mittags am 10. März, wenige Stunden nachdem der tschecho-slowakische Staatspräsident Hácha den slowakischen Ministerpräsidenten Jozef Tiso abgesetzt hatte. Goebbels hatte hierzu notiert: „Beschluß: am Mittwoch, den 15. März wird einmarschiert und das ganze tschechoslowakische Zwittergebilde zerschlagen“ (TG, 11.3.1939). Vor der Veröffentlichung der Tagebücher war spekuliert worden, ob die Entscheidung Hitlers vielleicht schon Tage vorher oder erst ganz kurz vor dem Einmarsch gefallen sei. Der Anlaß, das „Sprungbrett“ (TG, 11.3.1939), wie Goebbels schrieb, war die Entlassung Tisos, auch dies ist nun eindeutig geklärt.⁶³⁷

Im Kontext weiterer Quellen kann durch die Aufzeichnungen von Goebbels belegt werden, daß die tschecho-slowakische Staatsführung im März 1939 bewußt genötigt wurde, schriftlich um einen Empfang in Berlin zu ersuchen, wo ihr ein Ultimatum präsentiert werden sollte. Prag waren die Aktivitäten des NS-Regimes in der Slowakei und der Karpatho-Ukraine sowie der verschärfte Ton der deutschen Presse und der Versuch, Zwischenfälle zu provozieren, nicht unbekannt geblieben. Akten des Auswärtigen Amtes lassen erkennen, daß Staatspräsident Hácha und die tschecho-slowakische Regierung aber trotz verschiedentlichter Nachfragen weder informiert wurden noch die Möglichkeit hatten, mit dem Leiter der Gesandtschaft, Andor Hencke, zu sprechen, da er sich weisungsgemäß in seiner Wohnung aufhielt. Telefonische Anfragen wies Geschäftsträger Hencke zurück und bat, sie schriftlich zu wiederholen. Als eine solche schriftliche Bitte um eine Unterredung vorlag, schrieb Goebbels über die entsprechende Beratung mit Hitler in sein Tagebuch: „Wie ich vorausgesagt hatte, melden sich mittags die Tschechen an. Hacha bittet um eine Unterredung. Darauf wird nun alles konzentriert“ (TG, 15.3.1939). Damit ist erwiesen, daß das NS-Regime diese Bitte Háchas nicht nur erwartet, sondern bezweckt hatte. Denn diese Textstelle Goebbels' deutet daraufhin, daß diese Frage intensiv diskutiert worden war. Zudem konnte nun „alles“ auf eine zu treffende Übereinkunft zwischen Hitler und Hácha „konzentriert“

⁶³⁷ Hoensch, Die Slowakei, S. 311, hatte es mangels eindeutiger Belege als „wahrscheinlich“ bezeichnet, daß „das Eingreifen der Zentralregierung in der Slowakei“ Hitler veranlaßte, gegen Prag vorzugehen.

werden (TG, 15.3.1939), die Suche nach weiteren Legitimationsgründen wurde eingestellt. Die Annahme des NS-Regimes, Hácha oder Chvalkovský würden nach Berlin kommen, läßt sich auch daran ersehen, daß Keitel im Auftrag Hitlers bereits am 11./12. März „Forderungen für ein Ultimatum“ an die tschecho-slowakische Staatsführung ausarbeitete oder erstellen ließ.⁶³⁸ Es ist also nicht richtig, wie bislang in der Forschung angenommen worden war, Hitler sei von Háchas Bitte „überrascht“ worden.⁶³⁹ Damit sind auch memoirenartige Darstellungen von tschechoslowakischer Seite widerlegt,⁶⁴⁰ die eine zwangsweise Teilnahme an der Unterredung in der Reichshauptstadt am 14./15. März beschrieben hatten.

Die Feststellung, daß die Forderungen an Prag schon vorab schriftlich fixiert waren, ist noch aus einem anderen Grund bedeutsam. Es ist somit auszuschließen, daß die Abfassung der Dokumente den Empfang Háchas bei Hitler verzögert hatte, wie angenommen wurde.⁶⁴¹ Obgleich Hácha und Chvalkovský am 14. März 1939 bereits gegen 22.00 Uhr in Berlin eintrafen, begann das Gespräch mit Hitler erst gegen 1.15 Uhr in der Nacht. In keiner anderen Quelle läßt sich die Ursache finden, außer bei Goebbels, der notiert hatte, Hitler lasse die beiden „bis Mitternacht warten und langsam und allmählich zermürben. So hat man es mit uns in Versailles gemacht. Es sind das die alten, bewährten Methoden der politischen Taktik“ (TG, 15.3.1939).

Ebenfalls unbekannt war bisher die von Goebbels beschriebene Überraschung Hitlers darüber, daß Hácha und Chvalkovský „mehr“ Forderungen zugestimmt hatten, als Hitler und Goebbels, wie er schrieb, „überhaupt für möglich gehalten hatten“ (TG, 15.3.1939). „Ohne Bedingungen. Befehl an ihre eigenen Truppen, keinen Widerstand zu leisten“, führte Goebbels weiter begeistert aus. Dies war bislang vermutet worden, konnte aber nicht hinreichend belegt werden. Neu ist auch die durch Goebbels mögliche Erkenntnis, daß Hitler die Proklamation an das deutsche Volk und den Aufruf an die Truppen erst nach dem Gespräch mit Hácha diktiert hatte, da bislang das Gegenteil behauptet worden war.⁶⁴² Angesichts der geringen Bedeutung beider Texte ist dies aber nicht überraschend.

Merkwürdigerweise war davon ausgegangen worden, daß Hitler diese irrelevanten Propagandatekte, Proklamation und Aufruf an die Wehrmacht, schon vor der Begegnung mit Hácha verfaßt hatte, den bedeutenden Erlaß über die künftige rechtliche Stellung Böhmens und Mährens hingegen erst in Prag entwerfen ließ.⁶⁴³ Tatsächlich verhielt es sich genau umgekehrt. Hitler hatte bereits am Mittag des 14. März 1939 den Erlaß mit Goebbels durchgesprochen. Dieser ist also in Berlin verfaßt worden, und zwar bevor bekannt war, daß Hácha nach Berlin kommen würde. Goebbels hatte hierüber geschrieben: „Wir sprechen das neue Statut für Böhmen und Mähren durch: sie stehen unter Reichsprotektorat. Behalten ihre eigene Verwaltung. Tschechen werden nicht germanisiert, genießen aber den Schutz

⁶³⁸ Schreiben Keitels an das A.A. mit Anlage, 11./12.3.1939, in: ADAP, D 4, Dok. 188.

⁶³⁹ So beispielsweise bei Hoensch, *Die Slowakei*, S. 316.

⁶⁴⁰ Vgl. etwa Beneš, *Memoirs*, S. 58, oder Ripka, *Munich*, S. 378.

⁶⁴¹ Procházka, *Second Republic*, S. 138 und S. 218, Anm. 165.

⁶⁴² Vgl. Domarus, *Hitler*, Bd. 2, S. 1096; Procházka, *Second Republic*, S. 142.

⁶⁴³ Vgl. Procházka, *Second Republic*, S. 144f.

des Reiches. Militär-, Außen- und Wirtschaftspolitik gemeinsam. Sonst Autonomie“ (TG, 15.3.1939).

Mindestens genauso interessant ist eine weitere Erkenntnis, die durch diese und andere Tagebuchpassagen im Kontext diplomatischer Akten ermöglicht wird: Hitler hatte zunächst geplant, Böhmen und Mähren zu trennen und zwei Protektorate zu errichten. Am Tag nach der Verkündung des Erlasses Hitlers durch Ribbentrop in Prag hatte Goebbels im Tagebuch festgehalten: „Ribbentrop verliert vom Hradschin aus das neue Statut von Böhmen und Mähren. Es ist fast ganz so geblieben, wie der Führer es in Berlin plante: Reichsprotektorat. Nur bleiben Böhmen und Mähren zusammen“ (TG, 17.3.1939). Quellen anderer Provenienz, insbesondere ein Entwurf aus dem Auswärtigen Amt für die Errichtung zweier Protektorate, bestätigen Goebbels' Notat. Die Aufteilung der sogenannten Resttschechei in zwei Protektorate hätte für das NS-Regime den Vorteil gehabt, die Macht und Bedeutung Prags zu verringern. Nachdem aber Hácha alle Forderungen Hitlers bedingungslos angenommen hatte, war eine weitere Schwächung der künftigen Schein-Regierung in Böhmen und Mähren nicht nötig.

Unmittelbar nach Errichtung des „Protektorats“ verfolgte Hitler zwei weitere Ziele. Eines bestand im „Anschluß“ des Memel-Gebietes, das am 22./23.März rückgegliedert wurde, ein zweites in einer Einigung mit der polnischen Regierung in den Fragen Danzig und polnischer Korridor. In diesem Zusammenhang überliefert Goebbels mehrmals, daß Hitler auf Warschau „Druck“ ausüben ließ (TG, 25., 26.3.1939), und gehofft hatte, damit „zum Ziele zu kommen“ (TG, 26.3.1939). Demnach handelte es sich bei den Gesprächen Ribbentrops mit Lipski und Beck keineswegs um Scheinverhandlungen. Eine exterritoriale Autobahn zwischen dem Reichsgebiet und Ostpreußen, die Hitler gefordert hatte, hätte Warschau in die gleiche Situation gebracht wie Prag nach dem Münchener Abkommen, eine Verteidigung wäre ausgeschlossen gewesen. Doch noch kurz vor der Absage der polnischen Regierung am 26.März kamen Hitler, wie Goebbels überliefert, erste Zweifel, denn das NS-Regime hätte bei einer entsprechenden Einigung „Polens Grenzen garantieren“ müssen (TG, 25.3.1939). Die Annahme, Hitler habe die Verhandlungen mit Polen ernst gemeint, wird auch daraus ersichtlich, daß Hitler noch Ende August 1939, als sich Chamberlain um eine friedliche Lösung bemühte, gegenüber Goebbels von einem „Minimalziel“ und einer „Maximalforderung“ gesprochen hatte (TG, 28.8.1939) – genau wie elf Monate zuvor im Konflikt mit der Tschechoslowakei (TG, 29.9.1938). Hitler war also durchaus flexibel, er hatte in der Vorkriegsphase zumeist zwei Alternativen: die aussichtsreiche und unblutig erfüllbare Verwirklichung rein revisionistischer Ziele oder die vollständige Annexion fremden Staatsgebietes durch Krieg.

Zur Rolle Hitlers bei der Desintegration des tschecho-slowakischen Staates

Hitlers Rolle bei der Desintegration der Tschecho-Slowakei war absolut dominierend. Er setzte durch, daß entgegen den Vereinbarungen des Münchener Abkommens keine Abstimmungen stattfanden und keine ausländischen Formationen in das Sudetenland kamen. Er ließ der tschecho-slowakischen Regierung drohen,

sollte sie sich mit der Grenzziehung nicht einverstanden erklären, würde er sich „persönlich mit der Angelegenheit befassen [...] und sie dann weit schlechter davon“ kommen.⁶⁴⁴ Er hielt sogleich nach München, wie auch Goebbels überliefert, an seinem „Entschluß, einmal die Tschechei zu vernichten“ (TG, 3.10.1938), fest und erließ eine entsprechende Weisung.⁶⁴⁵ Er entschied die Haltung des NS-Regimes gegenüber der tschecho-slowakischen Regierung und führte selbst die Gespräche mit deren Außenminister František Chvalkovský am 14. Oktober 1938 und 21. Januar 1939. Hitler allein legte fest, welche Position die Reichsregierung gegenüber der Slowakei und der Karpatho-Ukraine einnehmen sollte. Er setzte sich hierbei auch über Bedenken der Wehrmacht hinweg, die eine polnisch-ungarische Grenze zu verhindern suchte. Zudem übte Hitler Druck auf die italienische Regierung aus, als diese eine eigenmächtige Politik gegenüber Ungarn zu treiben versuchte.

Im März 1939 führte Hitler alle Gespräche selbst, das mit Döme Sztójay am 12. März, das mit Jozef Tiso am folgenden Tag und das mit Emil Hácha und Chvalkovský am 15. März. Ribbentrops Unterredungen mit den Genannten dienten nur der Vorbereitung oder Vertiefung. Als Hitler von Tiso keine endgültige Zusage erlangt hatte, sofort die Unabhängigkeit der Slowakei zu proklamieren, übte Ribbentrop anschließend weiteren Druck aus. Am 14. März hatte Ribbentrop Chvalkovský vorab auf seine Begegnung mit Hitler eingestimmt. Um die Drohkulisse gegenüber Hácha noch zu verstärken, sprach Göring in den frühen Morgenstunden des 15. März von einer möglichen Bombardierung Prags. Aber die entscheidenden Verhandlungen behielt Hitler sich selbst vor, die anderen Nationalsozialisten dienten nur der Verstärkung der Drohkulisse und der Staffage, wie beispielsweise Keitel, der zur Begrüßung Háchas mit hinzugebeten worden war. Die Gebundenheit Ribbentrops an Weisungen des „Führers“, insbesondere bei seinen Gesprächen mit Lipski und Beck, läßt sich auch an den Gesprächsprotokollen erkennen.

Hitler entschied nach der Absetzung der Regierung Tiso nach nur kurzer Beratung mit Goebbels, Ribbentrop und Keitel am 10. März, daß die Wehrmacht fünf Tage später Böhmen und Mähren besetzen sollte (TG, 11.3.1939). Er legte auch sogleich fest, daß die westliche Slowakei bis zu den Kleinen Karpathen okkupiert werden würde, nicht aber die Rumpf-Slowakei und die Karpatho-Ukraine (TG, 11.3.1939). So hatte er es bereits Ende Oktober 1938 bestimmt. Interessant ist, daß Hitler nicht bereit war, von seiner Terminplanung, 15. März 1939, abzurücken, auch als sich die Lage in Preßburg wider Erwarten beruhigt hatte. Dadurch brachte Hitler das NS-Regime in eine unnötige Zwangslage, das nun dringend einen Anlaß zum Einmarsch finden mußte, wie Goebbels überliefert: „Wir suchen nun Gründe in der Tschechei selbst. Aber das wird sehr schwer sein. Und bis Mittwoch müssen wir die Sache soweit haben“ (TG, 13.3.1939), hatte Goebbels zu dieser Situation in sein Tagebuch geschrieben. Sogar die Nachrichtenpoli-

⁶⁴⁴ Aufzeichnung Hewels, 8.11.1938, in: ADAP, D 4, Dok. 108.

⁶⁴⁵ Weisung Hitlers vom 21.10.1938, in: IMG 34, Dok. 136-C, S. 477–481; 1. Nachtrag, 24.11.1938, in: Ebenda, Dok. 137-C, S. 481–483; 2. Nachtrag, 17.12.1938, in: Ebenda, Dok. 138-C, S. 483f.

Hitler bestimmte Hitler selbst, wie Goebbels an mehreren Passagen deutlich machte. Interessant ist, daß Hitler wieder auf die in Österreich bewährte Methode des Hilfsgesuchs zurückgriff, um das Einrücken der Truppen in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Als dieses erwartete Telegramm ausblieb, schrieb Goebbels: „Wenn wir nur ein Papierchen in der Hand hätten, d.h. einen Ruf um Hilfe oder um militärischen Einmarsch. Dann wäre alles ganz einfach. Aber vielleicht beschaffen wir uns das noch. Es ist ja noch etwas Zeit“ (TG, 13.3.1939).

Hitler allein gab die Taktik vor. Er versuchte, was ihm auch gelang, die Regierungen in Prag, Preßburg, Chust, Warschau und Budapest gegeneinander auszuspielen. Zunächst nahm er die Position eines Anwalts der slowakischen Unabhängigkeitsbestrebung ein, um gegen Prag vorgehen zu können. Anschließend förderte er die ungarischen Revisionsgelüste in der Karpatho-Ukraine mit dem Hinweis, Budapest müsse Warschau zuvorkommen, welches ebenfalls Ruthenien besetzen wolle. Zudem verwies er darauf, daß sich die Regierung der Karpatho-Ukraine an ihn wenden und ihn um Schutz bitten würde – was auch geschah. Er stellte Budapest Unterstützung in Aussicht, sollte es auf „überlegene Kräfte“ stoßen, aber erwähnte nicht, daß es für das NS-Regime den Stein ins Rollen bringen, d.h. den Anlaß zum Einschreiten schaffen sollte. Der Slowakei erklärte Hitler am folgenden Tag, sie müsse die Unabhängigkeit proklamieren, sonst würde sie „von Ungarn geschluckt“ (TG, 14.3.1939), wie Goebbels schrieb. Den Ungarn hatte Hitler aber untersagt, die Slowakei zu besetzen, weil dies, wie er argumentierte, zu einer angeblichen Annäherung zwischen Prag und Preßburg führen könnte. Als Preßburg um eine wohlwollende Haltung bat, machte Hitler die Slowakei für angebliche Versäumnisse der tschecho-slowakischen Zentralregierung verantwortlich. Hácha teilte er mit, die Slowakei sei ihm gleichgültig, und warf ihm vor, daß die Deutschen in Böhmen und Mähren unterdrückt würden. Anschließend ließ Hitler die Ruthenen wie auch die Slowaken im Stich, um Ungarn zufriedenzustellen, obgleich er der Slowakei seinen „Schutz“ zugesichert hatte.

Hitler legte nicht nur den Beginn der Besetzung fest, sondern stellte auch selbst einen Zeitplan auf, wie Goebbels berichtet: „In 8 Tagen ist die ganze Aktion zu Ende. Am ersten Tag sind wir schon in Prag. Unsere Flugzeuge bereits nach 2 Stunden“ (TG, 14.3.1939), hatte er nach einem Gespräch mit Hitler notiert. Genau denselben Zeitplan hatte Hitler Goebbels wenige Tage vor Unterzeichnung des Münchener Abkommens mitgeteilt. Damals glaubte Hitler, wie Goebbels in seinem Tagebuch vermerkt hatte, es sei „in 8 Tagen erledigt“, würden „die Tschechen [...] nach dem Einmarsch“ angegriffen werden (TG, 26.9.1938). Auch bestimmte Hitler die künftige Politik gegenüber der tschechischen Bevölkerung im „Protektorat“, die Goebbels zufolge von folgendem Grundsatz bestimmt war: „Wir werden den Tschechen, wenn sie sich loyal verhalten, weit entgegenkommen. Sie müssen immer noch etwas zu verlieren haben“ (TG, 23.3.1939).

Unmittelbar nach der Annexion Böhmens und Mährens befahl Hitler die Inangriffnahme der nächsten Ziele, den „Anschluß“ des Memelgebietes und die Forderungen nach der Rückkehr Danzigs und nach einem „Korridor durch den Korridor“. Zwar ließ Hitler Ribbentrop das Gespräch mit dem litauischen Außenminister Urbšys führen, aber nach strengen Vorgaben. Am nächsten Tag und in der darauffolgenden Nacht überwachte er persönlich unter Beteiligung von Goebbels

die Verschärfung des Ultimatums an Kowno und die schließlich erfolgte Annahme seiner Forderungen. Als sich jedoch die polnische Regierung seinem Druck, den Ribbentrop zuletzt am 21., 26. und 27. März 1939 ausgeübt hatte, nicht beugen wollte und statt dessen eine Garantie der Unabhängigkeit durch Großbritannien am 31. März akzeptierte, gab Hitler die Weisung, den „Fall Weiß“, den Angriff auf Polen, so vorzubereiten, „daß die Durchführung ab 1. 9. 39 jederzeit möglich ist“.⁶⁴⁶ Die politische Aufgabe, „Polen in diesem Fall womöglich zu isolieren“, behielt er sich wieder selbst vor.⁶⁴⁷ Obgleich dies nicht gelang, gab er – trotz zahlreicher Vermittlungsbemühungen und Einlenkungszeichen – am 31. August 1939 den Befehl zum Angriff auf Polen. Einen sich auswirkenden Konzeptionen-Pluralismus oder eine letztlich relevante polykratische Struktur der NS-Außenpolitik hat es in der Vorkriegsphase nicht gegeben.

⁶⁴⁶ Weisung Keitels vom 3. 4. 1939, in: IMG 34, Dok. 120-C, S. 380f.

⁶⁴⁷ Weisung Hitlers vom 11. 4. 1939, in: IMG 34, Dok. 120-C, S. 388.